

Claudio Altenhain, Anja Danilina,
Erik Hildebrandt, Stefan Kausch,
Annekathrin Müller, Tobias Roscher (Hg.)

Von »Neuer Unterschicht« und Prekariat

Gesellschaftliche Verhältnisse
und Kategorien im Umbruch
Kritische Perspektiven auf
aktuelle Debatten

Claudio Altenhain, Anja Danilina, Erik Hildebrandt,
Stefan Kausch, Annekathrin Müller, Tobias Roscher (Hg.)
Von »Neuer Unterschicht« und Prekariat

CLAUDIO ALTENHAIN, ANJA DANILINA,
ERIK HILDEBRANDT, STEFAN KAUSCH,
ANNEKATHRIN MÜLLER, TOBIAS ROSCHER (HG.)

Von »Neuer Unterschicht« und Prekariat

Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch.

Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten

[transcript]

In Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat des StudentInnenRates der Universität Leipzig.



Diese Publikation wird finanziell unterstützt mit Mitteln des »Engagierte Wissenschaft« e.V.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 transcript Verlag, Bielefeld



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat: die HerausgeberInnen

Satz: Erik Hildebrandt, Tobias Roscher

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISBN 978-3-8376-1000-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

INHALT

Vorwort	7
----------------	---

Einleitung: Zur Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse	9
---	---

ANNA (ANJA) DANILINA/STEFAN KAUSCH/
ANNEKATHRIN MÜLLER/TOBIAS ROSCHER

TEIL I: GESELLSCHAFTSMODELLE AUF DEM PRÜFSTAND: WISSENS(VER)ORDNUNGEN DES SOZIALEN

<i>White trash</i> – das rassifizierte „Prekariat“ im postkolonialen Deutschland	35
---	----

ESKE WOLLRAD

Ist Armut ansteckend? Von der Biologisierung der neuen Unterschicht und von Angst als liberaler Regierungsform	49
---	----

FRIEDERIKE HABERMANN

Die neue Unterschicht: Von der Ausbeutung zur Ausgrenzung und zurück	65
---	----

HERMANN KOCYBA

Prekäres Leben, prekäre Forschungslage – Zur Notwendigkeit einer integrierenden Perspektive auf Fluchtmigration	77
--	----

KARIN SCHERSCHEL

TEIL II: ALTERNATIVE FORSCHUNGSKONZEPTE UND KRITISCHE ANALYSEN: NEUE ASPEKTE DER THEORIEPOLITIK?

„Weiße ja, kannst du deine Perspektiven abschätzen.“ Eine subjektorientierte Betrachtung prekärer Arbeit	95
---	----

DANIELA SCHIEK

Unlauterer Wettbewerb oder Das Elend des Vergleichens. Eine Re-Lektüre des Marsyas-Mythos im Kontext aktueller Veränderungen von Arbeitswelten	107
---	-----

SEBASTIAN GÖSCHEL

Genealogie des Prekariats	121
----------------------------------	-----

MARIO CANDEIAS

Ist Prekarität überall?	139
--------------------------------	-----

KLAUS KRAEMER

TEIL III:

REPRÄSENTATIONEN, INTERVENTIONEN, SOZIALE PRAXEN: RÄUME UND MÖGLICHKEITEN VON REGIERUNG UND WIDERSTAND

VirtuosInnen der Freiheit – Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit	153
---	-----

ISABELL LOREY

Prekäre Superhelden: Zur Entwicklung politischer Handlungsmöglichkeiten in postfordistischen Verhältnissen	165
---	-----

STEPHAN ADOLPHS/MARION HAMM

„Mit 13 Mark 20 die Woche ist die Freiheit nen Dreck wert...“ – Film, Theorie und Prekarisierung	183
---	-----

KATRIN EBELL/FREDERIKE HEINITZ/ANNA LOENENBACH/

FABIAN TIETKE

Zu dumm um sich zu wehren? Die „gemeinen Menschen“, die Politik und der Widerstand	195
---	-----

NIKLAS REESE

Eine prekäre Kette, in der jede Perle ein Tag meines alltäglichen Lebens ist	217
---	-----

AZUL BLASEOTTO

Die AutorInnen und HerausgeberInnen	229
--	-----

VORWORT

Dieses Buch hat eine Geschichte. Wir möchten diese Geschichte kurz wiedergeben, nicht zuletzt, um den beteiligten Personen und Institutionen unseren Dank für ihre Unterstützung auszudrücken.

Die Geschichte beginnt im Herbst 2006, als „neue Unterschicht“ und „Prekariat“ zu skandalträchtigen Begriffen in Politik, Medien und Sozialwissenschaften avancieren. In unserem Lesekreis „Diskurswerkstatt“ herrscht Unzufriedenheit mit der einseitigen, oftmals polemischen Abhandlung dieses neu- bzw. wiederentdeckten „Problems“. So entsteht der Plan, eine Vortragsreihe als Möglichkeit für Intervention und Diskussion zu organisieren. Im Dezember 2006 konstituiert sich aus diesem Grund die AG SchwerPrekär.

Nach langer und intensiver Vorbereitungszeit finden ab April 2007 unter dem Titel „„Unterschichten“, „Klassen“, „Prekariat“? Zur Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Kategorien“ vier Abendveranstaltungen in der Leipziger Moritzbastei statt. Unser Dank gilt an dieser Stelle ReferentInnen, DiskutantInnen und auch den organisatorischen PartnerInnen wie der Moritzbastei sowie vor allem dem Herbert-Wehner-Bildungswerk (HWB) in Dresden, das durch seine finanzielle wie institutionelle Unterstützung diese Vortragsreihe erst ermöglicht hat.

Auf die Vortragsreihe folgt eine Einladung zum Plagwitzter Kultur- und Stadtteilstoff „Westbesuch“. Neben einem Workshop unter dem programmatischen Motto „„Prekariat“, „Klasse“, „Problemzone“ – welcher Begriff möchtest Du heute sein?!“ sorgen vor allem die Werke der jungen KünstlerInnen Claudia Dobers und Anja Gottinger für Aufmerksamkeit. Anja und Claudia möchten wir für ihr Engagement und die

kreativen Beiträge noch einmal ganz besonders danken. Ariane Jedlitschka danken wir für die Einladung zum „Westbesuch“.

Im Herbst 2007 erfolgt die Einladung zu einem Workshop im Rahmen des 50jährigen Jubiläums des Tanzarchivs Leipzig, wo wir Ideen und Thesen aus unserer Vortragsreihe präsentieren können. Wir bedanken uns bei Sebastian Göschel für die Einladung und freuen uns, dass er mit einem Beitrag in diesem Buch vertreten ist.

Ausdrücklich möchten wir außerdem Jana Scheuring namentlich erwähnen, die bis zum Beginn des Buchprojektes eine tragende Säule der AG SchwerPrekär war.

Ein Lob auch an Karen Merkle, die uns als Retterin in allerletzter Not mit ihren Formatierungkenntnissen zur Seite stand.

Nicht zuletzt möchten wir uns ausdrücklich bei „unserem“ Verein Engagierte Wissenschaft e. V. – seinen Mitgliedern und dem Vorstand – für die ideelle und materielle Unterstützung unserer Aktivitäten und vor allem beim Gelingen dieses Buches bedanken. Ein nicht geringerer Dank gilt auch den AutorInnen der folgenden Beiträge, die mit Ihren konstruktiven wie kontroversen Überlegungen zu diesem vielstimmigem Werk beigetragen haben.

Viele Ideen und Vorstellungen sind in die Entstehung dieses Buches eingeflossen, viele haben es durch Vorschläge und Anregungen beeinflusst. Wir hoffen, dass dieses Buch zum Denken, Handeln und Diskutieren anregt und im besten bourdieuschen Sinne für eine engagierte Wissenschaft steht.

Die HerausgeberInnen, Leipzig im Juli 2008

EINLEITUNG: ZUR ANALYSE UND KRITIK GESELLSCHAFTLICHER VERHÄLTNISSE

ANNA (ANJA) DANILINA/STEFAN KAUSCH/
ANNEKATHRIN MÜLLER/TOBIAS ROSCHER

Der Begriff der „Unterschicht“ war lange Zeit in der Versenkung verschwunden und galt als das Unsagbare im sagbaren Raum. Der Ausdruck war zwar allzeit bekannt, in der politischen Debatte wurde er jedoch zumeist gemieden. Mit der Diskussion um die „neue Unterschicht“ scheint sich der Wind gedreht zu haben und die „(neue) Unterschicht“ ist zu einem Begriff ohne Hürden, ist zu einer „Wahrheit“ geworden, die, ganz im Sinne der momentanen BILD-Zeitungs-Kampagne, scheinbar immer einen Mutigen braucht, der sie ausspricht. Diese Mutigen finden sich nicht mehr nur bei der BILD, sondern führen ihre „Heldenschlacht“ im gesamten Medienspektrum und zu Teilen auch im wissenschaftlichen Feld. Der Begriff der „(neuen) Unterschicht“ ist wieder salonfähig geworden. Gleichzeitig begegnet man zunehmend den Bezeichnungen der „Prekarisierung“ und des „Prekariats“, welches, abgesehen vom so genannten „abgehängten Prekariat“, meistens im Zusammenhang mit dem Wandel der Arbeitswelt und der Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis thematisiert wird. Hier geht es um eine Prekarisierung, die nicht nur in „unteren“ Lagen angekommen, sondern in der Arbeits- und Lebenswelt der gesamten Gesellschaft spürbar geworden ist.

In Anbetracht der verschiedenen Betrachtungsweisen des Sozialen sowie der Diskussion um neue Begriffe für dessen Beschreibung stellen sich uns folgende Fragen: Was ist das für eine Gesellschaft, in der wir leben? Wie wird diese erfasst und kategorisiert und wie reflektieren sich

diese Mechanismen wiederum im Sozialen? Den Fragen des Erfassens, der Kategorisierung, der Wahrnehmung und deren Implikationen für die Entwicklung von Gesellschaft hat sich dieses Buch verschrieben. Ausgehend von den zwei Begriffen der „(neuen) Unterschicht“ und des „Prekariats“ nähert es sich aus kritischer Perspektive den heutigen Beschreibungen und Bewertungen von gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Wiederbelebung der bereits etablierten Kategorie „(neue) Unterschicht“ betritt gemeinsam mit der neuen des „Prekariats“ die Bühne einer Diskussion, auf der offen zu Tage tritt, wie stark die divergierenden Perspektiven auf Gesellschaft mit der Nutzung unterschiedlicher Begriffe und den dazugehörigen Analyserastern verbunden sind.

Es ist dem hier verfolgten Ansatz geschuldet, dass der durch solche Beschreibungsvorgänge erfolgten Formierung und Konstituierung von Gesellschaft erhöhte Aufmerksamkeit zukommt. Eine kritische Perspektive auf dieses Thema einzunehmen, bedeutet in diesem Sinn in Betracht zu nehmen, wie gesellschaftliche Gruppen hergestellt und (re-)produziert werden und welche sozialen und politischen Vorgänge deren Ab- und Ausgrenzungen bewirken. Dabei sind die Fragen, welche Subjekte und Identitäten daraus hervorgehen und mit welchen Zwängen und Freiheiten die Einzelnen oder gesellschaftliche Kollektive demzufolge konfrontiert sind, von besonderem Interesse.

Die gesammelten Beiträge beteiligen sich in einer Weise an der Diskussion, die nicht eindeutig dem wissenschaftlichen oder politischen Feld zuzuordnen ist. Beispielsweise befasst sich der Beitrag von Azul Blaseotto mit dem Thema der „Prekarität“, in dem er zwischen persönlichem Erleben, künstlerischer Bearbeitung und wissenschaftlichem Zugang changiert. Um einer umfassenden Betrachtung Raum zu bieten, werden sowohl diskursanalytische Ansätze und Begriffs-Kritiken als auch die Debatten über Prekarisierung als gesellschaftliches Phänomen und politisch-strategische Produktionen neuer Kategorien berücksichtigt. In diesem Spektrum zeichnet sich das Spannungsfeld der hiesigen Textsammlung ab, dem diese Einleitung Ausdruck verleihen möchte. So findet zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit Begriffen und Kategorien wie der „(neuen) Unterschicht“ und des „abgehängten Prekariats“ statt (1), um schließlich der Diskussion über Prekarisierung als gesellschaftliche Entwicklung nachzugehen (2).

1. (Neue) Unterschichtendebatte: Kategorisierung als Praxis zur Konstitution von Gesellschaft

„Unterschicht: das wahre Elend“
(Wüllenweber 2004)

Das Sprechen von der „Unterschicht“ – oft auch als „neue Unterschicht“ bezeichnet – ist in den letzten Jahren vermehrt in die Öffentlichkeit vordringen. Ein Schlüsselement ihrer Diskussion bildet dabei das 2004 erschienene Buch von Paul Nolte „Generation Reform“, in dem er den Begriff der „neuen Unterschicht“ erstmals verwendet und diese in ihrem (vermeintlich) neuen Erscheinungsbild beschreibt. Einen weiteren Anstoß erhält die Debatte durch eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Herbst 2006 veröffentlichten Teilstudie über die politischen Milieus in Deutschland, in der der Begriff des „abgehängten Prekariats“ geprägt wurde (vgl. Müller-Hilbert 2006). In der Fortführung der alt-neuen Diskussion von und mit Nolte transformiert im Anschluss an die Studie der Begriff des „abgehängten Prekariats“ zur „(neuen) Unterschicht“. Die Zuschreibungen, die den Diskurs seit Nolte dominierten, finden sich in äquivalenter Form auch in der jetzigen Debatte um die „(neue) Unterschicht“ wieder. In die „Unterschichtendebatte“ eingebracht haben sich PolitikerInnen aller Couleur, wobei der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck die Diskussion entscheidend vorantrieb. Seiner fraglichen und dennoch diskursnahen Vorstellung vom „Unterschichtler“ gab Beck bei einer öffentlichen Veranstaltung im Dezember 2006 Ausdruck: Während dieser empfahl er einem Hartz-IV-Empfänger, er möge sich waschen und rasieren, dann würde er auch einen Job bekommen.

Bevor wir aber auf die Konstruktionsprozesse der „(neuen) Unterschicht“ eingehen werden, möchten wir zunächst den Unterschichtenbegriff generell zum Thema machen: Denn was bedeutet „(neue) Unterschicht“ überhaupt? Wenn wir von der „(neuen) Unterschicht“ sprechen, warum betten wir sie in Anführungszeichen? Die „(neue) Unterschicht“ gibt es doch, oder? Erscheint es nicht geradezu offensichtlich, dass die Bundesrepublik keine homogene, gerechte Gesellschaft ist? Beziehungsweise: nicht mehr ist? Denn sprach noch Schelsky in den 50ern von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1953) – ein Modell der breiten Mitte, das auch in der viel zitierten Bolte-Zwiebel mit dem dicken Mittelstandsbauch ihren Ausdruck findet (vgl. Bolte 1966) –, so wird in letzter Zeit gemeinsam mit der zunehmenden Armut die Wiederöffnung der sozialen Schere konstatiert. Gilt eine tendenzielle Gleichverteilung weder für die Einkommen, noch für die Basis der funktio-

nenalen Differenzierung durch Berufsstände oder die sozialen Produktions- und Reproduktionsprozesse, so ist es weder verwerflich noch verkehrt, Gesellschaft als segregiert bzw. geschichtet zu denken. Denn war das Nicht-Sprechen von der „Unterschicht“ nicht eine Verschleierung von Herrschafts- und Machtverhältnissen? Und werden diese nicht gerade durch den Begriff der „(neuen) Unterschicht“ sichtbar gemacht? Oder trägt eben dieser zur Unkenntlichmachung von Macht bei und birgt die Gefahr gesellschaftlicher Essentialisierungen in sich?

Wird zur Verdeutlichung der Herrschaftsverhältnissen zumeist der Begriff der „Unterklasse“ bevorzugt, so ist es die Art der diskursiven Produktion der „(neuen) Unterschicht“ und ihrer „Kultur“, die es nahe legt, sie hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen, politischen und medialen Effekte kritisch zu analysieren. Denn die zuweilen mit dem Anspruch auf Objektivität operierenden (Selbst-)Beschreibungen des Sozialen können angesichts ihrer gesellschaftlichen Einbettung hochproblematisch und (selbst)widersprüchlich werden.

Um die mit solchen analytischen Kategorien verbundenen Schwierigkeiten ersichtlich zu machen, folgen wir der Annahme, dass die Verwendung spezifischer Begriffe die (individuelle) Wahrnehmung von gesellschaftlicher Umwelt vorstrukturiert. Sie leitet und begrenzt nicht nur die Möglichkeiten des Alltagsverständnisses, sondern auch die der wissenschaftlichen Analysen. In der Diskussion über die „(neue) Unterschicht“ wird Bevölkerung, werden Subjekte sowie soziale Zustände ganzer gesellschaftlicher Gruppen auf der Grundlage eines Gesellschaftsmodells (z. B. der erwähnten Zwiebelmetapher) und den zugehörigen Kategorien betrachtet und (re-)produziert. Das (wissenschaftlich) generierte Wissen um die Geschichtetheit von Gesellschaft streut aus und transformiert zur Grundlage von Verhaltensweisen für und Anforderungen an das Subjekt – mit dem Regierungsbegriff Foucaults formuliert: Die „(neue) Unterschicht“ (wird) regiert¹. Zu ihr zu gehören bzw. zu ihr gerechnet zu werden oder eben nicht, bringt jeweils eigene Zumutungen an den Einzelnen mit sich. Abstrakter ausgedrückt: Das Denken des Sozialen setzt Vorbedingungen, nach denen Subjekte bestimmte Positionen in ihrem sozialen Umfeld einnehmen können, während

1 Thomas Lemke (2001), der hier auf den foucaultschen Regierungsbegriff Bezug nimmt, betont, dass in diesem Begriff ein Verständnis eines Kontinuums der Kunst des Regierens sichtbar wird (vgl. Gordon 1991: 2f). Welche „Regierungsebene“ in diesem Kontinuum von Fremd- oder Selbstführung dominiere, sei gar nicht einfach zu bestimmen. Die Grenzen zwischen Subjektivierungsvorgängen und Fremdzuschreibung werden vielmehr als fließend angesehen.

andere unzugänglich bleiben. Diese diskursiv vermittelten Voraussetzungen ordnen die Aktionen und Reaktionen des Einzelnen, sie werden durch sie verstanden, analysiert und wiederum in neue Programme und Techniken übersetzt. Sie differenzieren, kategorisieren und identifizieren nicht nur, sondern liefern auch die Basis für die Zuordnung von Wertungen, wie Individuen und Kollektive sein sollen und wollen oder eben nicht (sein dürfen).

Schließlich kann man sagen, dass das diskursiv vermittelte Wissen von der „(neuen) Unterschicht“ selbst erst soziale Sichtbarkeiten produziert, die wissenschaftlich geführten Beschreibungen zuweilen entsprechen. Umgekehrt verfestigen sich Identitäten und Werte durch andauernde Versuche, die „Natur“ sozialer Ungleichheit (endgültig) zu erfassen. Mit anderen Worten: Der Unterschichtendiskurs ist ein Beispiel dafür, dass sich „Gesellschaft“ aus dem Wissen über sich selbst konstituiert. Sie besteht als vielfältige Ansammlung von Macht-Wissens-Komplexen und als deren (nicht-)diskursive Verdichtungen, die bis in den Alltag jedes Einzelnen hinein ihre Effekte entfalten. „Die Gesellschaft bildet dabei das Resultat, nicht den Ausgangspunkt“ (Bröckling et al. 2004: 9). Laut Foucault ist anerkanntes Wissen selber schon Macht (Foucault 1994: 290f; vgl. Kocyba 2001: 73f); es nimmt seine Wege durch Kämpfe um Hegemonie, schlägt Haken, transformiert sich, bleibt hartnäckig und materialisiert sich schließlich (vgl. Burchill/Gordon/Miller 1991: x). Wissen verfestigt sich zuletzt also in sozialen Sichtbarkeiten, die – in unserem Beispiel getragen von der diskursiven Formation um die „(neue) Unterschicht“ – schließlich selbst wieder objektiviert, problematisiert und von da aus Ziel politischer Interventionen werden. Potentiell bestätigt es gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse, anstatt deren strukturierende Kraft zu mindern.

Im ersten Kapitel dieses Buches stellen wir Beiträge vor, die sich an einer kritischen, diskursanalytischen Behandlung der Unterschichtenproblematik orientieren. Es werden Strategien der Macht sichtbar, die dazu beitragen, entsprechende Beschreibungsmodelle von Gesellschaft hegemonial werden zu lassen und so die Starrheit sozialer Ordnung begünstigen. „Wissensbefragung“ versucht genau dies zu leisten: Sie begleitet das Wissen von Gesellschaft über sich selbst von den Bedingungen seiner Generierung bis zu seiner Nutzung in Alltag, Verwaltung, Medien usw., um ihm seine scheinbare Objektivität zu entziehen.

An dieser Stelle wird offensichtlich, dass sich eine so geartete kritische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse explizit theoriepolitisch positioniert. Gegenüber wissensbasierten Prozessen zur Konstitution von Gesellschaft eine kritische Perspektive einzunehmen, erscheint uns in Anbetracht der gegenwärtig aufkommenden Rhetoriken und Verkür-

zungen bei der Beschreibung von Gesellschaft dringend angebracht. Deren Macht bzw. Ermächtigung durch Verabsolutierung und Selbstverständlichwerden soll entgegengewirkt werden – mit einer Praxis also, die auftaucht als Wissen über Wissen, als Beschreibung der Selbstbeschreibungen.

Um die Wirkungsweise des Schichtenmodells zu verstehen, ist es außerdem wichtig zu beachten, dass Politik, Wissenschaft, Medien- und Alltagsdiskurse von dieser Problematik gleichermaßen durchzogen sind. Es ist demnach nicht relevant, in welcher Diskursarena das Modell produziert und reproduziert wird. Vielmehr erscheint es notwendig, die Verwendungskontexte von Schichtenmodellen und die „Unterschichten-debatte“ in allen Bereichen der Generierung gesellschaftsrelevanten Wissens in ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu analysieren und in ihre jeweils kontingenten Zusammenhänge zu stellen. Wollen wir die Entstehung und Entwicklung von Wissenskonstellationen oder gar Wissensregimen, die soziale Ungleichheit problematisieren, als einen Effekt kommunikativer Prozesse in allen oben genannten Diskursebenen begreifen, dann wird deutlich, dass sie sich nur im Zusammenspiel komplexer Machtstrategien und in spezifischen politischen Verhältnissen etablieren konnten und können.

Wenn im ersten Abschnitt dieses Buches Wissens(ver)ordnungen des Sozialen auf den Prüfstand gestellt werden, dann geht es genau darum, der Beantwortung der Frage nach Machtstrategien Raum zu bieten, die die Geschichtetheit von Gesellschaft u. a. als „natürlich“ und selbstverständlich erscheinen lassen. Die zentrale Fragestellung lautet dann: Was ermöglicht die Vorstellung des Sozialen als geschichtet? Die Frage ist mit Absicht so gestellt, dass sie zwei Antwortrichtungen offen lässt: Welche Mechanismen ermöglichen überhaupt die Generierung der Kategorie/Identität „(neue) Unterschicht“ bzw. wie geht ihre Identifikation/Regierung vonstatten (1.1)? Und zweitens, inwiefern kommt ihr von da aus u. a. eine gesellschaftskonstituierende Funktion zu (1.2).

1.1 Die Regierung der „(neuen) Unterschicht“ und des „abgehängten Prekariats“

In dem Ankündigungstext zu einer Vortragsreihe, auf deren Grundlage dieses Buch entstanden ist, haben wir Beschreibungen der „(neuen) Unterschicht“, die unter anderem Walter Wüllenweber in einem Artikel bereits 2004 in Anschlag brachte, in den folgenden Worten zusammengefasst: Die Angehörigen dieser Schicht seien disziplinlos, ernährten sich falsch, hingen rum, seien arbeitsscheu, dumm, fettleibig, fernsehsüchtig,

antriebslos, bewegungsfeindlich usw. Kurzum: Die „Unterschicht“ sei asozial.²

Will man nun die oben gestellte, zentrale Frage daraufhin beantworten, wie solche eben vorgeführten Zuschreibungen funktionieren, so bedeutet dies, zweierlei in den Blick zu nehmen: Einerseits müssen konkrete Mechanismen in den Identifikationsvorgängen analysiert werden. Andererseits – und diese Analyse möchten wir voranstellen – ist zu untersuchen, auf Basis welcher Vorannahmen die spezifischen Charakteristika der „(neuen) Unterschicht“ hergeleitet und begründet werden. Welche Kausalitäten werden herangezogen, um von empirischen Beobachtungen auf essentielle Persönlichkeitsmuster zu schließen? Die „(neue) Unterschicht“ entsteht einerseits auf Basis eines Bildes von Persönlichkeiten, deren Eigenschaften „objektiv“ gesehen negativ sind, also der „selbstverständlichen“ Normalität entgegenstehen: „Wir wissen mittlerweile eine ganze Menge über die ‚Unterschichtler‘ von heute, obwohl sie sich kaum zu Wort melden. Sie machen kein großes Aufhebens von sich, kriechen immer tiefer in ihre Wohnsilos hinein, wohin ihnen Dutzende von Soziologen gefolgt sind. Ihre Lebensgewohnheiten wurden erforscht wie die von Feldhasen. Wir verfügen über eine ziemlich scharf gerasterte Typologie, die uns die Fremdlinge im eigenen Land besser erkennen lassen.“ (Steingart 2006) „Bislang glaubten Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft: Die Lebensformen der Unterschicht und ihre Verhaltensweisen seien die Folge ihrer Armut. Genau das Gegenteil ist richtig: Die Armut ist eine Folge ihrer Verhaltensweise, eine Folge der Unterschichtskultur. In Deutschland sind nicht immer die Armen die Dummen, sondern die Dummen sind immer arm. Wer nicht ein Mindestmaß an Selbstdisziplin gelernt hat, wer seinen Körper nicht gesund hält, ist nicht arbeitsfähig.“ (Wüllenweber 2004) Die „Lebensformen“ und „Verhaltensweisen“ haften dem Subjekt offenbar unabänderlich an.

Bereits im letzten Zitat deutet sich an, dass in derselben Debatte die jeweiligen Merkmale gleichermaßen als persönlich verschuldet gelten; gewissermaßen als Unverantwortlichkeit sich selbst und der Gesellschaft gegenüber, wie z. B. beim Thema Gesundheit: „Sind Angehörige der Unterschicht einmal erkrankt, verläuft ihr Heilungsprozess erheblich schlechter. Früher waren mangelnde ärztliche Versorgung und krankmachende Arbeitsbedingungen die Gründe dafür. Heute nicht mehr. Es gibt nur einen Grund: falsches Verhalten.“ (ebd.) Die Konstruktion der „unterschichtigen“ Identität legitimiert sich metapolitisch als objektive Gegebenheit und gleichzeitig als Intention bzw. subjektive Schuld.

2 Siehe www.engagiertewissenschaft.de → AG SchwerPrekär, vgl. Wüllenweber 2004; Beck 2006; Steingart 2006.

Der „(neuen) Unterschicht“ kommt dank diesem paradoxen, doppelten Begründungsmuster ein ganzes Bündel an Funktionen zu, welche die derzeitige hegemoniale Vorstellung von Normalität und Gesellschaftsordnung zu stützen vermögen (siehe 1.2). Um diesen nachkommen zu können, muss sie eine Reihe weiterer Bedingungen erfüllen, die die Art und Weise ihrer Identifikation betreffen. Wenn im Sinne der Foucaultschen Gouvernementalität hier von der Regierung der „Unterschicht“ die Rede ist, dann bezieht das zweierlei mit ein: Einerseits jene Bestrebungen und Praktiken, die danach trachten, die Anormalität entsprechender Individuen zu beseitigen und andererseits die konkreten Vorgänge, die bei der Formierung und Essentialisierung ihrer Identität ablaufen.³ Fremdzuschreibungen und Selbstidentifikation unterwerfen die betreffenden Individuen einer bestimmten Rasterung und Ordnung. Entsprechende diskursive Praxen machen die „Unterschicht“ „präsent“ und „handhabbar“.

Das gilt zum Beispiel für die Definition der Räume, in denen sich die „unterschichtigen“ Abweichler bewegen, für die Markierung der Orte, an denen sie sich aufhalten und wo sie zu Regierungszwecken schließlich „aufgetrieben“ werden können. Die Räume ihrer Existenz werden erkannt, erzeugt und festgehalten und finden sich in der Beschreibung so genannter „Problemstadtteile“ verwirklicht. Diese sind Grundlage staatlicher Interventionen oder werden kurzerhand mit einem Delinquenzstatus versehen und aufgegeben: „Im Meerkamp [in Essen-Katernberg], in München-Hasenberg, in Hamburg-Wilhelmsburg, in Köln-Chorweiler, in den typischen deutschen Unterschichtsvierteln leben die Armen heute [...]“ (Wüllenweber 2004)

Die Problematisierung der „(neuen) Unterschicht“ bringt auch allerlei Ansätze mit sich, um deren *Merkmale zu katalogisieren*. Sie halten fest, welche devianten und/oder gesellschaftlich nicht anerkannten Verhaltensweisen von den ausgemachten Subjekten vorgeführt werden. Es

3 Auf erstere Regierungspraktiken und deren gesellschaftliche Bedeutung kommen wir gleich noch zu sprechen. Die Unterscheidung in „Regierung“ als (Selbst-)Identifikation der „(neuen) Unterschicht“ und „Regierung“ als Steuern der Gesellschaft mit der und gegen die „(neue) Unterschicht“ dient hier analytischen Zwecken, um das gesellschaftskonstituierende Moment des Unterschichtsdiskurses hervorzuheben. Beide Strategien der Macht entfalten sich nicht autark, sondern bedingen sich gegenseitig. Um überhaupt regulierend in und gegen die „(neue) Unterschicht“ eingreifen zu können, bedarf es nicht nur der eben aufgezeigten doppelten Begründungslogik und der Rechtmäßigkeit der regulierenden Eingriffe (z. B. durch einen „demokratisch“ legitimierten Staat), sondern auch der Identifikation des Regierungsobjektes. Kurz: Ohne Identifikation kein Steuern; ohne Steuern keine Notwendigkeit zur Identifikation.

wird dabei ein ganzes Arsenal an Zuschreibungen sichtbar, in denen ihre Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitsverweigerung mit den Stichwörtern der „Faulheit“ und der „Sozialschmarotzer“ in Verbindung gebracht wird. Der Diskurs vermittelt mit großer Klarheit, dass sie eine falsche Erziehung durch zu viel Fernsehen oder das falsche Programm, dem „Unterschichtenfernsehen“, genießen; dass sie sich falsch ernähren, zu wenig bewegen und dem Drogen- und Alkoholmissbrauch verfallen sind. Ursache sind ihre fehlerhaften Charaktereigenschaften: Sie sind diszipliniert und perspektivlos, haben resigniert; es fehlt ihnen ein elementarer Sinnhorizont. Dass bei der Diagnose der „(neuen) Unterschicht“ eine Gleichsetzung mit dem „abgehängten Prekariat“ erfolgt, verwundert nicht, wenn man in den Blick nimmt, dass dessen als zentral ausgemachte Eigenschaften in auffälliger Weise den Zuschreibungen der „(neuen) Unterschicht“ gleichen. So taucht materielle und finanzielle Armut zwar immer noch als Merkmal zur Erfassung der Gruppe auf – allerdings nur als historische Bezugsgröße: Ein Novum im Diskurs über „(neue) Unterschicht“ und „abgehängtes Prekariat“ ist, dass Wohlstandsverteilung nicht mehr als zentrale Identifikationsgröße dient – diese Rolle haben „kulturelle“ Indikatoren übernommen. In seinem Artikel für den „Stern“ schreibt Walter Wüllenweber bereits 2004: „In Deutschland hat sich eine neue Unterschicht gebildet, die ohne Zukunft ist. Jahrzehntelang wurde versucht, ihre Armut mit Geld zu bekämpfen. Doch was die Benachteiligten wirklich brauchen, wird ihnen verwehrt.“ „In den vergangenen Jahrzehnten hat die Unterschicht eigene Lebensformen entwickelt, mit eigenen Verhaltensweisen, eigenen Werten und eigenen Vorbildern: die Unterschichtskultur.“ (ebd.) Und schließlich: „Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. Der Unterschicht fehlt es nicht an Geld, sondern an Bildung.“ (Wüllenweber 2004; vgl. auch Steingart 2006).

Die Rhetorik, die den Attributen der „(neuen) Unterschicht“ ein Framing als eigenständige Kultur gibt, betont zusätzlich die Starrheit der Situation. Über Generationen hinweg komme es zu einem regelrechten Einrichten in dieser Kultur, wobei man den Eindruck gewinnen kann, die Eltern wären bereits aufgegeben, sodass Interventionen nur noch zur Rettung ihrer Kinder stattfinden. Kurt Beck meint schon 2006: „Wir können und wollen die Eltern nie ersetzen. Aber der Staat muss unterstützend eingreifen, fördern und fordern. Für den Teil der Gesellschaft, der uns zu entgleiten droht, ist der vorsorgende Sozialstaat gefragt, den meine SPD will. In Kinderbetreuungseinrichtungen muss die Sprachfähigkeit und der Leistungswille gefördert werden, damit Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern die Chance, aber auch den Ehrgeiz haben, aufzusteigen. Ohne Leistungswillen kann keine Gesellschaft auf Dauer

bestehen. Leistung muss sich lohnen, für jeden in Deutschland.“ (Beck 2006; vgl. Wüllenweber 2004)

Wie solche Fremdzuschreibungen und Identifikationsvorgänge wiederum mit individuellen Selbstbeschreibungen ineinander fließen, also sowohl „Anforderungen an das Subjekt stellen“ als auch dessen soziale Selbst-Verortung umwälzen können, macht Daniela Schiek in ihrem Artikel deutlich. Sie zeigt durch die Analyse von Interviews, wie Individuen mit dem (prekären) Wandel kaum beeinflussbarer Lebensbedingungen umgehen.

Ausgehend von den z. B. durch die Sozialwissenschaften erstellten „Bestandsaufnahmen“ der „Unterschichtskultur“ konzentrieren sich die darauf folgenden Therapieansätze und (staatlich) regulierten Eingriffe neben der z. B. von Kurt Beck geforderten „besseren“ und früheren *Erziehung* der „Unterschichtenkinder“ auf eine Mischung aus Gesundheits- und Ernährungsmanagement, Disziplinierung, Selbstführung usw. Als kluge Lösung wird alles angeführt, was ein (individueller) Teil der Bevölkerung zum gesunden Umgang mit sich selbst tun kann und auch sollte: „Einen Monat rauchen ist teurer als der Monatsbeitrag in einem exklusiven Fitness-Studio. Fast Food ist teurer als Selberkochen. Alkohol ist teurer als selbst gepresster Obstsaft, die Presse mitgerechnet. Ungesundes Verhalten ist insgesamt teurer als gesundes. Armut macht also nicht krank. Der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht ist keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Disziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der neuen Unterschichtskultur.“ (Wüllenweber 2004; vgl. auch Steingart 2004) Körperliche Ertüchtigung gepaart mit sozialen Erfahrungen, sprich: eine Sporttherapie, wird insbesondere bei den Jugendlichen zum Allheilmittel aller Probleme: „Bertold Werth strahlt. So langsam lernen die Jungs, was Zusammenspielen bedeutet. Werth ist ein Sozialarbeiter des Jugendhilfe-Netzwerks der Arbeiterwohlfahrt in Katernberg. Im Auftrag des Jugendamtes betreut er besonders problematische Familien. Weil er selbst Fußballer ist, hat er vor drei Jahren begonnen, mit den 11- bis 15-jährigen Jungs aus diesen Familien einmal die Woche in der Sporthalle zu kicken.“ (ebd.) Neben dem körperlichen „Trimm“ und „auf Zack bringen“ wird in der geistigen Entwicklung Bildung zum einzig denkbaren Ausweg aus dem Dilemma stilisiert: „Die Unterschicht hat nur zwei Alternativen: Bildung oder Sozialhilfe.“ (Wüllenweber 2004; vgl. auch Steingart 2006) Gerechtfertigt wird so nicht zuletzt eine möglichst weitgehende Trennung der Kinder von ihren Eltern und ihrem sozialen Umfeld, damit „negative“ Sozialisationsinstanzen nicht zu viel Einfluss auf das junge, noch formbare Subjekt ausüben können.

1.2 Die „(neue) Unterschicht“ und das „abgehängte Prekariat“ als „integrierte Ausgeschlossene“

Wenn wir die anfangs gestellte Frage nach dem, was ein Denken der Gesellschaft als geschichtet ermöglicht, auf dessen vielfältige Effekte und soziale Funktionen hin beantworten wollen, dann bieten die oben angeführten Beispiele zur Identifikation und Therapierung der „(neuen) Unterschicht“ klare Anknüpfungspunkte. Sie machen deutlich, inwiefern der „(neuen) Unterschicht“ für die gegenwärtig hegemoniale Ordnung von Gesellschaft Relevanz zukommt, wen oder was sie ermöglicht bzw. verunmöglicht. Die Vorführung der allgemeinen Verwahrlosung der „Unterschichtler“ dient der Essentialisierung des „Leistungswillens“; eine Anthropologie wird legitimiert, die soziales Miteinander (nur) auf Basis „ehrgeiziger“ und nutzenoptimierender Individuen denkbar werden lässt. Abgesehen von solchen anthropologischen und soziologischen Konstanten, werden so folgende Argumentationslinien zum Funktionieren von Gesellschaft begründet:

Erstens: In all den aufkommenden Zuschreibungen wird ein Bild der „(neuen) Unterschicht“ geschaffen, das durch Abgrenzung zum Rest der Gesellschaft charakterisiert ist – sie wird als gesellschaftlich nicht integrierte, als ausgeschlossene Gruppe konstituiert. Die Ausgegrenzten gelten als empirischer Beleg dafür, wie man nicht sein soll und will; sie dienen der hegemonialen Normalität als negativer Abgrenzungspunkt, durch den diese sich legitimieren und stabilisieren kann. Friederike Habermann erkennt diesbezüglich in den aktuellen Problematisierungen von „Unterschicht“ eine Tendenz zu deren Pathologisierung: Ihre physiologischen und mentalen Merkmale erhalten einen Status als Symptome einer Erkrankung, vor der sich die „Gesunden“ wegen „Ansteckungsgefahr“ schützen müssen. Je nachdem, welches Muster (objektivistische/subjektivistische Erklärung) zur Begründung für Anders-Sein, Abnorm und Ausschließung der Unterschichtsidentität gerade herangezogen wird, fügt sie sich auf unterschiedliche Weise konstitutiv in verschiedene Gesellschaftsbilder ein.

Zweitens: Als objektive Gegebenheit hält sie vornehmlich für Argumentationen aus dem staatstreuen Lager als Bezugspunkt her, um dessen Fürsorgerrolle ein weiteres Mal zu betonen. Den Menschen müsse geholfen werden, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder der Staat selbst müsse dem „Sozialschmarotzertum“ ein Ende setzen, um sich behaupten zu können. Weniger auf Wohlfahrt ausgerichtet aber nicht minder staatsloyal, nimmt dagegen der durch ein Kosten-Nutzen-Kalkül gelenkte Blick jegliche Investition in die „(neue) Unterschicht“ hinsichtlich seiner staatlichen Rückkoppelungseffekte ins Visier. Ver-

folgt wird keine Perspektive eines individuellen Emanzipationsprozesses, sondern im Zentrum steht funktionales Staatsdenken: „Die Unterschicht braucht echte Investitionen in ihre Zukunft, Investitionen in die Köpfe der Menschen, nicht in den Bauch. Bildungsausgaben zahlen sich bereits in wenigen Jahren aus – nachweislich. Aus guten Schülern werden bald gute Steuerzahler. Ein besseres Investment können Staaten nicht tätigen.“ (Wüllenweber 2004)

Drittens verweisen neoliberale Positionen auf die Eigenverantwortlichkeit der „Unterschichtler“ und wenden sich damit gegen staatlich getragenen Interventionismus: verlieren kann jeder mal, aber wer will, ist auch schnell wieder dabei – so will es das „natürliche“ Spiel der Ökonomie.

Auch Friederike Habermann geht von diesem neoliberalen Konsens aus und spricht weiter in ihrem Beitrag davon, dass sich dessen Ideal im „Homo oeconomicus“ von Adam Smith ausformuliert. Auf Foucault Bezug nehmend zeigt sie, dass dieser in seiner Norm einem männlichen, weißen, heterosexuellen und gesunden Ideal entspricht. Zwar sei die hegemoniale Bedeutung des „Homo oeconomicus“ als Rollenmodell inzwischen so stark, dass es im Prinzip für alle Gültigkeit habe, aber die „Anderen“ haben es grundsätzlich schwerer, dem an Weiß-sein und Männlichkeit orientierten Ideal zu entsprechen. Dies lasse sich auch zunehmend im Diskurs über die „(neue) Unterschicht“ feststellen.

Eske Wollrad folgt einer anderen These, indem sie in ihrem Artikel die Konstruktion des „White trash“ („Weißer Abfall“) beschreibt: „[A]nders als das normative Whiteness, das seine Macht gerade aus der Unsichtbarkeit und aus der Unbenanntheit bezieht, ist *White trash* die einzige Gruppe der Weißen, die im dominanten Diskurs als Weiß benannt wird.“ Laut Wollrad tritt dieses US-amerikanische Label mittlerweile auch in der bundesdeutschen Debatte über das „abgehängte Prekariat“ auf. Hieran zeigt sie, wie gegenwärtige Diskurse Prozesse der Rassifizierung aus kolonialer Wissensproduktion revitalisieren. Auch durch eine rassistische Ausschließungslogik wird der „White trash“ als Identität naturalisiert und mit moralisch-ethischen Defiziten verkoppelt.

In kritischer Ergänzung des marxischen Ausbeutungstheorems arbeitet Hermann Kocyba in seinem Aufsatz heraus, wie eng kapitalistische Ausbeutung mit diskursiv vermittelten Ausgrenzungsmechanismen zusammenhängt. Er zeigt, dass „die Integration in wirtschaftliche Prozesse nicht nur wirtschaftliche Aspekte besitzt“, ergo kapitalistische Produktionsverhältnisse nicht allein als Ergebnisse ökonomischer Determinanten greifbar sind, sondern in ihrer Interdependenz zu sprachlich-sozialen Prozessen in Beziehung gesetzt werden müssen.

Diese groben Skizzen über die gegenwärtige Funktionalität von „(neuer) Unterschicht“ innerhalb eines bestimmten Denkrahmens deuten an, dass sie nicht als außerhalb der Gesellschaft stehend betrachtet werden kann. In ihrer Doppeldeutigkeit als „zu integrierende Andere“ und „wegen Willenlosigkeit notwendig Ausgeschlossene“ wird sie zum „integrierten Ausgeschlossenen“ der Gesellschaft. Die Affirmation der „(neuen) Unterschicht“ als soziales Phänomen – als Effekt komplexer historischer Macht-Wissen-Konstellationen – geht somit (abermals) als Gesellschaft konstituierende Konstante in das Denken über sie und in die Politik um ihre Gestalt mit ein.

Diesen paradoxen Status haben Flüchtlinge innerhalb vorherrschender gesellschaftlicher Verhältnisse nicht, so die These im Beitrag von Karin Scherschel. Sie widmet sich dem Thema der Fluchtmigration im Kontext von Prekarisierung, „um sozialen Ausschluss, Schutz- und Rechtlosigkeit in ihren extremsten Folgen deutlich zu machen“. Die prekäre Lage dieser keineswegs homogenen Gruppe wird zudem im wissenschaftlichen Feld gestützt: „Fluchtmigration ist sehr vielgestaltig, Flüchtlinge sind eine sehr heterogene Gruppe und Prekarisierung meint hier bedeutend mehr als eine ungesicherte Arbeitsmarktposition. Der marginale gesellschaftliche Status von Flüchtenden reproduziert sich in der Wissenschaft, wenn ihre prekäre Lebenssituation nicht systematisch in Diskurse über soziale Gefährdungen und sozialen Ausschluss miteinbezogen wird.“ Der Beitrag verbindet deshalb Fragestellungen nach den Auseinandersetzungen um Kategorien und soziale Sichtbarkeiten einer Gesellschaft mit der Diskussion um einen erweiterten Prekaritätsbegriff.

2. Prekarisierung überall

Abgesehen von der Diskussion um die „(neue) Unterschicht“ beschäftigt sich dieses Buch mit Themen, die zumeist unter den Schlagwörtern der „Prekarisierung“ oder der „Prekarität“ verhandelt werden. In diesen Debatten geht es zwar auch um diejenigen, die diskursiv als „(neue) Unterschicht“ markiert wurden und immer noch werden, allerdings liegt der Akzent auf einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive der prekären Veränderung. Hier wird das „Prekäre“ in Betracht genommen, das zumeist mit einem ausgemachten, profunden sozialen und ökonomischen Wandel in Zusammenhang gebracht wird. Gesprochen wird von der Entwicklung von der industriellen hin zur postindustriellen Gesellschaft, vom Fordismus hin zum Postfordismus, – ein Transformationsprozess, der nicht nur Veränderungen der Arbeitswelt zur Folge hat, zumeist allerdings von diesen ausgehend thematisiert wird. Erkannt wird der Nieder-

gang des abgesicherten, sogenannten Normalarbeitsverhältnisses und der Etablierung von atypischen Formen zeitlich und räumlich entgrenzter, ungesicherter Beschäftigung, in der Arbeits- und Freizeit sowie Produktions- und Reproduktionstätigkeiten ineinander fließen. Die bisherigen Gesellschaftsmodelle werden im Schatten der allgemein konstatierbaren Prekarisierung zur Disposition gestellt. Löst diese Entwicklung die Schichten-, Klassen- und Milieuvorstellungen auf oder können diese auch weiterhin Erklärungswert für sich beanspruchen? Wie diffus dieses Verhältnis zwischen Prekarisierung und bisherigen Gesellschaftsmodellen noch scheint, spiegelt sich in den im Kontext mit Prekarität verwendeten Zuschreibungen, die im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs in Erscheinung treten, wieder: Gesprochen wird vom „akademischen Prekariat“, von den „prekären“ Armen, von den „Prekären“, weil illegalisiert hier Lebenden, dem „abgehängten Prekariat“ und vielen ähnlichen Bezeichnungen mehr.

Mit den Worten „Prekarität ist überall“ betitelt der französische Soziologe Pierre Bourdieu 1997 einen Vortrag, in dem es heißt: „Es ist deutlich geworden, dass Prekarität heutzutage allgegenwärtig ist. Im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor, wo sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitstellen vervielfacht hat; in den Industrieunternehmen, aber auch in den Einrichtungen der Produktion und Verbreitung von Kultur, dem Bildungswesen, dem Journalismus, den Medien usw. Beinahe überall hat sie identische Wirkungen gezeigt, die im Extremfall der Arbeitslosen besonders deutlich zutage treten: die Destrukturierung des unter anderem seiner zeitlichen Strukturen beraubten Daseins und der daraus resultierende Verfall jeglichen Verhältnisses zur Welt, zu Raum und Zeit.“ (Bourdieu 1998) Bourdieu verwendet eine Begrifflichkeit, die im Sinne des „Prekariats“ auf den Soziologen Robert Castel zurückzuführen ist (vgl. Link 2007). In seinem Buch „Die Metamorphose der sozialen Frage“ setzt sich Castel unter anderem mit der Wiederkehr von sozial nicht (mehr) abgefederten, unsicheren Lohnarbeitsverhältnissen auseinander (vgl. Castel 2000).

An die postulierte Allgegenwärtigkeit von Prekarität schließt sich die Frage an, wer alles konkret von ihr betroffen ist. Gibt es tatsächlich eine Entgrenzung der Prekarität in alle gesellschaftlichen Schichten und Milieus hinein oder ist von einer sozial ungleichen Verteilung auszugehen? Mit dieser Diskussion beschäftigt sich Klaus Kraemer in seinem Beitrag. Er fordert ein Verständnis von Prekarität, welches die Prozesshaftigkeit prekärer Lebenssituationen berücksichtigt und den gesamten Erwerbsverlauf in die Betrachtung mit einbezieht. Unter Berücksichtigung „prekärer Lebenslagen“ und „gefühlter Prekarisierung“ stellt er

schließlich eine ungleiche Verteilung des Prekären und eine Häufung von „Prekarisierungsrisiken“ in unterprivilegierten Lagen fest.

Auch Mario Candeias unterscheidet in seinem Text „Genealogie des Prekariats“ unterschiedlich prekarierte Gruppen und macht auf die „Vielfältigkeit von Prekarisierungsprozessen“ aufmerksam, „die je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethno-nationalen oder anderen Zuschreibungen ganz unterschiedlich ausfallen und verschieden bearbeitet werden“. Er betont dennoch, dass es sich bei der Prekarisierung nicht um einen Prozess handelt, der lediglich auf bestimmte Randgruppen zutrifft: „Tatsächlich erleben wir [...] die Verbreitung einer allgemeinen gesellschaftlichen Kultur der Unsicherheit“. Dass Prekarisierung kein ausschließlich postfordistisches Phänomen darstellt, ist dabei eine weitere zentrale These Candeias'. Er meint, dass die Unsicherheit schon immer ein „Begleiter kapitalistischer Vergesellschaftung“ war, die sich mit der Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses wieder vermehrt in der Gesellschaft ausbreitet. Bei allem Protest gegen diese Entwicklung könne es ihm nach dennoch nicht um eine Rückkehr zu alten Standards gehen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass das Normalarbeitsverhältnis und der Wohlfahrtsstaat in ihrer „patriarchalen und paternalistischen“ Ausprägung bestimmte Gruppen wie Frauen, MigrantInnen etc. von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen hätten. Zudem müsse beachtet werden, dass die neuen Formen der Arbeit sowohl ausbeuten als auch Elemente erweiterter Selbstbestimmung in sich bürden.

Unter diesem Blickwinkel kann der Wandel nicht nur als Einschränkung, sondern auch als Erweiterung des Handlungsspielraums verstanden werden: „[Es] darf nicht vernachlässigt werden, der Fordismus war ein hierarchisches, patriarchal bestimmtes Kontrollsystem, dessen Überwindung enorme Möglichkeiten eröffnet. Während der Einzelne in ihm zum bloßen Befehlsempfänger reduziert werden sollte, ein Rädchen im fremdbestimmten Getriebe des Arbeitsprozesses, wird er im Neoliberalismus zum „Arbeitskraftunternehmer“, dem im Rahmen seines Arbeitsfeldes weitgehend die Strukturierung des (Teil-)Arbeitsprozesses überlassen wird, solange das Arbeitsergebnis wunschgemäß abgeliefert wird.“ (Klautke/Oehrlein 2007: 12)

2.1 Das Subjekt der Prekarisierung

Mit dem Umbruch in der Gesellschaft kommt es zu einem Wechsel der Arbeits- und Lebenssituationen jedes Einzelnen. Daraus ergibt sich die Frage, was die neuen Bedingungen konkret für die Lebenswirklichkeit der Individuen bedeuten. Wie definieren und bewerten die Betroffenen ihre Situation? Und welchen (neuen) Anforderungen sehen sie sich ausgesetzt? Dass die individuelle Ebene und der persönliche Umgang mit der neuen Situation bisher wenig erörtert wurde, meint Daniela Schiek. Auf Basis selbst geführter Interviews setzt sie sich mit der Frage auseinander, wie die Probanden mit prekären Erwerbslagen umgehen, wenn bisherige Orientierungs- und Handlungsmuster der Normalarbeit nicht mehr greifen. Ihrer Meinung nach ist die Verarbeitung der prekären Arbeitssituation durch die Betroffenen mit der bisherigen biographischen Erlebensgeschichte jedes Einzelnen eng verknüpft. Dies müsse beachtet werden, wenn über den Abschied vom Normalarbeitsverhältnis verhandelt wird.

Der Wandel der Arbeit verlangt nach einem Wandel des Individuums, welches wiederum eine Veränderung der Beschäftigungsformen erfordert. Die neuen Formen von Arbeit setzen ein eigenverantwortliches und selbstständiges Subjekt voraus und die Autonomiebestrebungen des Einzelnen bedürfen flexiblerer Strukturen in der Arbeitswelt. Es scheint sich um eine paradoxe Entwicklung zu handeln, die eine erweiterte Selbstbestimmung mit vertieftem Zwang verbindet. Die Anforderungen durch Arbeit haben sich von einem äußeren disziplinarischen System in den Einzelnen hinein verlagert, der nun genötigt ist, ihnen mit Aktivität und Eigenverantwortung als „ArbeitskraftunternehmerIn“ zu begegnen. Darüber hinaus gehen mit der Entgrenzung der klaren Trennung von Arbeitsort und Arbeitszeit, sowie Frei- bzw. Reproduktionszeit die Vorstellungen einher, denen zufolge der Einzelne nicht nur seine Arbeitskraft unternehmerisch zu Markte tragen muss, sondern die unternehmerischen Mechanismen und Techniken verinnerlichen soll: Verlangt wird nach einer *unternehmerischen Subjektivität* im Ganzen, nach dem „unternehmerischen Selbst“ (vgl. Bröckling 2007).

Wie bei Schiek bereits angesprochen, so wurde das Subjekt in der Arbeitsforschung lange Zeit vernachlässigt (vgl. Traue 2004). Dementsprechend wird eine sich mittlerweile etablierende kritische Betrachtung dieser Subjektivität im Rahmen der Prekarisierungsdiskussion als wichtige Bereicherung wahrgenommen: „Die aktuelle Debatte um Prekarisierung in Europa, als eine neoliberale Kondition und ein umfassender Subjektivierungsmodus, hört klugerweise [...] nicht dort auf, wo die Sphäre der Lohnarbeit oder der sozialstaatlichen Versorgung endet, sondern

sucht nach Perspektiven, um über die reduzierende Logik des Arbeitsbegriffes und die Nationalstaatlichkeit hinaus zu denken.“ (von Osten 2007: 109)

Der Aufforderung den Blick auf eine umfassende Subjektivierung zu richten, kommt Sebastian Göschel nach. In seinem Text setzt er sich mit dem Marsayas-Mythos auseinander, demzufolge Marsayas aus einem musikalischen Wettbewerb mit dem Gott Apoll als Verlierer hervorgeht und zur Strafe gehäutet wird. Den Marsayas-Mythos interpretierte bereits Heiner Müller als Chiffre für die Wettbewerbsgesellschaft und Göschel befragt ihn hier nun erneut auf seine Aktualität hin. Hintergrund bildet dabei die Annahme, dass die Ablösung von den hierarchischen, fordistischen Strukturen unter anderem auf die Protestbewegungen der 1968er zurückzuführen ist, welche diese Entwicklung unter dem Vorsatz der Selbstbestimmung entschieden vorangetrieben haben. Ihre Kritik habe allerdings nicht zur Zerstörung des Kapitalismus geführt, sondern die Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung hätten sich in die kapitalistische Logik integriert.⁴ Einstige Bestrebungen nach Freiheit und größeren Handlungsspielräumen seien heutzutage zu notwendigen Anforderungen an das Subjekt und zu einer neuen Form des Zwangs geworden. Dieser Prozess kann laut Göschel in der Marsayas-Erzählung veranschaulicht werden: „Wie der abstrakte Vorgang der Absorption der Fremdführung in das Subjekt vonstatten geht, ist schwer vorstellbar, lässt sich mit Hilfe der Marsayas-Erzählung jedoch plastisch machen; Apollon legt das Innere des Marsayas frei, nimmt ihm die Grenze der Haut. Die Welt erinnert sich dem Marsayas, Apollon dringt in das Subjekt ein, entkleidet es und wendet das Innere nach außen. Die Haut als Grenze des Ichs zum Anderen ist überwunden.“

Prekarisierung im Zusammenhang mit Subjektivierungsprozessen zu verstehen, ermöglicht eine erweiterte Sicht auf gesellschaftliche Entwicklungen. Somit kann Prekarisierung zum Thema für solche werden, die sich selbst auf den ersten Blick nicht als prekariert begreifen. Isabell Lorey thematisiert dies im Zusammenhang mit KulturarbeiterInnen, die sich zumeist als gut ausgebildete AkademikerInnen in einer prekären Arbeits- und Lebenslage befänden und diese mittels der Vorstellung von erweiterter Autonomie rechtfertigten. Die damit einhergehenden Einschränkungen und Regulierungen würden von den Betroffenen nicht reflektiert und verschwinden hinter der Sichtweise, ein selbstbestimmtes, authentisches Leben zu führen. Laut Lorey ist die Idee von „Eigentlichkeit“ und „Authentizität“ ein Instrument des Selbst-Regierens, das im Zusammenhang einer biopolitischen Gouvernementalität zu

4 Siehe dazu unter anderen Boltanski/Chiapello (2006; 2007).

betrachten ist.⁵ Zudem ist für diese Art des Regierens kennzeichnend, dass sie nicht einseitig repressiv wirkt, sondern sich in der „freiwilligen“ Selbstdisziplinierung jeder Einzelnen manifestiert. Die Selbstregierung birgt einen gewissen Handlungsspielraum in sich, Orientierungspunkt ist jedoch das „Normale“: „Mit der Aufforderung, sich am „Normalen“ zu orientieren – was bürgerlich, heterosexuell, christlich, männlich weiß, weiblich weiß, national sein konnte –, mussten schon im Zuge der Moderne alle ein Verhältnis zu sich entwickeln, den eigenen Körper, das eigene Leben zu kontrollieren, indem sie sich selbst regulieren und so selbst führen.“ (Lorey 2006)

2.2 Praxen und Formen der Intervention

Mit dem Auflösen der Konturen des Normalarbeitsverhältnisses in den atypischen Formen der Beschäftigung, begleitet durch vielfältige und normalisierte Subjektivitäten, geht ein gewandeltes theoretisches wie praktisches Verständnis des Politischen einher. Einer größeren Aufmerksamkeit erfreut sich das Thema des Politischen dabei nicht nur in den klassischen Feldern der Wissenschaft und des linken Bewegungsdiskurses, sondern sein In-Frage-Stellen rüttelt – wenn auch weniger offensichtlich – an den Pfosten alt gedienter Institutionen: den Gewerkschaften. Nicht gefeit vor prekären Erschütterungen müssen sie sich mit der Frage konfrontieren, wen sie mit welcher Legitimität und auf welche Weise noch vertreten, wenn das System der Festanstellung zunehmend als Relikt vergangener Zeiten erscheint. Woher nehmen sie den Vertretungsanspruch, wenn die klassischen Formen der Organisation und Mitbestimmung auf dem Weg in die Zukunft Stück für Stück zurückgelassen werden?⁶

In diesen Zeiten des Umbruchs findet einerseits ein Festhalten an den klassischen Organisationen statt, denen eine Transformation im Sinne der veränderten Bedingungen abverlangt wird und andererseits steht der Staat an sich unter Beschuss. Unterstützt und geprägt wird diese (neue) Orientierung vom italienischen Postoperaismus: Der Staat hat in diesen theoretischen Ansätzen nicht mehr die Rolle des Feindes Nr.1 inne und es geht ihnen nicht um die Etablierung einer alternativen Struktur

5 Die biopolitische Gouvernementalität ist ein erweitertes Konzept foucaultscher Überlegungen zur Gouvernementalität. Lorey ist der Meinung, dass Foucault seine Konzeption der Biomacht zu stark von souveräner Macht abgegrenzt und daher Aspekte der Gouvernementalität nicht ausreichend berücksichtigt habe (vgl. Lorey 2006; 2007).

6 Vgl. u.a. Lorenz/Schneider (2007). Über die (Um-)Orientierung italienischer Gewerkschaften auch atypische Beschäftigung zu repräsentieren, siehe Hae-Lin Choi (2004).

an seiner statt, sondern er wird zu einem Akteur unter mehreren, – „gestraft“ mit einem aktiven Über-seine-Grenzen-Hinausdenken. Abgesehen von John Holloway, der seinem Hauptwerk den dahingehend vielsagenden Titel „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ verliehen hat, zählen neben Paolo Virno auch Michael Hardt und Antonio Negri zu den zentralen Vertretern des postoperaistischen Theoriefeldes.⁷

Wir können hier nicht mit der nötigen Tiefe auf die Ansätze postoperaistischen Denkens eingehen, obwohl es mehr oder minder in vielen unserer Beiträge eine Rolle spielt. Verwiesen sei jedoch auf die expliziten Auseinandersetzungen mit dem Postoperaismus, wie er beispielsweise in dem Beitrag von Lorey stattfindet. Ausgehend von Virnos Überlegungen zum Wandel der Lebens- und Produktionsformen, die sich in kommunikativer und kognitiver Art und Weise der immateriellen Arbeit ausformen, betrachtet sie die daraus folgenden Auswirkungen auf das Politische, das Öffentliche und auf das Verhältnis zur („freiheitlichen“) Virtuosität.

Ob stetig expliziert oder indirekt auswirkend, finden laut Martin Birkner und Robert Foltin postoperaistische Ansätze zunehmend in (neue) soziale Bewegungen Einfluss. Laut ihrem mit diesem theoriepolitischen Ansatz sich beschäftigenden Buch gelte dies sowohl für die antirassistischen Bewegungen, die Sozialforen und globalen Protestbewegungen, als auch für das linksakademische und politisch-künstlerische Lager (vgl. Birkner/Foltin 2006: 166). Im Gegensatz zu anderen Formen linker Politik oder Verständnissen sozialer Bewegungen lassen sich die postoperaistischen Bewegungsmerkmale unter folgenden Schlagwörtern zusammenfassen: Nicht-Repräsentierbarkeit, Organisation in Netzwerken, dezentrale und nicht-hierarchische Organisationsformen (ebd.: 167).

Dass das Problem der Repräsentation ein zentrales ist, wird auch in dem Beitrag von Niklas Reese deutlich. Er problematisiert Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht nur innerhalb eines gesellschaftlichen Wissens, sondern auch konkret in den politischen Bewegungen. In einer internationalen Perspektive hinterfragt er ein zu enges Verständnis politischer Aktionen und widerständigen Verhaltens: „Wenn die Begriffe ‚politisch‘ und ‚Widerstand‘ breiter definiert werden, ist auch das

7 In ihrem viel rezipierten Buch „Empire“ (2003) entwerfen sie die Vorstellung der Transformation alles (Welt-)Gesellschaftlichen zum „Empire“, der hegemonialen Struktur globaler Souveränität. Dem „Empire“ entgegen steht die „Multitude“ (2004), nach der Hardt und Negri ihr Nachfolgewerk benannt haben und die sich jenseits von homogenen Subjektivitäten und „Volk“ bestimmt. Im emanzipatorischen Prozess wird der immateriellen Arbeit im Postfordismus ein entscheidendes Potential zugeschrieben.

Alltagsverhalten der Unterklassen ausgesprochen politisch und widerständig. Spätestens wenn sich Subsistenzmobilisierungen zu sozialen Bewegungen entwickeln, muss das Bürgertum seinen Monopolanspruch als Agent politischer Veränderung aufgeben.“ Im Anschluss an James Scott müssen Reese zufolge die Alltagspraxen des „everyday resistance“ anders bewertet und die von der Mittelklasse und linken Diskursen geprägten hegemonialen Vorstellungen des „Widerstandes“ überprüft werden.

An die Vorstellung der Repräsentation schließt sich die Frage der Mittel, des Ausdrucks des Politischen an. Verortet Reese sie in den Alltagspraxen und einem anderen Verständnis von den Trägern politischer Veränderung, sind der Einsatz der richtigen Medien eine kontroverse Debatte. Welche Rolle hierbei der Film als politische Ausdrucksform im Rahmen der Arbeiterbewegungen und auch im Rahmen der Prekariarisierungsdebatte spielt, gehen Tietke et al. in ihrem Beitrag nach. Die AutorInnen analysieren Filme verschiedener arbeitshistorischer Epochen, die jeweils spezifische Praktiken von Arbeitskämpfen erzählerisch aufgreifen. Daran demonstrieren sie, wie sich einerseits im Film reale Widerstandsformen repräsentieren lassen und andererseits, wie mittels des kritischen Impetus filmischer Medien durch agitativ eingesetzte Bilder „die Gedanken zum Tanzen“ gebracht werden können.

Eine der nun konkreten, praktischen, postoperaistisch beeinflussten Bewegungen ist das sich von Italien aus entwickelnde Euromayday-Netzwerks. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Prekarisierung und der Frage des prekären Subjekts wurde im Süden Europas eine Alternative zur traditionellen ArbeiterInnenbewegung gesucht und geschaffen, die erstmals 2001 am 1.Mai in Mailand als Parade in Erscheinung trat (vgl. Birkner/Foltin 2006). Von Italien ausgehend breitet sich die Bewegung über Europa aus, entsprechende Paraden finden mittlerweile in mehreren europäischen Städten statt. Mit dem Euromayday-Netzwerk und der Entwicklung politischer Handlungsmöglichkeiten und neuer Protestformen setzten sich Adolphs und Hamm auseinander. Sie stellen heraus, das bei den Bewegungen rund um die Euromaydays die Untersuchung der eigenen prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse den Ausgangspunkt der politischen Arbeit bilde: „Ausgehend von der prekären Organisation des eigenen Lebens, die durch diskontinuierliche Lebensläufe, unterschiedliche Arbeitsinhalte, Projektarbeit mit kürzeren oder längeren Beschäftigungsphasen gekennzeichnet ist, sollen politische, wissenschaftliche, künstlerische etc. Praktiken und Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure miteinander kombiniert werden.“ Als eine praktische Ausdrucksform führen die beiden AutorInnen beispielhaft eine Aktion der „prekären Superhelden“ an. In ihren Streifzügen käme

die charakteristische Art und Weise vieler europäischer Prekarisierungs-bewegungen zum Ausdruck, die mittels aktiver Nutzung medialer Ausdrucksformen ihren Blick auf prekäre Alltagspraxen richteten, sich Methoden des öffentlichen Markierens bedienten und Forschung mit konkreter Intervention verbanden.

Ein Hauch von Postoperaismus umwehte auch die argentinische Protestbewegung, die im Dezember 2001 als Reaktion auf die ökonomische und politische Krise das Land erfasste. Ohne zentrale Organisation strömten damals tausende Menschen auf die Straßen, schlugen Kochtöpfe aneinander und verlangten – anstelle einer neuen Regierung – gleich die Abschaffung staatlicher Politik als solcher (vgl. Birkner/Foltin 2006). Nach den beispielhaften Superhelden von Adolphs und Hamm geht es auch bei Azul Blaseotto um Möglichkeiten, jenseits theoriepolitischer Diskussionen auf gesellschaftliche (Miss-)Verhältnisse einzuwirken. In ihrem Beitrag verbindet sie künstlerische, erzählende und sozialtheoretische Perspektiven zu einer höchst persönlichen Abrechnung mit der Prekarität, die außer im Berliner Ausländeramt und diversen Drogemärkten eben auch in ihrer Heimatstadt Buenos Aires stattfindet. Dort geschah im Gefolge der Wirtschaftskrise Bemerkenswertes: „Vergessene leere Läden wurden in kommunale Esshöfe transformiert, grüne unbenutzte Flächen in Gemüsegärten umgewandelt, KünstlerInnen erreichten neue Aktionssphären, es gab Tauschmärkte überall, immer mehr in die Pleite geleitete Fabriken wurden von ehemaligen ArbeiterInnen okkupiert und weiter bewirtschaftet.“ Aus diesen Erfahrungen speist sich eine – kämpferische – Hoffnung auf andere Möglichkeiten politischer Interventionen und gesellschaftlicher Alternativen: „Ich weiß, dass das Ungeheuer Prekarisierung biegsam ist. Ich kann immer noch den Klang der Esstöpfe hören.“

Literatur

- Beck, Kurt (2006): Unterschichten-Problem: Thesen von Kurt Beck, <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1160976493049.shtml>, 03.06.2008.
- Birkner, Martin/Foltin, Robert (2006): (Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis, Stuttgart: Schmetterling.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz: UVK.

- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2007): Für eine Erneuerung der Sozialkritik. Luc Boltanski und Eve Chiapello im Gespräch mit Yann Moulier Boutang. In: Gerald Raunig/Ulf Wuggenig (Hg.), *Kritik der Kreativität*, Wien: Turia + Kant, S.167-180.
- Bolte, Karl-Martin (1966): *Deutsche Gesellschaft im Wandel*, Opladen: Leske.
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, <http://www.prekarisierung.de/tolleseite/TEXTE/prekabourdieu.htm>, 03.06.2008.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Burchill, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.) (1991): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK.
- Choi, Hae-Lin (2004): *Organisierung der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften*. In: *Das Argument* 256 (04), S. 428-439.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gordon, Colin (1991): *Governmental rationality: an introduction*. In: Graham Burchill/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago: Univ. of Chicago Press, S. 1-51.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M.: Campus.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt/M.: Campus.
- Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (2007): Vorwort. In: Roland Klautke /Brigitte Oehrlein (Hg.), *Prekarität-Neoliberalismus-Deregulierung. Kritischer Bewegungsdiskurs*, Hamburg: VSA, S. 7-17.
- Kocyba, Hermann (2003): *Einleitung: Soziale Kontrolle und Subjektivierung*, in: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.), *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 71-76.
- Lemke, Thomas (2001): *Gouvernementalität*. In: Marcus S. Kleiner (Hg.), *Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken*, Frankfurt/M.: Campus, S. 108-122.
- Link, Jürgen (2007): *Flexibilisierung minus Normalität gleich Prekarität*. In: *kultuRRevolution* 52, S. 32-37.

- Lorenz, Frank/Schneider, Günter (Hg.) (2007): Ende der Normalarbeit? Mehr Solidarität statt weniger Sicherheit – Zukunft betrieblicher Interessenvertretung, Hamburg: VSA.
- Lorey, Isabell (2007): Als das Leben in die Politik eintrat. Die biopolitisch-gouvernementale Moderne, Foucault und Agamben. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt/M.: Campus, S. 269-292.
- Lorey, Isabell (2006): Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung. Zur Normalisierung von KulturproduzentInnen, <http://transform.Eipcp.net/transversal/1106/lorey/de>, 10.06.2008.
- Lorey, Isabell (2006a): Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen. In: Simon Sheikh (Hg.), *Capital (It Fails Us Now)*, Berlin: b_books, S. 121-132.
- Müller-Hilmer, Rita (2006): *Gesellschaft im Reformprozess*, Berlin: FES.
- Nolte, Paul (2004): *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, München: Beck.
- Von Osten, Marion (2007): Irene ist Viele! Oder was die Produktivkräfte genannt wird. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt/M.: Campus, S. 109-124.
- Schelsky, Helmut (1953): *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme*, Dortmund: Ardey.
- Steingart, Gabor (2006): Sozialer Verfall: Die neuen Proleten. In: Spiegel Online (16.09.2006), <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,436351,00.html>, 03.06.2008.
- Traue, Boris (Hg.) (2004): *Das Subjekt in der Arbeitsforschung. Subjekttheoretische Arbeitsforschung und Perspektiven ihrer Wissenssoziologischen/Diskursanalytischen Erweiterung*, Marburg, http://www.uni-marburg.de/fb03/genda/publ/disaps/disapap_14-2005.pdf, 04.04.2008.
- Wüllenweber, Walter (2004): Unterschicht: Das wahre Elend. In: Stern 52/2004 (03.12.2004), http://www.stern.de/politik/deutschland/:Unterschicht-Das-Elend/533666.html?nv=ct_cb, 03.06.2008.

TEIL I
GESELLSCHAFTSMODELLE AUF
DEM PRÜFSTAND:
WISSENS(VER)ORDNUNGEN
DES SOZIALEN

WHITE TRASH – DAS RASSIFIZIERTE „PREKARIAT“ IM POSTKOLONIALEN DEUTSCHLAND

ESKE WOLLRAD

„Durch welches Ausschließungssystem,
durch wessen Ausmerzung,
durch die Ziehung welcher Scheidelinie,
durch welches Spiel von Negation und Ausgrenzung
kann eine Gesellschaft beginnen zu funktionieren?“
(Foucault 1976: 57)

Ausschließungssysteme bilden notwendige Voraussetzungen für das Funktionieren einer Gesellschaft und arbeiten mit Dichotomisierungen: oben – unten, reich – arm, männlich – weiblich, Weiß – Schwarz, legal – illegal, gesund – krank (Foucault 1976: 57). Ein Element dieser dichotomen Konstruktion repräsentiert jeweils die Norm: männlich, Weiß, gesund usw. Dieser Beitrag thematisiert den spezifischen Zusammenhang von Unterschicht und Weißsein und seine Repräsentation im bundesdeutschen Kontext als *White trash*. Den Referenzrahmen der Untersuchung bildet postkoloniale feministische Kritik, die voraussetzt, dass koloniale Wissensproduktion nach 1918 nicht einfach aufhörte und vergessen wurde, sondern dass gegenwärtige Diskurse vielfach Echos dieser Wissensproduktion enthalten. Dieser Beitrag spürt einige dieser Echos auf und skizziert, wie gegenwärtige Diskurse zum Prekariat Prozesse von Rassifizierung rekapitulieren und revitalisieren.

White trash in gegenwärtigen Debatten

Der Begriff *White trash* stammt ursprünglich aus den USA und wurde seit dem frühen 19. Jahrhundert auf bestimmte arme Weiße angewendet. Dabei war – und ist – der „Weiße Abfall“ nicht nur die Definition einer ökonomischen Kondition, sondern ebenso die Bezeichnung einer spezifischen stereotypisierten *trash* Kultur, die geprägt ist durch eine vermeintlich gefährliche und exzessive Sexualität und durch extremen Rassismus (ebd.: 171). *Trash* bezeichnet nicht nur den Aspekt des Im-Müll-Lebens, sondern auch den des Müll-Seins: *White trash* trägt die Signatur moralischer Verkommenheit – *White trash* ist Abschaum. In den US-amerikanischen Medien der 1980er und 1990er Jahre wurde *White trash* Mainstream: Fernsehserien wie *Roseanne* oder *Grace under Fire* waren außerordentlich erfolgreich, und heute ist es der Rapper Eminem, der *White trash* Kultstatus verleiht.⁴

Seit Ende der 1990er Jahre befassen sich die Critical Whiteness Studies mit *White trash*, denn anders als das normative Whiteness, das seine Macht gerade aus der Unsichtbarkeit und aus der Unbenanntheit bezieht, ist *White trash* die einzige Gruppe der Weißen, die im dominanten Diskurs als Weiß benannt wird. Insbesondere für die dekonstruktivistisch ausgerichtete Richtung der Critical Whiteness Studies beweist die Existenz des *White trash*, dass es eine einheitliche privilegierte und machtvolle Weiße Identität nicht gibt (vgl. Newitz/Wray 1997: 168). Die Pluralisierung von Weißsein kann jedoch eine herrschaftsaffirmative Komponente beinhalten, wenn das Weißsein des *White trash* in der Betrachtung fast verschwindet, was eine Gleichsetzung des *White trash* mit der Situation armer Schwarzer nahe legt. Diese Gefahr der Trivialisierung rassistischer Ausschlussysteme ist auch für bundesdeutsche Weißseinsforschung bedenkenswert.

Zunehmend begegnet der Begriff *White trash* in bundesdeutschen Diskursen, insbesondere in den Medien, und bezieht sich meist auf eine Gruppe, die seit einiger Zeit als „Prekariat“ definiert wird. Die Debatte um den Begriff und darum, was oder wen er eigentlich bezeichnet, intensivierte sich durch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“, publiziert 2006 (vgl. Müller-Hilmer 2006): sie verwendete den Begriff „abgehängtes Prekariat“. Bei dem Begriff „Prekariat“ handelt es sich um einen Neologismus, abgeleitet vom Adjektiv „prekär“ (bedenklich, misslich). Das „abgehängte Prekariat“ – so die Studie – ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegserfahrungen, von einem sehr hohen Männeranteil, dem stärksten „Osttyp“ (ein Begriff, den die Studie nicht näher definiert), größter finanzieller Unsicherheit und dem größten Rechtswählerpotential. Diese Gruppe

favorisiert die Abschottung gegenüber Ausländern und reagiert auf Verunsicherung mit ausgeprägtem Ethnozentrismus (ebd.: 85). Menschen dieser Gruppe empfinden ihre gesamte Lebenssituation als ausgesprochen prekär. Die FES-Studie fügt „abgehängt“ hinzu. Dies evoziert Bilder von den Verlorenen, Überflüssigen, Überzähligen, Überschüssigen, Nutzlosen. Vor allem verbindet sich dieser Begriff mit Vorstellungen von Unumkehrbarkeit – der Zug ist abgefahren, die Abgehängten bleiben auf der Strecke stehen.

Imaginationen des Prekariats sind vielfach skandalisiert worden – auch in der Wissenschaft. So spricht der Historiker Paul Nolte von der neuen Unterschicht, in der sich gleichgültige und verkommene Lebensarten ausgebildet haben, in denen „Vernachlässigung, Verwahrlosung, im Extremfall Gewalt“ (Nolte 2006: 99) herrschen. Was diese neue Unterschicht kennzeichnet, ist nach Nolte vor allem das Defizitäre: Ernährungsdefizite, Bewegungsmangel, Sprachdefizite und Bildungsrückstände, dagegen besteht ein Übermaß an Fernseh- und Handykonsum (vgl. Kessel 2005), wobei diese Gruppe das sog. „Unterschichtfernsehen“ (RTL und SAT.1) (Nolte 2004: 42) favorisiert.

Diese Defizite werden diskursiv mit moralisch ethischen Defiziten verknüpft, anschaulich verdichtet auch in den Medien. Im Heft *GEO Wissen* 2005 zum Thema „Sünde und Moral“ werden u. a. die sieben Todsünden in einer Fotostrecke thematisiert: Die vierte Todsünde wird „soziale Verwahrlosung“ genannt:

„Soziale Verwahrlosung – diese Trägheit des Herzens – gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Auffällig wird sie aber nur dort, wo sich innere Lieblosigkeit und äußere Wurstigkeit vereinen. Im so genannten *white trash*, der heruntergekommenen Lebensart eines Teils der Unterschicht, ergeben sie eine unansehnliche Melange: Menschen, die seelisch erkalten und unempfindlich werden für Signale jeglicher Art.“ (GEO Wissen 2005).

Das Bild zeigt eine Weiße Frau und einen Weißen Mann, die auf einem Sofa eine unansehnliche Mahlzeit zu sich nehmen. Beide sind leicht bekleidet, ihre Kleidung weist Flecken auf, und die Frau ist deutlich übergewichtig. Beide starren vor sich hin, zwischen ihnen sitzen ein Hund und eine Katze. Diese Bebilderung inszeniert nicht Armut, sondern „Verkommenheit“ und Schmutz, nicht Hunger, sondern abstoßende Sättigung, welche in Fettleibigkeit mündet. Der *White trash* wird als Abschaum der Gesellschaft imaginiert, als wertloser Weißer Abfall, weil es ihm am Menschlichen, an Seele und an der Fähigkeit zu empfinden mangelt.

38

Dieser „Abfall“ ist nicht aus ökonomischen Gründen abgehängt, sondern verloren für die Gesellschaft, weil er seelisch nicht mehr erreichbar ist. Gleichzeitig ist er trash, weil er trash isst. Die GEO-Bebildung stellt eine unmittelbare Verbindung von *White trash* mit unkontrollierter Aufnahme ungesunder Nahrung her, die zu Fettleibigkeit führt, welche den Staat jährlich 70 Milliarden Euro für die Behandlung ernährungs-mittelbedingter Erkrankungen kostet. Im Kern revitalisiert dieses Bild das tief verankerte Stereotyp des Parasiten. So kritisiert der Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom August 2005 die angebliche Unterschichtsmentalität von Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat. Darin heißt es: „Biologen verwenden für ‚Organismen‘, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.“¹ Diese parasitären Weißen sind von einer Transfermentalität geprägt, d. h. sie erwarten, dass der Staat ihnen alle notwendigen materiellen Ressourcen selbstverständlich zur Verfügung stellt. Diese Mentalität – so Paul Nolte – ist nicht nur schädlich, sondern auch ansteckend: „Die Transfermentalität [...] hat sich in Jahrzehnten bis weit in die Mittelschichten vorgefressen.“ (Nolte 2004: 143).

Der *White trash* verkörpert das Gegenteil vom dominanten Weißsein: Dieses definiert sich über Macht, Zugang, Vernunft und Kontrolle im Sinne von Maß-Halten-Können. Während im hiesigen Kontext Forschungen zu dominantem Weißsein existieren (vgl. Wollrad 2005; Eggers et al. 2005), sind Studien zur Verhältnisbestimmung von dominantem Weißsein und dem *White trash* in Deutschland bislang nicht vorgelegt worden, was auch damit zu tun hat, dass die akademische Weißseinsforschung eine noch sehr junge Disziplin ist. Darüber spielen in gegenwärtigen Forschungen zur bundesdeutschen Klassengesellschaft Rassifizierungsdynamiken kaum eine Rolle.² Postkoloniale Kritik hingegen behauptet, dass „Rasse“ keineswegs out ist, und dass gegenwärtige Diskurse zum Prekariat als Signatur von Parasitentum, Betrug, moralischer Verwahrlosung, seelischer Verrohung, Unreinheit und Krankheit Echos kolonialer Wissens- und Wahrheitsproduktion enthalten und dass diese der Ausgrenzung derer, die als „Prekariar“ bezeichnet werden, eine vertiefte Plausibilität verleihen.

1 Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (2005: 10).

2 So beispielsweise der Politikwissenschaftler Albert Scharenberg: „Und es gibt sie doch: die Unterschicht“. In: Frankfurter Rundschau, 29.01.2007.

Zur Geschichte des *White trash* in Deutschland

„[...] Diebe und Verbrecher aller Art,
von den Abfällen der Gesellschaft lebend,
Leute ohne bestimmten Arbeitszweig,
Herumtreiber, dunkle Existenzen [...]“
(Marx, MEW 7: 26)

Den *White trash*, diese dunklen Existenzen, kannte schon Karl Marx. Er nannte sie das Lumpenproletariat, „dieser Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“ (Marx, 18. Brumaire, MEW 8: 160f.), „diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“, die für den Klassenkampf nutzlos sind. „Dies Gesindel ist absolut käuflich. Wenn die französischen Arbeiter bei jeder Revolution an die Häuser schrieben: Mort aux voleurs! Tod den Dieben! Und auch manche erschossen, so geschah dies [...] in der richtigen Erkenntnis, dass man vor allem sich diese Bande vom Hals halten müsse.“ (Marx, Kommunistisches Manifest, MEW 4: 472) Für Marx gehörte zu den schmarotzenden Schichten nicht nur die Funktionärsklasse, sondern ebenso das Lumpenproletariat.

Marx Kritik an kapitalistischen Strukturen und das damit verbundene Heraufziehen gesellschaftlicher Umbrüche bekämpfte die Weiße Bourgeoisie mit der wirkungsvollsten Waffe des 19. Jahrhunderts: „Rasse“. Über die Biologisierung gesellschaftlicher Hierarchien suchte das Weiße Bürgertum seinen Herrschaftsanspruch abzusichern, indem es „Rasse“ als Inbegriff des gesunden Gesellschaftskörpers als Zellverband nicht degenerierter Individuen definierte, welcher gegen den schädlichen Einfluss parasitärer Fremdkörper verteidigt werden musste. Zentrale Begriffe waren Gesundheit und Degeneration: Der gesunde Gesellschaftskörper galt als Ergebnis rassenhygienischer Maßnahmen und unauflöslich verbunden mit Heterosexualität, ehelichen Geschlechterbeziehungen und fortpflanzungsorientierter Sexualität. Degeneration hingegen gefährdete den Fortbestand dieses „Volkskörpers“.

Sieben Jahre nach Erscheinen des Kommunistischen Manifests erschien 1855 das Werk „Die Ungleichheit der Menschenrassen“ von Arthur de Gobineau. Er führte soziale Schichtenbildung auf „Rassenunterschiede“ zurück und behauptete, die Folge von „Rassenmischung“ sei der Untergang jeder Zivilisation. Seine Theorie der „Rassen“ und der „Rassendegeneration“ wurde vielfach rezipiert – auch in Deutschland, intensiviert seit Beginn des deutschen Kolonialismus. Der Medizinhistoriker Pascal Grosse schreibt: „Die wirkungsmächtigste Idee [...], die der deutsche Kolonialismus hervorbrachte, war das Konstrukt der rassisch reinen biologischen Reproduktion als neue Grundlage des deutschen

Nationalstaates.“ (Grosse 2000: 240). Dieses Konstrukt von „Rassereinheit“ war also keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern „Rasse“ war seit Beginn des deutschen Kolonialismus eine zentrale Ordnungskategorie sozialer Beziehungen.

Da die Konstruktion von Rassehierarchien die Existenz von Klassen naturalisierte und Ausbeutungsverhältnisse somit zu verewigen suchte, hätten sozialistische Kreise die Kategorie „Rasse“ entschieden ablehnen müssen. Dies war aber nicht notwendig der Fall. So hatte die Sozialistin Oda Olberg keinen Zweifel daran, dass „die Forderungen der Rassenhygiene in der sozialistischen Bewegung ihren wirksamsten Bahnbrecher“ (Olberg 1907, zit. n. Hund 1999: 103) hätten. Ihrem Genossen Karl Valentin Müller zufolge sind Weiße Arbeiter „Teil der Herrscherschicht dieser Erde“ und „Teil einer Rasse höherer Anlage“ (Müller 1925, zit. n. Hund 1999: 107). Andere Weiße teilten Olberg zufolge dieses Privileg nicht: „[D]ie am meisten verelendeten Schichten des industriellen Proletariats [...] [sind] für die Rasse unrettbar verloren und zum Aussterben bestimmt.“ (Olberg 1907, zit. n. Hund 1999: 103) Nach Olberg ist das Lumpenproletariat „überhaupt keine wirtschaftliche, sondern eine biologische Kategorie, die sich aus dem Abfall aller sozialen Schichten bildet“. Dieser „Abfall“ darf nicht als „Opfer wirtschaftlicher Not“ betrachtet werden, sondern es handelt sich bei ihnen um „Entartete, die schon mit der Anwartschaft auf sozialen Schiffbruch geboren wurden“. Sie schloss „Abortus von Amts wegen“ nicht aus, hoffte auf die Möglichkeit verantwortungsvoller Euthanasie (Olberg 1926, zit. n. Hund 1999: 104f). Der Rassismusforscher Wulf Hund fasst zusammen: „Sozialistische Eugenik war der Versuch, die angeblich gesunden und hochwertigen Teile der Arbeiterklasse dadurch [der] vermeintlichen Einheit [der Rasse] zuzurechnen, dass ihr gegenüber eine Gruppe von Minderwertigen und Untermenschen erst konstituiert, dann denunziert und schließlich zur Ausmerzung bestimmt wurde.“ (Hund 1999: 108)

Auch Teile der bürgerlichen Frauenbewegung griffen die Idee der „Rassenhygiene“ begeistert auf. Helene Stöcker schrieb 1907: „Eine [...] menschliche Zuchtwahl, [...], die Eugenik, [...], die Züchtung eine[s] ‚Übermenschen‘, [...] das ist das Ziel, das uns alle eint.“ (Stöcker 1911, zit. n. Bublitz 2000: 312) Attraktiv war Eugenik ihres Erachtens gerade deswegen, weil sie einer bestimmten spezifisch weiblichen Arbeit eine herausragende Bedeutung zuerkannte: der Gebärrarbeit. Weißen Frauen des Bürgertums als „Banträgerinnen des sittlichen Fortschritts“ (Fürth, zit. n. Bublitz 2000: 308) oblag nun die ehrenvolle Aufgabe, die Reinheit der „Rasse“ zu gewährleisten und Weiße Arbeiterfrauen zu Zucht und Sitte anzuhalten. Zucht ist hier wortwörtlich zu verstehen: Weiße Frauen des Bürgertums sollten sich vermehrt fortpflanzen und Weiße

Frauen der Arbeiterklasse die Fortpflanzung begrenzen. Bei anderen sollte die Fortpflanzung gänzlich unterbunden werden. Helene Stöcker (1907): „Man wird [...] auch Mittel finden müssen, um unheilbar Kranke oder Entartete ganz an der Fortpflanzung zu verhindern.“ (zit. n. Bubltz 2000: 299)

Das koloniale Deutschland hat nicht nur „Rasse“ als zentrale Ordnungskategorie, sondern auch ein normatives Weißsein etabliert, dass bestimmte Weiße ausschloss. Diese wurden als eine Gruppe konstruiert, die als Weiß, aber dennoch als für die „Rasse“ verloren galt. Das Weiße Proletariat sollte sich gewiss sein, trotz des niederen Klassenstatus über Privilegien *als Weiße* zu verfügen und nicht auf der Rangstufe des Weißen Abfalls zu stehen. Gleichzeitig jedoch war die Abgrenzung gegen den *White trash* trotz aller Beteuerungen von der Höherwertigkeit der eigenen „Rasse“ nicht so einfach – das Szenario des Herabsinkens, der Degeneration, des Verfalls in die Gruppe der Verlorenen stand allen bedrohlich real vor Augen.

Der koloniale Terminus *Technicus* für diese Art des Verfalls war „Verkaffierung“ und bedeutet so viel wie „Verwilderung“. „„Verkafferte Weiße“ waren arm, galten als moralisch verworfen, wären nicht mehr in eine europäische Gesellschaft reintegrierbar und daher machtpolitisch für die Nation nutzlos.“ (Grosse 2000: 85). Sie waren nicht nur nutzlos, sondern trugen auch in besonderer Weise zur „rassischen“ Degeneration bei, weil viele von ihnen die aus eugenischer Sicht größte Todsünde begangen: die Überschreitung der Rassengrenze. Diese „verblassten Weißen“ hatten in den deutschen Kolonialgebieten oft ständigen Umgang mit der einheimischen Bevölkerung, und manche gingen Liebesbeziehungen mit Schwarzen ein. Gemäß der kolonialrassistischen Vorstellung wurde der „Verkafferte“ „durch die Überschreitung der Grenze zu Afrikanern [...] als ‚verlorenes Glied‘ für seine ‚Rasse‘ betrachtet und aus der ‚weißen Bevölkerung‘ exkommuniziert.“ (Schmidt-Lauber 1998: 378)

Echos von Imaginationen des Verkafferns sind auch heute noch hörbar.

White trash und die rassifizierten „Anderen“

Die in der FES-Studie befragten Personen sind „natürlich“ Weiße Deutsche – andernfalls wäre dies explizit benannt worden. Die sich anschließenden Debatten schienen sich wie selbstverständlich nicht auf die Gruppe zu beziehen, die von vornherein für prekäre Arbeitsverhältnisse vorgesehen war, die schon immer befristete und ungesicherte Minijobs ausübte, und deren Erwerbsarbeitswelt als modernes Tagelöhnerwesen beschrieben werden kann. EinwanderInnen, Menschen mit Migrationshintergrund und illegalisiert in Deutschland Lebende sind meist konfrontiert mit einer äußerst prekären Lebenssituation: Erwerbslosigkeit oder ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, gekoppelt mit den schlechtesten Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Der kulturalistische Rassismus, der sie aufgrund ihrer kulturellen Herkunft und Sprache diskriminiert, zeichnet ein Bild von integrationsunwilligen islamischen Fundamentalisten, unterdrückten kopftuchtragenden Frauen, die sich in bedrohlichen Parallelgesellschaften eingerichtet haben – vorzugsweise in Berlin Neukölln. Doch entgegen der Proklamation ethnischer Segregation leben in Neukölln auch Weiße Deutsche, unter anderem der *White trash*. Zu Recht weist der Schriftsteller Feridun Zaimoglu darauf hin, „dass es neben diesem Ethno-Proletariat [türkische Jugendliche in Neukölln] auch den White Trash gibt, das einheimische Prekariat. In diesem Milieu stellt sich genauso die Frage, wie integriert sind diese Leute eigentlich?“ (FR, 02.05.2007).

Begriffe, die Grundbestandteile des so genannten „Ausländerdiskurses“ sind, schimmern in Auseinandersetzungen mit dem Weißen Prekariat durch. Eine Tagung zum Prekariat, die im Mai 2007 in Jena stattfand, warf unter anderem die Frage auf: „Entstehen tatsächlich ‚Parallel-‘ oder ‚Subgesellschaften‘?“ Gleichzeitig leben in der ausländischen Parallelgesellschaft InländerInnen, die sich in diese Gesellschaft integriert haben. Im August 2005 berichtete eine ZDF-Reportage über eine Weiße Deutsche, die mit einem Türken verheiratet ist und gern türkisch spricht. In ihrem Viertel, so der Bericht, gibt es kaum noch deutsche Läden. „Um hier zurecht zu kommen, passen sich die Deutschen im eigenen Land an.“ (zit. n. Kessel 2005: 13)

Skandalisierende Bebilderungen des abgehängten Prekariats speisen sich somit aus zutiefst rassifizierten Diskursen über Parallelgesellschaften, Integration und Abschottung. Die Kluft, die diese Diskurse vertiefen, ist nicht die zwischen dem „Ethno-Proletariat“ und dem *White trash*, sondern zwischen dem *White trash* und den wirklich Weißen, den wahren „Opfern“ der Prekarisierung.

Die Prekarisierung – zur Konstruktion der „wahren Opfer“

Der Begriff der „Prekarisierung“ ist von dem des „Prekariats“ deutlich zu unterscheiden. (Nicht nur) in den Medien bezeichnet „Prekarisierung“ den Abstieg der Weißen Mittelschicht in prekäre Lebensverhältnisse, deren bislang als selbstverständlich vorausgesetzte materielle Privilegierung scheinbar erodiert. Die bereits erwähnte Tagung zum Prekariat in Jena fragte unter anderem: „Ist die Prekarisierung bei gebildeten, gut qualifizierten Gruppen angekommen? [...] Kann von einer ‚Erosion der Mitte‘ gesprochen werden?“. Die so genannte prekarierte Mitte – von der ZEIT als Gruppe der „Lumpenintelligenzler“ bezeichnet – wird als eine neue Klasse der Ausgebeuteten inszeniert. Zu ihnen zählen beispielsweise Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die sich – gut ausgebildet, hochmotiviert und erwerbslos – von einem Praktikum zum nächsten hangeln: die „Generation Praktikum“. Die hoffnungsvollen AbsolventInnen sehen sich ungerecht behandelt von einer Gesellschaft, die ihnen einen schnellen Berufseinstieg verwehrt. Tatsächlich jedoch handelt es sich um eine gefühlte Benachteiligung, die nichts mit faktischem Abstieg und Privilegienverlust zu tun hat, sondern vielmehr Ausdruck einer spezifischen Anspruchshaltung einer Weißen Elite ist. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Cordula Tutt schreibt:

„Die Vertreter der Generation ‚Praktikum‘ gehören [...] eben nicht zu den ungerecht Behandelten oder zu jenen, die inzwischen oft als ‚Prekariat‘, als die neue Klasse der ‚ungeschützten Arbeiter‘ und Opfer des Schrumpfungsprozesses, bezeichnet werden. Viele von ihnen verdecken mit Praktika und schlecht bezahlter Arbeit nicht drohende Arbeitslosigkeit, sondern überbrücken mit prestigeträchtigen Stationen im Lebenslauf eine Phase, die sonst einen Sachbearbeiterjob in der Verwaltung, eine Anstellung in einem Provinzverlag oder das Anheuern in einem Callcenter bedeuten würde. Prekär ist die Lage unter Umständen eher für junge Menschen, die nicht von den Eltern unterstützt und finanziert werden und die deshalb keine Qualifizierungsschleifen drehen können.“ (FR, 23.03.2007; vgl. auch Tutt 2007).

Tutts Einschätzung lässt sich durch die Studie des DGB Jugend und der Hans Böckler Stiftung vom Februar 2007 untermauern. Die Studie heißt: „Generation Praktikum? Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen“ (DGB Jugend 2007). Ihr zufolge machen 37 % aller Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach dem Abschluss mindestens ein Praktikum, dabei Frauen deutlich mehr (44%) als Männer (23%). 63% der Praktika sind bezahlte Praktika, allerdings gering vergütet mit einem signifikanten geschlechtsspezifischen Unter-

schied: Frauen verdienen durchschnittlich 543 €, Männer hingegen 741 €. 37% der PraktikantInnen erhalten keine Vergütung. Dies bedeutet: Zur Absolvierung eines Praktikums bedarf es finanzieller Ressourcen. Laut der Studie greifen zwei Drittel der PraktikantInnen bei bezahlten wie unbezahlten Praktika finanziell auf ihre Eltern zurück. Somit bezieht sich die „Generation Praktikum“ auf eine privilegierte Gruppe, die hohe Erwartungen an den Berufseinstieg hegt und es sich leisten kann, prestigeträchtige Praktika zu absolvieren. Darüber hinaus fand die Studie heraus, dass ein Jahr nach Ende des Studiums 93% der AbsolventInnen eine erste Beschäftigung gefunden bzw. sich selbstständig gemacht haben oder freiberuflich tätig sind.

Mediale Inszenierungen von angeblich verarmenden Mittelschichtsangehörigen negieren, wo die Armut tatsächlich ansteigt: Einem Bericht des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge wächst sie von unten nach oben im Sinne einer zunehmenden Kumulation materieller Benachteiligungen, und nicht in Gestalt eines von der Mitte her immer mehr bröckelnden Wohlstands (FR, 22.03.2007). Die phantasmatischen Abstiegszenarien der Mitte sind m. E. als Krisenphänomen zu deuten: In die Krise geraten ist nicht das ökonomische Gefälle und die Chancen der Weißen Mittelschicht auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, sondern eine Ideologie, die im Kern die Naturhaftigkeit gesellschaftlicher Grenzziehungen und Ausschlüsse postuliert.

Foucaults oben zitierte Frage unterstellt, dass nicht unbedingt klar ist, wer ausgeschlossen und zur Ausmerzung vorgesehen ist. Sie rekurriert auf die postkoloniale Kondition, deren Hauptcharakteristika Grenzverwischungen und Vermischungen sind. Koloniale Diskurse definierten klare Grenzen zwischen innen und außen, zwischen Kolonie und Mutterland, zwischen „Rassen“, Geschlechtern und Klassen. Die post-koloniale Kondition wirbelt Grenzen und Räume durcheinander. Die Interventionen ehemals Kolonisierter in den postkolonialen Metropolen des Westens machen dem Traum eines rassistisch homogenen deutschen Volkskörpers ein Ende und stellen die selbstverständlich unausgesprochenen Privilegien Weißer deutscher Eliten zur Disposition (vgl. Ha et al. 2007).

Die einzige Lösung, die der Weißen Mittelschicht zusichert, dass das Horrorszenario des Im-Müll-Lebens und Müll-Seins für sie nie Wahrheit wird, ist „Rasse“. Nur wenn die Verwahrlosung schon im Körper angelegt, nur wenn sie unverlierbar in den Körper eingeschrieben ist, können wohlhabende Weiße zwar verarmen, aber nie zum *White trash* werden. Von dem Vorschlag Oda Olbergs, das Lumpenproletariat als biologische Kategorie zu fassen, welches es bevölkerungspolitisch zu dezimieren gälte, sind wir gar nicht so weit entfernt: Auf dem Feld der Genetik entfalten sich ungeahnte Möglichkeiten, die „genetische Unterschicht“ erst

zu konstruieren, dann zu denunzieren und schließlich zur Ausmerzung zu bestimmen. Die neurobiologische Forschung eines Wolf Singer (Frankfurt) und Gerhard Roth (Bremen) beispielsweise spricht von genetischen Prädispositionen, der Genetiker Volkmar Weiß (Leipzig) von der Erbllichkeit der Intelligenz. Weiß steht der NPD nahe, jedoch auch im linken Lager existieren Vorstellungen von Gruppen, denen mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen zu begegnen sei: Christa Müller, Mitglied im Landesvorstand der Saar-Linkspartei und Ehefrau von Oskar Lafontaine, sagte bei einer Pressekonferenz im Oktober 2006, durch umfassende staatliche Familienberatung lasse sich die „Reproduktion des asozialen Milieus“ begrenzen.

Die Imagination eines gesunden deutschen Volkskörpers, der bedrohliche Krankheitskeime in sich trägt, deren Ausbreitung es zu verhindern gilt, ist kein Thema des Geschichtsunterrichts allein. Gegenwärtige Diskurse zum „abgehängten Prekariat“ revitalisieren zutiefst rassifizierte Bilder der Abgeschriebenen, Abgestumpften, und letztlich bereits Abgestorbenen, die, da verloren für die „Rasse“, zu Objekten eugenischer Maßnahmen werden.

Die Geschichte qualmt noch...

Literatur

- Bublitz, Hannelore (2000): „Sozialdarwinismus als Schnittstelle der Rationalisierung von Arbeit, Bevölkerungspolitik und Sexualität“. In: Hannelore Bublitz/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.), *Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900*, Frankfurt/M.: Campus.
- Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (2005) (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster: Unrast.
- Foucault, Michel (1976): *Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Macht*, Berlin: Merve.
- GEO Wissen, 35 (März 2005), Sünde und Moral.
- Grosse, Pascal (2000): *Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918*, Frankfurt/M.: Campus.
- Ha, Kien Nghi/al-Samarai, Nicola Lauré/Mysorekar, Sheila (2007) (Hg.): *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, Münster: Unrast.

- DGB-Jugend (2007) (Hg.): Generation Praktikum? Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Berlin, http://www.boeckler.de/pdf/fof_praktikum_2007.pdf, 15.03.2008.
- Hund, Wulf D. (1999): Rassismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kessel, Fabian (2005): „Das wahre Elend? Zur Rede von der neuen ‚Unterschicht‘“. In: Widersprüche 25 (98), S. 29-42.
- Marx, Karl: Klassenkämpfe 1884-1850. MEW 7, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl: 18. Brumaire. MEW 8, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl: Kommunistisches Manifest. 1848, MEW 4, Berlin: Dietz.
- Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf, 15.3.2008.
- Newitz, Annalee/Wray, Matthew (1997): „What is ‚White Trash‘? Stereotypes and Economic Conditions of Poor Whites in the United States“. In: Mike Hill (Hg.), Whiteness. A Critical Reader, New York/London: NYU Press, S. 168-184.
- Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Nolte, Paul (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmidt-Lauber, Brigitta (1998): „Die verkehrte Hautfarbe“. Ethnizität deutscher Namibier als Alltagspraxis, Berlin/Hamburg: Reimer.
- Tutt, Cordula (2007): Das große Schrumpfen, Berlin: Berlin-Verlag.
- Wollrad, Eske (2005): Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion, Königstein/Taunus: Helmer.

IST ARMUT ANSTECKEND?

VON DER BIOLOGISIERUNG DER NEUEN UNTERSCHICHT UND VON ANGST ALS LIBERALER REGIERUNGSFORM

FRIEDERIKE HABERMANN

Im Sommer 2007 titelten Medien von *gmx* über *Men's Health* bis hin zur *Süddeutschen Zeitung* wörtlich oder sinngemäß: „Übergewicht ist ansteckend!“ Wer Freundschaften mit Dicken pflege, habe ein um 57 Prozent gesteigertes Risiko, selbst dick zu werden. Dies bezog sich auf eine über 32 Jahre dauernde Studie an über 12.000 Menschen in einer Kleinstadt in der Nähe von Boston (vgl. Christakis/Fowler 2007). Danach verändere sich durch Freundschaften mit Dicken die Wahrnehmung dessen, was ‚okay wäre‘, wodurch der eigene Körper aus den Fugen gerate. „Also helfen Sie Ihren Freunden lieber, Gewicht zu verlieren!“ rät *Men's Health* unter einem Foto von einem siegesgewiss lächelnden schlanken Schönling und einem betont unglücklich (oder schuldbewusst?) schauenden fettleibigen Halbglatzkopf (vgl. Neumann 2007).

Dieselbe Überschrift war mit anderem Inhalt bereits früher einmal erschienen, so in *Focus*: „Ist Übergewicht ansteckend? Ein Virus könnte die Gewichtsprobleme von einem Drittel der Dicken verursachen“.¹ Danach sei ein Virus namens Ad36 bei Übergewichtigen dreimal so häufig anzutreffen wie bei Normalgewichtigen. Dies bezog sich auf eine Studie

1 Online auf der Webseite des Magazins Focus: http://www.focus.de/gesundheits/news/uebergewicht_aid_85232.html, 15.05.2008.

von Richard Atkinson, emeritierter Professor für Medizin an der Universität von Wisconsin an über 500 Personen sowie zahlreichen Tierversuchen. Die *FAZ* gab den Rat von ‚einigen Wissenschaftlern‘ wieder: „Waschen Sie Ihre Hände!“ (Mewes 2006). Statt Freunden Diätvorschläge zu machen oder sich nach dem Körperkontakt mit Dicken zu waschen, hilft aber natürlich noch eindeutiger, sie ganz zu meiden.

Wer die Medien verfolgt, weiß zudem, dass Dicke insbesondere in der Unterschicht zu finden sind. Horst Seehofers ‚nationale Verzehrsstudie‘ besagt: Mit steigendem Pro-Kopf-Nettoeinkommen zeige sich bei Männern und Frauen ein Absinken des ‚*Body-Mass-Index*‘ (also dem Gewicht geteilt durch das Quadrat der Körpergröße).² Ein Kommentator fasst die Hauptthese so zusammen: „Gewichtsgegensätze sind in Deutschland in erster Linie Klassengegensätze“ (zit. n. Böttger 2008). Renate Künast, die grüne Amtsvorgängerin Seehofers, rühmte sich bei Anne Will, diese Studie noch selbst auf den Weg gebracht zu haben, um gleich hervorzuheben, wie schlecht das Verzehren bei den ‚bildungsfernen Schichten‘ laufe (vgl. Böttger 2008).

Den Kontakt mit diesen Schichten einzustellen ist tatsächlich ein Trend in der Gesellschaft und lässt sich nicht nur bei der zunehmenden Ausdifferenzierung von Stadtteilen und Schulen beobachten. Auch der Heiratsmarkt ist segregiert wie nie zuvor: Hat früher jeder zweite Mann ‚nach unten‘ geheiratet und jede zweite Frau ‚nach oben‘ (der Arzt die Krankenschwester, die Sekretärin den Chef), so wird dies heute zur Ausnahme. „Nur wer den richtigen Beruf, das richtige Einkommen, die richtige Herkunft hat, bekommt eine Chance und am Ende das Jawort“, so stellt *Die Zeit* in ihrem Dossier vom 23. August 2007 das Ergebnis einer Untersuchung an der Universität Bamberg vor. Doch damit nicht genug: Selbst Vornamen geben heute die Herkunft besser wieder, als es den allermeisten bewusst ist; sie werden zu Signalen, wer für etwas ausgewählt (oder eingestellt) wird – und wer nicht. „„Das Ergebnis“, zitiert *Die Zeit* weiter den daran forschenden Soziologen Jan Skopek, „ist eine Gesellschaft, die sich immer weiter aufspaltet““ (Kohlenberg/Uchatius 2007).

Die Angst vor ‚Degeneration‘ durch den Umgang mit den falschen Menschengruppen, die im 19. Jahrhundert unter Männern, Weißen und namentlich dem Bürgertum umging, scheint hier eine Wiederkehr zu erleben. Für diesen Zeitraum sieht Michel Foucault eine wichtige Transformation der Regierungstechniken erfolgen, wobei der Staat eine neue

2 Vgl. die Webseite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://www.bmelv.de/nn_751650/DE/03Ernaehrung/04-Forschung/NationaleVerzehrsstudie/NVS2__Zusammenhaenge.html__nnn=true, 14.05.2008.

Bedeutung erhielt: nicht mehr parteiisch und potentiell despotisch, sondern scheinbar neutral über und außerhalb der Gesellschaft mit ihren Konflikten stehend (vgl. Foucault 1979: 29; Lemke 1997: 195). Foucault analysiert für die Moderne die Normalisierung zusammen mit der Überwachung als entscheidende Machtinstrumente: An die Stelle der Kennzeichen, welche Standeszugehörigkeit und Privilegien sichtbar machten, sei ein System von Normalitätsgraden getreten. Diese zeigten die Zugehörigkeit zu einem homogenen Gesellschaftskörper an, wirkten dabei jedoch klassifizierend, hierarchisierend und rangordnend (vgl. Foucault 1975: 237). Dieser Selektionsprozess verbildlicht sich im ‚*survival of the fittest*‘ und manifestiert sich im Ideal des *homo oeconomicus*.

Damals wie heute existiert eine Verbindung zwischen Ökonomie als Wissenschaft und der (Re-)Konstruierung von Subjektivitäten; der *homo oeconomicus* – das Subjekt in der Wirtschaftstheorie – nimmt dabei eine Schlüsselstellung ein. Er bildet als Grundlage der Wirtschaftstheorie nicht nur das Stereotyp des weißen, heterosexuellen, gesunden, jungen (etc.) Mannes als Wirtschaftssubjekt ab, sondern es besteht ein diskursiver Zusammenhang zwischen diesem Entwurf und der Konstruktion der Subjekte im modernen bürgerlichen Staat. Als Ausschließungen damit verbunden sind die Konstruktionen der ‚Anderen‘. Heute bedeutet dies jedoch nicht mehr, dass alle oder nur weiße Männer Gewinner wären und dass Frauen, *people of colour* oder Homosexuelle keine Karriere machen könnten – im Gegenteil ist die hegemoniale Bedeutung des *homo oeconomicus* als Rollenmodell inzwischen so stark, dass er im Prinzip für alle Identitäten Gültigkeit erlangt hat. Zwar haben es ‚die Anderen‘ grundsätzlich schwerer, dem am Weißen und Männlichen ausgerichteten Ideal zu entsprechen, doch lässt sich eine neue Durchlässigkeit beobachten, wobei entscheidend wird, wer diesen Anforderungen am Ehesten entspricht. Michel Foucault bezeichnet den *homo oeconomicus* demgemäß als Korrelat einer (neo-)liberalen Gouvernamentalität. Jedoch kommt es zu Paradoxien: Obwohl inzwischen zum hegemonialen Ideal für alle geworden, werden nach wie vor und zunehmend wieder Menschengruppen als nicht fähig stigmatisiert, dem *homo oeconomicus* entsprechen zu können. Nicht zuletzt lässt sich dies im Diskurs über die Unterschicht – oder sagen wir das Wort ruhig: Unterklasse – feststellen.³ Es wird die Idee des ‚*White trash*‘ wiederbelebt.

Um diese Entwicklung zu verfolgen und zu analysieren, werden im Folgenden sowohl die Grundlagen und die Gründe dieser Abgrenzung in

3 Dieser Artikel fokussiert auf die Abgrenzung zur Unterklasse. Über die Konstruktion von sex und race in diesem Zusammenhang vgl. Habermann 2008.

den Anfängen der liberalen Wirtschaftstheorie aufgezeigt als auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen skizziert.⁴

Der *homo oeconomicus* als Grundlage moderner Staatlichkeit – und seine ‚Anderen‘

Foucault betrachtet den Prozess der langfristigen Herausbildung moderner Staatlichkeit im Zusammenhang mit moderner Subjektivität (vgl. Foucault 1978; 1979). Er prägt den Begriff der ‚Gouvernementalität‘, welcher Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) semantisch miteinander verbindet, und ihm so ermöglicht, den Prozessen der Subjektivierung in der Verbindung von Technologien der Herrschaft und den Technologien des Selbst nachgehen zu können. Der moderne (westliche) Staat ist für ihn das Ergebnis einer komplexen Verbindung ‚politischer‘ und ‚pastoraler‘ Machttechniken – wobei er unter Pastoralmacht die ‚Regierung der Seelen‘ versteht, unter anderem durch moderne Strafmethoden, welche nicht mehr auf eine Bestrafung des Körpers, sondern auf die Formung der ‚Seele‘ zielen. So geht er davon aus, dass die pastoralen Führungstechniken Subjektivierungsformen hervorbrachten, auf denen der moderne Staat und die kapitalistische Gesellschaft aufbauen. Damit ist Freiheit nicht mehr nur ein Recht der Individuen, sondern ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Regierung geworden, und der *homo oeconomicus* bildet das Korrelat hierzu, welches die Verhaltensmuster vorgibt.

So wie Foucault gezeigt hat, dass Irre, Homosexuelle und andere Identitäten in und als Abgrenzung zur hegemonialen Identität entstanden, so lässt sich dieses dichotome Muster auch in Bezug auf Klassenidentitäten zeigen: Auf der einen Seite wurde Armut als gesellschaftliche Tatsache industriell-kapitalistischer Gesellschaften anerkannt, die unverhofft auch Tüchtige treffen konnte; auf der anderen Seite bildete sich eine neue Figur heraus: Der ‚Pauper‘ bezeichnete eine Form der Armut, welche angeblich eine soziale Gefahr darstellte. Der Pauperismus wurde als nicht nur primitiv, sondern auch gefährlich angesehen, da ‚Pauper‘ angeblich instinktiv zu einer unzivilisierten Gesellschaft tendierten (vgl. Lemke 1997: 210).

4 Dieser Artikel steht in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Beitrag von Eske Wollrad, welcher mir bei der Erstellung bereits vorlag. Während der Text von Wollrad die rassifizierten Aspekte beim White trash betont, möchte ich mit meinem deziierter die von Michel Foucault analysierte Bedeutung für das Funktionieren einer neoliberalen Gesellschaft aufzeigen.

Schon bei Adam Smith' Handlungsanweisungen – insbesondere in seiner *Theorie der ethischen Gefühle* (1759/89) – lassen sich nicht nur scheinbar unüberwindbare Abgrenzungen seines impliziten Wirtschaftssubjekts – welches später *homo oeconomicus* genannt wird – zu Frauen und *people of colour* finden, sondern mit der gleichen Deutlichkeit auch in Bezug auf *class*: zu Nicht-Bürgern. Dies wird unter anderem deutlich, wenn er schreibt, ein Mensch von niedrigem Stand könne sich nicht durch Eigenschaften auszeichnen, welche einem Manne höheren Standes dazu dienen, sich Autorität zu verschaffen – sei es das Aussehen, die Art oder das Betragen (vgl. Smith 1759/89: 79).⁵ Das erklärt auch, warum nach Smith bloße Armut wenig Erbarmen erwecke – im Gegenteil: „Wir verachten einen Bettler. Lediglich der Sturz aus Reichtum in die Armut verfehle es selten, das ernsteste Mitleid zu erwecken, einem solchen Elenden werde in der Regel geholfen.“ (ebd.: 174f.) Obwohl plötzlich verarmt, verliert ein Bürger damit noch nicht seine bürgerliche Identität.

Der bürgerliche Mann muss sich täglich neu konstituieren. Für Adam Smith führt dieser die Eigenschaft der „Mannhaftigkeit“ aus als etwas, was ihm in beständiger Übung „vollkommen vertraut geworden“ sei; und zwar nicht nur als Gewohnheit, sein äußeres Verhalten und Benehmen zu formen, sondern selbst seine inneren Empfindungen und Gefühle. Der damit verbundene innere Kampf ist für Smith wesentlich. Smith elaboriert seitenlang über sowohl die „Gerichtsbarkeit des ‚inneren‘ Menschen“ als auch die „Gerichtsbarkeit des ‚äußeren‘ Menschen“. Der Schöpfer der Natur, welcher immer noch die oberste Kontrollinstanz bleibe, habe den Menschen zu seinem Statthalter auf Erden bestellt, um das Benehmen seiner Brüder zu beaufsichtigen – dies stelle die Gerichtsbarkeit des ‚äußeren Menschen‘ dar (vgl. ebd.: 159ff.). Ein weit höheres Tribunal aber bilde das Tribunal des eigenen Gewissens: die Gerichtsbarkeit des ‚inneren Menschen‘, jenes angenommenen unparteiischen und gut unterrichteten Beobachters in der eigenen Brust (vgl. ebd.: 160). „Es ist Vernunft, Grundsatz, Gewissen, der Bewohner unserer Brust, der ‚innere‘ Mensch, der große Richter und Gebieter unseres Verhaltens“ (ebd.: 167). Er heuchle nicht bloß die Empfindungen des unparteiischen Beobachters; er nehme sie tatsächlich an (vgl. ebd.: 178). Es sei „offenkundig, dass ich mich in allen derartigen Fällen gleichsam in zwei Personen teile“ – in den Prüfer und Richter auf der einen Seite sowie in den Geprüften und Handelnden auf der anderen (ebd.: 150). Diese Verinnerlichung äußerer Ansprüche ist für Smith die Grundlage seiner Theorie.

5 Im Grunde handelt es sich hierbei um eine frühe Vorwegnahme von Pierre Bourdieus Begriffen des Habitus und des kulturellen Kapitals (u. a. 1979; 1982).

In Smith' *Theorie der ethischen Gefühle* und dem damit vorgestellten Identitätskonzept finden sich eine ganze Bandbreite von Implikationen sowohl für das als weiß, männlich und bürgerlich definierte Subjekt, als auch für die in sexistischer, rassistischer und klassistischer Abgrenzung dazu konstruierten ‚Anderen‘. Als erstrebenswert, und damit hegemonial gilt ihm nur eine einzige Form der Männlichkeit. Das Ideal des weißen bürgerlichen Mannes wird gleichzeitig zum Ideal des Menschen, da diese als optimal dargestellten Eigenschaften angeblich durch diese verkörpert werden.

Die Regierungsform moderner Gesellschaften verdankt Adam Smith mehr als den in einem strengeren Sinne politischen Autoren der Aufklärung, als Locke, Montesquieu oder Rousseau (vgl. Meuret 1994: 14). Wenn Regierung nach Foucault immer auf einer umfassenden politischen Rationalität beruht, die ein „diskursives Feld, innerhalb dessen die Ausübung der Macht ‚rationalisiert‘ wird“ erzeugt, dann liefert Smith die erste moderne und bis heute gültige politische Rationalität (vgl. Lemke 1997: 147; vgl. Dahm 1998: 147). An Adam Smith' Politischer Ökonomie lässt sich recht gut verdeutlichen, warum für Michel Foucault das Problem nicht die Ideologie, sondern die Wahrheit ist. Ihre Effektivität liegt weniger in der Rechtfertigung von Handeln und Verschleierung realer Interessen, sondern gerade darin, dass sie sehr gut als Realität herstellende Wahrheit funktioniert (vgl. Dahm 1998: 148). Seine politische Ökonomie hat sich nicht durchgesetzt, weil sie eine wahre Beschreibung realer ökonomischer Vorgänge wäre, sondern weil ihre Repräsentation der Wirtschaft und des Politischen ein Abbild der Realität lieferte, welches besser als andere geeignet war, hierauf eine Regierung zu gründen (vgl. Meuret 1994: 15). In einer bestimmten historischen Situation mit bestimmtem Kräfteverhältnis war diese Repräsentation als allgemeines politisches Programm für alle relevanten Akteure insbesondere deshalb annehmbar, weil sie die Rolle des Staates neu definierte. Sie legitimierte ihn als über der Gesellschaft stehende und ihren Fortschritt garantierende neutrale Instanz und band seine Legitimation an die Respektierung der Grenze, die die bürgerliche Gesellschaft und die Freiheit der Individuen ihm setzten.

Smith' Ausführungen nehmen die Wirkung des Panoptikums vorweg – jener Gefängnisform, welche Foucault als paradigmatisch für die moderne Gesellschaft analysiert. Interessanterweise war der Erfinder des Panoptikums Jeremy Bentham, der Hauptbegründer des Utilitarismus. Dieser erhob die beständige Entscheidung zwischen Kosten und Nutzen zur Grundlage allen ökonomischen bzw. ethischen Denkens, weshalb Bentham als zweiter Vater des *homo oeconomicus* gilt. Im Panoptikum lässt sich vom Wachturm in der Mitte in alle Zellen schauen, doch kön-

nen die Insassen die Wächter nicht sehen. Da sie auf diese Weise nicht wissen können, wann sie beobachtet werden, müssen sie die Disziplin als Verhaltenskodex in jedem Moment verinnerlichen. In seinen Gesetzesentwürfen hatte Bentham die Antwort auf das Problem der Vermittlung zwischen dem *homo legalis* (dem verständigen Rechtssubjekt) und dem *homo oeconomicus* gesucht: Wie nach den Regeln des Rechts ein Raum der Souveränität regiert werden könne, der von ökonomischen Subjekten bevölkert wird, welche gemäß der Theorie von Adam Smith in ihren rationalen Entscheidungen nicht beeinflusst werden dürfen, da nur so die ‚unsichtbare‘ Hand walten könne. Die bürgerliche Gesellschaft war die Antwort auf diese Frage (vgl. Lemke 1997: 176ff.): Der Mechanismus des Gesetzes wurde Ende des 18. Jahrhunderts als Prinzip der Ökonomie im Strafwesen angenommen. *Homo penalis*, der strafbare Mensch, der dem Gesetz unterstellt ist und bestraft werden kann, dieser sei im strengen Sinne, so Foucault, ein *homo oeconomicus* (vgl. Foucault 1979: 344ff.). Dieser entspreche dem Korrelat einer liberalen Regierung; er sei als Ausdruck einer Gouvernamentalität zu begreifen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass der *homo oeconomicus* sich zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen herausgebildet hat – denn warum sollten die aus dem Klassegegensatz entspringenden Privilegien die Hegemoniebestrebungen mehr antreiben als jene aus Rassismus und Sexismus?

Nicht zuletzt durch Kämpfe um Emanzipation, und damit um den Einschluss in als universal deklarierte Menschenrechte, ist der *homo oeconomicus* heute zum hegemonialen Leitbild für alle geworden. Damit einher geht ein zunehmendes Verständnis von den dem *homo oeconomicus* zugeschriebenen Eigenschaften – insbesondere rational zu sein, aber auch autonom, flexibel etc. – als Beschreibungen für den Menschen schlechthin.⁶ Da der *homo oeconomicus* aber in Interaktion mit der Konstruktion des weißen, männlichen Bürgers entstanden ist, bleibt es für Mitglieder dieser Identität leichter, erfolgreich zu sein. Letztlich allerdings schreibt er Verhaltensmuster vor, die zwar einige Identitäten begünstigt, jedoch im Grunde alle Subjekte ‚unterwirft‘.

6 So definiert das Fremdwörterbuch des DUDEN (2005) den *homo oeconomicus* 1. als den ausschließlich von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeits-erwägungen geleiteten Menschen, und 2. als gelegentliche „Bezeichnung des heutigen Menschen schlechthin“.

Selbstmanagement als Grundlage des Neoliberalismus

Als ‚Selbstbestimmung‘ bilden die Technologien des Selbst im Neoliberalismus einen zentralen Produktionsfaktor. Neoliberaler Diskurs ist wesentlicher Bestandteil des Alltagsverständes und der ‚Selbsttechnologien‘ geworden. Autonomie, Selbstbestimmung oder Verantwortlichkeit sind kaum hinterfragte Werte in der Gesellschaft und werden nicht nur als ‚Selbstverwirklichung‘ reartikuliert, sondern auch als Konkurrenzfähigkeit von Individuen. Foucault nennt diese Einschreibung der Ökonomie durch die Disziplinierung der Körper eine unabdingbare Vorbedingung für die Entstehung des Kapitalismus. Er zeigt, wie auf produktive Weise an die Stelle der alten souveränen ‚Todesmacht‘ des feudalen Zeitalters – zu töten als höchstem Ausdruck der Macht – die Biomacht tritt, also die vollständige Durchsetzung des Lebens in dem Sinne, „das Lebende in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren“ (Foucault 1976: 171).

Der Kapitalismus der freien Konkurrenz, wie er sich im 19. Jahrhundert zunehmend durchsetzt, erzeugt ein Klima der permanenten Bewertung, auch des bürgerlichen Subjekts sich selbst gegenüber. Ein Jahrhundert später, in den 1980er und 90er Jahren entsteht zunächst in den USA, dann auch in Europa ein neues soziales Leitbild: Körperliche Fitness, Jogging, natürliche Ernährung, der Kampf gegen das Rauchen und andere soziale Verhaltensmuster werden Ausdruck eines neuen Lebensstils – auch als ‚*get rich quick*‘-Schema (Horst Dippel) bezeichnet. Nicht alle Charakteristika des ‚*get rich quick*‘-Schemas ergeben sich zwingend oder direkt aus dem Modell des *homo oeconomicus*, aber es besteht eine durch die Globalisierung beförderte recht einheitliche Vorstellung davon, wie sie sich optimal zusammenfügen, und die entstehenden Bilder schließen deutlich an die beschriebenen Ideale der europäischen Mittelklasse an. Je näher ein Individuum diesem (jeweilig vergeschlechtlichten) Ideal kommt, desto höher sind die Chancen, in der Gesellschaft aufsteigen zu können. Gleichzeitig entwickelt sich zunächst in den USA und in Großbritannien sowie um die Jahrtausendwende auch in Deutschland eine neue Diskussion über eine permanente, biologisierte Unterklasse – welche seit Generationen nur von staatlicher Unterstützung lebe und von der Anlage her bereits unfähig zur Aufnahme von Bildung oder geregelter Arbeit sei (vgl. Belina 2003: 94). In den USA und Großbritannien sei dieser neuen Unterklasse regelrecht der Krieg erklärt worden, so Anna Marie Smith: „These peoples are not only blamed for their own impoverishment; they are increasingly constructed as sub-humans who, because of their anti-social cultural traditions and biological ten-

dencies towards addiction, excessive sexuality, criminality and inferior intelligence, simply cannot be helped through education and skill training.“ (Smith 1998: 196)

Die innere und äußere Gerichtsbarkeit in Adam Smith' *Theory of Moral Sentiments*, wodurch die weiße, männliche und bürgerliche Identität ausgeformt wird, ist heute Verschiebungen unterworfen. Es handelt sich nicht länger um die Rationalität des freien Individuums als Grundlage der Gesellschaft, sondern Rationalität wird zunehmend unternehmerisch definiert. Michel Foucault nennt dies „eine Art permanentes ökonomisches Tribunal“ (Foucault 1979: 342). Der Mensch, der einen Mangel an Initiative zeige, an Anpassungsfähigkeit, Dynamik, Mobilität und Flexibilität, bewiese scheinbar ‚objektiv‘ seine oder ihre Unfähigkeit, ein freies und rationales Subjekt zu sein. Die Fähigkeit, sich im eigenen Lebensentwurf nach betriebswirtschaftlichen Kriterien wie Effektivität und Effizienz zu verhalten, gilt aber zunehmend als Grundlage der aus autonomen Individuen bestehenden Gesellschaft (vgl. Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 30). „Wer Erfolg hat, hat ihn verdient; wer keinen hat, hat etwas falsch gemacht. Alle Fehler wiederum reduzieren sich im Grunde auf den einen, sich nicht (hinreichend) am Markt orientiert zu haben. Empowerment und Demütigung gehen Hand in Hand. Wenn jeder erreichen kann, was er will, haben es jene, die auf der Strecke bleiben, nicht besser gewollt (und folglich ihr Schicksal verdient)“, fasst Ulrich Bröckling dies zusammen und schlussfolgert mit der Abänderung eines Hegel-Zitats: „Der Weltmarkt ist das Weltgericht.“ (Bröckling 2000: 162)

Die Hegemonie des *homo oeconomicus* impliziert die Hegemonie der von Robert Connell ausgemachten Manager-Identität als hegemoniale Männlichkeit (vgl. Connell 1995). Trotz aller Verschiebungen im Laufe der Zeit spiegelt sich hierin erstaunlich viel von der durch Adam Smith beschriebenen Identität wieder – nur etwas weniger soldatisch und mit *soft-skills* angereichert ersetzt sie das zwischenzeitliche Bild vom leicht trägen Kapitalisten. Diese Manager-Identität, welche alle Eigenschaften des *homo oeconomicus* verkörpert, gilt heute quer durch die Gesellschaft: Für Frauen ist sie ebenso gültig wie für ArbeiterInnen und Ich-AGs. Günther Voß und Hans G. Pongartz (1998) charakterisieren dies als ‚Arbeitskraftunternehmer‘. So fragt ein Selbstmanagement-Ratgeber heute: „Sind alle Ihre Persönlichkeitsteile voll im Einsatz? Arbeitet jeder Teil an der Stelle, wo er seinen Fähigkeiten entsprechend optimale Ergebnisse erzielen kann?“ (zit. n. Bröckling 2000: 159) Die Selbstverwaltung des individuellen Humankapitals greift dabei weit über das Berufsleben hinaus und kennt weder Feierabend noch Privatsphäre. Unternehmer seiner selbst bleibt das Individuum auch, wenn es seine

Anstellung verlieren sollte: „Das Ich kann sich nicht entlassen; die Geschäftsführung des eigenen Lebens erlischt erst mit diesem selbst.“ (Bröckling 2000: 155) Ulrich Bröckling kommentiert weiter: „Als bloßes Rollenspiel würde das Selbstmarketing seine Wirkung verfehlen; der Einzelne muss *sein*, was er darstellen will.“ (ebd.: 160)

Es handelt sich dabei um die Matrix einer „kompletten utilitaristischen Philosophie“: Der Ausgangspunkt des Liberalismus ist die Begierde, über die in ‚ja-sagender‘ Weise regiert werden soll (Foucault 1978: 113). Zu dessen Reglementierung, das heißt um dennoch einen Einfluss auf die Interessen auszuüben, müssen nach Foucault Gefahren und Sicherheitsmechanismen eingerichtet werden (vgl. Foucault 1978a: 506). Aus diesem ‚Sicherheitsdispositiv‘ sieht Foucault drei Konsequenzen des Liberalismus entstehen.

Als eine Konsequenz des Liberalismus sieht Foucault die Verbindung zwischen diesem und den Disziplinarmaßnahmen. Bentham habe in seinem Entwurf der allgemeinen Kodifizierung der englischen Gesetzgebung das Panoptikum so präsentiert, dass es zur grundlegenden Formel einer liberalen Regierung wurde: „Der Panoptismus ist für Bentham eine allgemeine politische Form, die jenen Regierungstyp charakterisiert.“ (Foucault 1979: 103) Die Herausbildung des abendländischen Subjekts ist dabei fundamental mit der Entstehung und Entwicklung der Humanwissenschaft verknüpft. Diese arbeitet sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert von der Betrachtung der Körperoberfläche immer mehr ins Innere des Körpers vor. Dieser Schwenk zu den ‚Wissenschaften vom Menschen‘, so Foucault weiter, sei nur möglich geworden in Verbindung mit dieser spezifischen und neuen Spielart der Macht, den Disziplinen: Die sichtbare und Furcht einflößende Form der Macht sei ersetzt worden durch eine unsichtbare, jedoch nicht minder wirksame (vgl. Foucault 1975: 241). In den Disziplinen komme die Macht der Norm zum Durchbruch; das Normale etabliere sich als Zwangsprinzip. Die Strafpraxis ersetze die Frage: ‚Was hast Du getan?‘ mit: ‚Wer bist Du?‘ (vgl. Foucault 1979: 59) Nicht zufällig seien die ersten Ökonomen zugleich Juristen und Staatstheoretiker gewesen – wie auch Adam Smith und Jeremy Bentham (vgl. Foucault 1979: 64/68). Entsprechend zeigt Foucault, wie die institutionalisierte Produktion gefügbarer Körper den Boden für die Entstehung moderner Staaten darstellt. Diese Erkenntnis enthülle die Grenzen der demokratischen Freiheiten des souveränen Subjekts: Die Freiheit sei demnach zugleich begrenzt durch die Disziplinierung von Körper und Seele: „Die Normalitätsrichter sind überall anzutreffen. Wir leben in der Gesellschaft des Richter-Professors, des Richter-Arztes, des Richter-Pädagogen, des Richter-Sozialarbeiters; sie alle arbeiten für das Reich des Normativen; ihm unterwirft ein jeder an

dem Platz, an dem er steht, den Körper, die Gesten, die Verhaltensweisen, die Fähigkeiten, die Leistungen.“ (Foucault 1975: 392f.)

Eine weitere, damit verbundene Konsequenz des Liberalismus liegt für Foucault im Auftreten von Mechanismen innerhalb dieser neuen Regierungskunst, welche die Funktion haben, „Freiheiten herzustellen, einzuflößen und höher zu bewerten, ein Mehr an Freiheit durch ein Mehr an Kontrolle und Intervention einzuführen“ (Foucault 1979: 103). Dafür entdeckte die politische Ökonomie „nicht natürliche Rechte, die der Ausübung der Gouvernamentalität vorhergehen, sondern eine bestimmte Natürlichkeit, die den Regierungspraktiken selbst eigentümlich ist“ (ebd.: 33). Die liberale Regierungskunst orientiere sich am Modell des Marktes, wo beispielsweise davon ausgegangen werde, dass, wenn die Preise steigen, sie sich von selbst wieder einpendelten. Es ginge nicht länger darum, Praktiken im Hinblick auf ein moralisches Prinzip als gut oder schlecht zu beurteilen, sondern als wahr oder falsch (vgl. ebd.: 37).

Nicht zuletzt aber konditioniere der Liberalismus die Individuen darauf, ihre Situation, ihr Leben, ihre Gegenwart, ihre Zukunft usw. als Träger von Gefahren zu empfinden. Zum einen müssen in diesem Zusammenhang Verbrechen und Terror genannt werden, welche umso furchterregender wirken, je mehr sie aus der Mitte der Gesellschaft und unsichtbar erscheinen, wie es sich heute im Ausdruck ‚Schläfer‘ kristallisiert. Zum anderen aber beruhen hierauf nicht nur all die früheren verschiedenen Kampagnen, die sich um Krankheit und Hygiene oder Sexualität kümmerten, stets in Angst vor der Entartung des Individuums, der Familie, der ‚Rasse‘ und der ganzen Menschheit, sondern heute auch die Angst vor Ansteckung des Übergewichts und damit davor, vom Weg des *homo oeconomicus* – und damit zum Erfolg – abzukommen (vgl. Foucault 1979: 101f.; Mosse 1978: 82ff., ders. 1996: 111ff.).

Auch Helmut Rottka, Vorstand der Deutschen Akademie für Ernährungsmedizin, hält Übergewicht heute für karriereschädigend: Wer übergewichtig sei, komme nicht mehr in die Vorstandsetage (vgl. Soboczynski 2008). „Überall sieht man diese Aufstachelung der Angst vor der Gefahr, die gewissermaßen die Bedingung, das psychologische und innere kulturelle Korrelat des Liberalismus ist“, so Foucault. „Es gibt keinen Liberalismus ohne die Kultur der Gefahr“ (Foucault 1979: 102). Wenn aber die Freundschaft mit Dicken, gar dicken Unterklässlern die eigene gesellschaftliche Stellung in Gefahr bringt, wer würde sich dem nicht entziehen wollen?

The body's extension into class

Der Körper spielt heute eine nicht zu unterschätzende Rolle für Erfolg und Misserfolg. Weiterhin sind Geschlecht und Hautfarben wesentliche Aspekte beispielsweise bei Einstellungen von angehenden Bankern, zunehmend aber auch Alter und Statur, da aus ihrem Äußeren auf ihr Vermögen, Anlagen zu verkaufen, geschlossen wird (vgl. McDowell 1997: 206). Linda McDowell bemerkt eine extreme körperliche Uniformität der jungen Londoner Banker: fast alle weiß, und dabei von durchschnittlicher Größe und entsprechendem Gewicht. Diese waren zumindest teilweise sich selber dessen bewusst: „We are not all clones, you know“, kommentierte einer von ihnen dieses Phänomen, während ein älterer Kollege erwähnte: „It's curious because they all look exactly the same when they pop in at 25 or 26.“ (zit. n. ebd.: 187)

Eine solche Uniformität gelte auch für *the body's extension into dress*. Wer beginnt, von diesem Bild abzuweichen, wird von Ranghöhe-
ren darauf verwiesen, den Körper wieder zu ‚normalisieren‘ – durch exakte Kleidung, Diät, Sport etc. McDowell hört aus den ihr gegebenen Antworten zur Formbarkeit des Körpers eine Parallele heraus zu dem Glauben, dass sozialer Aufstieg möglich, wenn nicht grenzenlos sei (vgl. ebd.: 187f.). Doch schon der Hinweis auf ein vormals höheres Gewicht durch einen verräterischen Gürtel kann bei einem Vorstellungsgespräch zum Verhängnis werden, da dieser einen Kontrollverlust über den Körper signalisiert (vgl. Fiske 1993: 39; McDowell 1997: 188ff.).

Iris Marion Young (1990) spricht im Zusammenhang mit dem hegemonial idealisierten Körper – nicht nur männlich und hellhäutig, sondern auch schlank – von einem *‚cultural imperialism‘*, welcher all jenen, die davon abwichen, Gewalt antue und als ‚Andere‘ markiere (vgl. Young 1990: 176; McDowell 1997: 35). Dementsprechend versuchen seit rund zweihundert Jahren Menschen, als ‚Insider‘ zu gelten, indem sie ihren Körper neu formen und ihr Verhalten an das Ideal anpassen. Der Boom von Bodybuilding-Studios, Schönheitsoperationen etc. zeugt von dem heutigen Druck, diesem zu entsprechen – wobei sich der Standard der Schönheit, welchem nachgeeifert werden muss, immer weiter verschiebt (vgl. Wolf 1990: 360). Es ist dieser normierte Normalitätsgrad, von dem Foucault spricht, der als ‚das Natürliche‘ gilt und das von ihm Abweichende ausschließt. Dies hat sich im Äußeren zu spiegeln.

Damit erscheint als Grund für den Reichtum der einen und die Armut der anderen der individuell andere Gebrauch von Freiheit. Die Existenz von Armut führt scheinbar beständig vor Augen, wohin ein falscher Gebrauch der Freiheit führen kann. Dabei besteht jedoch zunehmend wieder eine Dualität bzw. Doppel-Ethik. Im Sommer 2004 erreichte ein

Reserveoffizier der Bundeswehr einige Aufmerksamkeit, als er dem Bundesverteidigungsministers Peter Struck die ihm verliehenen Orden zurückschickte und seinen Diensteid widerrief. Obwohl ausgestattet mit einem BWL-Diplom der Bundeswehruniversität wurde ihm nach zwei Jahren Erwerbslosigkeit im Testlauf für ‚Hartz IV‘ eine so genannte ‚Ein-Euro-Beschäftigung‘ als Reinigungskraft im örtlichen Hallenbad zugewiesen. „Wenn es in Deutschland keine Arbeit gibt“, so begründete er seinen Schritt, „bin ich überflüssig in diesem Land“. Der Fall gewann gerade deshalb solche Aufmerksamkeit, weil der Betroffene eben nicht in das Bild ‚der Überflüssigen‘ passte (vgl. Hark 2005). Damit aktivierte er genau jenes Mitgefühl, welches bereits Adam Smith beschrieben hatte: Während Bettler verachtet würden, verfehle der Sturz aus dem Reichtum in die Armut selten, das ernsteste Mitleid zu erwecken; einem solchen Elenden werde in der Regel geholfen (vgl. Smith 1759/89: 174f.). Doch was wird aus dem Mitleid, wenn dieser Reserveoffizier sich erst einmal anstecken lässt von der Disziplinlosigkeit seiner dicken Hartz IV-KollegInnen? Er würde wohl als verloren gelten.

Literatur

- Belina, Bernd (2003): „Kultur? Macht und Profit! – Zu Kultur, Ökonomie und Politik im öffentlichen Raum und in der *Radical Geography*“. In: Hans Gebhardt/Paul Reuber/Günter Wolkersdorfer (Hg.), *Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*, Heidelberg/Berlin: Spektrum, S. 83-97.
- Böttger, Martin (2008): „Was ihr wollt - Klasse und Masse. Am meisten krank macht es, über die ‚Nationale Verzehrstudie‘ allzu viel nachzudenken“. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, 08.02.2008.
- Bourdieu, Pierre (1979): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp (1982).
- Bourdieu, Pierre (1982): *Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp (1985).
- Bröckling, Ulrich (2000): „Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement“. In: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 131-167.
- Christakis, Nicolas A./Fowler, James H. (2007): „The Spread of Obesity in a Large Social Network over 32 Years“. In: *The New England Journal of Medicine* 357 (26.07.2007), S. 370-379, <http://content.nejm.org/cgi/content/full/357/4/370>, 24.12.2007.

- Connell, Robert W. (1995): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*, Opladen: VS-Verlag (2000).
- Dahm, Christoph (1998): *Marxismus nach der postmodernen Herausforderung. Ist materialistische Gesellschaftstheorie noch möglich? Ein Vergleich von Regulationstheorie und angelsächsischem Postmarxismus*, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Universität Hamburg.
- Fiske, John (1993): *Power Plays, Power Works*, London: Verso Books.
- Foucault, Michel (1975): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1976): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1979): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermann, Friederike (2008): *Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*, Baden-Baden: Nomos.
- Hark, Sabine (2005): „Überflüssig. Deutungsbegriff für neue gesellschaftliche Gefährdungen?“. In: *Transit – Europäische Revue*, 29/2005; als e-text auf der Webseite des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen in Wien: http://www.iwm.at/index.php?option=com_content&task=view&id=276&Itemid=454, 14.04.2007.
- Kohlenberg, Kerstin/Wolfgang Uchatius (2007): „Von oben geht’s nach oben. Man zieht in gute Viertel, schickt die Kinder auf Privatschulen, achtet auf Stil und Manieren: Das Bürgertum grenzt sich ab und erschwert Menschen aus den unteren Schichten den Aufstieg“. In: *Die Zeit*, 23.08.2007, 35/2007 (Dossier), <http://www.zeit.de/2007/35/Aufsteiger?page=all>, 24.12.2007.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/Hamburg: Argument Verlag.
- Lemke, Thomas/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling (2000): „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung“. In: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- McDowell, Linda (1997): *Capital Culture. Gender at work in the city*, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Meuret, Denis (1994): „Eine politische Genealogie der Politischen Ökonomie“. In: Richard Schwarz (Hg.), *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*, Mainz: Decaton, S. 13-53.

- Mewes, Susanne: „Ist Übergewicht ansteckend?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.02.2006; <http://www.faz.net/s/Rub268AB64801534CF288DF93BB89F2D797/Doc~E91D57CFDA8ED4B43A8FA4900C4E6B983~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 24.12.2007.
- Mosse, George L. (1978): *Toward the Final Solution. A History of European Racism*, New York: Howard Fertig.
- Mosse, George L. (1996): *Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit*, Frankfurt/M.: Fischer (S.).
- Neumann, Angela (2007): „Übergewicht ist ansteckend. Mehr noch als die Freundin verführen offenbar die eigenen Freunde zum Dickwerden“. In: MensHealth.de, 26.07.2007, <http://www.menshealth.de/d/68259>, 30.05.2008.
- Pongratz, Hans J./G. Günter Voß (2003): *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*, Berlin: Edition Sigma.
- Soboczynski, Adam (2008): „Mein Bauch gehört mir! Früher waren Männer stolz auf ihren Bauch, heute schämen sie sich dafür“, in: ZEITmagazin LEBEN, 28.02.2008, 10/2008, S. 12; online auf <http://www.zeit.de/2008/10/Maenner-und-Gewicht>, 14.05.2008.
- Smith, Adam (1759/89): *Theorie der ethischen Gefühle*, Frankfurt/M. (1949; Übersetzung basierend auf überarbeiteter 6. Aufl. v. 1789).
- Smith, Anna-Marie (1994): „Das Unbehagen der Hegemonie. Die politischen Theorien von Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“. In: Oliver Marchart (Hg.) (1998), *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia & Kant, S. 225-237.
- Wolf, Naomi (1990): *Der Mythos Schönheit*, Reinbek: Rowohlt (1991).
- Young, Iris Marion (1990): *Justice and the Politics of Difference*, Princeton/N.J.: Princeton University Press.

DIE NEUE UNTERSCHICHT: VON DER AUSBEUTUNG ZUR AUSGRENZUNG UND ZURÜCK

HERMANN KOCYBA

Die Sache scheint einfach und alternativlos: Die Wettbewerbszwänge einer globalisierten Ökonomie machen eine radikale Deregulierung von Arbeitsbeziehungen, den „Umbau“ des Sozialstaats, den weitgehenden Abbau von institutionalisierten Schutzrechten und sozialen Absicherungsstandards unumgänglich. Die Naturgesetzlichkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzieht, macht alle politischen Gestaltungs- und Begrenzungsversuche illusorisch. Gegen das Diktat ökonomischer Zwänge gibt es keine Berufungsinstanz.

Extrem niedrige Bezahlung, die eine Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit für die Beschäftigten ganzer Branchen zunehmend unrealistisch macht, geht mit weitgehendem Verzicht auf Beschäftigungssicherheit und kalkulierbare berufliche Perspektiven einher. Fehlende oder sehr lückenhafte Sicherungssysteme sind heute kein „Privileg“ so genannter „Entwicklungsländer“. Für einen wachsenden Teil der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen in den klassischen Industrienationen wird es zunehmend schwieriger, Interessenten für die Nutzung ihrer Arbeit zu finden. Prekarisierung und die Destabilisierung biographischer Perspektiven betreffen nicht nur die in der öffentlichen Diskussion beschworenen „Geringqualifizierten“. Auch Hochschulabsolventen müssen sich längst mit dem Gedanken anfreunden, dass die Alternative zu Praktika, befristeten Verträgen und mit Auflagen verbundenen, geförderten Weiterbildungsmaßnahmen vielfach nur werkvertragsförmige Arbeitsverhältnisse sind, für die auch minimale Absicherungsstandards

außer Kraft gesetzt sind. Und wer schließlich zermürbt die Suche nach einem rechtlich gesicherten „Normalarbeitsplatz“ aufgegeben hat, findet sich rasch als Angehöriger jener kulturell verwahrlosten „neuen Unterschicht“ gebrandmarkt, deren Angehörige – so die öffentliche Diskussion keineswegs nur in der Bildzeitung – aufgrund charakterlicher Defekte und mangelnder Arbeitsmoral, letztlich der Unfähigkeit, sich den Normen der bürgerlichen „Leitkultur“ anzupassen, selbst Schuld an der Verfestigung ihrer Lage tragen.

Ausbeutung als Privileg?

Mittlerweile wird dem Arbeitnehmer abverlangt, dass er selbst für die Profitabilität seiner Arbeitskraft verantwortlich ist. „Rentier’ ich mich noch?“, diese Frage muss er sich beständig stellen (vgl. Wagner 2005). Und es genügt heute nicht länger, dass der Arbeitnehmer für den Arbeitgeber ein Mehrprodukt erzeugt. Er muss sich der Tatsache bewusst sein, dass es für den einzelnen Investor, für den Kapitaleigner wie für den Fondsmanager, der ja seinerseits im Wettbewerb steht, darum geht, bestimmte Renditeziele zu erreichen und gegebenenfalls sein Portfolio zu überprüfen. Sicher scheint nur der Arbeitsplatz, der dem Investor höhere Renditen verspricht als eine alternative Investition. Die Manager der institutionellen Anleger stehen ihrerseits unter dem Druck, zumindest nicht weniger zu erwirtschaften als ihre Konkurrenten. Auch wenn sie es bislang fertig gebracht haben, im Erfolgsfalle satte Prämien und Optionen einzustreichen, im Verlustfalle aber nicht haftbar gemacht zu werden, so lastet der Druck marktförmigen Wettbewerbs deutlich auf ihnen. Im Extremfall erwirtschaften sie die Erträge für ihre Anleger, beispielsweise Rentenfonds, dadurch, dass sie durch Entlassungen derer, deren Alterssicherung sie verwalten, für zumindest kurzfristige Kurssteigerungen sorgen. Der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, den Marx im 19. Jahrhundert noch als Gegensatz zweier Klassen beschreiben konnte, verlagert sich gleichsam in den Arbeiter hinein, der zu einer hybriden Sozialgestalt wird, die sich zu Recht als „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998) bzw. als „Unternehmer seiner selbst“ (Foucault 2004) beschreiben lässt. Das von Marx diagnostizierte Phänomen der „Ausbeutung“ verschwindet vielfach in seiner klassischen Gestalt, es handelt sich dann nicht länger um die gleichsam nachträgliche Aneignung eines bereits gefertigten Produkts, um die Wegnahme eines vom Arbeiter produzierten Gutes durch den Kapitaleigner, sondern darum, dass der moderne Arbeitnehmer seinen Arbeitgeber genannten Gegenpart vorab von der eigenen Profitabilität überzeugen

muss. Kapitalistische Ausbeutung ist, im Unterschied zu vorkapitalistischen Formen einer herrschaftlichen und/oder militärisch-gewaltsamen Aneignung eines gesellschaftlich produzierten Mehrprodukts und auch zu Formen gewaltsamer Enteignung, über Marktprozesse vermittelt. Dies bedeutet nicht, dass brutalere Formen der Ausplünderung verschwinden, sondern dass es Marx zufolge innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise möglich ist, Ausbeutung auf der Basis von Äquivalententausch zu organisieren.

Warum jedoch erscheint uns diese Art der empirischen und normativen Analyse von Ausbeutungsphänomenen heute nicht mehr wirklich überzeugend? Wie können wir den Zusammenhang von Wertschöpfung und Ausbeutung heute beschreiben, da sich die soziale Evidenz, dass es sich gleichsam um die Wegnahme eines von den Lohnarbeitern produzierten Gutes durch die Kapitaleigner handelt, nicht mehr unmittelbar aufdrängt: Warum verzichtet die Deutsche Bank darauf, einige Zigtausend Mitarbeiter weiter auszubeuten und warum wird dieser Verzicht auf die Ausbeutung von Arbeitnehmern an der Börse mit einem Kursprung belohnt? Die Botschaft an die „freigesetzten“ Mitarbeiter lautet: Wir brauchen Euch nicht, Wertschöpfung erreichen wir nicht nur ohne Euch, sondern gerade weil wir Euch nicht mehr ausbeuten!

Wenn das Ausgebeutet-Werden tendenziell zum Privileg wird, dann erscheint Ausgrenzung als das ungleich härtere Schicksal: Noch nicht einmal einen Ausbeuter zu finden, mit anderen Worten sozial überflüssig und unerwünscht zu sein, bezeichnet einen Zustand der Deprivation und des fast vollständigen Verlusts sozialer Anerkennungschancen. Härter noch als das Schicksal des Ausgebeuteten ist das Schicksal derer, denen alle Teilnahmekancen verbaut sind, denen durch territoriale oder soziale Grenzen all diejenigen Rechte und Glücksansprüche verwehrt bleiben, die beispielsweise die amerikanische Unabhängigkeitserklärung aus dem Geiste der Aufklärung für universell gültig und *self evident* erklärte. Weltweit wären in der Tat viele Menschen glücklich, sich zu normalen (west-)europäischen und notfalls auch nordamerikanischen Standards ausbeuten lassen zu können. Das indes genau wird mittlerweile auch hierzulande zunehmend schwierig. Und von Löhnen, die tatsächlich denen in China oder Malaysia entsprechen, könnte hierzulande niemand seinen Lebensunterhalt bestreiten.

„Ausbeutung“ ist ein kritisch-ökonomischer Begriff, der ein normatives Unrecht benennt, das gleichwohl – wie Marx zu zeigen bemüht war – innerhalb des institutionalisierten Kapitalismus zumindest immanent gesehen gerade kein Unrecht ist, da sich das Verhältnis zwischen dem Produzenten und dem Aneigner des Mehrwerts als Austauschverhältnis beschreiben lässt, das dem Prinzip des Äquivalententauschs entspricht.

Dieses Gerechtigkeitsprinzip des Äquivalententauschs ist so lange nicht verletzt, als tatsächlich der Wert der Arbeitskraft bezahlt wird. Und dieser Wert der Ware Arbeitskraft bemisst sich nach den Reproduktionskosten der Arbeitskraft, also den Reproduktionskosten des (in der Regel männlich vorgestellten) Arbeiters und seiner Familie. Dieses gleichsam in die Werttheorie eingebaute schwache Minimalprinzip von Gerechtigkeit wird dort verletzt, wo diese Reproduktionskosten durch den Arbeitslohn nicht mehr gedeckt werden. Und dass der am Markt erzielbare Lohn diese Reproduktionskosten vielfach nicht deckt, ist eine Erfahrung nicht nur des 19. Jahrhunderts, sondern eine, die viele Arbeitnehmer auch heute noch machen müssen. Gleichzeitig jedoch identifiziert der Begriff der Ausbeutung eine soziale Klasse, die nicht nur Opfer eines Unrechts ist, das innerhalb des Kapitalismus indes gerade keines zu sein scheint, sondern – und das ist in diesem Zusammenhang entscheidend – die für die Reproduktion der Gesellschaft unverzichtbar ist. Der Begriff der „Ausgrenzung“ definiert demgegenüber bedürftige Objekte karitativer Zuwendung, nicht aber potenzielle Akteure des Widerstands. Trivial: Die Ausgebeuteten braucht das System. Dies gilt für die Ausgegrenzten nicht in der gleichen Weise. Diese werden allenfalls zu Zwecken der Abschreckung benötigt, an ihnen wird das Schicksal deutlich, das all denen droht, die den Ansprüchen der schönen neuen Arbeitswelt nicht genüge tun.

Exklusion als negative Inklusion

Die Exkludierten, wie sie Niklas Luhmann beispielsweise in den Favelas Brasiliens entdeckte, stehen nicht wirklich außerhalb der Gesellschaft (vgl. Greve 2004). Dass ihnen diese Unabhängigkeit von der Gesellschaft fehlt, macht gerade ihr Unglück aus. Sie sind gleichsam negativ inkludiert: sie können sich dem weltweiten Wirtschaftssystem nicht entziehen. Der Status derer, die in Europa „sans travail“, „sans logement“ und „sans papiers“ leben müssen, ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie in einer Welt leben, in der man über Besitz, Arbeit und Status verfügen muss, um überleben zu können, um legitim agieren zu können. In dieser Welt sind alle legitimen Plätze innerhalb der Gesellschaft bereits besetzt, die Welt ist aufgeteilt und es ist für sie kein Platz. Diese Art des Ausschlusses ist zugleich eine Form des Einschlusses. Über den Ausschluss erstreckt sich die Jurisdiktion der bürgerlichen Ordnung noch über ihre territorialen und sozialen Grenzen hinaus. Exklusion erweist sich damit als eine perfide Weise der Inklusion, die auf alle normativen Ansprüche verzichtet, wie sie im – problematischen – Begriff

der sozialen Integration noch anvisiert waren, der auch den Ausgebeuteten noch eine legitime Position innerhalb des sozialen Gefüges zuwies. Die Exkludierten sind nur mehr als warnendes Beispiel in die normative Ordnung integriert, sie sind heute nicht länger rebellische Träger eines normativen Gegenentwurfs. Sie sind ja gerade vom herrschenden Gesetz im Modus der Exklusion inkludiert. Exklusion ist etwas anderes als Ausbeutung, der Ausgebeutete ist unverzichtbarer Bestandteil der kapitalistischen Ordnung, und dies in funktionaler wie in normativer Hinsicht.

Ausgrenzung bedeutet also nicht, außerhalb der Gesellschaft zu stehen, das Objekt bzw. das Opfer sozialer Exklusion ist gleichsam negativ inkludiert. Es handelt sich um eine soziale Situation, für die die davon Betroffenen nicht selten selbst verantwortlich gemacht werden. Dies gehört mit zur Stigmatisierung derer, die der Ausgrenzung keinen Widerstand entgegensetzen können und in ihrer prekären Zwangslage vielfach auch keinen Einspruch zu artikulieren im Stande sind, da sie keinen Zugang zu legitimen Sprecherpositionen besitzen. Dass die „Unterschicht“ an ihrer Lage selbst schuld ist, muss sie dann unwidersprochen lassen.

Ein entscheidendes Problem des Ausgrenzungsdiskurses besteht darin, dass er nur Opfer, keine Täter designiert; die aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess Ausgegrenzten sind bestenfalls Empfänger von Almosen, aber keine handlungsfähige Gruppe. Der Ausgrenzungsdiskurs wendet sich an Philanthropen und an wohlmeinende Bürokraten, hält aber die Opfer in ihrem Passivitätsstatus fest. Was empirisch in vielen Fällen plausibel erscheinen mag und auch als normatives Problem nachvollziehbar ist, ist gleichwohl politisch gesehen verheerend: Die Diagnose wirkt entmutigend, vermittelt den Betroffenen keinen wirklichen Selbstrespekt, wie dies für die Arbeiterbewegung eine nicht zu vernachlässigende Leistung der Arbeitswertlehre war, die ausgebeutete Lohnarbeit zur entscheidenden Quelle gesellschaftlichen Reichtums erklärte.

Ausgrenzung stellt die harte Form der Verweigerung von Zugehörigkeit und Anerkennung dar. Sie wird kommuniziert über das Fehlen von Merkmalen oder über die Zuschreibung der „falschen“ Merkmale. Nicht der Exkludierende, der Exkludierte ist schuld. Exklusion geht nicht auf den intentionalen Akt eines Täters zurück, das Tat-Täter-Schema der Analyse versagt. Exklusion inszeniert sich als Reaktion auf Merkmale des Exkludierten. Auch in weicheren Formen der Nicht-Inklusion, wie es etwa die Nichterneuerung eines Vertrags darstellt, wird dies deutlich: Es besteht keine Begründungspflicht für einen Akt, der keiner zu sein scheint, da er ja gerade als ein Nicht-Akt wahrgenommen wird. Wenn ein befristeter Anstellungsvertrag ausläuft, eine Kooperationsbeziehung

nicht fortgesetzt wird, ein Werkvertrag anders vergeben, eine Dienstleistung „outsourced“ wird, dann erfordert all dies keinen der Kündigung eines Normalarbeitsverhältnisses vergleichbaren Begründungsaufwand.

Harte wie weiche Formen des Ausschlusses und die Nichtfortsetzung bzw. Nichterneuerung von Beziehungen haben im Kern gemeinsam, dass sie in der Regel nicht als Tun, nicht als Entscheidung kommuniziert und legitimiert werden müssen. Und den vielfältigen unter dem Begriff der „Prekarisierung“ zusammengefassten Formen defizitärer Inklusion ist gerade gemeinsam, dass die Schwellen des Ausschlusses, der Nichtfortsetzung einer Beziehung, sehr niedrig sind, auch wenn tatsächlich noch eine Art Beschäftigungsverhältnis vorliegt. Entscheidend ist, dass die Machtverteilung zwischen den Vertragspartnern sehr ungleichgewichtig ist und dass die mit einer Nichtverlängerung oder mit einem Nichtzustandekommen eines Vertrags verbundenen Kosten sehr unterschiedlich verteilt sind.

So problematisch der Begriff der Exklusion im Einzelnen ist – gerade weil er nur Opfer, nicht aber Täter und somit auch keine Adressaten der Kritik namhaft macht – er dient nicht einfach der Verschleierung, er macht auch etwas sichtbar, was mit dem üblichen Begriff der Ausbeutung nicht oder nur unzureichend sichtbar gemacht werden kann: Es gibt das Phänomen der Exklusion nicht nur als Bemäntelung von Ausbeutung, sondern auch als eine „strukturelle“ Situation, die in Begriffen der Ausbeutung nur unzureichend beschrieben werden kann. Es gibt die Situation, in der sich Ausbeutung nicht „rentiert“, da für den Investor lukrativere Engagements möglich sind. Derjenige, den ein anderer noch nicht einmal ausbeuten will, wird somit zur vollendeten Unperson. Aber Person A auszubeuten bedeutet eben unter Umständen den Verzicht auf die sehr viel einträglichere Möglichkeit, Person B, die nur den halben Lohn erwartet, auszubeuten. Ausbeutung lohnt nicht, wenn bestimmte Renditeziele nicht erreicht werden können. Es wird somit für den einzelnen Arbeitnehmer zunehmend schwerer, Interessenten an der Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft zu finden.

Marktgerechtigkeit und Mehrwertproduktion

Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist Ausbeutung über den Markt vermittelt und daher kein Verstoß gegen die in dieser Gesellschaft geltenden basalen Normen von Gleichheit und Äquivalenz. Insofern auch der Arbeiter über seine Arbeitskraft rechtlich gesehen frei verfügen kann, ist auch dem Freiheitspostulat genüge getan. Marx zufolge

sind Ausbeutung und Äquivalententausch keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Das Insistieren auf fairem Tausch oder gerechtem Lohn kann die kapitalistische Ausbeutungsordnung keineswegs überwinden, sondern bekräftigt nur die dieser einbeschriebenen Normen. Ausbeutung über den Markt bedeutet dabei nicht, dass brutablere Formen der Aneignung des Produkts fremder Arbeit verschwinden würden. Die Erträge entsprechender Raubzüge freilich müssen nach der Tat allerdings „gewaschen“ werden, wieder in legitimes Eigentum „übersetzt“ werden, das dann von der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung geschützt wird. Auf diese Weise sind dem Rechtsstaat schon häufig hingebungsvolle Unterstützer zugewachsen, die mit ihm in der Zeit ihrer Beutezüge entschieden auf Kriegsfuß lebten.

Trotz der konstitutiven Bindung an Marktprozesse indes ist Ausbeutung Marx zufolge kein Ergebnis der Zirkulationssphäre, sondern des als Verwertungsprozess organisierten Arbeitsprozesses. Im Kern findet Ausbeutung – obschon der unmittelbare Produktionsprozess in einen Zirkulationsprozess integriert, also mit Marktprozessen verknüpft ist – in der Produktion statt. Wenn es indes richtig ist, dass Ausbeutung innerhalb der Produktion stattfindet, dann muss es erstaunen, dass die Versuche einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation nicht in erster Linie daran gingen, die Mehrwertproduktion dadurch abzuschaffen, dass den Produzenten die volle Verfügung über den von ihnen geschaffenen Wert eingeräumt worden wäre. Dass der Kapitalismus in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Ländern durch die Abschaffung des Marktes, nicht durch die Abschaffung des Fabriksystems überwunden werden sollte, muss daher vorläufig als irritierende Inkonsequenz erscheinen.

Auch wenn das Ziel einer Demokratisierung des Unternehmens und der Wirtschaft insgesamt sowohl mit dem in der Institution des Privateigentums begründeten Verfügungsrechts des Kapitalisten als auch mit dem Wettbewerbsprinzip des Markts kollidierte, so folgt hieraus nicht zwingend, dass der Markt, nicht aber das industrielle Fabrikregime abgeschafft werden sollte. Worin bestand das Problem des Marktes? Der Markt verschleierte nicht nur die faktisch stattfindende Ausbeutung, er war als Schauplatz der „Anarchie“ des Kapitalismus selbst Ursache massenhaften Elends. Da das Wertgesetz sich nur in krisenhafter Weise und insgesamt widersprüchlich durchsetzte, trat zum Problem der Ausbeutung noch das der Irrationalität und Unkalkulierbarkeit hinzu, das für die strukturell am Rande des Existenzminimums lebende Arbeiterklasse sehr viel durchschlagendere Auswirkungen zeitigte als für diejenigen, die über mehr als ihre eigene Arbeitskraft verfügten. Vor diesem Hintergrund schienen immer größere Konzerne letztlich dem Sozialismus entgegen zu arbeiten (Otto Bauer 1931). Die Anarchie schien bezähmbar.

Die Überwindung des Kapitalismus schien – so die Hoffnung nicht nur des austromarxistischen Flügels – nicht mehr notwendig an sich verschärfende Verwertungskrisen und das damit einhergehende Massenelelend gebunden. Es zeichnete sich eine Herausbildung des Neuen in Gestalt von nicht marktförmigen Koordinationsformen innerhalb des Kapitalismus ab. Nach dem Faschismus und Nationalsozialismus allerdings, als dessen Steigbügelhalter die großen Konzerne und Oligopolisten galten, sah das dann anders aus; nunmehr wurde auch aus der Sicht der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eher die freiheitsverbürgende Rolle des Marktes betont (vgl. Höpner 2005).

Der Realsozialismus sowjetischer Gestalt schließlich schaffte – vereinfacht gesagt – zwar den Markt, nicht aber die Ausbeutung ab. Er verknüpfte unter Umgehung aller Ansprüche auf Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse direkt die unumschränkte Verfügungsmacht des Eigentümers – diesmal aber zum Kommando über sämtliche gesellschaftlichen Ressourcen totalisiert – mit einem nicht gegenbalancierten politischen Herrschaftsanspruch. Ergebnis war eine ultrastabile Verknüpfung von Staatskapitalismus und politischer Entrechtung, die – da sie weithin vermeiden konnte, lernen zu müssen – letztlich an ihrem eigenen Erfolg (dem „Nicht-Lernen-Müssen“) zugrunde ging.

Die Unterschicht: Produkt des Leistungsprinzips?

Die neue Unterschicht stellt nunmehr die Klasse dar, die – im Unterschied zum klassischen Industrieproletariat – nicht allein durch Ausbeutung, sondern wesentlich auch durch Ausgrenzung beziehungsweise durch eine Gemengelage aus Ausbeutung und Ausgrenzung definiert ist. Es handelt sich vielfach um „Überflüssige“ an den Rändern des Beschäftigungssystems, die kaum Chancen auf eine stabile Beschäftigung haben. Es handelt sich um Menschen, die auch dort, wo sie Arbeit finden, zumeist unter den Bedingungen des „hire and fire“ leben, deren Situation hochgradig prekär ist und die von der Lebensstil- und Ungleichheitsforschung vielfach als „traditionsloses Arbeitermilieu“ klassifiziert werden. Dieser Begriff der „Unterschicht“ bezeichnet keine durch ein gemeinsames Selbstverständnis geprägte Klasse, sondern, wie es den Anschein hat, eher eine Art Ablagerung im sozialen Ozean, eine passive Größe, deren Umriss nicht in sozialen Kämpfen sichtbar werden, sondern sich letztlich den Effekten statistischer Analyse verdanken. Unterklasse: ein Euphemismus, aber eben doch kränkend, aus der Beobachterdistanz beschrieben. Noch der Marxsche Begriff einer „industriellen Re-

servearmee“ für die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten des 19. Jahrhunderts betonte nicht nur die Prekarität der sozialen Position dieser Gruppe, sondern erklärte ihre Existenz und soziale Lage zum Resultat einer kapitalistischen Verwertungslogik und sprach den unfreiwilligen Mitgliedern dieser „Armee“ einen, wenngleich abgeschwächten, Akteursstatus zu. Demgegenüber ist die Unterschichtdiagnose einerseits letztlich trivial, ein analytisches Konstrukt: Aus rein formalen Gründen können nicht alle Gesellschaftsmitglieder oberhalb der Mittellinie angesiedelt sein. Aber diese vermeintlich nur banale Unterschichtdiagnose richtet sich andererseits auf eine kränkende, Ausschlusserfahrungen reaktualisierende und verstärkende Weise gegen diejenigen, denen sie einen sozialen Wert- und Subjektstatus abspricht und die sie gleichwohl für ihre Lage selbst verantwortlich macht. Der Kern des sozialen Vorbehalts gegen die neue Unterschicht basiert auf der expliziten oder stillschweigenden Unterstellung, dass die Mitglieder dieser Unterschicht den Anforderungen einer modernen Arbeits- und Leistungsgesellschaft nicht nur nicht gewachsen sind, sondern aufgrund moralischer Defekte auch wesentlichen Anteil an der Verfestigung dieser Situation haben und daher nach den Bewertungsmaßstäben einer Leistungsgesellschaft zu Recht eine negative Wertschätzung erfahren.

Das Leistungsprinzip, wie es die moderne kapitalistische Gesellschaft gerne für sich in Anspruch nimmt, legitimiert und kritisiert Differenzen, versucht Gleichheit und Ungleichheit zusammen zu denken. Leistung soll sich (wieder?) lohnen. Das Leistungsprinzip ist prinzipiell wettbewerbsorientiert, kennt aber (angeblich) keine Verlierer. Insofern kollidiert das Leistungsprinzip, das soziale Ungleichheit begründen soll, mit der Idee der Ausbeutung, da es soziale Unterschiede als Ergebnis von Leistungsdifferenzen zu legitimieren trachtet, nicht aber als Resultat der Aneignung des Produkts fremder Arbeit. Das Leistungsprinzip ist freilich an sozial etablierte Standards, an etablierte Formen der differentiellen Bewertung gebunden. Wie aber sind heterogene Leistungsbeiträge vergleichbar? Soweit es sich nicht um einen Vergleich ein und derselben Tätigkeit oder zumindest verwandter Tätigkeiten handelt, ist ein plausibler Vergleich kaum möglich, zumal Leistung ja nicht ausschließlich über Inputgrößen, also über das Ausmaß subjektiver Anstrengung, sondern auch über das Ergebnis dieser Anstrengung, über deren Produktivität und Effizienz bewertet wird. In der Regel unterstellen wir daher einen Zusammenhang zwischen Leistung und Entlohnung dergestalt, dass wir eine höhere Entlohnung als Indikator für das Vorliegen einer größeren Leistung betrachten. Da aber umgekehrt Leistung ja wiederum Differenzen in der Entlohnung begründen soll, läuft es auf einen

schlichten Zirkel hinaus, wenn Leistung durch ihre finanzielle Vergütung gemessen wird.

Das Leistungsprinzip legitimiert Verteilungsungleichheiten, nicht aber direkte Ausbeutung. Es versagt indes, wo es um das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital insgesamt geht, es kann allenfalls die Einkommensunterschiede zwischen Arbeitnehmern einer Branche oder verwandter Branchen liefern. Bereits die jeweiligen Managergehälter können nicht mehr über identifizierbare Leistungsbeiträge begründet werden. Das Leistungsprinzip liefert keinen alle heterogenen Produktionsfaktoren übergreifenden Maßstab. Es versucht auf sozial sichtbare Leistungsbeiträge zu rekurrieren, ohne angemessen zu berücksichtigen, dass im Bereich wirtschaftlichen Handelns nicht konkrete Leistungen, sondern Profitmargen im Vordergrund stehen. Leistung wird nach ihrer Kompatibilität mit Profitchancen bewertet, nicht umgekehrt Profite als Ergebnis von ohne Rekurs auf das Geldmedium identifizierbaren Leistungsbeiträgen.

Ungleichheit und Exklusion als Effekt von Marktprozessen?

Leistung hat per se weder mit Ausbeutung noch mit Ausgrenzung zu tun. Dennoch ist der Umstand, dass der Zusammenhang von Wertschöpfung und Ausbeutung an greifbarer Evidenz verliert, kein Argument für einen gesellschaftlichen Bedeutungsgewinn des Leistungsprinzips. Wertschöpfung muss heute nicht mehr atomistisch vom einzelnen Wertschöpfungsbeitrag aus gedacht werden, sondern vom Ertrag, vom Ergebnis her. Die Wertschöpfungskette wird gleichsam umgekehrt. Ausbeutungseffekte müssen als Effekte bestimmter Marktkonstellationen beschreiben werden. Ausbeutungseffekte werden nicht länger nur über Marktprozesse weitertransportiert, sie werden als Effekte bestimmter Marktkonstellationen beschrieben. Für Bourdieu ist der Wettstreit auf einem der Märkte entscheidend, nicht die Produktion von Werten außerhalb dieser Wettbewerbsarenen, die dann auf Märkten „realisiert“ würden. Und die Gewinn-Chancen sind auf Märkten asymmetrisch verteilt, wobei für die einzelnen Akteure eine Art Zwang existiert, auf den jeweiligen Märkten zu agieren, so dass dann letztlich auch die Verlierer dem Spiel zugestimmt haben.

Der Markt ist nicht länger nur freiheitsverbürgend, er stellt ein Pokerspiel dar, bei dem alle unfreiwillig-freiwillig mitmachen, obgleich einige Teilnehmer mehr Karten erhalten als andere. Dass sich jemand physisch ausbeuten lassen muss, hängt mit seiner mangelhaften ökonomischen

mischen Ressourcenausstattung zusammen, also mit seiner Marktposition. Auch wenn Märkte inklusiv sind, also niemanden von vornherein von der Marktteilnahme ausschließen, so bieten sie andererseits jedoch keinerlei Gewähr für ein faires Ergebnis des Wettbewerbs, sie können bestehende Ungleichheiten vielmehr in einem Maße verstärken, dass das Ergebnis faktisch auf soziale Exklusion hinausläuft. Diese Ungleichheit verfestigenden und verstärkenden Effekte marktförmigen oder quasimarktförmigen Wettbewerbs wurden in Bourdieus Analyse der „feinen Unterschiede“ überzeugend belegt. Dies gilt auch für soziale Sphären weit ab von der wirtschaftlichen Güterproduktion im unmittelbaren Sinne. Die Effekte der durch das Ausbildungssystem genährten „Illusion der Chancengleichheit“ kommen nicht durch eine „Ausbeutung“ der im Wesentlichen bereits vorab feststehenden Verlierer des schulischen Leistungswettbewerbs zu Stande. Wer indes den Wettbewerb auf den Quasi-Märkten des Bildungssystems verloren hat, muss froh sein, wenn ihm die Gesellschaft noch Chancen bietet, auf herkömmliche Weise ausgebeutet zu werden.

Marx konzidierte den Marktprozessen seinerzeit eine recht großzügige normative Selbstbeschreibung, da er selbst ja wusste, wo der Mehrwert in Wahrheit herkommt. Diese Lokalisierung der Mehrwertproduktion bedeutet indes nicht einfach eine „Entproblematisierung“ des Marktes (vgl. Beckert 2007). Der Markt war für ihn kein neutraler Mechanismus der Handlungskoordination, sondern Ausdruck einer letztlich defizitären Weise der Vergesellschaftung menschlicher Arbeit, die – wie sich Marx dies im Rückgriff auf Begriffsfiguren der Hegelschen Philosophie vorstellte – ihren gesellschaftlichen Charakter gleichsam außerhalb ihrer selbst, im Geld vergegenständlichte. Der Markt jedenfalls verkörperte in dieser Sicht keinen universalen Modus der Handlungskoordination, sondern war Ausdruck einer nur indirekten Gesellschaftlichkeit der Arbeit, die ihren gesellschaftlichen Charakter somit im Preis und damit im Geld als der abstrakten Existenzweise des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit sichtbar machen musste.

Die Einsicht in den partikularen und defizitären Charakter einer sich ausschließlich über Marktprozesse vollziehenden Vergesellschaftung teilen Marx und Hegel. Gemeinsam ist ihnen auch die Vorstellung, dass dieser Zustand nicht durch eine Regression in Richtung auf eine unmittelbare Einheit der Gesellschaft, eine unmittelbare Gesellschaftlichkeit der Arbeit zu erreichen ist, wie sie das Kommandosystem der Planwirtschaft zu erzwingen suchte. Vor diesem Hintergrund steckt in der Debatte über die Unterschicht und das Verhältnis von Ausbeutung und Ausgrenzung die Chance, wahrzunehmen, dass auch die Integration in wirtschaftliche Prozesse nicht nur wirtschaftliche Aspekte besitzt. Sie ver-

weist auf Anerkennungserfordernisse, die über Wettbewerbsmärkte allein gerade nicht eingelöst werden können, da diese die den sozialen Ausgrenzungsprozessen zu Grunde liegenden Asymmetrien letztlich nur in verdichteter und verfestigter Gestalt reproduzieren.

Literatur

- Bauer, Otto (1931): Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Erster Band: Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien: Wiener Volksbuchhandlung.
- Beckert, Jens (2007): „Die soziale Ordnung von Märkten“. In: Jens Beckert/Rainer Diaz-Bone/Heiner Ganßmann (Hg.), Märkte als soziale Strukturen, Frankfurt/M.: Campus, S. 43-62.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Greve, Jens (2004): „Inklusion und Exklusion in der Weltgesellschaft“. In: Jörg Meyer/Raj Kollmorgen/Johannes Angermüller/Dirk Wiechmann (Hg.), Reflexive Repräsentationen. Diskurs, Macht und Praxis der Globalisierung, Münster: Lit-Verlag, S. 111-124.
- Höpner, Martin (2005): „Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus in Deutschland, 1880-2002“. In: Sonderheft 2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 196-221.
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. (1998): „Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50 (1), S. 131-158.
- Wagner, Hilde (Hg.) (2005): Rentier' ich mich noch? Neue Steuerungskonzepte im Betrieb, Hamburg: VSA.

PREKÄRES LEBEN, PREKÄRE FORSCHUNGSLAGE – ZUR NOTWENDIGKEIT EINER INTEGRIERENDEN PERSPEKTIVE AUF FLUCHTMIGRATION

KARIN SCHERSCHEL

Die Situation von Flüchtenden wird in unterschiedlichen thematischen Kontexten exemplarisch angeführt, um sozialen Ausschluss, Schutz- und Rechtlosigkeit in ihren extremsten Folgen deutlich zu machen. Begibt man sich allerdings auf die Suche nach empirischen und theoretischen Analysen, dann stellt man fest, dass die Forschungslage äußert unzureichend ist und Flüchtende als Zuwanderungsgruppe kaum sichtbar sind. Sie sind in der Aufnahmegesellschaft nicht vorgesehen und unter anderem deshalb auch nicht Gegenstand von soziologischen Überlegungen.

Der Beitrag beschäftigt sich mit Fluchtmigration unter vier Perspektiven: (1) Eine Skizze der Aufnahmesituation wird die Lage von Flüchtenden mit ungesichertem Aufenthalt zumindest in Ansätzen sichtbar machen. Sie sind in allen Lebensbereichen elementaren Einschränkungen unterworfen. Ihr Zugang zu Arbeit, Bildung, gesundheitlicher Versorgung, Wohnraum und Ernährung ist restringiert. Sie führen ein prekäres Leben. (2) Da sie für eine Integration nicht vorgesehen sind, sind sie in der Migrationssoziologie, deren Fokus auf Integration und Arbeitsmigration liegt, auch mehr oder weniger unsichtbar. (3) Explizit Gegenstand von theoretischen Überlegungen sind Flüchtende in Baumanns (2005) globalisierungskritischen Überlegungen und Agambens (2001) Ausführungen zur Diskrepanz von Menschen- und Bürgerrechten. Dieser Diskurs wird sowohl auf seinen konstruktiven als auch kontraproduktiven Beitrag im Umgang mit Fluchtmigration diskutiert.

Deutlich wird hier, dass Flüchtende nur als absolut ausgeschlossene rechtlose Gruppe in den Blick kommen. Dass diese Konzeption nicht der Heterogenität von Lebenssituationen in der Flucht gerecht wird, wenn nicht herrschende Kategorien festschreibt, wird sichtbar, wenn man den Blick auf bestimmte Phänomene der Fluchtmigration, nämlich die prekäre Situation am Arbeitsmarkt richtet. (4) Deshalb soll in einem letzten Schritt überlegt werden, wie FluchtmigrantInnen in Prekarisierungsdebatten konzeptionell verortet werden können.

Fluchtmigration ist sehr vielgestaltig, Flüchtlinge sind eine sehr heterogene Gruppe und Prekarisierung meint hier bedeutend mehr als eine ungesicherte Arbeitsmarktposition. Der marginale gesellschaftliche Status von Flüchtenden reproduziert sich in der Wissenschaft, wenn ihre prekäre Lebenssituation nicht systematisch in Diskurse über soziale Gefährdungen und sozialen Ausschluss miteinbezogen wird.

1. Prekäres Leben in der Fluchtmigration

Bilder von Flüchtlingseindringern in Extremsituationen sind medial von Zeit zu Zeit präsent. Vom Fluchtalltag im Bemühen um Anerkennung im Aufnahmeland ist dagegen kaum etwas bekannt. Sich mit der sozialen Situation von FluchtmigrantInnen zu beschäftigen, bedeutet sowohl ein Zusammentragen von verstreuten Einzelarbeiten und Stellungnahmen als auch eine Auseinandersetzung mit rechtlichen Aspekten von Zuwanderung. Zu Recht bezeichnet Seukwa (2007) den Stand der Flüchtlingssozialforschung als mangelhaft und weist darauf hin, dass die wenigen Einzelstudien mit einem niedrigen symbolischen Wert im wissenschaftlichen Milieu einhergehen (vgl. Seukwa 2007: 1). Inhaltlich werden vor allem die Unterbringungsbedingungen, die gesundheitliche Versorgung und der Zugang zum sowie die Lage am Arbeitsmarkt beschrieben. Eher selten handelt es sich um Arbeiten, die in theoretische Kontexte eingebettet sind. Bestandsaufnahmen wie die – um nur zwei zu nennen – von Kühne/Rüßler (2000) oder Foda/Kadur (2005) leisten gleichwohl einen wertvollen Beitrag, da sie Diskriminierung und gesellschaftlichen Ausschluss von FluchtmigrantInnen in Deutschland überhaupt „sichtbar“ machen.

Setzt man eine Differenzierung in unterschiedliche Partizipationschancen voraus, die mit dem Aufenthaltsstatus verknüpft sind, dann befinden sich FluchtmigrantInnen mit ungesichertem Aufenthalt am untersten Ende des hierarchischen Gefüges. Migrationsregime definieren klare Unterscheidungen zwischen einzelnen Zuwanderungsgruppen (Migrationsbericht 2005) und zwischen Arbeits- und Asylmigration.

Folgt man Mohr (2005: 387), dann können die unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Statuspositionen von MigrantInnen vier Hauptgruppen zugeordnet werden: (1) MigrantInnen mit sofortigem Zugang zur Staatsbürgerschaft, (2) Zuwanderer mit gesichertem Aufenthaltsstatus (Denizens), (3) nachziehende Familienangehörige, ArbeitsmigrantInnen und (4) eine Gruppe von MigrantInnen mit schlechten Aussichten auf eine Verfestigung des Status. Mohr nennt diese im Anschluss an Castles/Davidson (2000) Margizens. Zu den Margizens zählen zweifelsohne die FluchtmigrantInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Sind Flüchtlinge anerkannt, zählen sie zu den Denizens.

Der Abschreckungsgedanke bestimmt seit den frühen 1980er Jahren in Deutschland maßgeblich die juristische Entwicklung (vgl. Nuscheler 2004; Neubauer 1995). Der so genannte Asylkompromiss von 1992 hebt quasi das Grundrecht auf Asyl u. a. dadurch aus, dass der Fluchtweg nach Deutschland über die so genannte Drittstaatenregelung faktisch unmöglich wurde (vgl. Nuscheler 2004). Ein enormer Rückgang der AsylbewerberInnen ist bis heute die Folge. Da die soziale Integration von FluchtmigrantInnen nicht im politischen Interesse steht, sondern eine vorübergehende Versorgung, die sich an die Dauer des Asylverfahrens anlehnt, trägt dieser staatliche Umgang zu einer Anomalisierung ihrer Lebensführung bei (vgl. Bommes 2004a: 22). Im Zuge des Verfahrens und der Duldung wird für FluchtmigrantInnen ein transitorischer Status implementiert, der sich nicht nur am eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt¹ und zu Bildungsinstitutionen festmachen lässt, sondern darüber hinaus durch Programme zur freiwilligen Rückkehr (REAG: Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany und GARP: Government Assisted Repatriation Programme) verankert ist, die aus Bundes- und Landesmitteln gefördert und mit denen finanzielle Hilfen für Rückkehr und Weiterwanderung geleistet werden.² Das neue Zuwanderungsgesetz von 2005 sieht zwar Integra-

- 1 AsylbewerberInnen haben zunächst keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Erst nach einem Jahr dürfen sie mit einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung einen Antrag auf Arbeitserlaubnis stellen. Im Rahmen des Arbeitserlaubnisverfahrens (Vorrangprüfung) wird allerdings geprüft, ob für die auszuübende Tätigkeit keine bevorrechtigten Arbeitnehmer (Deutsche, EU-AusländerInnen, AusländerInnen mit einer Aufenthaltsberechtigung etc.) die Stelle besetzen könnten. Es wird weiterhin geprüft, ob die Beschäftigung keine negativen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt hat.
- 2 Das Informationsblatt zur aktuellen Fassung der Programme der Internationalen Organisation für Migration nennt die gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Programme. Sie dienen laut IMO der freiwilligen Rückkehr und Weiterwanderung. http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download_632.pdf, 05.05.2008.

tionskurse vor bzw. beinhaltet eine Neukonzeptionierung der Sprachförderung, allerdings sind nur „AusländerInnen“ mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus für eine Sprachförderung vorgesehen. Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bleiben weitestgehend aus der Förderung ausgeschlossen. Insbesondere die Unterbringung in Zentralen Aufnahmestellen und Gemeinschaftsunterkünften bedingen den Ausschluss von Öffentlichkeit und tragen zur Isolation der AsylbewerberInnen bei. Die Zentralen Stellen zur Unterbringung wurden im Zuge der Asylverfahrensgesetze (1982) eingerichtet. Sie sind seit Beginn ihrer Einrichtung umstritten und Gegenstand diverser Gerichtsentscheidungen. In diesen ging es vorrangig um die Frage, unter welchen Voraussetzungen Aufnahmestellen/Gemeinschaftsunterkünfte menschenunwürdig sind und Flüchtlinge demzufolge nicht mehr verpflichtet sind, in solchen Unterkünften zu wohnen (vgl. Neubauer 1995: 128).³ Die Gebäude bestehen in der Mehrzahl aus alten Kasernen, Wohncontainern oder umgebauten funktionsuntüchtigen Schiffen. Ihre Einrichtung erfüllt in der Regel nicht die verordneten Mindestanforderungen.⁴ Die Unterkünfte sind der öffentlichen Wahrnehmung entzogen (vgl. Pieper 2004; Razavi 2003). Verschiedene Studien und Stellungnahmen weisen daraufhin, dass die Unterbringungssituation zu physischen und psychischen Erkrankungen führt. Nicht selten werden in der Beschreibung der Art und Weise, wie FluchtmigrantInnen untergebracht sind, Parallelen zu Goffmans Charakteristiken totaler Institutionen gezogen: Die Form der Unterbringungen führe zu einer deutlichen Trennung zwischen Innen- und Außenwelt und zu einem Bruch der Regeln, die in der Außenwelt gültig sind. In der totalen Institution gelten die Regeln, die von einer leitenden Person oder Gruppe durchgesetzt werden (vgl. Henning/ Wießner 1982; Behrensen/Groß 2004; Dünnwald 2002). Die Bewegungsfreiheit wird nicht nur dadurch eingeschränkt, dass sich zentrale Aufnahmestellen und Gemeinschaftsunterkünfte weit ab von öffentlichen Räumen befinden und nur unzureichende Verkehrsanbindungen existieren. Sie wird auch ganz elementar durch die so genannte Residenzpflicht eingeschränkt. Die Grenzen der politischen Gemeinde der Aufnahmestelle dürfen nicht ver-

3 Das Bundesverfassungsgericht äußerte sich in einer Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften zu den Beweggründen des Gesetzgebers. Das Gericht hob den Abschreckungscharakter von §§ 20 Abs. 2, 23 AsylVfg a. F. ausdrücklich hervor und hielt die Intention des Gesetzgebers für verfassungsgemäß (vgl. Neubauer 1995: 114).

4 Mindestanforderungen beziehen sich u. a. auf Mobiliar, Ausstattung und sanitäre Anlagen. Eine Kontrolle der Unterkünfte mit Blick auf die Gewährleistung der Mindestanforderungen, so ein Ergebnis der Untersuchung von Razavi (2003), findet nicht statt.

lassen werden. Der Anspruch auf gesundheitliche Versorgung ist ebenfalls eingeschränkt. Je nach Aufnahme­stelle wird die Ernährung über Essensmarken verwaltet und organisiert. Sozialleistungen können auf das, was „unabweisbar geboten ist“ (§1a AsylbLG), beschränkt bleiben. Das kann im Einzelfall das Angebot einer Unterbringung und drei Mahlzeiten am Tage heißen (vgl. Behrensen/Groß 2004: 10).

Ich habe hier nur in Ansätzen skizziert, wie sich die Situation von FluchtmigrantInnen mit ungesichertem Aufenthalt gestaltet. Dabei habe ich mich vor allem auf die Situationsbeschreibung in der transitorischen Phase konzentriert, also bis zu einer potenziellen Anerkennung (oder Abschiebung). Diese Phase, die sich für Flüchtlinge über mehrere Jahre erstrecken kann, ist deshalb so entscheidend, weil der damit verbundene Status der FluchtmigrantInnen von soziologischen Modellen kaum erfasst wird. Die Untersuchung von Fluchtmigration ist im Gegensatz zur Arbeitsmigration eher Gegenstand von Menschenrechtsdebatten sowie politikwissenschaftlicher und juristischer Analysen. Angesiedelt ist sie typologisch in einer Grauzone zwischen regulären und irregulären Zuwanderungskanälen. Sie ist wenig soziologisch orientiert (vgl. Bommes 2004a: 14).

2. Fluchtmigration in der Migrationssoziologie

Ursachen für die mangelnde Relevanz der Fluchtmigration in der Migrationssoziologie sind zum Teil im Profil der Migrationsforschung selbst zu sehen. Zum einen werden migrationspolitische Differenzierungen in verschiedene Zuwanderungsgruppen nur unzureichend berücksichtigt. Zum anderen fokussiert die Migrationsforschung vor allem Arbeitsmigration und beschäftigt sich mit Integrationsproblemen⁵ in den Aufnahmeländern (vgl. Scherschel 2007). Hier geht es zumeist um MigrantInnen­gruppen aus den klassischen Anwerbeländern und deren Nachkommen. Selbst wenn nach Nationalität, Zuwanderungskategorien oder Dauer des Aufenthaltes differenziert wird, werden Flüchtlinge nicht als Untersuchungsgruppe miteinbezogen (exempl. Hinrichs 2003; Esser 2001; OECD-Studie 2006; Seibert/Solga 2005; Kalter 2005/2006;

5 Die Transnationalismusforschung bricht mit dem Integrationsparadigma und dem so genannten Containerkonzept des Nationalstaats. Ihre Diagnose von Entgrenzungs- und Deterritorialisierungsprozessen besitzt gerade für Fluchtmigrationen Relevanz. Allerdings wird auch hier primär die Gruppe der ArbeitsmigrantInnen berücksichtigt. Eine transnationale Asylforschung existiert nicht bzw. scheint ungeklärt, wie eine solche Forschung überhaupt aussehen könnte (vgl. Bommes 2004a).

Granato 2003). Hartmut Essers (2001) Integrationsmodell für moderne Gesellschaften sieht z. B. keine Flüchtlinge vor. In seinen Vorschlägen für eine Politik der Integration von fremdethnischen Minderheiten will er spezielle Problemsituationen, wie „etwa die Ankunft von Flüchtenden oder Asylbewerbern“ nicht weiter berücksichtigen (Esser 2001: 68). In seiner Integrationsperspektive haben MigrantInnen einen freien Zugang zu allen zentralen Institutionen der Gesellschaft. Eine systematische Verankerung von nationalstaatlichen Zuwanderungspolitiken, die, wie im Falle der Fluchtmigration, den freien Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildungsinstitutionen für diese Gruppe untersagen, bleibt in diesem Konzept aus.

Die migrationssoziologischen Überlegungen von Bommers (2004b) und Bommers/Halfmann (1994) sind an dieser Stelle weiterführend, sie berücksichtigen systematisch Migrationsphänomene im Horizont der Entwicklung von Nationalstaaten und Wohlfahrtssystemen. Auch ihre Überlegungen orientieren sich an der Arbeitsmigration, gleichwohl konzipieren sie im Gegensatz zu Esser moderne Gesellschaften als nationalstaatlich verfasste Gesellschaften. Die moderne Form der formalen Gleichheit ist an das Staatsbürgerprinzip geknüpft und entsprechend begrenzt. Die Grenzen der sozialen Sicherung sind allerdings nicht territorial festgelegt, d. h. MigrantInnen sind zwar nicht politisch inkludiert, aber wohlfahrtsstaatlich. Allerdings sind auch wohlfahrtsstaatliche Inklusionen nach aufenthaltsrechtlichem Status, wie die Klassifikation von Mohr (2005) gezeigt hat, und verschiedenen Integrationspfaden (vgl. Davy 2006) hierarchisch zu differenzieren. Diese Differenzierungen sind gerade für die Wahrnehmung von Fluchtmigration innerhalb des Migrationsgeschehens wichtig, denn sie machen sichtbar, dass auch der Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherung, dem Arbeitsmarkt und dem Bildungssystem nicht allen MigrantInnen in gleicher Weise gewährt wird. Überlegungen wie die von Bommers/Halfmann sind einerseits weiterführend für die Analyse von Fluchtmigration, da sie die nationalstaatlichen Rahmenbedingungen von Inklusionen theoretisch konzeptionell erfassen, andererseits müssen sie dann daraufhin systematisiert werden, wie auch Inklusionen zu differenzieren sind. Erst dann werden Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt in ihrer prekären Lage sichtbar.

FluchtmigrantInnen sind migrationspolitisch zunächst nicht zur Integration vorgesehen. Sie fallen folgerichtig auch aus dem Raster der Analysen und dem Blick der Forschenden. Sichtbar werden sie erst wieder als Denizens, also wenn sie anerkannt sind. Während die Anerkennung auf Asyl (und damit verbunden der Zugang zu gesellschaftlich wertvollen Ressourcen) nur wenigen vorbehalten bleibt, ist die Situation von

vielen Flüchtenden durch Schutz- und Rechtlosigkeit charakterisiert. Dieser Umstand ist zentral für die Überlegungen von Bauman und Agamben.

3. Flüchtlinge zwischen Abfall und bloßem Leben

Bauman (2005) und Agamben (2001) thematisieren die absolute Recht- und Wertlosigkeit des Flüchtenden. In Baumans kulturpessimistischen Überlegungen analysiert er die Situation von Flüchtenden im Horizont der Globalisierung. Für ihn symbolisieren Flüchtlinge den Abfall der Moderne *par excellence*. Von den politischen Eliten werden sie in den Wohlstandsgesellschaften zur politischen Mobilisierung von *law and order* und als Sündenböcke instrumentalisiert. In den Augen derer, die dem Globalisierungsprozess mit Sorge und Angst um die eigene Sicherheit gegenüberstehen, sind sie bedrohliche Zeichen der Globalisierung und Vorboten von Krieg und Zerstörung. Laut Bauman bildet sich ein globaler Raum heraus, der zum einen mafiöse Strukturen expandieren lässt und zum anderen keine demokratischen Instanzen besitzt. Folgen dieser rechtlosen globalen Sphären sind u. a. Flüchtlingslager, die auf geographischen Karten nicht erscheinen und in denen Menschenrechte nicht existieren. Die Metapher des Abfalls markiert, dass Flüchtende keinerlei „Verwertung“ mehr finden und auf keine Rechte zurückgreifen können.

Ähnlich wie Bauman macht Agamben (2001) die absolute Recht- und Schutzlosigkeit des Flüchtlings zum Thema. Er greift dabei Hannah Arendts (1943) viel zitierten Essay „Wir Flüchtlinge“ auf. Arendt macht darin auf eine Welt aufmerksam, in der im Angesicht von Flucht und fehlender nationaler Zugehörigkeit bloße menschliche Wesen schon eine geraume Zeit nicht mehr existieren. Agamben betont die Aktualität von Arendts Denken: Das Menschenrecht verliert gerade dann seinen Wert, wenn es nicht als Recht des Bürgers/der Bürgerin einklagbar ist. So formuliert Agamben (2001: 27): „Dass es für etwas wie den reinen Menschen an sich in der politischen Ordnung des Nationalstaats keinen autonomen Raum geben kann, ist um so evidenter, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass der Flüchtlingsstatus selbst im günstigsten Fall immer als ein provisorischer Zustand angesehen wurde [...]. Ein auf Dauer angelegter Status des Menschen an sich ist im Recht des Nationalstaats nicht denkbar“. Der Flüchtling ist in Agambens Perspektive der Widergänger der antiken Rechtsfigur des *homo sacer*. Die menschliche Existenz ist in dieser Figur des römischen Strafrechts auf das bloße Leben (*naked status*) reduziert. Gegenwärtig sind es, folgt man Agamben, die

zones d'attentes oder die vorübergehend eingerichteten Flüchtlingsunterkünfte, in denen der homo sacer im Flüchtling wieder dadurch lebendig wird, dass verstaatlichte rechtsfreie Räume entstehen.

Gemein ist Baumanns und Agambens Interpretationen, dass sie – wenn auch unterschiedlich – die Frage nach dem Wert der menschlichen Existenz jenseits von sozialen Anerkennungsverhältnissen und legitimen Klassifikationen aufwerfen. Flüchtende sind faktisch Menschenrechtsverletzungen und ungeheuerlicher Gewalt ausgesetzt. Das Sterben an der europäischen Grenze stellt nur ein Beispiel dafür da, dass Europa rechtsfreie Räume an seinen Grenzen konstituiert hat, die einer Vielzahl von Menschen das Leben kosten. Die Umsetzung von Menschenrechten scheitert immer wieder an den Türen von Nationalstaaten.

Allerdings lassen beide Ansätze keine Differenzierungen zu, die jedoch empirisch existieren. Ihr Fokus ist die totale Aussichts- und Rechtlosigkeit, womit einerseits eine zentrale Realität von Fluchtmigration sichtbar wird. Analysen verschiedener afrikanischer Flüchtlingslager, wie Inhetveen (2006) sie empirisch durchgeführt hat, zeigen gleichwohl, dass diese in ihrer Organisation und Struktur durchaus heterogen und keine rechtsfreien Räume sind. Der Status Flüchtling kann dann auch den Zugang zu wertvollen Ressourcen eröffnen. Seukwa (2005) ermittelt in seiner qualitativen Analyse von Flüchtlingsbiographien einen Habitus der Überlebenskunst, der es jungen Flüchtlingen ermöglicht, trotz schwierigster Rahmenbedingungen erfolgreich in ihrer Umwelt zu agieren. Binder und Tosic (2005) analysieren in einer Fallstudie über bosnische Frauen in einem Flüchtlingslager die sozialen Transformationen der Geschlechterverhältnisse. Sie betonen in ihrer Analyse: „[It] is a false conception that refugees can passively receive aid, and they are not able – in spite of difficult conditions – actively to shape their life after the flight. The step from the obvious need of help to a silent implication of the incapability of refugees of taking action is a small one“ (Binder/Tosic 2005: 611).

Bei Bauman besteht zudem die Gefahr, dass er mit seiner Metaphorik des Abfalls herrschende Zuschreibungen und Abwertungen von Flüchtenden reproduziert. Die Analogisierung mit Abfall schreibt den Gedanken des wert- und deshalb aussichtslosen Schicksals eher fest. Zudem werden die Relevanz zivilgesellschaftlicher Kämpfe und die Bedeutung von Institutionen wie dem UNHCR unsichtbar, wenn Bauman einen globalen Raum ohne jedes Recht imaginiert. In der Perspektive Baumanns und Agambens werden Flüchtlinge nur als rechtlose und wertlose Existenzen beschrieben. Fluchtphänomene sind allerdings viel heterogener, Flüchtlinge kommen auch in Aufnahmegesellschaften faktisch vor. Sie leben und arbeiten dort zumeist unter prekären Bedingungen.

Ich schließe deshalb einige Überlegungen darüber an, welchen Ort Flüchtlinge in der Prekarisierungsdebatte finden könnten.

4. Verordnete Prekarier, verordnete Überzählige!

Die Debatten um Prekarisierung und die so genannten „Überflüssigen“ oder „Überzähligen“ sind deshalb für eine Auseinandersetzung mit Fluchtmigration interessant, weil sie sich mit gesellschaftlichen Gefährdungsprozessen beschäftigen. Diese Debatte hat wesentliche Impulse durch Robert Castels Analysen des Wandels der Lohnarbeit erhalten. Castel (2000) entwirft ein Drei-Zonen-Modell der (Des-)Integration, das sich über den jeweiligen Grad der Kopplung der drei Hauptachsen Arbeit, soziale Sicherheit und soziale Beziehungen konstituiert. „Das so aufgespannte Koordinatensystem umfasst Zonen unterschiedlicher Dichte der sozialen Verhältnisse, die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion oder vielmehr der Entkoppelung.“ (Castel 2000: 360). In der Zone der Entkoppelung befinden sich „die Überzähligen“. Ihnen fehlen selbst die Eintrittskarten für die unteren sozialen Positionen im gesellschaftlichen Gefüge. Überzähligkeit symbolisiert nicht nur die soziale Lage einer Gruppe, sondern ihr Ausmaß ist gleichsam Ausdruck eines Prozesses, in dem die Integrations- und Kohäsionskraft moderner Gesellschaften insgesamt zur Disposition steht (vgl. Castel 2000: 13; Kronauer 2004). Im Zentrum der Analyse des Wandels der Lohnarbeit steht die Feststellung, dass das Normarbeitsverhältnis immer weiter an Bedeutung verliert und stattdessen atypische (prekäre) Arbeitsverhältnisse zunehmen. Da sich historisch um das Normarbeitsverhältnis ein System sozialer Sicherung herausbildete, gerät auch dieses aus den Fugen. Dörre et. al. (2004) verorten ihre empirischen Analysen zur Prekarisierung in Deutschland in Castels Modell und tragen so zu seiner Differenzierung bei. Prekarisierung wird hier als Kontrollinstrument gedeutet, das (1) restrukturierende und disziplinierende Wirkungen auf gesellschaftliche Verhältnisse hat und sich (2) auf die psychischen Dispositionen der Individuen auswirkt (vgl. Brinkmann et al. 2006; Dörre et al. 2004, 2006; Bourdieu 1998).⁶

Migrationsphänomene werden im Prekarisierungsdiskurs dadurch zum Thema, dass MigrantInnen überproportional in Beschäftigungsver-

6 Die Sorge um den Arbeitsplatz kann sich auf das Anspruchsverhalten von Individuen in mehrfacher Hinsicht auswirken. Überangepasstheit am Arbeitsplatz oder rechtspopulistische Deutungen sind mögliche Verarbeitungsmuster gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse.

hältnissen mit niedriger Entlohnung und instabilen Rahmenbedingungen arbeiten. Dass Prekarisierung zu einer politischen und medial wirksamen Formel auch außerhalb wissenschaftlicher Diskurse geworden ist, fußt nicht auf der Tatsache, dass prekäre Arbeitsverhältnisse ein gänzlich neues Phänomen sind, sondern darauf, dass das Ausmaß prekärer oder als prekär definierter Arbeitsverhältnisse die sozial akzeptierten Grenzen zu überschreiten beginnt. Dabei können gerade MigrantInnen als „unsichtbare Prekariere“ der ersten Stunde gelten, da ihre Lebens- und Arbeitssituation im Zuge der Arbeitsmigration schon länger durch prekäre Arbeitsverhältnisse bestimmt ist.

Die Situation von Flüchtenden am Arbeitsmarkt ist bislang nur unzureichend untersucht: Die wenigen Lokalanalysen beziehen sich auf einzelne Bundesländer und Städte (Saarland, Dortmund, Niedersachsen und Berlin). Diese Ergebnisse bieten konvergierende Anhaltspunkte für die Situation am Arbeitsmarkt. Vergleichsweise gute Chancen auf ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestehen im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Reinigungs- und vereinzelt im Baugewerbe (vgl. Isoplan 2005; Kühne/Rüßler 2000; Hadeed 2004). Das Gros der FluchtmigrantInnen, die in der Studie des Institutes für Menschenrechte befragt wurden, lebt von staatlichen Transferleistungen in Kombination mit prekären Jobs (vgl. Foda/Kadur 2005: 33). Bei befragten Unternehmen findet sich eine überraschend hohe Bereitschaft, FluchtmigrantInnen zu beschäftigen, da ihnen ein hohes Maß an Flexibilität bei Arbeitseinsatz, Zeitregime und Belastungsfähigkeit zugeschrieben wird (vgl. Kühne/Rüßler 2000; Isoplan 2005). Der „Erfolg“ von Flüchtlingen im niedrigqualifizierten Bereich wird durch die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen der Arbeitsagenturen gerade in diese Bereiche gefördert (vgl. Isoplan 2005: 171). Der primäre Sektor hoch qualifizierter und zukunftsfähiger Arbeit bleibt AsylbewerberInnen wie anerkannten Flüchtlingen auch bei gegebener Qualifikation in der Regel verschlossen (vgl. Kühne/Rüßler 2000).

Die bisherigen Erkenntnisse über die Situation von Flüchtenden am Arbeitsmarkt weisen darauf hin, dass sie überwiegend prekär beschäftigt sind. Deshalb ist es nahe liegend, sich mit Fluchtmigration aus der Perspektive der Prekarisierung zu beschäftigen. Dadurch, dass Ausschluss und Integration primär über die Partizipation im Erwerbsystem definiert werden, können Migrationsphänomene bislang jedoch noch nicht systematisch in diesem Diskurs erfasst werden. In Castels Modell ist Erwerbsarbeit das zentrale Integrationsmedium, an das sich andere Integrationsmechanismen knüpfen. Um Migrationsphänomene systematisch erfassen zu können, müssen migrationspolitische Steuerungsprozesse, wie ich sie an unterschiedlichen Stellen des Beitrags zum Thema

gemacht habe, systematisch mit Arbeitsmarktprozessen ins Verhältnis gesetzt werden. Dann wird sichtbar, wie im Zuge von Migrationen prekäre Positionen entstehen. Damit ist der konzeptionelle Rahmen eröffnet, der es ermöglicht, Fluchtmigration mit Blick auf Prekarisierungsprozesse ins Auge zu fassen. Es ist zu fragen, inwieweit durch das Zusammenspiel von nationalstaatlichen Steuerungspolitiken und Arbeitsmarktprozessen bestimmte Typen von Prekarisierung und „Überzähligkeit“ entstehen.

Flüchtlinge kommen in den Zonen Castels als „verordnete Überzählige“ und „verordnete Prekarier“ vor. Sie sind „verordnete Überzählige“ dadurch, dass sie faktisch über ein Arbeitsverbot temporär vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind; „verordnete“ Prekarier sind sie dadurch, dass ihnen durch migrationspolitische Restriktionen, wie den nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, in der Regel nur solche Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die als prekär zu bezeichnen sind. Verknüpft man die Analyse von Migrationspolitiken mit der von Arbeitsmarktprozessen, werden Relationen des Überzähligen und des Prekären sichtbar. Erwerbstätigkeit ist maßgeblich für Entfaltungschancen – dies zeigt die Debatte um „die Überzähligen“. Unter migrationspolitischen Gesichtspunkten wird Erwerbstätigkeit maßgeblich sogar für Überlebenschancen, wenn, wie im Zuge jüngster Regelungen, als Voraussetzung für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht eine Erwerbstätigkeit von geduldeten Flüchtenden gefordert wird.

5. Schlussgedanken

Einige Aspekte, die sich aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben, seien abschließend zusammengefasst: Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass Fluchtmigration nur unzureichend in der soziologischen Debatte wahrgenommen wird. Einerseits werden Flüchtende in den Debatten um soziale Exklusionen angeführt, um die Dramatik von gesellschaftlichen Gefährdungen deutlich zu machen, andererseits sind sie kaum Gegenstand von Untersuchungen. Die Skizze der Aufnahme-situation veranschaulicht, dass sie in allen Lebensbereichen elementaren Einschränkungen unterworfen sind. Zunächst sind sie politisch für eine Integration gar nicht vorgesehen, was sie auch in der Migrationssoziologie, deren Fokus auf Integration und Arbeitsmigration liegt, mehr oder weniger unsichtbar macht. Analysen wiederum, wie die von Bauman und Agamben, die Fluchtmigration nur aus der Perspektive von Aussichts- und Rechtlosigkeit betrachten, neigen dazu, Ausschluss festzuschreiben und Differenzierungen nicht in den Blick zu bekommen. Zum

Abschluss habe ich versucht, am Beispiel der Prekarisierungsforschung, die sich aus unterschiedlichen Gründen dazu anbietet, sich über gesellschaftliche Gefährdungen Gedanken zu machen, exemplarisch deutlich zu machen, wie FluchtmigrantInnen in theoretischen Modellen vorkommen könnten. Dies bringt einen Gewinn für „beide Seiten“, sowohl Migrations- wie Prekarisierungsforschung: Fluchtmigration kann auf differenzierte Weise sichtbar gemacht werden, der Prekarisierungsdiskurs kann über eine Verknüpfung von Arbeitsmarktdynamiken mit Migrationspolitiken systematisch erweitert werden.

Damit ist eine Möglichkeit entworfen, Fluchtmigration in die soziologische Forschung zu integrieren. Die prekäre Lage von Flüchtlingen wird in diesem Theoriekonzept auf differenzierte Weise dargestellt, ohne sie einerseits auf die eher mediale Logik der ausweglosen Extremsituation festzulegen, noch andererseits den gesellschaftlichen Ausschluss in der soziologischen Debatte zu reproduzieren.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2001): *Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik*, Freiburg/Berlin: Diaphanes.
- Arendt, Hannah (1943): „Wir Flüchtlinge“. In: Hannah Arendt (1999), *Zur Zeit. Politische Essays*, Hamburg: Rotbuch.
- Bauman, Zygmunt (2005): *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Behrens, Birgit/Groß, Verena (2004): *Auf dem Weg in ein „normales Leben“? Eine Analyse der gesundheitlichen Situation von Asylsuchenden in der Region Osnabrück*, Osnabrück.
- Binder, Susanne/Tosic, Jelena (2005): „Refugees as a Particular Form of Transnational Migrations and Social Transformations: Socioanthropological and Gender Aspects“. In: *Current Sociology*, 53 (4), S. 607-624.
- Bommes, Michael (2004a): „Transnationale Asylforschung“. In: *Asylmigration in Europa. Migration, Flüchtlinge und Integration*, Schriftenreihe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Bd. 12, Nürnberg, S. 12-39.
- Bommes, Michael (2004b): „Zur Bildung von Verteilungsordnungen in der funktional differenzierten Gesellschaft. Erläutert am Beispiel „ethnischer Ungleichheit“ von Arbeitsmigranten“. In: Thomas Schwinn (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*, Frankfurt/M.: Humanities Online, S. 399-428.

- Bommes, Michael/Halfmann, Jost (1994): „Migration und Inklusion. Spannungen zwischen Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (3), S. 406-424.
- Bourdieu, Pierre (1998): „Prekarität ist überall“. In: Pierre Bourdieu, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz: UVK, S. 96-102.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (gemeinsam mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel), Bonn: Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK.
- Castles, Stephen/Davidson, Alastair (2000): Citizenship and Migration. Globalization and the Politics of Belonging, London: Palgrave Macmillan.
- Davy, Ulrike (2006): Integrationspfade und Lastenverteilung. In: Anne Walter/Margareta Menz/Sabina De Carlo: Grenzen der Gesellschaft? Migration und sozialstruktureller Wandel in der Zuwanderungsregion Europa, IMIS-Schriften Bd. 14, Göttingen: V&R Unipress, S. 37-52.
- Dörre, Klaus et al. (2004): „Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung“. In: Das Argument 256, S. 378-397.
- Dörre, Klaus (2006): Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus? Papier für die 15. Conference of Europeanists Chicago, 30. März – 2. April 2006, dt. Fassung.
- Dünnwald, Stephan (2002): „Die BRD als Lagergesellschaft“. In: Bayerischer Flüchtlingsrat: Infodienst Nr. 2, München, http://lola.d-a-s-h.org/rp/az/Publikationen/Duennwald_Die_BRD_als_Lagergesellschaft.pdf, 15.06.2004.
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 40. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf>, 04.06.2005.
- Foda, Faida/Kadur, Monika (2005): Flüchtlingsfrauen – Verborgene Ressourcen, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Granato, Mona (2003): Jugendliche mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung. http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2003_08_granato.pdf, 15.03.2007.

- Hadeed, Anwar (2004): Sehr gut ausgebildet und arbeitslos. Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen, Oldenburg: BIS.
- Hennig, Claudius/Wießner, Siegfried (1982): Lager und menschliche Würde, Tübingen: AS-Verlag.
- Hinrichs, Wilhelm (2003): Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Integrationschancen 1985 und 2000, Berlin: WZB.
- Inhetveen, Katharina (2006): „Because we are refugees“: atilizing a legal label, Research Paper No. 130, New Issues in Refugee Research <http://www.unhcr.org/research/RESEARCH/4538eaaa2.pdf>, 15.01.2008.
- Isoplan consult (2005): Weißbuch Flüchtlinge und Asylbewerberinnen im Saarland 2004, Saarbrücken/Berlin.
- Kalter, Frank (2005): „Ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt“. In: Martin Abraham/Thomas Hinz (Hg.), Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien und empirische Beispiele, Wiesbaden: VS.
- Kalter, Frank (2006): „Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft“. In: Zeitschrift für Soziologie 35 (6), S. 144-160.
- Kronauer, Martin (2004): „Soziologie der sozialen Frage“. In: Stephan Moebius/ Lothar Peter (Hg.), Französische Soziologie der Gegenwart, Konstanz: UVK.
- Kühne, Peter/Rüßler, Harald (2000): Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland, Frankfurt/M./New York: Campus.
- Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2005), <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/migrationsbericht-2005,property=publicationFile.pdf>, 23.05.2006.
- Mohr, Katrin (2005): „Stratifizierte Rechte und soziale Exklusionen von Migranten im Wohlfahrtsstaat“. In: Zeitschrift für Soziologie, 34 (5), S. 383-398.
- Neubauer, Martin (1995): Die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland (Dissertation), Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln.
- Nuscheler, Franz (2004): Internationale Migration. Flucht und Asyl, Wiesbaden: VS.
- OECD (2005): Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland, <http://www.oecd.org/dataoecd/62/12/35796774.pdf>, 23.05.2006.
- Pieper, Tobias (2004): „Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge – Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten“. In: PROKLA 34 (3), S. 453-453.

- Razavi, Rasoul (2003): Eine städtebauliche, architektonische Untersuchung der Asylbewerberheime in Ost- und Westdeutschland am Beispiel Thüringen und Hessen (Dissertation), GH Universität Kassel.
- Seibert, Holger/Solga, Heike (2005): „Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? Zum Signalwert bei Ausbildungsabschlüssen bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen“. In: Zeitschrift für Soziologie 34 (5), S. 364-382.
- Scherschel, Karin (2007): „Migration, Ethnic Conflicts, and Racism“. In: George Ritzer (Hg.), The Blackwell Encyclopaedia of Sociology, Malden (Mass.): Blackwell, S. 3011-3014.
- Seukwa, Louis Henri (2005): Der Habitus der Überlebenskunst. Zum Verhältnis von Kompetenz und Migration im Spiegel von Flüchtlingsbiographien, New York/Berlin: Sackmann.
- Seukwa, Louis Henri (2007): Stichwörter: Raum und Handlungsfähigkeit. Vortrag auf der Tagung: Forschung im Verborgenen. http://www.equal-asyl.de/fileadmin/dokumente/Handlungsfachigkeit_und_Fluechtlingsforschung_Seukwa_pdf_01.pdf, 15.07.2008.
- UNHCR (2006): The state of the world refugees. <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/template?page=publ&src=static/sowr2006/toceng.htm>, 15.02.2007.

TEIL II
ALTERNATIVE FORSCHUNGSKONZEPTE
UND KRITISCHE ANALYSEN:
NEUE ASPEKTE DER THEORIEPOLITIK?

„WEISSTE JA, KANNST DEINE PERSPEKTIVEN ABSCHÄTZEN.“ EINE SUBJEKTORIENTIERTE BETRACHTUNG PREKÄRER ARBEIT

DANIELA SCHIEK

Der Rückgang standardisierter Arbeitsverhältnisse wurde in den arbeitspolitischen Debatten der 1980er und 1990er Jahre tendenziell als Fortschritt, dessen Problematisierung häufig als konservativ bezeichnet. Während Teile von Wissenschaft und Politik verdächtigt wurden, den ‚Glauben‘ an Vollbeschäftigung und das Normalarbeitsverhältnis nicht aufgeben zu wollen, wurde die Erwerbsbevölkerung als weniger ‚rückwärtsgewandt‘ bezeichnet. Längst hätten sich die Einzelnen gegen das Erwerbsprogramm des Fordismus und für eine weniger materialistisch und erwerbszentriert gestaltete Lebensführung entschieden. Zumindest würden sie, so die fast einhellige Bestandsaufnahme, sich auf seine Stabilitätsversprechen nicht mehr verlassen und damit als ‚Patchwork-BiographInnen‘ und ‚flexibel-mobile SymbolarbeiterInnen‘ relativ problemlos umgehen.

Derzeit wird die Zunahme atypischer, größtenteils prekärer Arbeitsverhältnisse weniger oft als erfolgversprechende Entwicklung oder gar Abkehr von der Arbeitsgesellschaft gedeutet. Die damals entdeckten PionierInnen eines neuen Arbeitskraftmanagements verschwinden heute hinter den Termini der ‚working poor‘ und des ‚Prekariats‘. Doch auch in der Auseinandersetzung um die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen finden sich mahnende Hinweise darauf, dass das Normalarbeitsverhältnis bzw. der Normallebenslauf ohnehin ‚nur‘ ein soziales Konstrukt sei. Weit vor den konkret Betroffenen sei es erneut

die Sozialwissenschaft, die sich mit einem Abschied vom Normalarbeitsverhältnis schwer tue (vgl. Bolder 2004: 20). Die gegenwärtigen Diskussionen um alternative Einkommens- und Arbeitsmodelle scheinen ebenfalls mit dem Gedanken geführt zu werden, dass das bisherige Orientierungs- und Handlungsmuster für Individuen nicht substantiell sei und relativ beliebig variiert und ausgetauscht werden könne.

Was auf der Ebene der Individuen geschieht, wenn die Orientierungs- und Handlungsmuster der Normalarbeit konkret nicht mehr greifen und wie sie damit umgehen, wird hierbei kaum erörtert. Untersuchungen zur subjektiven Erfahrung von Prekarität liegen bislang in geringem Umfang vor. Bei der Auseinandersetzung mit der zunehmenden Prekarisierung des Arbeitsmarktes und der Debatte um entsprechende Lösungsansätze sollten das subjektive Erleben und die subjektive Verarbeitung von Prekarität jedoch nicht ausgeklammert werden.

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, wie prekäre Erwerbslagen auf der subjektiven Ebene erlebt werden, welche Bedeutung sie im Leben der Einzelnen einnehmen und wie diese damit umgehen. Fall-exemplarisch soll gezeigt werden, welche Sichtweisen sie auf ihre gegenwärtige Situation und ihre Biographie entwickeln und welchen Stellenwert dabei das Normalarbeitsverhältnis und der Normallebenslauf einnehmen.

Zum Untersuchungsansatz

Die Untersuchung bezieht sich auf ‚hauptamtliche PrekarierInnen‘. Es handelt sich hierbei um Personen, deren *einzige* Einkommensquelle prekär ist und die sich nicht in der Ausbildung befinden. Neben z. B. befristeten, geringfügigen und ohne festen Stundenlohn Beschäftigten gehören auch Personen zur Untersuchungsgruppe, die momentan keiner Beschäftigung nachgehen, sofern sich bei ihnen Phasen der Arbeitslosigkeit mit prekären Beschäftigungsverhältnissen auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt abwechseln. Dabei wird Prekarität im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich ausgeschlossen. Denn hier treten die materiell-reproduktiven, arbeitsrechtlichen und sozialkommunikativen Dimensionen prekärer Beschäftigung (vgl. Dörre et al. 2006) selten so kumuliert auf wie in den unteren Rängen der Qualifikations-, Berufs- und

Betriebshierarchie. Dahingehend Vergleiche anzustellen, würde eine eigenständige Untersuchung erfordern.¹

Da die Fragestellung auf das subjektive Erleben prekärer Erwerbsarbeit zielt, wozu bislang kaum Kenntnisse vorliegen, erfolgt die Untersuchung qualitativ nach dem Verfahren der Grounded Theory (GT). Das Sample wird demgemäß schrittweise zusammengestellt, die Erhebung verläuft parallel zur Auswertungs- und Theoriearbeit.

Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen und die hier vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf den momentanen Stand des Erhebungs- und Auswertungsprozesses. Das heißt, dass momentan weitere Interviews geführt werden und ich mich in diesem Beitrag auf die Auswertung bislang vorliegender Gespräche stütze. Sieben Interviews wurden mit Personen geführt, die sich hinsichtlich ihres Alters und der Dauer ihrer prekären Lage unterscheiden. Zu Kontrastierungszwecken fanden zwei Interviews mit unbefristeten und hoch vergüteten Beschäftigten statt.

Bei den Interviews handelt es sich um leitfadengestützte Gespräche, in denen Erzählungen über die aktuelle Situation, zu Veränderungen des Alltags sowie zum Umgang mit finanziellen Engpässen generiert werden. Nach den Gesprächen wurden die Personen um die Angabe ihres tabellarischen Lebenslaufes, ihres Einkommens etc. gebeten.

Die Daten werden sowohl nach den Techniken der GT als auch sequenzanalytisch in Anlehnung an die Objektive Hermeneutik ausgewertet.

1. Prekäre Erwerbslagen: „Haltestellen“ subjektiver Bilanzierung

Die Befragten boten ausnahmslos ohne ausdrückliche Aufforderung gesamtbiographische Erzählungen dar. Dieser Umstand ist bereits ein wichtiges Ergebnis zu der Frage, wie prekäre Erwerbslagen auf der subjektiven Ebene wirken und wie Einzelne mit ihrer Situation umgehen. Relevant ist dies, weil sich Individuen zwar in alltäglichen Zusammenhängen immer wieder biographisch thematisieren, die *explizite* Hinwendung zur gesamten eigenen Lebensgeschichte jedoch „...subsidiär [ist]. Sie erfolgt, wenn die Orientierung an Marken, die durch Status und Karriere gesetzt sind, nicht mehr genügt“ (Kohli 1981: 515; vgl. Mead 1969; Schütz/Luckmann 1975) und ihre Funktion besteht in der Wieder-

1 Zur „Prekarisierung auf hohem Niveau“ siehe die Arbeiten von Manske (2006; 2007).

erlangung von Orientierung, der Handlungsplanung und Selbstvergewisserung in als problematisch, diffus oder bedrohlich erlebten Situationen (vgl. Kohli 1981; Mead 1969).

Zunächst kann festgehalten werden: Prekäre Erwerbsbedingungen bedeuten für betroffene Individuen eine gewisse Diffusität und sie bearbeiten diese, indem sie auf ihre eigene Lebensgeschichte zurückgreifen – die „höchste und instruktivste Form“ der Konstruktion, Erfassung und Vergewisserung des Selbst (Dilthey 1968: 199). So mündet bspw. eine Darstellung, wie bedrohlich die Einführung des Arbeitslosengeldes II erlebt wurde, in einer Erzählung darüber, wie man ist, was man schon immer getan hat oder was für Lebenshaltungen man in einer bestimmten Zeit kennengelernt hat:

„Als dieser Umschwung kam – eigentlich mehr noch im Vorfeld, als es dann hieß, es wird Hartz IV, da merkte ich, das wurde so was Existenzbedrohendes und habe immer wieder hin und her gerechnet und habe mich viel in so Zahlenspielen dann auch verloren. Da hatte ich zwischendurch richtig schlaflose Nächte, weil ich dachte ‚Um Gottes Willen, was machst du bloß und siehst keinen Ausweg‘. Das ging bestimmt zwei Monate so. Und dann fing ich erstmal an, mir das bewusst zu machen, was ich jetzt eigentlich mache. [...] Wo ich mal angefangen habe zu gucken, was die anderen so machen, wo ich dann gemerkt habe: Nee, so bist du nicht und du wirst dich um was anderes auch immer wieder kümmern und um, um Kontakte und ich wusste ja, was es alles für Fördervereine gibt und was es für soziale Anlaufstellen gibt. Denn ich bin so jemand, der so Prospekte sammelt, ne? Alles was in irgend’ner Form mit sozial zu tun hat. Weil mich das halt auch schon immer interessiert hat. Ja, und ähm, indem ich mich dann so, so damit beschäftigt habe und dann kommt vielleicht auch noch dazu ich habe, 1992, 1992 bin ich mit’m Buddhismus bekannt geworden, [...] und das fiel mir da eigentlich wieder ein...“

(Monika)²

Diese Zugriffe auf die Lebensgeschichte werden durch die gegenwärtig erfahrene Erwerbslage strukturiert. Zentrale Einsichten oder „Einfälle“ zu der eigenen Vergangenheit, die von den Befragten dargelegt werden, entstehen ‚bei der Arbeit‘ oder in der Auseinandersetzung mit ihrer gegenwärtigen Erwerbsituation.

Damit sind prekäre Erwerbslagen als Wendepunkt im Leben der Befragten zu begreifen. Prekarität hält zu einer Bilanzierung, Überprüfung, Evaluation und Neukonstruktion (auch im Sinne einer Bekräftigung) der eigenen Lebensgeschichte an und wird so zu einer ‚Haltestelle‘, von der aus das bisherige und zukünftige Leben beurteilt wird, sie bildet den „Interpretationspunkt“ (vgl. Fischer 1978: 319; Strauss 1974: 99). Von

2 Die Namen der Befragten wurden geändert.

dieser Re-Interpretation der Lebensgeschichte hängt ab, wie die gegenwärtige Lage beurteilt wird und welche Handlungsmöglichkeiten gesehen und realisiert werden. Es ist sich ein rekursiver Prozess vorzustellen, in dem die prekäre Erwerbslage dazu anhält, selektiv die eigene Lebensgeschichte zu bewerten, worüber wiederum die aktuelle Situation beurteilt und bearbeitet wird. Dies wird an den folgenden Fallbeispielen deutlich werden.

2. Idealisierung und Ernüchterung: Zwei Fallbeispiele

Luca ist 26 Jahre alt und zum Zeitpunkt des Interviews gerade arbeitslos geworden. Seit Abschluss seiner Berufsausbildung zum Grafiker im Jahr 2002 erlebte er einen fortdauernden Wechsel zwischen berufsfernen Tätigkeiten im Betrieb seines Vaters, Arbeitslosigkeit und ‚Schwarzarbeit‘.

Die bisherige und gegenwärtige Situation schildert Luca als ständigen Statusübergang, wie er hinsichtlich seiner erzählerischen Darstellungsweise eher von 16- oder 20-jährigen SchulabsolventInnen zu erwarten wäre. Durch kontinuierliche Berufsrecherchen und ein andauerndes Bewerben um neue Ausbildungen werden die Brüche und der nicht vollzogene Berufseinstieg plausibilisiert. Prekäre Phasen werden so zu einem sinnvollen Warten stilisiert und aus Brüchen werden reguläre Übergänge gestaltet.

„Ja, jetzt muss ich erst mal gucken, in welchen Bereich ich da weiter mach, ob da, wo ich mir wirklich vorgenommen habe [Studium, D.S.]. Das wird derzeit geplant und organisiert. Wahrscheinlich wird es einfach erst mal beim Jobben bleiben. Neben der, also, Arbeitslosigkeit.“

Sein Alter geht für ihn nicht gänzlich in der Vorstellung einer jugendlichen Berufsorientierung auf. Diesen Umstand baut er allerdings als intendierten biographischen Entwurf ein, der sich aus seiner Sicht im Rahmen aktuell erwarteter Muster eines Normallebenslaufes bewegt.

„Mit 20 dachte ich mir: Mit 24 wirst du fest im Berufsleben stehen. Und je älter ich wurde, desto weniger Stress hab ich mir gemacht. Mein Wunsch war es jeher, dass ich nicht irgendeinen Scheiß mache. Bin lieber mit 30 drin. Und wenn du heute mit 30 einsteigst, das ist ja kein Drama mehr.“

Luca hält am Normalerwerbsmodell nicht nur als zukünftige Vorstellung, sondern auch als Version bisher gelebter Geschichte fest. Dies ist auch der Grund, warum sich bei Luca eine gewisse Orientierungslosigkeit nur latent manifestiert (seine lebensgeschichtliche Thematisierung erfolgt konfus und inkonsistent) und er nicht von einer erwerbs- oder gar gesamtbiographischen Krise berichtet (vgl. oben zitierte Monika). Weil aus seiner Sicht alles normal und unproblematisch verläuft, ist ebenfalls einleuchtend, dass Luca keine konkreten erwerbsbiographischen Handlungen entwirft bzw. keinem konkreten Plan folgt. Es gilt zwar der Plan des Studiums, jedoch ist ungewiss, ob er diesem nachgeht oder etwas ganz anderes machen wird. Laut eigener Prognose wird es „wahrscheinlich erst mal beim Jobben bleiben“.

Die Abwesenheit eines „über den Tag hinausreichenden Lebensplanes“ ist bei Arbeitslosen und prekär Beschäftigten nicht untypisch (Dörre et al. 2006: 59). In prekären Situationen beschränkt sich die „Aufmerksamkeits- und Orientierungsausrichtung auf Probleme der unmittelbaren Lebensbewältigung“ und „der Überblick über das gesamte Aktivitätstableau“ geht verloren (Schütze 1981: 89; vgl. Bourdieu 2000). Umgekehrt darf hieraus aber nicht geschlossen werden, dass das Entwerfen eines Lebensplanes zum Alltag von Individuen gehört. Beziehungsweise: „Biographische Perspektivität“ darf nicht mit „expliziter biographischer Planung“ verwechselt werden (Kohli 1985: 21; vgl. ders. 1981). Luca gesteht ein, dass er nicht weiß, „in welchem Bereich“ er „da jetzt weiter“ machen wird und dass durchaus zu fragen sei, ob seine Lebenshaltung bisher immer „zukunftsorientiert war“. Aber: „muss es ja auch nicht immer sein“. Wie Martin Kohli festhält, ist „gerade dass das selbstverständliche Rechnen mit einem normalen Lebenslauf sich auch dort nachweisen lässt, wo die Zukunft nicht Gegenstand von Entwürfen ist und handlungsschematisch ausgearbeitet wird, ein Beleg für die fraglose Geltung einer solchen biographischen Perspektive“ (Kohli 1985: 21).

Luca zerbricht sich gerade deshalb nicht den Kopf über seine Zukunft und „macht sich weniger Stress“, weil er seine biographische Perspektive des Normallebenslaufes nicht verloren hat, sondern sie idealisierend aufrechterhält.

Auch der 29-jährige Karsten macht sich heute „weniger Stress“. Dies ist das Ergebnis einer ernüchterten Sichtweise auf sein bisheriges und zukünftiges Leben, zu der Karsten erst kürzlich bei der Arbeit gelangte. Karsten ist seit einem Jahr Zeitarbeiter. Davor war er drei Jahre lang arbeitslos. Er hatte, ebenso wie Luca, keinen dauerhaften Einstieg in seinen gelernten Beruf als Maler gefunden. Nachdem ihn seine Zeitar-

beitsfirma anfänglich zu verschiedenen Betrieben und Tätigkeiten entsandte, wird er nun seit einem halben Jahr als Produktionshelfer an einen Automobilzulieferbetrieb entliehen. Dort fällt ihm auf,

„dass – man redet ja viel mit anderen – wo ich da jetzt bin in der Firma, da sind ja viele, die auch Zeitarbeit- äh von Zeitarbeitsfirmen da sind, mein Alter so, ne? Man tauscht sich ja aus, die haben fast alle den gleichen Werdegang wie ich. [...] Also erst letztens- haben wir uns unterhalten und ja: ‚Drei Monate als Geselle gearbeitet, vier Monate zuhause. Und jetzt bin ich hier seit zwei Jahren. Ja, als Leiharbeiter‘. Da dachte ich: Hey, das kenne ich doch irgendwoher.“

Die Zeitarbeit und vor allem die Arbeit als Produktionshelfer ist für Karsten gegenüber seiner Zeit als Arbeitsloser eine Verbesserung „um Welten“. Gleichsam scheint ihn sein Werdegang quasi automatisch in eine dauerhafte Zeitarbeit zu leiten. Zu dieser Erkenntnis gelangt er, als er realisiert, was der Betriebsleiter damit meinte, als er ankündigte, sich etwas „Längerfristiges“ mit Karsten vorstellen zu können.

„Das habe ich schon mitgekriegt. Bei Firma X, ich weiß nicht wie viele Leute da arbeiten. 400 oder so? Davon sind bestimmt 70 Prozent Leiharbeiter und schon drei oder vier Jahre da. Weißte auch, kannst deine Perspektiven abschätzen. [...] Ich hab halt gehofft, dass du da irgendwie reinkommst. Aber das kannst wohl, ja wie gesagt, wenn du mit den Leuten redest, ist das erstmal zunichte, ne? Dann hauste auch nicht mehr ganz so doll rein.“

Nicht eindeutig urteilt Karsten darüber, ob diese Stagnation seiner Erwerbslaufbahn sozioökonomisch bedingt und daher Gegenstand einer kollektiven Betroffenheit ist oder ob er sie selbst zu verantworten hat.

„Ich dachte vorher immer: Ey. Bist du ein Assi. Kriegst nichts gebacken. Und dann arbeiteste bei Firma X und dann denke ich mir: Alter, bist du doch gar nicht so ein Assi. Gibt genug, denen es wohl genauso scheiße geht. Man dachte halt vorher, es kommt auf deine Leistungsfähigkeit an. Mach ich nur Scheiße oder- dabei liegt's halt an der wirtschaftlichen Situation. Da sind ja auch Leute bei, die waren auf dem Gymnasium und selbst die- die haben ja viel mehr Möglichkeiten als ich? [...] Ja, genau: Ich war ja auf der Hauptschule, ne? Früher war ja immer alles wichtiger. Da fing das ja schon an, ne?“

Ebenso ambivalent verhält sich Karsten gegenüber der Perspektive der Zeitarbeit als dauerhaftes Arrangement. Dass er von einer Fabrik über längere Zeit hinweg gebucht wird, formuliert er als „feste“ Arbeitsstelle und bewertet dies wie folgt:

„Als gleich [nach der Ausbildung, D.S.] die ersten drei, vier Monate nur diese Absagen kamen, dachte ich irgendwie auch, dass du so als Arbeiter in einer Fabrik unterkommst oder so. Ne Zeit lang, wo ich auch arbeitslos war, da war das ja auch richtig schlimm. So wirtschaftlich. Die Leiharbeitsfirmen haben die meisten Jobs geschaffen. Ich glaub, 1 Million. Die haben eine Branche, die richtig- Ich meine, ist auch nicht so schlecht, ne?“

Doch anders als es in den 1980er Jahren für Zeitarbeit vermutet wurde (vgl. Brose 1984), ist es nicht die dauerhafte Anstellung bei einer Zeitarbeitsfirma, die im vorliegenden Fall für eine Kontinuitätserfahrung sorgt. Vielmehr ist es der Umstand, *fest* von *einer* Firma geliehen zu werden. Erst seitdem fühlt sich Karsten wieder regulär beschäftigt. Eine ‚Festbuchung‘ kann eine direkte Festanstellung auf Dauer aber nicht ersetzen. Karsten wünscht

„einen sicheren Job. Wobei ich auch wieder Abstriche machen würde beim Gehalt, wenn- desto sicherer der Job ist. Wenn der- längerfristig, ne?“

3. Schlussfolgerungen

Prekäre Erwerbslagen veranlassen die Befragten sich ihrer eigenen Lebensgeschichte zuzuwenden, diese neu zu bewerten und dabei ggf. auch zu bestätigen. Von dieser ‚neuen‘ biographischen Sicht hängt ab, wie die gegenwärtige Situation beurteilt und bearbeitet wird. Begründet wird dies ebenso durch die bisherigen Erfahrungen und Lebensbedingungen der Einzelnen. Wie von Bourdieu und ebenso aus biographietheoretischer Perspektive beschrieben worden ist, hängt das Maß an individuellen Kontrollerwartungen in Bezug auf die eigene Lebensgeschichte von milieu- und klassenspezifischen Erfahrungen bzw. von sozialstrukturellen Bedingungen der Existenz ab (vgl. Bourdieu 1984; Kohli et al. 1985). Als Interpretationspunkte subjektiv-biographischer Bilanzierung können prekäre Existenzbedingungen zu einem weiteren, langsamen Abblättern des u. U. ohnehin geringen Maßes an Kontrollerwartungen führen, wie es die Ernüchterung des Leiharbeiters Karsten zeigt. Denn einerseits begegnet er seinem Werdegang in der Tat nicht so, als hätte er ihn selbst mitgestaltet.

„Dann gab’s Arbeitsberater. Der hat sich das Zeugnis angeguckt und ja, damals 17, total naiv, äh. Sitzt der da und ja: Sie können entweder Maler oder Maurer lernen. Hä? Wieso kann ich denn nur das lernen? Aber naja.“

Andererseits hatte er sich später für ein Leben als Arbeiter in einer Fabrik entschieden und im Übrigen aktiv ‚eingefädelt‘, dass Firma X ihn eines Tages als Produktionshelfer bucht. Er hat „halt gehofft“, „irgendwie“ dauerhaft „da reinzukommen“, hat dann aber seine Perspektiven „mitgekriegt“: der Werdegang der anderen Leiharbeiter entspricht dem seinen und diese sind immer Leiharbeiter geblieben. Diese zentrale Einsicht führt bei ihm zu einer Resignation. Für erwerbsbiographische Alternativen „ist es mit 29 ja jetzt auch zu spät“ und was die Akkordarbeit im Betrieb betrifft, da „haut“ er „auch nicht mehr ganz so doll rein“.

Auch bei Luca hängt das weitere Handeln von der Sicht auf seine bisherige und zukünftige Lebensgeschichte ab. Luca erhält auch nach längerem Andauern der Prekarität das Modell des Normallebenslaufes aufrecht und weil er unzweifelhaft mit dessen Eintreten rechnet, ergibt sich für ihn keine Notwendigkeit für eine explizite biographische Planung und eine Ausarbeitung von Alternativen.

Es finden sich auch Fälle, in denen z. B. Zeitarbeit der erfolgreichen Aufrechterhaltung biographischer Entwürfe dient und der häufige Arbeitsplatzwechsel als Sammeln „komprimierter Berufserfahrung“ gesehen wird. Doch auch hier wird ein Eintritt in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis antizipiert. Von Karsten wissen wir, dass es erst die *kontinuierliche* Buchung einer Firma war, die stimmungsaufhellend wirkte, über kurz oder lang aber eine direkte Anstellung nicht ersetzen kann.

Andere Orientierungssysteme als das des Normalarbeitsmodells sind bei den bisher Befragten entweder nicht vorhanden oder in Form der Zeitarbeit subjektiv eher ambivalent verankert und damit wie schon in den 1980er Jahren „gegenwärtig nur umrißhaft erkennbar“ (Brose 1984: 213). Aus Idealisierungs- und Ernüchterungsprozessen und dem Bröckeln der Vorstellung, Leben gestalten zu können, lässt sich ein „intelligentes Leben jenseits der Festanstellung“ (Friebe/Lobo 2006: Titel) nur schwer entwickeln. Alternative Lebenskonzepte, die eine neue Auslegung von Arbeit und Einkommen und des Verhältnisses von Arbeitsplatz und Arbeitskraft beinhalten, waren ohnehin für unterschiedliche Gruppen immer schon in unterschiedlicher Weise gesellschaftlich anerkannt. Personen aus den oberen Rängen der Qualifikations-, Berufs- und Betriebshierarchie haben deshalb nicht nur strukturell höhere Sicherheit. Ihr ‚kreativer Umgang‘ mit Instabilitäten ist auch symbolisch anders aufgeladen als etwa bei ‚Aussteigern‘ aus der Fabrikarbeiter- oder Briefzustelldienstbranche (vgl. Bourdieu 1984; Wotschack 2002).

Hinzu kommt, dass das Normalarbeitsverhältnis und die Normalbiographie, *gerade* wenn man sie als soziale Konstrukte versteht, keine rein

diskursiv erzeugten Gebilde darstellen, die einmal so und einmal wieder anders erfunden werden können.³ Als soziale Konstrukte werden sie nicht nur auf institutioneller, sondern ebenso auf biographischer Ebene der Einzelnen erwartet und hervorgebracht. Eine Biographie wiederum „hat‘ man in dem Sinne, dass sie einen bindet, daß man besondere kommunikative Anstalten treffen muß, wenn man Relevantes daraus verschweigen will, und daß es radikaler Hilfsmittel bedarf, wenn man sich von ihr verabschieden will“ (Wohlrab-Sah 1999: 486).

Das Eingeständnis des Fehlens eines funktionierenden biographischen Orientierungssystems kann ebenso wie eine völlige Revision bisheriger biographischer Ausrichtungen und bereits irreversibel gelebter Geschichte nicht ohne weiteres vorgenommen werden. Erwerbsbedingt prekäre Lebenslagen stellen einen Wendepunkt dar, von dem aus die Biographie neu betrachtet und eventuell auch bekräftigt wird. Bei den vorliegenden Fällen handelt es sich nicht um eine Wendung, an der der Einzelne eine völlig neue Lebensgeschichte konstituiert und sich von seiner bisherigen verabschiedet. Dies würde „radikale Hilfsmittel“ erfordern. Unter anderem liegen darin die Gründe, dass in keinem der vorliegenden Fälle, am wenigsten bei Luca, zu biographischen Versionen gegriffen wird, die mit den bisher verinnerlichten nicht übereinstimmen.

„PrekärerInnen“, die, wenn auch zuweilen misstrauisch, ihre Selbstkonzepte und biographischen Investitionen bislang auf das Normalerwerbsprogramm ausgerichtet haben, unterliegen also einer besonderen Problematik, wenn es um den Abschied vom Normalarbeitsverhältnis geht. Dies ist zu beachten, wenn über die Tragweiten und Mechanismen prekärer Beschäftigung und über eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses verhandelt wird. Im Allgemeinen, so scheint es, werden das Normalarbeitsverhältnis und der Normallebenslauf in ihrer „Strukturierung der lebensweltlichen Horizonte bzw. Wissensbestände, innerhalb derer Individuen sich orientieren und ihre Handlungen planen“ (Kohli 1985: 3) unterschätzt und in der Möglichkeit überbewertet, sie nach Belieben verabschieden oder verändern zu können. Auch in den Auseinandersetzungen um *möglichst emanzipative* Arbeits- und Lebensmodelle darf nicht das Dilemma ausgeklammert werden, welches sich aus einer subjektorientierten Betrachtung prekärer Arbeit ergibt: die Schwierigkeit Einzelner, bis dato gelebte Geschichte zu revidieren und geradewegs gegen Entwürfe zu tauschen, die vielleicht von rigiden Arbeitsverhältnissen befreien, aber die bisher verfolgte Biographie nicht berücksichtigen. Eine Umverteilung der mehrheitlich standardisierten Arbeitsver-

3 Vgl. Wetterer 2002 (am Beispiel der Missverständnisse und Kontroversen zur sozialen Konstruktion von Geschlecht).

hältnisse über den Weg der Arbeitszeitverkürzung könnte vielleicht am ehesten dem Umstand Rechnung tragen, dass der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis auch weiterhin und erst recht für ‚PrekärerInnen‘ in den unteren Stockwerken der Arbeitsgesellschaft eine sehr viel schwierigere Angelegenheit ist, als gedacht.

Literatur

- Bolder, Axel (2004): „Abschied von der Normalbiographie – Rückkehr zur Normalität.“. In: Friederike Behringer/Alex Bolder/Rosemarie Klein/Gerhard Reutter/Andreas Seiverth (Hg.), *Diskontinuierliche Erwerbsbiographien. Zur gesellschaftlichen Konstruktion und Bearbeitung eines normalen Phänomens*, Hohengehren: Schneider, S. 15-26.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2000): *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Brose, Hanns-Georg (1984): „Arbeit auf Zeit - Biographie auf Zeit?“. In: Martin Kohli/Günther Robert (Hg.), *Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven*, Stuttgart: Metzler, S. 193-216.
- Dilthey, Wilhelm (1968): *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften. Gesammelte Schriften Bd. VII*. Stuttgart/Göttingen: Teubner/Vandenhoeck & Ruprecht.
- Dörre, Klaus et al. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fischer, Wolfram (1978): „Struktur und Funktion erzählter Lebensgeschichten“. In: Martin Kohli (Hg.), *Soziologie des Lebenslaufs*, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand, S. 311-335.
- Friebe, Holm/Lobo, Sascha (2006): *Wir nennen es Arbeit. Digitale Bohème oder intelligentes Leben jenseits der Festanstellung*, München: Heyne.
- Kohli, Martin (1981): „Zur Theorie der biographischen Selbst- und Fremdthematisierung“. In: Joachim Matthes (Hg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Soziologentages*, Frankfurt/M.: Campus, S. 502-520.

- Martin Kohli (1985): „Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, 1985, S. 1-29.
- Kohli, Martin/Wolf, Jürgen/Rosenow, Joachim (1985): „Die Veränderung beruflicher Erwartungen – biographische Analysen“. In: Ernst H. Hoff/Lothar Lappe/Wolfgang Lempert (Hg.), Arbeitsbiographie und Persönlichkeitsentwicklung, Stuttgart: Huber, S. 128-282.
- Manske, Alexandra (2007): Prekarisierung auf hohem Niveau. Eine Feldstudie über Alleinunternehmer in der IT-Branche. Arbeit und Leben im Umbruch. Schriftenreihe zur subjektorientierten Soziologie der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft Bd. 13, München/Mehring: Rainer Hampp.
- Manske, Alexandra (2006): „Vom Umgang mit Instabilitäten. Wie Web-Worker ihre soziale Lage bearbeiten“. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 693-709.
- Mead, George H. (1969): Philosophie der Sozialität, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (1978): Strukturen der Lebenswelt, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Schütze, Fritz (1981): „Prozeßstrukturen des Lebenslaufs“. In: Joachim Matthes/Arno Pfeifenger/Manfred Stosberg (Hg.), Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive, Nürnberg: Verlag der Nürnberger Forschungsvereinigung, S. 67-189.
- Strauss, Anselm (1974): Spiegel und Masken. Die Suche nach Identität, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wetterer, Angelika (2002): Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz: Universitätsverlag.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1999): „Biographieforschung jenseits des Konstruktivismus?“. In: Soziale Welt 50/1999, S. 483-493.
- Wotschack, Philip (2002): „Zeitwohlstand – als Problem sozialer Ungleichheit“. In: Jürgen P. Rinderspacher (Hg.), Zeitwohlstand, Berlin: Edition Sigma, S. 143-163.

UNLAUTERER WETTBEWERB ODER DAS ELENDE DES VERGLEICHENS. EINE RE-LEKTÜRE DES MARSYAS-MYTHOS IM KONTEXT AKTUELLER VERÄNDERUNGEN VON ARBEITSWELTEN

SEBASTIAN GÖSCHEL

Duell zwischen Industrie und Zukunft

Mythos als Modell beschreibt Heiner Müller einmal so: „[N]icht die Wiederkehr des Gleichen, sondern unter ganz anderen Umständen die Wiederkehr des Gleichen und dadurch auch die Wiederkehr des Gleichen als eines Anderen“ (Müller 1986: 167). Die Überlebenskraft des Mythos ruht gerade „in dieser Fähigkeit, von sich selbst abzuweichen und sich in die Abweichung einzufügen“, Mythos funktioniert als „Fortsetzungstechnik“ (Wunenburger 1994: 292). Doch um welche Art Modell handelt es sich hierbei? Allzu leichtfertig wird die Antike als Grundlage für die aufgeklärte Wissensgesellschaft instrumentalisiert. Eine kritische Re-Lektüre mythischer Texte, die sie auf ihr prekäres Potential hin abklopft, findet sich dagegen in der Literatur. Als akutes Beispiel dafür können unter anderem Heiner Müllers Texte, in denen er auf Mythen Bezug nimmt, gelten. Dort wird immer die andere, die schreckliche Seite der großen Zivilisationsmythen sichtbar. Die Antike und der Mythos werden bei ihm durch *Umschreibungen* zum Modell „einer zerstörerischen ars memoria“ (Eke 2003: 55) und zu *heißer Erinnerung* (Jan Assmann). Allen Texten Müllers liegt die Annahme zugrunde, dass die

schreckliche Basis der westlichen Gesellschaft der Mythos ist. Die Mythen werden so zu „Modelle[n] aus der Terrorgeschichte der Gattung“ (Emmerich 2003: 174).

Kritik an der Industriegesellschaft und den dazugehörigen Instrumenten wie Markt, Wettbewerb etc. ist ein Aspekt, der bei Müller in Bezug auf Mythen immer wieder auftritt¹. Die kleinste Einheit dieses Wettbewerbs und somit seine Grundlage ist das Duell mythischer Heroen. Dazu lohnt ein Blick auf die Rolle der Rivalität in der griechischen Gesellschaft. Der griechische *Agon* kann als „anthropologische Konstante, als Grundvoraussetzung kultureller Entwicklung“ betrachtet werden. Es ging dabei um das „ständig zweckfreie Sich-Messen“ (Dörr 1998: 416). Neben gymnischen Wettkämpfen und den Pferdenrennen gewannen in der klassischen griechischen Zeit vor allem die musischen Agone an Bedeutung, die später die „ganze Sphäre künstlerischer und intellektueller Tätigkeit umfassten“ (ebd.: 415). Bereits ab dem 5. Jh. v. Chr. wurden jedoch die gleichberechtigten, gesellschaftsstützenden Wettkämpfe durch „Professionalismus und Spezialistentum der Wettkämpfer“ gefährdet (ebd.: 416). Was hier Einzug hielt, ist das heute mit Wettkampf verbundene Prinzip von Effizienz und Sieg, welches durch das wirtschaftlich-kapitalistische System zum einzig relevanten geworden ist. Interessant dabei ist, dass im Mythos die Duelle immer schon dieses Ungleichgewicht verhandeln. In der Regel ist sich dabei ein Mensch oder Halbgott seiner Fähigkeit in einer bestimmten Sache so sicher, dass er den der Tätigkeit entsprechenden Gott herausfordert. In dieser Hybris liegt die Ursache für den Wettbewerb. Die unweigerlich darauf folgende Nemesis, zur Wiederherstellung der Ordnung, ist in den meisten Fällen ungewöhnlich grausam².

Als besonders eindringliches Beispiel für diese Überhebung kann der griechische Mythos des Marsyas gelten. Die Fabel dieses Mythos spaltet sich in zwei Teile, die jeweils dem Sagenkreis einer olympischen

-
- 1 So zum Beispiel in seinen Bearbeitungen „Die Befreiung des Prometheus“, „Herakles“ 5 und 2; „Philoktet“, u.v.m.
 - 2 Für diese ungleichen Duelle lassen sich etliche Beispiele in den Geschichten des griechischen Mythos finden. So erging es beispielsweise Arachne, die Athene, welche als Erfinderin des Webhandwerks gilt, zum Zweikampf herausforderte. Athene erklärte sich aufgrund der Motivwahl zur Siegerin, verunstaltete das schöne Gesicht der Arachne und verwandelte sie in eine Spinne. Auch zwischen Pan und Apollon soll es einen musischen Wettkampf gegeben haben. Bestraft wurde hier jedoch der Schiedsrichter Midas. Da er dem niedrig gestellten Pan den Sieg zuerkannte, gab Apollon ihm Eselsohren, was ihm das regieren in Phrygien unmöglich machte. Auch Orpheus begibt sich mit Hades, dem gottgegebenen Prinzip des Todes, in einen Wettkampf und musste dafür bezahlen.

Gottheit zugewiesen werden können. Der erste gehört in den Bereich der Athena, diese hatte eine Art Flöte (den Aulos) erfunden. Als sie damit erstmals beim Götterbankett aufspielte, lachten Hera und Aphrodite sie schallend aus. Die edle und weise Athena flüchtete und schaute ihr lächerliches Spiegelbild in einem Quell. Ihre aufgeblasenen Backen und die blaue Gesichtsfarbe ließen sie die Flöte wütend wegschleudern und mit einem Fluch belegen. Kurz darauf tauchte der Silen Marsyas auf und riss sich die Flöte, aller athenischen Warnungen zum Trotz, unter den Nagel. In Folge erwarb er unvergleichliche Virtuosität auf dem Instrument. Hier gerät er nun in den Kreis des Musikgottes Apollon Musagetes und damit in den zweiten Teil des Mythos. Von der gottgleichen Qualität seines Spiels überzeugt, ließ er sich auf einen Wettbewerb mit Apollon ein und verlor ihn nach mehrmaligen Spielrunden. Apoll siegte dadurch, dass er in der zweiten Spielrunde die Regeln änderte: Jeder Teilnehmer hatte seine Instrumente umzudrehen und dazu zu singen. Wie vorher vereinbart, durfte der Sieger mit dem Besiegten verfahren wie er wollte, sodass Apollon den Marsyas häutete und so tötete. Der Marsyas-Mythos wurde mit dem Aufkommen der *postindustriellen* Gesellschaft vermehrt rezipiert³ und vor allem variiert. Beide Teile des Mythos, der Wettkampf und die frappanten Konsequenzen daraus, wurden zur Chiffre für eine Wettbewerbsgesellschaft, in der nur ganz bestimmte Qualitäten zählen und es lediglich auf die Sieger ankommt. Wie bereits angedeutet, war es vor allem Heiner Müller, der so auf die Geschichte des Marsyas Bezug nahm. Er formuliert 1979 in seiner sog. Postmoderne-Rede *Der Schrecken die erste Erscheinung des Neuen*:

„Das Duell zwischen Industrie und Zukunft wird nicht mit Gesängen ausgetragen, bei denen man sich niederlassen kann. Seine Musik ist der Schrei des Marsyas, der seinem göttlichen Schinder die Seiten von der Leier sprengt.“ (Müller 1979: 22)

Das Duell, mit dem wir es zu tun haben, findet also zwischen *Industrie und Zukunft* statt. Die Mythen zeigen die „Modelle alles Technischen und Industriellen“ (Schneider 2004: 139) als umfassende Vernichtung des Menschen, in der Terror und Schönheit nahe beieinander liegen – sie sind „Abgrund des Entsetzens und zugleich Revolte“ (Vassen 2006). Heiner Müller verweist hier auf die Marsyas-Geschichte, denn in ihr „prallen zwei Kunstformen aufeinander“. Der Vorteil des Apoll ist lediglich ein technologischer, das Instrument des Apoll verschafft ihm den ausschlaggebenden Vorteil, gleichzeitig singen und spielen zu können.

3 Allein in der DDR-Literatur finden sich seit den 70er Jahren mindestens 20 Texte, die explizit auf den Marsyas-Mythos Bezug nehmen.

Dies nennt Müller im gleichen Text das „Elend des Vergleichens“, an dem „das wirkliche Elend von Machtstrukturen demonstriert“ werde (ebd.). Das Duell von Marsyas und Apoll entsteht bei Müller als Urbild eines hochgradig aktuellen Konflikts, d. h. „[...] hier steht die global voranschreitende Industrialisierung, die vom Glauben an den zivilisatorischen Fortschritt geprägt ist, für den Lichtgott Apoll, während Marsyas zum Sinnbild einer menschlichen Gemeinschaft vor und jenseits der technologischen Utopie wird.“ (Kreikebaum 2003: 185). Hier wird klar, welches Potential in den beiden Figuren steckt, das sie nicht mehr als Personen, sondern als verkörperte Mächte agieren lässt. Apollon steht in diesem Kontext als Leitbild für den Kapitalismus schlechthin; Marsyas dagegen für etwas Unbestimmbares auf der gegenüberliegenden Seite, für eine gescheiterte Utopie oder die Möglichkeit von Alternativen schlechthin. Dafür muss allerdings „die Arbeit am Unabgegoltenen und Uneingelösten“ geleistet werden, um den Kampf der Menschlichkeit gegen die Industrie zu gewinnen (Vassen 2006). Vorerst aber hat „das industrielle System [...] gesiegt“. Marsyas, der einmal Hoffnung, „Herausforderung der Mächte durch den Künstler“ war, betritt eine Welt, die nicht mehr seine ist. Apoll dagegen trägt in sich „das Ensemble der modernen Mächte, deren Instrumente an diesem Schrei zerschellen“ (Schneider 2004: 136), dem *göttlichen Schinder die Seiten von der Leier sprengen* und der sich somit als der wahre Verlierer des Duells erweisen könnte. Der Schrei des Marsyas versammelt „die Schreie unzählbarer Opfer“ (ebd.: 137). Marsyas' Schrei wird bei Heiner Müller „zu einer Metapher für Kunst, die aus der direkten gewaltsamen Unterdrückung der Unterprivilegierten“ im Angesicht der übermächtigen Industrie entsteht (Kreikebaum 2003: 185).⁴

Was bei Heiner Müllers Interpretation des Marsyas-Mythos offenbar wird, ist die Metamorphose der Macht in der modernen Gesellschaft. Macht ist nun charakterisiert durch ein ökonomisches Prinzip und den damit verbundenen Implikationen. Apoll dient als Symbol dafür, jedoch nicht als souverän handelnde Person. Die Macht, die sich von der Person zum Prinzip wandelt, wird gewissermaßen unsichtbar und übt dennoch gnadenlos ihre Gewalt aus. Weiters beruht diese Form auf einer ganz anderen Art von Konkurrenz. Der Wettkampf dient nicht mehr dem *zweckfreien Sich-Messen*, sondern konstituiert als Prozess eine Form gesell-

4 Der Aspekt des Schreis wird hier nur am Rande erwähnt, ließe jedoch einen weiteren Deutungsaspekt im Sinne der Rücknahme auf das Amorphe zu. Der Schrei wäre dabei die gehäutete Sprache gegenüber dem logisch-diskursiven Sprechen. So ließe sich Marsyas' Verhalten als ein Angriff auf das Diktat der Vernunft, verkörpert durch den mit Worten musizierenden Apoll, begreifen.

schaftlicher Konfliktlösung namens Wettbewerb. Wobei der Sieg nicht durch Tugenden errungen wird, sondern durch Cleverness, Effizienz und technologische Vorsprünge – wobei der Sieg nicht Ehre und Ruhm einbringt, sondern eine Gesellschaftsform besiegelt. Dieses Prinzip von Sieg und Niederlage beginnt alle Lebensbereiche zu durchdringen und wird zum Paradigma des Handelns.

Der Wettbewerb wird zum zentralen Instrument der Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnung. Er verändert fundamental die Rolle des Unterlegenen. Mit der dem Wettbewerb vorausgegangenen Hybris verwirkt der Täter jegliches Recht, hat die Strafe mit einzukalkulieren und sich selbst zuzuschreiben. Apollon wacht über die Ontologie von Kunst, die auf dem geregelten Spiel der Leier mit entsprechendem Gesang und nicht auf wilder, ekstatischer Flötenmusik beruht. Marsyas' Angriff geht daher nicht nur gegen eine bestimmte Ordnung, sondern auch gegen Ordnung(en) an sich. Die Exekution der Strafe stellt die verletzte Ordnung wieder her, denn das ist der Hauptzweck des Strafens – die Abwehr des Chaos, der ausgesprochenen Drohung gegen die Ordnung, das „Verbrechen bedroht im Grunde die Gesamtheit“. Die primäre Intention ist nicht die Besserung oder Läuterung des Individuums, sondern das Statuieren eines Exempels. Was sich im Akt des Bestrafens immer offenbart, ist die „Ambivalenz des Strafens – schwankend zwischen Grausamkeit und Milde, zwischen rohem Exzess und warmer Verzeihung“ (Stentzler 1998: 103). Es zeigt sich die „prekäre Paradoxie des vergeltenden und gleichzeitig vergebenden Gottes“ (Bendlin 1998: 132). Das heißt, Strafe setzt Herrschaft voraus und ist selbst die „schärfste Art nachträglicher Unterwerfung unter deren Gewalt“ (Stentzler 1998: 104). Die Bedingung ist immer ein hierarchisches System von Herrschenden und Beherrschten, von Mächtigen und Ohnmächtigen. Es fällt auf, dass die Künstlerfiguren innerhalb der Mythen die radikalsten Strafen zu erdulden haben, diese in der Regel jedoch nicht überleben oder aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Im modernen Wettbewerb geht der Unterlegene unter, für ihn ist kein Platz mehr. In der Marsyas-Geschichte legt Apoll vor dem Wettkampf fest, dass der Sieger mit dem Besiegten verfahren könne, wie er wolle. Eine derart fatale Strafe lag allerdings nicht im Vorstellungsbereich des Marsyas. Der Gott lässt in der Exekution der Strafe die *Differenz* hervortreten, indem er mittels seiner Macht Gewalt anzuwenden dem Individuum die „körperliche und seelische Erfahrung des Ausgeliefertseins“ verschafft (Cancik-Lindenmaier 1998: 54). Dieser Schmerz hat nur eine mögliche Form, den unartikulierten Schrei des Körpers, der dem logisch-diskursiven Sprechen entgegensteht. Wenn im etablierten Kapitalismus das ökonomische Prinzip unreflektiert als gegebene Naturgesetzlichkeit vorausgesetzt wird, so nimmt

es eine sakrale Form an. Die Sicht auf den Kapitalismus changiert nun, wie die auf den Gott, zwischen der *schönen Maschine* (Robert Kurz) und der *Wunschmaschine* (Deleuze/Guattari).

Aus der Haut fahren

Soweit zur Deutung im klassisch-marxistischen Theorierahmen von Kapitalismus und Ausbeutung und der Herführung der Rolle des Unterlegenen aus dem uralten Prinzip der Strafe. Heiner Müllers künstlerische Bearbeitungen sind inzwischen mehr als 30 Jahre alt und es scheint aufschlussreich, den Mythos des Marsyas auf der Basis der aktuellen Analysen der Veränderung des Kapitalismus und der Arbeitsformen zumindest aus wissenschaftlicher Perspektive zu untersuchen. Das oben bereits angedeutete Verfahren der *Mytho-phorie* (Jean-Jacques Wunenburger) – welches beschreibt, dass sämtliche Bearbeitungen eines Mythos zu seiner „Vitalität“ beitragen – erlaubt es, wissenschaftliche und künstlerische Umschreibungen des Mythos als funktional gleichwertig zu betrachten (vgl. Wunenburger 1994: 299).

Die bisher erwähnten Deutungen stammen überwiegend aus den 70er Jahren. Dort nehmen auch heute konstatierte Umwälzungen ihren Ausgang. Mit dem Beginn der ökonomischen Globalisierung geraten die Instrumente des Wohlfahrtsstaates genauso wie die tayloristische Produktionsweise an ihre Grenzen. Parallel dazu treten in Folge der 68er Bewegung gesellschaftliche Gruppierungen auf den Plan – von den hedonistischen Yuppies über die RAF (was die Manifeste angeht), bis hin zu den VertreterInnen der sog. *Alternativen Ökonomie* –, denen allen eines gemeinsam war: Kritik an den autoritären und hierarchischen Strukturen und die Forderung nach Autonomie und Selbstverwirklichung. Die Kämpfe um „Freisetzung autonomer Subjektivität“ führten jedoch nicht zur Zerstörung des Kapitalismus, sondern entwickelten sein immenses Integrationspotential. Neoliberale Projekte übernahmen die Kritik am autoritären Sozialstaat, was wiederum zum „Abbau staatlicher Interventionen und Subventionen zugunsten von Wettbewerb“ führte (Ronneberger 2006). Wie ein Bumerang wurden die Forderungen der Subjekte zu Anforderungen an sie – vor allem im Bereich der Arbeit. Was zuvor als Autonomie beansprucht wurde, gerät nun zum Zwang, sich selbst zu aktivieren, die sozialen Risiken selbst zu tragen und Schutzrechte aufzugeben. Der *flexible Mensch* (Sennett) entsteht unter dem Druck sich verändernder Arbeitsbedingungen. Statt des direkten Überwachens und personalen Strafens, regieren Marktzwänge. Ulrich Bröckling geht in seiner Theorie vom *unternehmerischen Selbst* sogar

noch einen Schritt weiter. Die Marktwänge und Kontrollmechanismen wandern bei ihm direkt in das Subjekt hinein, werden zu intrinsischen Prinzipien. Vor dem Hintergrund des Gouvernementalitätskonzeptes (Foucault) gehen so Fremdführung und Selbstführung zusammen. Im Subjekt verankern sich die zentralen Anforderungen des neuen Kapitalismus: Selbstökonomisierung, strategische Vermarktung des Ich, Selbst-Rationalisierung, Eigenverantwortlichkeit fürs Scheitern. Auf gesellschaftlicher Ebene bestimmen sich die zwischenmenschlichen Beziehungen völlig neu: Der Mensch ist nicht mehr des Menschen Wolf oder gar Freund, sondern „jeder des anderen Kunde und Konkurrent“ (Bröckling 2002: 13).

Wie der abstrakte Vorgang der Absorption der Fremdführung in das Subjekt vonstatten geht, ist schwer vorstellbar, lässt sich mit Hilfe der Marsyas-Erzählung jedoch plastisch machen; Apollon legt das Innere des Marsyas frei, nimmt ihm die Grenze der Haut. Die Welt *erinnert* sich dem Marsyas, Apollon dringt in das Subjekt ein, entkleidet es und wendet das Innere nach außen. Die Haut als Grenze des Ichs zum Anderen ist überwunden. Marsyas wird in diesem Moment eins mit der Welt und die Welt mit ihm, er zerfließt. Apoll befreit Marsyas von seinem *iron gripe* (Richard Sennett) und verpflanzt so das *Empire* (Negri/Hardt), in dem es kein Außen mehr gibt, in sein Fleisch. Die gehäutete Gestalt, die wir hier vor uns haben, ist der flexible Mensch – biegsam, beugsam, elastisch. Die Rücknahme des *definierten* Körpers in das Amorphe erlaubt einen Umbau der menschlichen Materie – der neue, der prekäre Mensch entsteht. Die Werte, über die das Subjekt einst völlig allein verfügte (Gefühle, Erfahrung, Kreativität), liegen nun offen und werden Material ökonomischer Verwertungsprozesse. Was heute als *Verflüssigung des Kerns* (Klaus Ronneberger) der Arbeitswelt beschrieben wird – die Auflösung der Stammebelegschaft eines Betriebes mit gesichertem Arbeitsplatz zugunsten eines Randes, bestehend aus Leih- und Zeitarbeitern – wird hier stellvertretend an Marsyas vollzogen. Es entsteht eine *Zone der Verwundbarkeit* (Klaus Dörre) dadurch, dass der gesichert Beschäftigte das Prekäre permanent vor Augen hat. Marsyas dient hierfür als Exempel, denn „was alle werden sollen, ist zugleich das, was allen droht“ (Bröckling 2002b).

Im Mythos geschieht all das als Strafe. In der bisherigen Interpretation war die Hybris eine Anmaßung gegenüber dem Gott Apollon. Betrachten wir diesen nun aber als den eigentlichen homo oeconomicus, als strategisch handelndes Wirtschaftssubjekt, das für ein langfristiges Ziel auch Verluste in Kauf nimmt, lässt sich die Strafe anders deuten. In der zeitgenössischen Form des Kapitalismus wird „der Einzelne durch nichts anderes bestimmt [...] als seine Position und Funktionalität innerhalb

des Ganzen“ – wenn gegen diese Position und Funktion Einspruch erhoben wird, so folgt unausweichlich die Strafe. Apollon handelt nach einem unerbittlichen *rational choice*, nach dem die Ordnung aufrecht erhalten werden muss. Der Wettbewerb wird zum Tribunal, vor dem es „zwar eine definitive Verurteilung, den Konkurs [...] aber niemals einen endgültigen Freispruch“ geben kann (Bröckling 2002: 10). Die Risiken für sein Handeln trägt das Subjekt immer selbst. Da im 20. Jahrhundert „der ‚ganze Mensch‘, sein Körper wie seine Psyche, unter das Diktat der Leistungsmaximierung“ gerät, zielen die Rationalisierungsstrategien „auf den Körper des Arbeitenden als Korrelat, aber auch als Analogon der Maschine, mit der er arbeitet“ (ebd.: 9). Die Flöte/Maschine des Marsyas erweist sich als unflexibel und ineffizient gegenüber der Lyra des Apollon. Das Verhalten der Ich-AG, die hier als Leitbild von Apoll verkörpert wird und zu der Marsyas gemacht werden soll, schwankt zwischen „einer Grammatik der Sorge und einer Grammatik der Härte. Welches Register er jeweils zieht, bleibt seinem taktischen Kalkül oder seiner Intuition überlassen, entscheidend ist, dass er auf beiden zu spielen vermag“ (ebd.: 13). Die Katharsis soll vom Fleisch zum Geist führen, mithin zum Erkennen. Das Bewusstsein des Untergebenen und Beherrschten entsteht erst mit der Häutung. Die Häutung wird zur ambivalenten „Allegorie für einen Akt der Befreiung“, die „sowohl Verlust des selbst, als auch dessen Gewinn“ bezeichnet (Benthien 1999: 107).

Helga Manthey schreibt: „Es sind die für die Bestimmung von Kultur relevanten ‚Medien der symbolischen Vermittlung‘, die unternehmensspezifische Zielsetzungen ‚unter der Haut verankern‘“ (Manthey 2003: 113). Zu diesen Medien gehören neben Technologien, Riten oder Sprache vor allem Mythen. Marsyas als Label und *Marke Ich* (Ulrich Bröckling) erhält das Stigma eines Traumas⁵ und wird in symbolischer Vermittlung zu einem Trauma des flexiblen Menschen als fragmentiertem Subjekt, als *Dividuum*, unter dessen Haut die ökonomischen Prinzipien transplantiert sind. Die Individuation als Zerstückelung in Form der Häutung und Zerlegung des Marsyas manifestiert „sich in der Krise der Gesellschaft; sie ist die Krise des Kapitalismus, die als Ende der Arbeit virulent wird“ (Behrens 2003: 145).

5 Trauma kann aus dem Griechischen auch mit Wunde übersetzt werden, am Ende der Schindung ist Marsyas selbst eine einzige Wunde - nisi vulnus erat heißt es bei Ovid.

Schöpferische Zerstörung

Thomas Brasch hat den Marsyas-Mythos ähnlich radikal umgeschrieben. In *Der Zweikampf* von 1979 schlägt Brasch eine Alternative vor. Er bestimmt die Arbeit als Grundlage der europäischen Gesellschaft. Der Wettbewerb von Marsyas und Apoll ist demnach eine zu vollbringende Arbeit (wie auch bei Müller schon implizit angelegt), der Marsyas entgehen will, indem er sie verweigert. Der Marsyas-Mythos wird zu einer Geschichte des Streiks, d.h. „ein Mann weigert sich, eine ganz bestimmte Arbeit zu verrichten und sie mit einer andern zu vergleichen [...] in dem Fall eine künstlerische Arbeit“ (Brasch 2001: 1). Marsyas hat „keine Lust“, sich und seine Arbeit mit der eines anderen zu messen. Er negiert den Wettbewerb (Brasch 1977: 23). Am Ende schützt ihn paradoxerweise auch dies nicht vor der Bestrafung/Häutung und die Barbarei als andere Seite der Vernunft wird sichtbar. Bei Brasch offenbart sich im Verhalten des Marsyas das Potential des Widerstands als eine *Kultur der Verweigerung* (Robert Kurz), in der jede Mitverantwortung für Demokratie und Marktwirtschaft abgelehnt wird, um so den kapitalistischen Betrieb zu stören. Da aber das Ergebnis das gleiche ist, Marsyas' Haut trotzdem zu Markte getragen wird, kann die einzige Differenz in der Bewertung des Mythos liegen, in seiner symbolischen Vermittlung.

Apoll geht hier nicht als Sieger vom Platz, er erscheint jämmerlich, muss er doch Strafen, ohne dass ein Wettbewerb vorausgegangen wäre. Aber auch er hat offenbar keine Wahl, er muss sich den Zwängen des Wettbewerbs genauso unterwerfen und den Unterlegenen, nachdem er sein Instrument zerstört hat, wiederum das Prinzip des Ökonomischen unter die Haut pflanzen. So erweist sich das ökonomische System in seiner Selbstreferenzialität als hermetisch, es scheint keinen Ausweg aus dem Selbstläufer Kapitalismus zu geben. Wo aber liegen dann die Potentiale des Widerständigen?

Auch hier hilft wieder ein Blick auf den Marsyas-Mythos, verbunden mit der Frage, weshalb sich die Strafe derart massiv auf den Körper richtet. Marsyas wird geschunden, er befindet sich in Auflösung und wird zu bloßem Fleisch. Aus dem Zustand des Chaos heraus lässt sich jedoch eine neue Perspektive entwickeln. In diesem „Theater des Amorphen“ versinken die „antiken[n] Figuren [...] ins Amorphe der Zeiten, der Schmerzen und der Schreie, weil eben dies ihre Plastizität sichert [...] sie sind plastische Masken, die viele historische Physiognomien in sich versammeln“ (Schneider 2004: 129; 134). Gerade in der Reduktion auf das Material werden die Figuren wieder potent und semantisch aufladbar. Marsyas wird zu einem Rohstoff, aus dem sich durch die Zeiten immer wieder „jede andere Plastik hervortreiben“ lässt. Diese „Formge-

bungskräfte“ führen dazu, dass der zerlegte Mensch nicht zwangsläufig als flexibler Mensch wieder zusammengesetzt werden muss (ebd.: 129). So ließe sich annehmen, dass Marsyas durch seine unverwüstliche Haut am Ende doch über die Technologie des Apollon siegt. Die Rücknahme des Menschen durch Zerlegung formulierte Müller gegen Ende seines Lebens so:

„Der Logik der Maschine entspricht die Reduzierung des Menschen auf den Rohstoff, auf das Material plus Zahngold. [...] Rationalität als einziges verbindliches Kriterium reduziert den Menschen auf seinen Materialwert“ (Müller 2005: 19).

Der Nationalökonom Joseph Schumpeter hat auf die Dynamik der *schöpferischen Zerstörung* als Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Kapitalismus hingewiesen. Radikalisiert man diese Idee und wendet sie auf das Subjekt, mithin den Körper an, der die ökonomischen Zwänge internalisiert hat, so führt die erneute Zerstörung dieses Materials auch zur Zerschlagung eben jener rationalen Zwänge.

Der Untergang des Marsyas kam „von der *spezifischen* Macht, gegen die er aufbegehrt hatte“ (Girshausen 2004: 94). Ebenso wie die neue Form des Kapitalismus aus den Forderungen ihrer Gegner resultierte. Die zu vollbringende Leistung des Widerstands ist also eine differente Erinnerung, die von Schmerz als Erfahrung eines Schocks ausgeht. Sie zielt auf die schmerzhafteste Erinnerung als Arbeit an gescheiterten Utopien, die „umso mehr nach Erlösung, Auferstehung, Aufhebung [...] verlangen“ (Lehmann/Primavesi 2003: IX). Die Vergegenwärtigung der Häutung des Marsyas ist eine Schockerfahrung, aufgrund derer die Figur präsent bleibt. Die Wahrnehmung von Vergangenen beruht auf „einer blutigen Einschreibung von Ideen in Körper“ (ebd.: X). Der vermeintlich geistige Akt des Erinnerns bekommt einen psychosomatischen Aspekt. Der Zivilisationsprozess wird mit dem Körper als eine „Bemächtigungsgeschichte des Körpers“ verinnerlicht (Eke 2003: 57). Geschichte ist so einerseits „Vergängnis und Ruinenlandschaft“, aber eben auch fruchtbarer Boden der Wandlung (Lehmann/Primavesi 2003: X). Das Vergangene, Gestorbene wird gegenwärtig und bestimmt die Zukunft, die in dieser Logik hinter uns liegt. *Erinnern* hieße dann *Erschaffen* und wäre so eine weitere Form symbolischer Vermittlung. Marsyas kann uns als Märtyrer und Leitbild eines unbestimmbaren *Noch-Nicht* gelten.

Literatur

- Behrens, Roger (2002): „Wissen als Design. Anmerkungen zum fortschreitenden Zerfall des Individuums am Ende der Arbeitsgesellschaft“. In: Alexander Meschnig/Mathias Stuhr (Hg.), *Arbeit als Lebensstil*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 133-146.
- Bendlin, Andreas (1998): „Sünde“ [Art.]. In: Hubert Cancik (Hg.), *Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe* Bd. V, Stuttgart: Kohlhammer, S. 125-134.
- Benthien, Claudia (1999): „Haut. Literaturgeschichte – Körperbilder – Grenzdiskurse“, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Brasch, Thomas (1977): „Der Zweikampf“. In: Brasch, Thomas, *Vor den Vätern sterben die Söhne*, Berlin: Rotbuch-Verlag, S. 21-26.
- Brasch, Thomas (2001): Interview. In: Bernd Seidensticker, *Mythen in nachmythischer Zeit. Die Antike in der deutschsprachigen Literatur der Gegenwart*, Berlin/New York: de Gruyter, S.1f.
- Bröckling, Ulrich/Horn, Eva (Hg.) (2002a): *Anthropologie der Arbeit*, Tübingen: Narr.
- Bröckling, Ulrich (2002b): „Das unternehmerische Selbst in der Zivilgesellschaft“. Vortrag, gehalten auf dem Workshop „Zivilgesellschaft. Historische Forschungsperspektiven“ am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, 06./07.12.2002, publiziert unter http://www.k3000.ch/becreative/texts/text_12.html, 14.07.2008.
- Cancik-Lindenmaier, Hildegard (1998): „Leiden“ [Art.]. In: Hubert Cancik (Hg.), *Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe* Bd. IV, Stuttgart: Kohlhammer, S. 47-57.
- Dörr, Georg (1998): „Agon/agonal“ [Art.]. In: Hubert Cancik (Hg.), *Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe* Bd. I, Stuttgart: Kohlhammer, S. 415-417.
- Dörre, Klaus (2005): „Entsicherte Arbeitsgesellschaft. Politik der Entprekariisierung“. In: *Widerspruch*, Heft 49/2005, S. 5-18.
- Eke, Norbert Otto (2003): „Geschichte und Gedächtnis im Drama“. In: Hans-Thies Lehmann/Patrick Primavesi (Hg.), *Heiner Müller Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 52-58.
- Emmerich, Wolfgang (2003): „Griechische Antike“. In: Hans-Thies Lehmann/Patrick Primavesi (Hg.), *Heiner Müller Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 171-178.

- Girshausen, Theo (2004): „Regie Heiner Müller: Geschichte(n)-Erzählen“. In: Christian Schulte/Brigitte Maria Mayer (Hg.), *Der Text ist der Coyote. Heiner Müller. Bestandsaufnahme*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 90-101.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): *Empire. Eine neue Weltordnung*, Frankfurt/M.: Campus.
- Kreikebaum, Marcus (2003): *Heiner Müllers Gedichte*, Bielefeld: Aisthesis.
- Kurz, Robert (2005): *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Berlin: Ullstein.
- Lehmann, Hans-Thies/Primavesi, Patrick (Hg.) (2003): *Heiner Müller Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Manthey, Helga (2002): „Menschliche Organisationen und verorganisierte Menschen. Zur Emotionalisierung von Arbeitsbeziehungen“. In: Alexander Meschnig/Mathias Stühr (Hg.), *Arbeit als Lebensstil*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 109-132.
- Müller, Heiner (1979): „Der Schrecken die erste Erscheinung des Neuen“. In: Frank Hörnigk (Hg.), *Heiner Müller Material*, Leipzig: Reclam, S. 22-26.
- Müller, Heiner (1986): *Gesammelte Irrtümer 1*, Frankfurt/M.: Verlag der Autoren.
- Müller, Heiner (1989): *Shakespeare-Factory 2*, Berlin: Rotbuch.
- Müller, Heiner (2005): „Denken ist Schuld“. In: Gnade. *Überschreitung und Zurechtweisung*, Hg. von der Volksbühne Berlin zur Inszenierung *Schuld und Sühne* von Frank Castorf, Berlin.
- Ronneberger, Klaus (2006): „Die Kunst, sich an nichts zu gewöhnen. Prekäre Arbeit im flexiblen Kapitalismus“. In: <http://www.eurozine.com/articles/2006-10-04-ronneberger-de.html>. (zuerst in: *Springerin. Hefte für Gegenwartskunst*, 3/2006.)
- Schneider, Manfred (2004): „Kunst in der Postnarkose. Laokoon Philoktet Prometheus Marsyas Schrei“. In: Christian Schulte/Brigitte Maria Mayer (Hg.), *Der Text ist der Coyote. Heiner Müller. Bestandsaufnahme*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 120-142.
- Sennett, Richard (2006): *Der flexible Mensch*, Berlin: Berlin Verlag.
- Stentzler, Friedrich (1998): „Strafe“ [Art.]. In: Hubert Cancik (Hg.), *Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe Bd. V*, Stuttgart: Kohlhammer, S. 102-106.
- Vassen, Florian (2006): „Der unglückliche Glücksgott. Versuch über einen ‚Spielball‘“. In: Theo Girshausen/Günter Heeg (Hg.), *Theatrophie. Heiner Müllers Theater der Schrift*, Tagungsband. (erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2008).

Wunenburger, Jean-Jaques (1994) : „Mytho-phorie. Formen und Transformationen des Mythos“. In: Wilfried Barner/Anke Detken/Jörg Wesche (Hg.), Texte zur modernen Mythostheorie, Stuttgart: Reclam, S. 290-304.

GENEALOGIE DES PREKARIATS

MARIO CANDEIAS

Seit einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ‚das Prekariat endlich auch in Politik und Medien angekommen (Müller-Hilmer 2006). Nachdem es lange nur ein unsichtbares Schattendasein als ‚Nicht-Klasse an sich‘ geführt hat, von sich selbst nichts zu wissen schien, nur in linken Diskursen herumgeisterte und hier und da in den französischen Vorstädten auftauchte, ist es nun ans Licht gezerrt worden. Das Prekariat, das sind die ‚Abgehängten‘, das ist die ‚Unterschicht‘, derer man sich annehmen muss, meint der wohlmeinende Sozialdemokrat. Der weniger wohlmeinende Herr Müntefering will davon nichts wissen, eine Unterschicht gebe es nicht. Und Klassenunterschiede, die gibt es nur bei PISA.

Genutzt hat das Abwiegeln wenig. Es lässt sich nicht mehr verdrängen, dass es so etwas wie ein ‚Unten‘ in der Gesellschaft gibt, wo sich Prekarität ausbreitet. ‚Prekär‘ bedeutet im Lateinischen „unsicher“, aber auch ‚aus Gnade gewährt‘ – und so fühlt es sich auch an: Wer keinen Job hat, erlebt, wie ein soziales Recht auf ein garantiertes Existenzminimum im Rahmen von Hartz IV zu einer wohlthätigen, paternalistischen Gewährung von Hilfe umdefiniert wird, die an Wohlverhalten und zu erfüllende Pflichten gebunden wird. Wer einen Job hat, muss dankbar sein, überhaupt einen zu haben, auch wenn das Einkommen kaum zum Leben ausreicht.

Doch ‚prekär‘ meint nicht nur Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne existenzsicherndes Einkommen. Es geht auch um die mangelnde Anerkennung der Arbeit und der Person, um betriebliche und soziale Isolierung, die Zerstörung von Sozialkontakten, mangelnden Sozialversicherungsschutz und fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten. Besonders

schmerzlich ist die längerfristige Planungsunsicherheit für den eigenen Lebensentwurf, die z. B. die Familiengründung erschwert. Bei Migrantinnen und Migranten wirkt die Illegalisierung als zusätzliche Entrechtung. Insgesamt bewirkt dies alles eine massive Verunsicherung der individuellen und damit auch kollektiven Handlungsfähigkeit.

Zugegebenermaßen: ein Sammelsurium an Dimensionen. Aber genau an der unterschiedlichen Kombination dieser Dimensionen, die alle treffen, aber in unterschiedlicher Weise, zeigt sich die Vielfältigkeit von Prekarisierungsprozessen, die je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethno-nationalen oder anderen Zuschreibungen ganz unterschiedlich ausfallen und verschieden bearbeitet werden. Jeder spürt den Druck der Prekarisierung, viele wissen von der Möglichkeit, dass es sie treffen kann – dieses Wissen wird aber noch lange nicht zu einem Verständnis einer allgemeinen, gemeinsamen Lage.

Prekarisierung ist längst kein Problem einiger weniger mehr. Sie betrifft illegalisierte migrantische Putzfrauen, Sicherheitskräfte mit weniger als 4 € Stundenlohn, die befristete Kassiererin bei Lidl, wie den gut ausgebildeten, ostdeutschen Leiharbeiter im Ruhrgebiet oder den (schein)selbstständigen Fernfahrer. Aber sie betrifft eben auch die (zwang)s mobilen Kurzzeit-Projektarbeiter in der IT-Industrie, freie Journalistinnen, selbständige Kulturschaffende oder Masseur, befristet beschäftigte Sozialarbeiterinnen und Wissenschaftler, die Bibliothekarin mit 1-€-Job oder das Computer-Proletariat in den Call-Centern: Formen der Flexploitation, der flexiblen Ausbeutung im neoliberalen Kapitalismus. Der Unsicherheit unterworfen sind auch die Karrieren schlecht oder nicht bezahlter Praktika, Hartz IV-Empfänger und natürlich alle jene, die schon immer prekär leben mussten: Sozialhilfeempfänger, nicht anerkannte Fluchtmigranten, Obdachlose.

Über 36% der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten zu Bedingungen des Niedriglohnes (mit weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens), davon gehören über 7 Mio. zu den lohnarbeitenden Armen, den *working poor*, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens erhalten – die Hälfte davon ist voll-erwerbstätig. Der Anteil ‚regulärer‘ Beschäftigungsformen ist von ehemals über 80% (Mitte der 1970er Jahre) auf weniger als 63% zurückgegangen, große Bereiche des Niedriglohnes noch nicht eingerechnet, weil sie formal oft der unbefristeten Vollbeschäftigung entsprechen, nur dass man davon eben nicht leben kann. Die Ausbreitung informeller Aktivitäten ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis und die Realität jenseits vereinbarter Verträge entziehen sich ohnehin den herkömmlichen statistischen Methoden. Zudem werden schon jetzt über zwei Drittel aller Jobs nur noch befristet vergeben. Entsprechend verlaufen drei Viertel der Erwerbsver-

läufe diskontinuierlich, also wechselnd zwischen Arbeit, Phasen der Arbeitslosigkeit, befristeter Beschäftigung, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, prekärer Selbstständigkeit, Sozialhilfe, Arbeit etc. Zugespielt könnte man also sagen: Das neue Normalarbeitsverhältnis sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse.

1. Unsicherheit als Begleiter kapitalistischer Vergesellschaftung

Wenden wir uns der Genealogie der Prekariats zu, stellen wir fest, dass es sich dabei keineswegs um ein neuartiges Phänomen handelt, sondern um eines, das die Geschichte kapitalistischer Produktionsweise begleitet, immer gegenwärtig ist, periodisch an Bedeutung gewinnt und nach harten Auseinandersetzungen wieder verliert. „Ein Teil der aktiven Arbeiterarmee“ findet sich in „durchaus unregelmäßiger Beschäftigung. [Er] bietet dem Kapital einen unerschöpflichen Behälter disponibler Arbeitskraft.“ Die Lebenslage dieser Arbeiter „sinkt unter das durchschnittliche Normalniveau der arbeitenden Klasse und gerade dies macht sie zur breiten Grundlage eigener Exploitationszweige des Kapitals. Maximum der Arbeitszeit und Minimum des Salairs charakterisieren sie.“ Sie rekrutieren „sich fortwährend aus den Überzähligen der großen Industrie und Agrikultur“ (MEW 23: 672); so findet sich eine Art Bestimmung von Prekarität schon bei Marx im ersten Band des *Kapitals*. In den Abschnitten zur ursprünglichen Akkumulation oder zu den Kämpfen um den Normalarbeitstag zeigt er, wie sich die Lage des gesamten Proletariats insgesamt durch (gewaltsame) Herauslösung und Zersetzung alter sozialer Verhältnisse, durch Verunsicherung und Verkürzung der Lebenszeit charakterisiert, bevor Kämpfe der Arbeiterklasse eine Verbesserung der Lage, staatliche Regulierung und relative Absicherung der Arbeiter und ihrer Familien nach sich ziehen. Statt fortschreitender Verelendung konnten Arbeiterbewegung und Gewerkschaften soziale Rechte erzwingen, die schließlich zu den Anfängen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates führen, somit völlige Unsicherheit und das Ausgeliefertsein an den Markt zurück drängen, Arbeitskraft tendenziell entkommodifizieren, also ihren Warencharakter abschwächen.

Doch schon damals galt dies immer nur für einen mehr oder minder großen Teil der Arbeiterklassen, weniger für bestimmte Berufsgruppen, für Migranten oder Frauen und national bzw. regional unterschiedlich je nach Niveau der gesellschaftlichen Integration. Zum Teil wurden diese Phänomene mit dem Entstehen sog. Arbeiteraristokratien verknüpft, die aufgrund ihrer besonderen Stellung im Produktionsprozess ihren Parti-

kularinteressen besser zur Durchsetzung verhelfen konnten (im Extrem sogar mit dem sog. ‚Klassenfeind‘ gegen die übrigen Arbeiter paktierten). In der Nachkriegskrise der 1920er Jahre wurde das Problem der Unsicherheit und mangelnden Reproduktionsfähigkeit wieder zu einem der gesamten Arbeiterklassen bzw. sogar der kapitalistischen Gesellschaften insgesamt. Unterschiedliche Lösungsversuche der Krise führten unter anderem zum 2. Weltkrieg, aus dem der Amerikanismus, den Antonio Gramsci (Gef. 9) so trefflich Ende der 20er/Anfang der 30er analysierte, als Gewinner hervorging. New Deal und Fordismus führten zu ungeahnten Wohlfahrtsgewinnen und Kanalisierung der Klassenkämpfe in institutionelle Bahnen. Später wurden diese Jahre bis etwa Ende der 1960er als ‚Goldenes Zeitalter‘ (Hobsbawm, Lipietz) bezeichnet. Doch auch in dieser Zeit blieb Unsicherheit für kleinere Teile der Arbeiterklassen in den Industriestaaten, v. a. aber für Migranten und Frauen sowie für Lohnabhängige, Bauern und Landlose in den Ländern des Südens kennzeichnend.

Dennoch war existentielle Unsicherheit weitgehend zurückgedrängt worden. Und es ist daher kein Zufall, dass erst mit der Krise des Fordismus der Nachkriegszeit zu Beginn der 1970er Jahre, dem Beginn einer neuen Massenarbeitslosigkeit und nachhaltigen Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in linken Kreisen wieder begonnen wurde, das Problem der Unsicherheit aufzunehmen. Der Begriff des *lavoro precario* wurde meines Wissens nach zum ersten Mal in oppositionell-marxistischen Kreisen Italiens verwandt, die sich im Anschluss an Gramsci mit der Lage der süditalienischen Arbeitsmigranten in den norditalienischen Industriezentren befassten und sich als Teil radikaler Bewegungen verstanden (vgl. Bologna/Cacciari 1973). In den 1980er Jahren gelangten diese Debatten über den sog. postoperaistischen Diskurs auch nach Deutschland (vgl. Lucas u. a. 1977). Besonders die Jobber-Bewegung und Teile der Frauenbewegung diskutierten und kritisierten die Konstitution des sog. Normalarbeitsverhältnisses und des patriarchalen und paternalistischen Wohlfahrtsstaates, die bestimmte Gruppen ausschlossen, normierte Lebensweisen erzwangen und alternative Lebensentwürfe verunmöglichten (vgl. Krebs/Rein 2000). Dagegen wurde eben die freiere Existenz des Jobbers gestellt, der, ähnlich den italienischen Aneignungsbewegungen der Städte, neue Formen des Lebens und Arbeitens realisieren wollte (literarisch besonders kunstvoll verarbeitet in dem kleinen Buch *Bezahlt wird nicht!* des Nobelpreisträgers Dario Fo von 1974).

In den etablierten wissenschaftlichen Diskurs gelangte das Thema Prekarität Ende der 1980er Jahre mit J.C. Ray's Arbeit *La précarité, définie et mesurée en tant que pauvreté potentielle*. Es stand damals in engem Bezug zu Debatten um die Neue Armut, wie sie in Europa, vor allem aber in den USA zuvor geführt wurden, ohne dass diese den Begriff der Prekarität verwandten. Es stand eben Armutsforschung im Vordergrund (herausragend auch mit Blick auf Handlungsbedingungen von Armutsbewegungen Piven/Cloward 1971 und 1977). Den Übergang von der Armuts- zur Prekaritätsforschung markiert die umfangreiche Studie Bourdieus und seiner Mitarbeiterinnen zum *Elend der Welt* (1993). Doch findet sich dort weder das Wort „Prekarität“ noch dessen konkretere Bestimmung. Erst Ende der 1990er Jahre macht Bourdieu den Begriff in einigen Essays zum politischen Kampfbegriff, am bekanntesten sicher im Text *Prekarität ist überall*. Darin markiert er Prekarität als „Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt“ und zu einer neuen Form der „Flexploitation“, der flexiblen Ausbeutung führt (1997: 96ff). Er kam nicht mehr dazu, diesen sehr allgemeinen Kampfbegriff der Prekarität theoretisch auszufüllen und genauer zu bestimmen. Den Ursprung der Prekarität verortet er – wie ich meine zutreffend – in den Umwälzungen von Ökonomie und Erwerbsarbeit.

Tatsächlich ist die Durchsetzung einer informationstechnologischen Produktionsweise mit der Zersetzung und Neuzusammensetzung der Klassen verbunden. Soziotechnische Veränderungen und die Transnationalisierung der Produktion führen zu einer Umwälzung von Arbeitsformen und Tätigkeiten. Dies ist verbunden mit dem Abbau fordistischer Arbeitsverhältnisse, der Entwicklung neuer Berufe und Branchen und mit neuen Spaltungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Gruppen von Beschäftigten (vgl. Candeias 2004). Der Geltungsbereich des sog. Normalarbeitsverhältnisses (NAV) – d. h. der dauerhaft vollzeitbeschäftigten, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestatteten, häufig gewerkschaftlich organisierten, ‚weißen‘, männlichen ‚Arbeitnehmer‘ – dieses NAV wird von außen wie von innen, von Seite der ‚Arbeitgeber‘ wie von den Beschäftigten selbst, zunehmend eingeschränkt. Jenseits dieses immer noch quantitativ bedeutsamen Torsos, der früher einmal als ‚Proletariat‘ benannt wurde, tauchen zwei neue Gruppen von Beschäftigten auf: Zum einen entsteht eine Gruppe hochqualifizierter, flexibler, in Projektarbeit beschäftigter Individuen, die den alten Habitus des Arbeiters abgelegt haben, gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deren Tätigkeiten durch die Bedienung/Beherrschung von Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt sind – das Kybertariat, wie Ursula Huws (2002) es

nennt. Zum anderen wächst unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit ein wachsendes Subproletariat in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringer Entlohnung heran.

Beiden Gruppen gemeinsam ist die deformalisierte und individualisierte Form der Aushandlung und Mikro-Regulation von Arbeitsverhältnissen; sie unterscheiden sich jedoch fundamental in ihrer jeweiligen Stellung innerhalb des Produktionsprozesses. Beide sind Teil einer allgemeinen Prekarisierung der Arbeit, die keine Randerscheinung darstellt, vielmehr zentrales Moment der ökonomischen Restrukturierung und Flexibilisierung ist – verbunden auch mit einer wachsenden Einkommenspolarisierung. Diese Prekarisierung bezieht sich nicht nur auf den Bereich sog. einfacher Dienstleistungstätigkeiten in Haushalt, Handel, Gastronomie, Transport oder Pflege, sondern findet sich auch in Werbeagenturen, bei Journalisten, Webdesignern und Wissenschaftlern und hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebensweise. Die Grenze zwischen beiden Sphären der Arbeit – etwa zwischen Putzmann und Computerarbeiterin, auch innerhalb desselben Unternehmens – sind allerdings so scharf, dass die unterschiedlichen Arbeiten nicht mehr als Kooperationsbeziehungen wahrgenommen werden, Kommunikation kaum noch stattfindet. Die Verunsicherung dringt zugleich bis in den Kern der noch sicheren Beschäftigung vor und wird besonders spürbar, wenn reguläre Arbeitsplätze durch flexible Beschäftigung, etwa Leiharbeit, ersetzt werden. Prekäre Arbeitskräfte werden dann als eigentliche Bedrohung wahrgenommen, Spaltungen zwischen Beschäftigten vertieft, während ein wachsender Teil der Bevölkerung ganz aus der Erwerbsarbeit geschleudert oder in den informellen Sektor verwiesen wird.

Es geht also nicht um einen Prozess, der bestimmte Randgruppen betrifft. Die kurze Aufregung um ein ‚abgehängtes Prekariat‘ oder eine kleine (wenn auch wachsende) ‚Unterschicht‘ wirkt daher politisch eher als Entdramatisierung der sich zuspitzenden sozialen Frage. Die Mittelschichten sind stabil und zufrieden, meldeten sozialliberale Wissenschaftler kürzlich (Frankfurter Rundschau, 28.03.2007: 23). An der Aufregung seien nur die Medien schuld. Tatsächlich erleben wir jedoch die Verbreitung einer allgemeinen gesellschaftlichen Kultur der Unsicherheit.

2. Dimensionen der Prekarisierung

Aber zurück zum Begriff, denn noch haben wir keine Bestimmung der Prekarität. Meist wird Prekarität als formaler Begriff definiert, der sich an der „Unterschreitung von Standards“ des sog. Normalarbeitsver-

hältnisses orientiert (Mayer-Ajuha 2003: 14). Die Unterschreitung von Standards bezieht sich dann v. a. auf Einkommen, Tarifrecht oder Arbeitsverträge. Etwas formal ist dieser Begriff, weil er nur das Abweichen von alten Regulierungsniveaus in den Blick nimmt. Damit bleibt Prekarität auf die relative Benachteiligung bestimmter Gruppen beschränkt, statt die allgemeine Prekarisierung im Zuge der Senkung des gesamten Niveaus sozialer Rechte und der Durchsetzung neuer Formen der Arbeit und Subjektivität in den Blick zu nehmen. Das Problem solcher analytischen *Unterbestimmung* eines Begriff von Prekarität ist, dass sie dann in der Regel die Wiederherstellung des alten, nicht zu vergessen ausschließenden, weil nur für einen begrenzten Teil der Bevölkerung geltenden Normalarbeitsverhältnisses, nahe legen. Es kann jedoch aus linker Perspektive kaum darum gehen, Erwerbslose und Prekarisierte wieder in formelle Vollzeit-Lohnarbeit zu pressen, sondern andere Formen möglichst selbstbestimmter Arbeit experimentell zu fördern und auf deren Verallgemeinerung zu drängen. Weithin aber ist Lohnarbeit bestimmender Bezugspunkt einer gesellschaftlichen Integration, auch für große Teile der Linken (etwa Castel 2000), insbesondere für große Teile der Gewerkschaften. Die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen, sicheren Arbeitsverhältnissen und einem höheren Anteil am produzierten Mehrwert ist zwar richtig, aber unzureichend.

Es gilt also den Blick zu erweitern. Er drängt sich in zahlreichen Interviews und der Arbeit mit Prekären auch geradezu auf: Versuchsweise kann Prekarisierung gefasst werden als Prozesse, die a) Arbeitsverhältnisse oder Formen der abhängigen Selbständigkeit ohne existenzsicherndes *Einkommen* hervorbringen, b) mit Tätigkeiten verbunden sind, denen bestimmte Kriterien qualifizierter Arbeit abgesprochen werden, mit entsprechend geringer oder mangelnder gesellschaftlicher *Anerkennung*, c) die zur tendenziellen *Ausgliederung* aus betrieblichen bzw. kooperativen Strukturen, zu raum-zeitlicher Isolierung und Zerstörung von Sozialkontakten führen, d) mit einem tendenziell geringeren (arbeits- und staatsbürgerschaftlichen) *rechtlichen Status* verbunden sind, und e) geringe oder keine Ansprüche auf *Sozialleistungen* zur Folge haben (Lohnersatzleistungen, Krankenversicherung oder Rente). Es geht auch um Prozesse, die f) mit der Erosion *öffentlicher Dienstleistungen* als allgemeinen Bedingungen sozialer und individueller Reproduktion verbunden sind durch Privatisierung, Verteuerung des Zugangs (bspw. im Nahverkehr), Streichung von Weiterbildungsmöglichkeiten bei Arbeitslosigkeit etc. (vor allem, wenn bedacht wird, dass erhöhte Reproduktionsanforderungen der neuen Produktionsweise durch steigende Qualifikationsanforderungen und hohe psycho-physische Beanspruchung eher den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen von der Kin-

derbetreuung und Gesundheitsvorsorge bis zur Weiterbildung erfordern, ergibt sich an diesem Punkt ein heftiger Widerspruch, der individualisiert den Einzelnen aufgebürdet wird). Besonders wichtig ist, dass Prekarisierungsprozesse insgesamt g) längerfristige *Planungssicherheit* für den eigenen Lebensentwurf ausschließen, und schließlich h) eine massive Verunsicherung oder Schwächung der individuellen und damit auch kollektiven *Handlungsfähigkeit* bewirken.

Wie gesagt, sind dies Dimensionen, die fast alle in der einen oder anderen Weise betreffen, aber in ganz unterschiedlicher Weise und unterschiedlichen Kombinationen. Daran wird deutlich, was Robert Castel die signifikante „Wiederkehr der massenhaften Verwundbarkeit“ nennt (Castel 2000: 357). Doch trotz konvergierender sozialer Lagen kann eben keineswegs von einer sozialen Klasse gesprochen werden, allenfalls von sich neu konstituierenden Klassenfraktionen. „Vielmehr setzt der herrschende öffentliche Diskurs alles ein“, um diese Verallgemeinerung „zu verschleiern“ (Gorz 2000: 76).

3. Zonen, Schichten, Milieus

Aus der Sicht zahlreicher Ungleichheitsforscher wie Castel, Franz Schultheis oder Stefan Lessenich kann angesichts der Unübersichtlichkeit der Prekarisierungsprozesse von Klassen keine Rede sein. Die Perspektive ist: „Die Gesellschaft zerfällt“ in Lebenslagen, die von den Einzelnen „als so instabil erlebt werden, dass keine dauerhafte Identifikation mit einer Rolle und Gruppe mehr gelingt. Statt stabiler sozialer Klassen mit relativ klar geschnittenen Klasseninteressen gibt es nunmehr eine Fülle potenziell wechselnder Markt- und Sozialstaatslagen mit hochgradig situativen Konkurrenzinteressen“ (Lessenich/Nullmeier 2006: 18). Während es sich für Schultheis (2005) um hoch vereinzelte individuelle Lagen handelt, besteht Castel auf der Entstehung kollektiver Lagen. Auch er spricht dabei aber nicht von (Klassen)Lagen, vielmehr von drei unterschiedlichen „Zonen“ der Arbeitsgesellschaft: der Zone der Integration mit geschützter ‚Normalarbeit‘, der Zone der Prekarität mit unsicherer Beschäftigung und nicht existenzsichernden Löhnen, sowie der Zone der Entkopplung, dauerhaft ausgegliedert aus formeller Erwerbsarbeit und in Armut (vgl. Castel 2000).

Nun waren wir mit dem Blick auf unterschiedliche Dimensionen von Prekarisierung aber schon weiter, stellten fest, dass es nicht nur um Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit geht, sondern auch um Anerkennung, Lebensverhältnisse, Planbarkeit etc.

Also nehmen wir empirische Untersuchungen vor, die genauer, differenzierter hinschauen, subjektive Bearbeitungsformen in den Mittelpunkt rücken: Klaus Dörre und Mitarbeiter füllen die castelschen Zonen gewissermaßen aus:

Typologie arbeitsweltlicher (Des-)Integrationspotentiale

(nach Brinkmann, Dörre, Röbenack 2006: 55):

Zone der Integration

1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration
(„Die Unkonventionellen“/„Die Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)

Zone der Prekarität/Verwundbarkeit

5. Präkäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration
(„Die Hoffenden“)
6. Präkäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement
(„Die Realistischen“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)

Zone der Entkoppelung

8. Überwindbare Ausgrenzung („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration
(„Die Abgehängten“)

Diese Typologie ist leicht anschlussfähig, weil jede und jeder sich dort selbst einordnen kann. Ein solches Bild konstituiert gewissermaßen innerhalb der Zonen einzelne Schichten oder Milieus.

Lagen und Widersprüche

Individuell betrachten viele prekäre Arbeitsverhältnisse immer noch als Sprungbrett in sichere Beschäftigung und hoffen auf eine Art Klebeeffekt, wenn die Praktikantin, der Leiharbeiter oder die 1-€-Jobberin ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen konnte. Doch die Übernahme in reguläre Beschäftigung ist die Ausnahme, weniger als 5% schaffen es. Die Prekären befinden sich in einer Art Schwebezustand – sie haben „den Anschluss an die vermeintliche Normalität noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren“, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen auch nötig,

um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden. Sie haben daher „keine Reserven, kein Ruhekissen“ (Dörre 2005: 254). Dies wirkt disziplinierend auf ihr Handeln, macht sie gefügig.

Doch die massive Ausweitung flexibilisierter, oft prekärer Teilzeitarbeitsverhältnisse ermöglichte für viele Frauen oder (illegalisierte) Migranten überhaupt erst die Teilhabe an der Lohnarbeit und ihrer Verbindung mit den notwendigen Reproduktionsarbeiten. Darüber hinaus sind es nicht nur die Hochqualifizierten, die das Ende des ‚nine-to-five-Trotts‘ begrüßen. Die Menschen wissen, dass das alte Normalarbeitsverhältnis kaum zurück zu haben ist, viele streben es auch nicht mehr an, denn auch in den prekärsten Verhältnissen finden sich Momente erweiterter Selbstbestimmung bzw. des Selbstmanagements und von Möglichkeiten andersartiger Lebensführung – meist allerdings verbunden mit verschärfter Ausbeutung (vgl. Candeias 2004; Caixeta 2006).

Trotz Individualisierung und Arbeitsdruck, Stress und einseitiger Flexibilisierung stellen sich diese prekären Formen der Arbeit für Teile der Beschäftigten nicht nur negativ als Verlust von Sicherheit oder gemeinsamer (Arbeiter)Identität dar. Vor allem für die jüngeren Generationen entspricht dies einer Befreiung von jahrzehntelanger, immer gleicher, monotoner Arbeit und normierten Lebensweisen, hin zu einer Vielfaltigkeit von Lebensstilen und der Ausbildung von *patchwork*-Identitäten. Nicht nur von den begehrten Spezialisten wird die Spannung zwischen persönlicher Autonomie und zunehmender Ungewissheit durchaus *auch* als Zugewinn erfahren. Solange häufige Wechsel der Position oder Stelle, auch zwischen Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit und Beschäftigung subjektiv als Chancen wahrgenommen werden – als Im-Spiel-Bleiben, Hoffnungen aufrecht erhalten werden – obwohl es sich in der Regel nur um mehrdeutige Seitwärtsbewegungen handelt, wird daran auch festgehalten. Solche Widersprüche zeigen, weshalb prekäre Verhältnisse nicht auf größere Widerstände stoßen, sondern auch von ‚unten‘ reproduziert werden (vgl. Candeias 2006).

Im Zuge transnationaler Verlagerung und immer neuen Entlassungswellen sind selbst die fest angestellten Stammbelegschaften nicht mehr sicher. Auch in den gewerkschaftlichen Hochburgen, wie der Automobilindustrie, gelten mühsam ausgehandelte Beschäftigungsgarantien, meist gegen Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten, nur für wenige Jahre, sofern sich die Lage des Unternehmens nicht verschlechtert haben sollte. Oft haben diese Beschäftigungsgarantien nur ein paar Monate Bestand. Was heißt dann sichere Beschäftigung? Waren prekäre Randbelegschaften zunächst erwünschter Flexibilisierungspuffer, schleicht sich bei den Kernbelegschaften ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit ein, da sich die Externen in kurzer Zeit als mindestens ebenso leistungsfähig

und extrem einsatzbereit, als flexibler, gefügiger und vor allem billiger erweisen. Ihre Präsenz wirkt disziplinierend (nicht mehr einzelne Leiharbeiter, sondern oft bis zu einem Drittel der Belegschaft eines Betriebes). Der Druck ist allgegenwärtig.

4. Von der Anomie zur Organisierung

Die dominante mediale Wahrnehmung des Prekariats ist die apathischer und inaktiver Verwahrlosung – das Bild des ‚Penners‘ auf der Parkbank. Ungleichheitsforscher wie Castel verstärken diese Sicht ungewollt, wenn sie bei Prekären allgemein eine Tendenz zum „Sich-Einrichten“ verzeichnen, einen „Realismus der Hoffnungslosigkeit“, der Abschied nimmt von Versuchen zur Reintegration, sich passiv-resignativ damit abfindet (einschließlich sporadischer Gewaltausbrüche mit selbstzerstörerischen Merkmalen). Solche Beobachtungen sind zutreffend, sie beschreiben Phänomene sozialer Desintegration des alten fordistischen Modells der Arbeit und sozialer Integration. Zugleich reproduzieren sie den Blick auf die Betroffenen von ‚oben‘, neigen zur tendenziellen Entsubjektivierung der Betroffenen als Handelnde in den Verhältnissen. Prekarisierung kommt dann quasi von ‚oben‘, trifft die Einzelnen, ohne dass ihr aktives Handeln, ihr Ringen nach Handlungsfähigkeit, auch ihre Anpassung oder eben ihr Widerstand erkennbar würden. Politische Mobilisierung gerät dann zur unmöglichen Vorstellung in einem ‚Regime der Angst‘, da Menschen, „die sich in prekärer Lage befinden“, so Bourdieu, sich kaum mobilisieren lassen, „da sie in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt sind“ (Bourdieu 1998: 98). Unweigerlich fragt man sich, wie es zur Entstehung der Arbeiterbewegung kommen konnte (vgl. Thompson 1963). Gegen die Sicht einer anomen Nicht-Klasse von Marginalisierten sprechen v. a. International vermehrt anzutreffende Phänomene der Selbstorganisation.

Denn auch unter den Prekarierten (oder gerade unter ihnen?) regt sich Widerstand. Ken Loach zeigt in seinem Film *Brot und Rosen* (2000) exemplarisch den Streik der Putzfrauen und anderer, vor allem migrantischer Niedriglöhner und seine Folgen für die auf ihre Arbeit angewiesenen Banken und Unternehmen in Los Angeles. Immer wieder gelingt es vermeintlich apathischen Gruppen, wie illegalisierten migrantischen Landarbeitern oder Bauarbeitern, Reinigungskräften und Teilzeitverkäuferinnen, auch transnationalen Konzernen beachtliche Konzessionen abzurufen. Die Organisationsformen der Prekären sind dabei vielfältig: Die sog. *living-wage* Kampagnen in den USA seit Beginn der 1990er Jahre haben unter dem Motto ‚Let Justice Roll‘ eine Mobili-

sierung erreicht, die lokale Zusammenhänge wirksam überschreitet: mehr als 80 Arbeiter- und Community-Organisationen schlossen sich zusammen und konnten während der Wahlen zum Kongress 2006 Referenden für Mindestlöhne in sechs Bundesstaaten starten. In Italien haben mittlerweile alle drei großen Gewerkschaftsdachverbände eigene Gewerkschaften von und für Prekäre und nehmen Unternehmen von zwei Seiten in die Zange (vgl. Choi 2004; Candeias/Nowak 2005). In Deutschland finden sich ‚Anti-Hartz-Bündnisse‘, Arbeitsloseninitiativen, Initiativen gegen Billiglohn oder Organisationen der ‚Call-Center-Initiativen‘ oder bei Lidl. Dazu kommen grenzüberschreitende Netzwerke von Hausarbeiterinnen und Migranten wie *respect*, *mujeres sin rostro*, die berühmten *Sans-Papiers*, Künstlerinitiativen und autonome Forschungsgruppen von Frauen wie die *Precarias a la deriva*, *MAIZ* etc.

Solche Erfahrungen gilt es sichtbar zu machen und systematisch auszuwerten. Sie sprechen gegen die Vorstellung einer „radikal individualisierten Erwerbsgesellschaft“, wie sie sich Neoliberale vorstellen, in der „gleichsam jeder zum Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft wird“ und „(Klassen)Solidaritäten ebenso wie Betriebsräte eher hinderlich“ sind (Bonß 2000: 378). Eine polarisierte neoliberale Ökonomie erzeugt vielmehr neue Klassenspaltungen, die in vielfältiger Weise gebrochen werden und sich mit anderen gesellschaftlichen Spaltungslinien entlang von Nationalitäten, Ethnien, Geschlecht etc. überlagern. „Bilder einer klassenlosen Gesellschaft“, so Richard Sennet, können also „auch dazu dienen, tiefere Unterschiede zu verhüllen“ (2000: 97) und neue Formen gemeinschaftlicher Reorganisation und gesellschaftlicher Solidarität nicht sichtbar werden zu lassen.

Sicherlich: der dominante Trend ist jener der gesellschaftlichen Desintegration, Spaltungen und individualisierter neoliberaler Reintegration. Wird jedoch die Analyse des hier angedeuteten Subtrends vernachlässigt, werden mögliche Ansätze von Widerstand zur Verallgemeinerung kollektiver Handlungsfähigkeit blockiert (vgl. Candeias 2007).

5. Das Prekariat als Klassenfraktion im Werden

Unabhängig davon ob es gelingt, politische Organisationsformen zu entwickeln, gilt es nicht nur die Auflösung der Klassen und anderer gesellschaftlicher Ungleichheitsformen in den Blick zu nehmen, sondern eben auch die Neuzusammensetzung der Klassen. Das Prekariat ist dabei Teil der Klasse der Lohnabhängigen, unterscheidet sich von dieser aber wiederum durch die mangelhaften Bedingungen ihrer Reproduktion. Sie

bilden eine Klassenfraktion mit gemeinsamer, empirisch fassbarer Kollektivlage, die aus spezifischen, verschärften und zugleich flexibilisierten Ausbeutungsverhältnissen sowie entscherten Lebensverhältnissen durch Einschränkung sozialer Leistungen resultiert und in einem untergeordneten Verhältnis gegenüber anderen Klassen und Klassenfraktionen steht. Doch Unsicherheit, Deklassierung und Überausbeutung dringen ins gesellschaftliche Zentrum. Wenn das Prekariat sich auf diese Weise tatsächlich zur Klasse entwickelt, fällt es mit dem Proletariat zusammen. ‚Das Prekariat‘ muss also in einem doppelten Sinne gefasst werden: als in der Tendenz universelle gesellschaftliche Figur der neuen Produktions- und Lebensweise und als Klassenfraktion im Werden, mit heterogener Positionierung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entlang geschlechtlicher, nationaler oder ethnischer Zuschreibungen, aber doch mehr als eine Ansammlung zielloser Existenzen. Nur wenn man es in dieser Weise denkt, als Prozess der Verallgemeinerung, der zugleich hoch fragmentiert verläuft, also die diversen Spaltungen ernst nimmt, ist zu einem tieferen Verständnis einer widersprüchlichen – nennen wir sie – ‚Multitude‘ vorzudringen, die als kohärenter gesellschaftlicher Block sozialer Kräfte ausgearbeitet werden muss, um eine radikale gesellschaftliche Transformation anzustoßen.

Und das Prekariat kämpft, spontan oder organisiert, alltäglich und politisch, wenn auch nicht gemeinsam, sondern zumeist entlang beruflicher, ethnischer, geschlechtlicher oder politischer Segmente. Der Übergang zu einem gemeinsamen Bewusstsein der Klassenlage ist also kein naturwüchsiger Prozess, sondern muss (alltags)politisch hergestellt werden, ist „unermesslich“ mühsam (vgl. Wacquant 2007: 409), behindert bzw. blockiert durch vielerlei Spaltungen und Kooptation. In der Perspektive der Gewinnung von Handlungsfähigkeit geht es darum, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert:

a) Jenseits der formalen Kriterien von Einkommen und Beschäftigungssicherheit geht es in den konkreten Arbeitsbedingungen um Sinnhaftigkeit der Arbeit, Selbstwertgefühl, Produktivität, Aneignung von Qualifikationen etc. Dies gilt z. B. für die notwendige intensive Beratung von Kunden im Fachhandel, die sich häufig genug angesichts mangelnden Personals auf ein Minimum beschränkt, was wiederum zu sinkenden Umsätzen, abnehmender Arbeitszufriedenheit und Motivation, weiteren Einsparungen und zunehmendem Druck auf die Beschäftigten führt. Ähnliches gilt für emotionale Betreuungsleistungen im Pflegebereich, die zugunsten der bei den Krankenkassen abrechenbaren formalen Leistungen eingeschränkt werden. Auch im Call-Center-Bereich wird die Er-

bringung sog. ‚guter Arbeit‘ systematisch durch die Produktionsverhältnisse behindert: Der Zeittakt zwischen den Anrufen beträgt oft 20 Sekunden, der Computer sorgt für die Dauerauslastung der Beschäftigten – eine nicht nur höfliche, sondern auch kompetente Beratung der Anrufer ist dann nur noch schwer möglich, die Unzufriedenheit der Kunden wächst. Dies verletzt bei den Beschäftigten den durchaus vorhandenen Gebrauchswertstolz auf ihre Arbeit. Der gerade im Dienstleistungsbe-
reich notwendige affektive Aspekt wird untergraben, die Leistung qualitativ hochwertiger Arbeit erschwert – die Folge sind Stress, Dequalifikation und eben niedrige Löhne, begründet durch das von den Unternehmen selbst produzierte niedrige Leistungsniveau. Gerade auch an solchen Widersprüchen und Kränkungen entzündeten sich widerständige Haltungen.

Und zugleich ist dies ein verallgemeinerbares Problem, das der Softwareprogrammiererin ebenso bekannt ist wie dem Putzmann: etwa der Wunsch, ein hervorragend programmiertes Produkt mit hohem Gebrauchswert zu produzieren, dies aber unter extrem hohem Zeit- und Kostendruck nicht zu können und gezwungen zu sein, mit Fehlern behaftete Software an die Kunden weiterzugeben, zugleich die Fehler zu kaschieren, und/oder die Anerkennung eigener Leistung versagt zu bekommen – immer unter der Bedrohung, dass ein Jüngerer bereits wartet, der vielleicht entsprechende Leistungen schneller erbringt. Auch Putzmann oder -frau wollen nicht als Opfer oder Leidende gesellschaftliche Anerkennung erfahren, sondern als nützliche Arbeitskräfte. Tatsächlich wird entnannt, dass gerade im gewerblichen Bereich ‚putzen‘ den Umgang mit komplizierten Maschinen und gefährlichen Chemikalien etc. verlangt, eine Menge Tricks und Kniffe mit einschließt (besonders im OP eines Krankenhauses z. B.); gleichzeitig verhindern extremer zeitlicher Druck und Arbeitsverdichtung, dass die Objekte entsprechend der Vorgaben und des eigenen Anspruchs gereinigt werden können.

Ein *erstes verallgemeinerbares Moment* ist also der *Wunsch nach sinngebenden Arbeitsbedingungen und Anerkennung der eigenen Arbeit als qualitativ gute und gesellschaftlich nützliche*.

b) Ein weiterer Punkt ist der Widerspruch erweiterter Spielräume bei der flexibleren Einteilung der Arbeitszeit und der realen Unflexibilität durch Entgrenzung der Arbeitszeit, die zu Arbeitssucht, Überausbeutung und Burnout-Syndromen führt – Probleme, wie sie aus den Sphären des hoch qualifizierten, abhängig beschäftigten Kybertariats mit Vertrauensarbeitszeit bekannt sind, aus dem Alltag der Neuen Selbständigen, ebenso wie in den Sphären des Niedriglohn, in denen oft mehrere (Mini)Jobs

kombiniert werden müssen, um über die Runden zu kommen, was letztlich zur psychischen und physischen Überlastung führt.

Ein *zweites verallgemeinerbares Moment* ist also das *Interesse an einer Gewährleistung der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft*.

c) Ein großer Unsicherheitsfaktor sind, z. B. im Kultur- und Medienbereich, die schwer zu kalkulierenden Einkommen aus selbständiger bzw. freiberuflicher Arbeit. Zwar sind die Einkommen, in Stundenlöhne umgerechnet, häufig um ein Vielfaches höher als bei den Lohnabhängigen, doch nehmen die bezahlten im Verhältnis zu den unbezahlten Stunden z. T. den kleineren Teil selbständiger Arbeit ein. Unklar ist, wie das Leben bei Krankheit oder ausbleibenden Aufträgen bestritten werden soll. Unter solchen Bedingungen sind langfristige Perspektiven oder Familienplanung kaum zu entwickeln. Auch hoch qualifizierte abhängige, aber kurzfristig beschäftigte Projektarbeiter verdienen z. T. (sehr) gut, aber auch unregelmäßig. Ohne ausgewiesene Spezialkenntnisse oder angesichts schnell veraltender Wissensbestände verfügen sie ebenfalls nicht über ein kalkulierbares, regelmäßiges Einkommen – Abstürze drohen. Bei den prekären Niedriglöhnern und working poor ist ohnehin nicht von armutsfesten Einkommen auszugehen.

Ein *drittes verallgemeinerbares Moment* ist also das *geteilte Interesse an existenzsichernden Einkommen, an der Absicherung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe und der Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfs*.

d) Es geht dabei um die Reintegration von Prekariern und prekären Selbständigen in die Sozialsysteme sowie – als *viertes verallgemeinerbares Moment* – um die *notwendige Neudefinition des Sozialen* (d. h. ganz unmittelbar einfach bezahlbare Krankenkassenbeiträge, Zugang zur Arbeitslosen- bzw. Auftragslosenversicherung, zu allgemeiner Rentenversicherung). Um keine Spaltungen zwischen ‚Unterklasse‘, working poor, Kybertariern, Festangestellten und Selbständigen aufkommen zu lassen, kann die Förderung stabiler Beschäftigung und Erhöhung von Mindestlöhnen mit der Forderung nach vertraglichen und tariflichen Mindeststandards für selbständige Arbeit und einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle verbunden werden; überdies wäre die Umschichtung der Steuerlast von den niedrigen Einkommen der kleinen Selbständigen und der Lohnarbeiter zulasten der großen Vermögen erforderlich.

e) Hinzu kommen zunehmende Schwierigkeiten, eine zeitlich entgrenzte und flexible Lohnarbeit, die gerade im Dienstleistungsbereich auch häu-

fig außerhalb der üblichen Kernarbeitszeiten liegt, mit den notwendigen Reproduktionsarbeiten im Haushalt und in der Kindererziehung zu vereinbaren (vor allem bei Frauen, aber nicht nur). Dies ist für viele abhängig Beschäftigte, vor allem für prekäre Niedriglöhner, die mehrere Jobs haben oder nachts arbeiten müssen, insbesondere für Frauen, schon lange ein Problem; ein Problem, das sich auch in die Sphären hoch qualifizierter Arbeit ausdehnt.

Ein *fünftes verallgemeinerbares Moment* ist also schließlich *das gemeinsame Interesse an einer ‚Vereinbarkeit‘ von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit*.

Solche Thematisierungsweisen zielen auf die Neuaufgabe einer Debatte über gesellschaftlich notwendige Arbeit und lenken den Blick auch auf die Sphäre der Reproduktionsarbeit: auf Familienverhältnisse, Arbeit im Haushalt, Kindererziehung, Sorge und Pflege, aber auch auf soziale, ökologische, kulturelle und politische Arbeit. Letztlich geht es um die (Dekommodifizierung und) *Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit* für alle und die transnationale Verallgemeinerung sozialer Rechte.

Weniger das Finden gemeinsamer Interessen, die durchaus auf einer (unterschiedlich erlebten aber) gemeinsamen Klassenerfahrung gründen, als die Überwindung kultureller und organisatorischer Schranken wie ungleicher Machtverhältnisse in der Hierarchie der Lohnabhängigen auf dem Weg zu einer alltagsnahen Zusammenarbeit markiert das größte Problem etwa zwischen Arbeitsloseninitiativen und Netzwerken der Kulturschaffenden, zwischen Gewerkschaften und migrantischen Gruppen, zwischen Männern, Frauen und allen die sich *queer* dazu definieren, auch zwischen linken Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen. Dafür braucht es Zeit, unendliche Diskussion, Reflektionsräume, Lernzyklen. Der Blick auf die Genealogie eines widersprüchlichen Prekariats verdeutlicht, dass für die Entwicklung widerständiger, emanzipativer Projekte produktiv mit den Gefahren von Zersplitterung wie falscher, weil Differenzen negierender Vereinheitlichung umzugehen sein wird – das Bild der Assoziation in einer Bewegung der Bewegungen ist dabei sicher tragfähiger als das der ‚großen‘ einheitlichen Kraft. Die (partei)politische Form der Repräsentanz wird dabei kaum ausreichen, vielmehr wird die (Selbst) Organisierung eines vielfältigen, in sich gespaltenen Prekariats als Klassenfraktion im Werden zur vorrangigen gesellschaftlichen Aufgabe unserer Zeit.

Literatur

- Bologna, Sergio/Cacciari, Massimo (1973): Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin: Merve.
- Bonß, Wolfgang (2000): „Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?“. In: Ulrich Beck (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 327-415.
- Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt, Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1998): „Prekarität ist überall“. In: Pierre Bourdieu, Gegenfeuer, Konstanz: UVK, S. 96-102.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Buret, E. (1840): „De la Misère des Classes labourieuses en Angleterre et en France“, Paris. In: Wolfgang Fritz Haug, Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 1, Hamburg: Argument, S. 452.
- Caixeta, Luzenir (2006): „Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses“. In: Kulturisse 0406, <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1168344588>, 04.07.2008.
- Candeias, Mario (2004/2007): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin/Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2004a): „Prekarisierung und Handlungsfähigkeit“. In: Das Argument 256 (46), S. 398-413.
- Candeias, Mario/Nowak, Iris (2005): „Prekäre zwischen Bewegungen und Gewerkschaften“, http://www.roslux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Szforum_Erfurt_BuKo_05.pdf, 10.07.2008.
- Candeias, Mario (2006): „Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung. Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung“. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung (68), S. 8-23.
- Candeias, Mario (2007a): „Das ‚unmögliche‘ Prekariat oder das Scheitern an den Widersprüchen pluraler Spaltungen“. In: Das Argument 271 (49), S. 410-67.
- Candeias, Mario (2008): „Die Neuen Solo-Selbständigen zwischen Unternehmergeist und Prekarität“. In: Prokla 150 (38).
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK.
- Choi, Hae-Lin (2004): „Organisierung der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften“. In: Das Argument 256 (46), S. 428-39.

- Dörre, Klaus (2005): „Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung“. WSI-Mitteilungen 5.
- Fo, Dario (1974): Bezahlte wird nicht!, Berlin: Rotbuch.
- Gorz, Andre (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte (zit. Gef.). Bd. 1-10, Hg. von Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug u. a., Berlin/Hamburg: Argument.
- Huws, Ursula (2002): „Die Produktion des Kybertariats“. In: Das Argument 248 (44), S. 763-76.
- Krebs, Hans Peter/Rein, Harald (2000): Existenzgeld, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (2006): „Deutschland zwischen Einheit und Spaltung“. In: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hg.), Deutschland – eine gesplante Gesellschaft, Frankfurt/M.: Campus, S. 7-27.
- Lucas, Erhard/Wickham, James/Roth, Karl-Heinz (1977): Arbeiterradikalismus und die ‚andere‘ Arbeiterbewegung: zur Diskussion der Massenarbeiterthese, Bochum: Edition Egalité.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen ‚Normalarbeitsverhältnis‘ zu prekärer Beschäftigung seit 1973, Berlin: Edition Sigma.
- MEW – Marx-Engels-Werke, Berlin 1951ff.
- Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard (1977): Regulierung der Armut 1971, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard (1986): Aufstand der Armen (1977), Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Ray, J.C. (1987) : „La précarité, défénie et mesurée en tant que pauvreté potentielle“. In: Cahiers Économiques de Nancy 18.
- Schultheis, Franz (2005): „Gesellschaft ohne Eigenschaften“. In: Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz: UVK, S. 575-583.
- Sennet, Richard (2000): Der flexible Mensch: die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: btb.
- Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse (1963), 2 Bde., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wacquant, Loïc (2007): „Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität“. In: Das Argument 271 (49), S. 399-419.

IST PREKARITÄT ÜBERALL?

KLAUS KRAEMER

Prekarität ist in aller Munde. In der Öffentlichkeit wird dieser Begriff in jüngerer Zeit immer wieder verwendet, um grundlegende Umbrüche im sozialen Gefüge der Gesellschaft anzuzeigen. Oftmals bleibt jedoch unklar, welche Phänomene angesprochen werden, wenn von Prekarität oder Prekarisierung die Rede ist. Zuweilen drängt sich der Eindruck auf, dass Prekarität und Armut das Gleiche seien. Die populär gewordene Wendung vom „abgehängten Prekariat“ scheint jedenfalls dieses zu suggerieren. In diesem Beitrag ist genauer zu fragen, wodurch Prekarität von anderen Formen der Benachteiligung unterschieden werden kann. Insbesondere soll die Aufmerksamkeit auf die Frage gerichtet werden, ob Prekarisierungsprozesse quer zu den Strukturen sozialer Ungleichheit verlaufen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat in dem Beitrag „Prekarität ist überall“ (Bourdieu 1998) jedenfalls nahe gelegt, dass Prekarität ein Phänomen jenseits von sozialen Klasselagen sei. Kann man tatsächlich von einer sozialen Entgrenzung der Prekarität sprechen? Oder sind Prekarisierungsrisiken sozial ungleich verteilt? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, die Prekarisierungsproblematik nicht von den Strukturen sozialer Ungleichheit abzukoppeln, sondern jene zu diesen in Beziehung zu setzen.

1. Prekäre Arbeit

Seit der wegweisenden Studie *Die Metamorphosen der Arbeit* von Robert Castel wird von Prekarität gesprochen, um die Wiederkehr von sozial kaum geschützter Lohnarbeit zu analysieren (vgl. Castel 2000). Genauer betrachtet wird ein *Beschäftigungsverhältnis* dann als prekär bezeichnet, wenn soziale und rechtliche Standards unterschritten werden, die bislang durch Arbeits- und Tarifrecht, Sozialpolitik und Sozialversicherung garantiert waren (vgl. Mayer-Ahuja 2003). Prekär ist Erwerbsarbeit dann, wenn soziale Sicherheitsgarantien nur eingeschränkt gültig sind, die für sozial abgesicherte „Normalarbeitsverhältnisse“ als selbstverständlich angesehen werden. In diesem Falle sind Beschäftigung und Einkommen auf längere Sicht ungewiss. Ein prekär Beschäftigter befindet sich damit in einer eigentümlichen Schwebelage zwischen der Hoffnung, über den Umweg einer unsicheren Arbeitsstelle den Sprung in eine stabile Beschäftigung zu schaffen und der Angst, sozial abzustiegen und sich dauerhaft in prekären Beschäftigungsverhältnissen einrichten zu müssen.

Der Begriff Prekarität wird also verwendet, um die Erosion sozial geschützter Beschäftigungsverhältnisse zu beschreiben. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine prekäre Erwerbsstelle auch Rückschlüsse auf die allgemeine Erwerbslage eines Beschäftigten ermöglicht. Sind Aussagen über Prekarisierungsrisiken im weiteren Erwerbsverlauf möglich, wenn der gegenwärtige Erwerbsstatus befristet ist, das Arbeitseinkommen nicht-existenzsichernd ist und auch sonst keine oder nur marginale Sozialversicherungsansprüche bestehen? Mit anderen Worten: Kann eine Erwerbslage im Zeitverlauf als prekär bezeichnet werden, wenn die aktuelle Erwerbsstelle alle Merkmale von Prekarität aufweist? Um diese Frage zu beantworten, ist, ganz ähnlich wie in der Armutsforschung, eine Dynamisierung der Analyse von Prekarität unumgänglich. Um Aussagen über die Prekarität einer Erwerbslage machen zu können, ist nämlich nicht nur das aktuelle Beschäftigungsverhältnis, sondern der Erwerbsverlauf in die Betrachtung einzubeziehen. Eine dynamische Analyse von Prekarität richtet die Aufmerksamkeit darauf, ob eine prekäre Erwerbsstelle eine kurze, nicht wiederkehrende Episode im Verlauf der Berufsbiografie darstellt bzw. eine Passage in eine stabile Erwerbslage ist. Andersherum gefragt: Verfestigt sich eine prekäre Erwerbssequenz im Erwerbsverlauf, so dass Übergänge in stabile Beschäftigung unwahrscheinlich werden?

An dieser Stelle ist zu betonen, dass atypisch oder befristet Beschäftigte sich keineswegs zwangsläufig in einer prekären Erwerbslage befinden. So können beispielsweise befristet Beschäftigte auf eine stabile und

kontinuierliche Erwerbsbeteiligung zurückblicken. Dies ist immer dann der Fall, wenn Übergänge zwischen den Arbeitsstellen relativ reibungsarm gelingen, Phasen der Sucharbeitslosigkeit kurz sind oder ein häufiger Arbeitsplatzwechsel sogar förderlich für berufliche Karrierepfade ist. So wurde unter hochqualifizierten „Freelancern“ im Bankenbereich, in der IT-Industrie und in der Werbewirtschaft eine stabile Erwerbsbeteiligung beobachtet, obwohl sie – aufgrund der Projektförmigkeit der Arbeitsorganisation – die Projektstelle oder den Arbeitgeber häufig wechseln. Deswegen wäre es auch ein Trugschluss, ein befristetes Arbeitsverhältnis mit einer instabilen Erwerbsbeteiligung gleichzusetzen und atypisch Beschäftigte a priori als prekär zu klassifizieren. Umgekehrt können reguläre und formal unbefristete Beschäftigungsverhältnisse viele Merkmale von Prekarität aufweisen. Bei einer Befragung in der ost-deutschen Bauwirtschaft konnte beispielsweise festgestellt werden, dass die gegenwärtigen Beschäftigungsverhältnisse der interviewten Baufacharbeiter formal betrachtet zwar nicht oder nur eingeschränkt die weiter oben skizzierten Kriterien von Prekarität erfüllen. Gleichwohl wird die Prekarität ihrer Erwerbslage informell hergestellt, etwa durch eine faktisch erzwungene regelmäßige Ableistung unbezahlter Überstunden, durch die systematische Vernachlässigung von Arbeitsschutzvorschriften oder durch die De-Institutionalisierung der Entlohnung, etwa wenn nicht alle Lohnbestandteile ausgezahlt und stattdessen mit Fahrgeldansprüchen verrechnet werden (vgl. Dörre/ Kraemer/Speidel 2006).

Die Frage, ob eine Erwerbsbeteiligung im Erwerbsverlauf stabil oder instabil ist, kann erst dann beantwortet werden, wenn erstens die Dauer von Beschäftigungszeiten betrachtet, zweitens die Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen berücksichtigt und drittens die Nähe oder Ferne der einzelnen Erwerbsstellen zum dauerhaft gesicherten „Normalarbeitsverhältnis“ analysiert werden (vgl. Bartelheimer 2006). Im Einzelnen ist zu fragen, welche Erwerbssequenzen im Erwerbsverlauf dominieren. Wie sind Übergänge im Erwerbsverlauf zu bewerten, z. B. von einer zur nächsten Erwerbsstelle, von Arbeit zu Nicht-Arbeit, von Nicht-Arbeit zu Weiterbildung, von Familienarbeit zurück zu Erwerbsarbeit? Sind diese Übergänge im Erwerbsverlauf Statuspassagen mit positivem oder negativem Neigungswinkel? Handelt es sich bei den einzelnen Stationen um berufliche Auf- oder Abstiege?

Um bestimmte Ereignisse im Erwerbsverlauf wie Befristungen, Werkverträge, Arbeitslosigkeit, Weiterbildung etc. bewerten zu können, ist die Qualität und Dauer jener Erwerbssequenzen zu analysieren, die an vorangegangene Sequenzen anschließen. Erst wenn die einzelnen Stationen der Erwerbsbiografie nicht isoliert, sondern im Zusammenhang betrachtet werden, können Aussagen über den Neigungswinkel der

Erwerbsbiografie und damit über die Nähe oder Ferne eines Erwerbsverlaufs zu wohlstandsnahen und armutsnahen Erwerbslagen gemacht werden. Erst dann kann auch die Frage beantwortet werden, ob Prekarität im Erwerbsverlauf ein vorübergehendes, transitorisches Phänomen ist oder ob sich Prekarität dauerhaft verfestigt. Anzunehmen ist, dass Dauer und Intensität von Prekarität in *wohlstandsnahen* Lagen tendenziell begrenzt, während sie in *armutsnahen* Lagen tendenziell entgrenzt sind. Diese Differenzierung kann allerdings erst dann genauer in den Blick genommen werden, wenn Erwerbsverläufe rekonstruiert und Erwerbslagen im Zeitverlauf analysiert werden.

2. Prekäre Lebenslage

Wie gesehen, reicht es kaum aus, den aktuellen Erwerbsstatus zu betrachten, wenn belastbare Aussagen über Prekarisierungsrisiken gemacht werden sollen. Deswegen ist der Erwerbsverlauf einzubeziehen und einzelne Erwerbsstationen in ihrer Abfolge zu analysieren und in Beziehung zueinander zu setzen. Diese erweiterte Analyse von Prekarität würde allerdings auf halbem Wege stehen bleiben, wenn lediglich Erwerbsverläufe berücksichtigt werden. An dieser Stelle ist eine weitere Differenzierung vorzunehmen. Neben der sozialen Flugbahn des Erwerbsverlaufs ist zudem der Haushaltskontext in die Betrachtung einzubeziehen, um Aussagen über prekäre *Lebenslagen* machen zu können. Einerseits können prekäre Erwerbslagen im Haushalt aufgefangen werden, wenn andere Erwerbseinkommen oder zusätzliche Einkommensquellen vorhanden sind, die die längerfristige Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfs ermöglichen. Andererseits kann sich eine Person in einer stabilen und sozial abgesicherten Erwerbslage befinden, die auch im Zeitverlauf keinerlei Merkmale von Prekarität aufweist, und trotzdem aufgrund der Haushaltsstruktur in eine prekäre Lebenslage geraten.

Von einer Kumulation der Prekarität auf der Ebene der Lebenslage kann dann gesprochen werden, wenn sowohl die aktuelle Arbeitsstelle als auch der bisherige Erwerbsverlauf prekär im obigen Sinne ist und diese Prekarität aufgrund des Haushaltskontextes eher noch verstärkt als abgemildert wird. In diesem Zusammenhang ist auf eine Untersuchung von Andreß/Seeck (2007) hinzuweisen, in der auf der Grundlage der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 1991 bis 2004 festgestellt werden konnte, dass ein kleiner, aber zunehmender Teil der unbefristet Vollzeitbeschäftigten sich allein vom Nettolohn kaum finanzieren kann (unter 700,56 €: Westdeutschland: 2,5%, Ostdeutschland: 8,2%; alle Angaben für 2004). Bemerkenswerterweise wird diese

Quote nicht geringer, sondern größer, wenn der Haushaltskontext dieser Vollzeitbeschäftigten, also der jeweilige Einkommensbedarf, aber auch die zusätzlichen Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder berücksichtigt werden (Westdeutschland: 8,3%, Ostdeutschland 18,1%). In diesen Fällen kann eine unzureichende individuelle Existenzsicherung durch unbefristete Vollzeiterwerbstätigkeit auch nicht mehr durch den gesamten Einkommenspool des Haushalts aufgefangen werden. Wie Andreß und Seeck nachweisen können, wird diese Einkommenslücke durch staatliche Transferleistungen nur teilweise ausgeglichen.

Diese Befunde sollten jedoch nicht zu vorschnellen Schlussfolgerungen verleiten. Wie weiter oben bereits angedeutet, kann eine prekäre Erwerbslage nämlich nicht pauschal mit einer prekären Lebenslage in eins gesetzt werden. Nicht jede Erwerbsperson, die prekär beschäftigt ist oder auf eine prekäre Berufsbiografie zurückschaut, lebt auch in prekärem Wohlstand. Unbestritten ist, dass beispielsweise eine geringfügige Beschäftigung auf 400 €-Basis nicht zur *eigenständigen* Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Auch sind die üblicherweise an reguläre Dauer- und Vollzeitbeschäftigung gekoppelten Rechtsansprüche wie Kündigungsschutz, Abfindungsregelungen oder Anwartschaften für Altersrenten nicht gegeben. Alle Kriterien sind erfüllt, um von prekärer Arbeit sprechen zu können. Und doch wäre es ein Fehlschluss, von der Prekarität der Erwerbsstelle auf die Wohlstandslage zu schließen. Gerade im Falle von so genannten Mini-Jobs auf 400 €-Basis wird das prekäre Potential der Erwerbsstelle immer dann eingehegt, wenn durch die geringfügige Beschäftigung ein Zusatzeinkommen zum Haushaltseinkommen erzielt wird („Hinzuverdienst“) und die betreffende Person ansonsten, etwa über risikoabsorbierende Haushaltsstrukturen bzw. stabile Partnerbeziehung abgesichert ist. Im Falle von Arbeitslosigkeit, Scheidung, Trennung oder Tod des Partners können sich allerdings abrupt die Lebensumstände ändern. Dann wird das schlummernde prekäre Potential buchstäblich über Nacht geweckt und die vormals erwünschte geringfügige Beschäftigung kann leicht zu einer Armutsfalle werden. Ganz ähnlich sind auch zahlreiche Teilzeitjobs zu bewerten. Umgekehrt ist es aber auch möglich, dass eine Erwerbsperson erst durch den Haushaltskontext in eine prekäre Lebenslage gerät, obwohl weder die aktuelle Erwerbsstelle noch der bisherige Erwerbsverlauf als prekär bezeichnet werden kann. In diesem Falle wird Prekarität weder durch erodierende soziale Standards des gegenwärtigen Beschäftigungsverhältnisses noch durch eine diskontinuierliche Erwerbsbiografie hervorgerufen, sondern dadurch, dass infolge von Arbeitslosigkeit des Lebenspartners ein zusätzliches Arbeitseinkommen im Privathaushalt weggefallen ist oder

mehrere nicht-erwerbsfähige Personen (z. B. minderjährige Kinder) versorgt werden müssen (vgl. Strengmann-Kuhn 2001).

3. Gefühlte Prekarisierung

Eingangs ist Prekarität auf der Ebene der Erwerbsstelle bestimmt worden. Rasch zeigte sich, dass weitere Differenzierungen unverzichtbar sind, um Aussagen über die Prekarität von Erwerbsverläufen und Lebenslagen machen zu können. Bei aller Differenzierung ist diesen Begriffsbestimmungen jedoch gemeinsam, dass Prekarität als objektive Benachteiligung gefasst wird, also im Sinne einer negativen statistischen Abweichung von einem „Normalzustand“. Im ersten Fall werden soziale und rechtliche Standards eines regulären Arbeitsverhältnisses unterschritten, im zweiten Fall ist der Erwerbsverlauf von wiederkehrenden Beschäftigungsunsicherheiten gekennzeichnet und im dritten Fall wird vom durchschnittlichen sozioökonomischen Absicherungsniveau eines Haushalts dauerhaft negativ abgewichen. Der Prekarisierungsbegriff würde jedoch zu kurz greifen, wenn er lediglich auf ein objektiv messbares, erhöhtes Risiko instabiler Erwerbsstellen, Erwerbsverläufe oder Lebenslagen Bezug nimmt.

Es gibt keine Erwerbsarbeit, die aufgrund spezifischer Merkmale oder Eigenschaften an und für sich prekär ist. Erwerbsarbeit ist nicht allein schon deshalb prekär, weil sie so ist wie sie ist, sondern weil sie in *Relation* zu anderen Beschäftigungsformen als prekär bewertet wird. „Prekarität“ ist das Ergebnis sozialer Zuschreibungen und Klassifikationen auf der Basis eines normativen Vergleichsmaßstabs. Der Referenzmaßstab für Prekarität ist – auf der Untersuchungsebene der Erwerbsstelle – das so genannte Normalarbeitsverhältnis, das üblicherweise mit dem Attribut „regulär“ umschrieben wird und das mit bestimmten generalisierten Erwartungsmustern verbunden ist. Diese Normalitätserwartungen beziehen sich auf die Stabilität und Stetigkeit von Erwerbsverläufen, auf soziale Sicherheit durch kontinuierliche Erwerbsarbeit und auf einen spezifischen Arbeitnehmerstatus, der sich unter den historischen Bedingungen des Fordismus herausbilden konnte. Das klassische Normalarbeitsverhältnis ist – besser: war – gewissermaßen mit einem Schutzversprechen verbunden. Es fungierte im rheinischen Wohlfahrtskapitalismus als Leitnorm für Arbeits- und Sozialgesetzgebung, für Steuerrecht und Tarifparteien. Und es prägte die gesellschaftlichen Vorstellungen von „normaler“ und „guter“ Arbeit. Dass es zugleich männlich dominiert war („Ernährer“) und auf der traditionellen geschlechtli-

chen, familiären Arbeitsverteilung im Haushalt beruhte („Hausfrauen-ehe“), sollte nicht vernachlässigt werden.

Was ist nun „gefühlte Prekarisierung“? Von „gefühlter Prekarisierung“ kann dann gesprochen werden, wenn die mit regulärer Beschäftigung verbundenen normativen Sicherheitserwartungen enttäuscht werden und das Schutzversprechen des Normalarbeitsverhältnisses erodiert; und zwar *unabhängig* davon, ob nach objektivierbaren Kriterien die aktuelle Erwerbsstelle oder der bisherige Erwerbsverlauf gefährdet ist oder nicht. So konnte gerade auch unter Stammebelegschaften immer wieder die Sorge angetroffen werden, die eigene, bisher als sicher wahrgenommene Beschäftigung könne in einem wachsenden Umfeld prekärer Arbeitsstellen an Stabilität und Sicherheit einbüßen, obwohl dies aufgrund der eigenen Beschäftigungslage und der starken Marktstellung des Unternehmens eher unwahrscheinlich war.

Genauer betrachtet speist sich die „gefühlte Prekarisierung“ aus unterschiedlichen Erfahrungen, die nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im sozialen Nahbereich gemacht werden und eine tiefgreifende Transformation bisheriger Erwartungssicherheiten anzeigen. Die gefühlte Prekarisierung zeigt sich in der Ausbreitung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe und Lebensbiografien sowie in einer „Rückkehr der Unsicherheit“ (Robert Castel) bis weit in mittlere soziale Lagen hinein. Diese gefühlte Prekarisierung wird zudem durch den Umstand begünstigt, dass dauerhafte, auf die soziale Stellung im Erwerbssystem bezogene Statusgewissheiten nicht mehr selbstverständlich sind. Erwerbsbiografien verlaufen insbesondere beim Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt weniger geradlinig. Der Übertritt in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis dauert länger und Umwege über Werkverträge und Befristungen sind häufiger in Kauf zu nehmen.

Bezeichnend ist, dass insbesondere in jüngeren Kohorten sowie unter Hochqualifizierten diskontinuierliche Erwerbsverläufe zugenommen haben und berufliche Karrierepfade weniger planbar geworden sind (vgl. Blossfeld/Klijzing/Mills/Kurz 2005; Blossfeld 2006). Erwartungssicherheiten in die Stabilität der eigenen Erwerbsstelle werden zudem in dem Maße untergraben, wie betriebliche Senioritätsregeln abgeschafft, Bewährungsaufstiege im Unternehmen durch Near- und Outsourcing buchstäblich über Nacht zur Disposition gestellt oder wohlerworbene betriebliche Sozialansprüche durch externe Marktschocks oder gestiegerte Renditeerwartungen entwertet werden. Auch werden beruflich-soziale Verunsicherungen durch neue wohlfahrtsstaatliche Arrangements begünstigt, die bislang gültige soziale Rechte einschränken (*welfare*) bzw. an neue institutionelle Bedingungen (*enabling state*) und Normerwartungen (*workfare, employability*) knüpfen.

Weiter oben ist darauf hingewiesen worden, dass Prekarisierungssorgen gerade auch unter Beschäftigten beobachtet werden können, deren Erwerbsstellen weder akut gefährdet sind noch deren Erwerbsbiografien drohen, brüchig zu werden. Wie kann dieser bemerkenswerte Befund soziologisch erklärt werden? Schon Georg Simmel hat in der klassischen Abhandlung „Der Arme“ darauf aufmerksam gemacht, dass die Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage sich nicht an statistischen Durchschnittsdaten oder objektivierbaren Chancenverteilungen orientiert, sondern an schicht- oder berufsspezifischen Erwartungshorizonten und damit an den Möglichkeiten des sozialen Nachbarn.¹ Deswegen kann auch das jeweilige Empfinden von Prekarität von „objektiven“ Prekaritätsdefinitionen abweichen. Genauer betrachtet, kann es nur aus dem sozialen Selbstverständnis der jeweiligen Schicht, Klasse oder Berufsgruppe eruiert werden, der man sich selbst zurechnet. Folglich können Prekarisierungssängste auch nur bedingt auf die objektive Erwerbs- oder Lebenslage zurückgeführt werden. Vielmehr kann die eigene Erwerbs- oder Lebenslage als gefährdet *wahrgenommen* werden, obwohl sie nicht den oben ausgeführten Kriterien von Prekarität entspricht. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Einzelne spezifische Arbeitsplatzsicherheiten oder Einkommenschancen nicht mehr antrifft, die innerhalb derselben Position im sozialen Raum bislang üblich und selbstverständlich waren. Insofern sind beruflich-soziale Unsicherheiten kein direkter Ausfluss der „objektiven“ Erwerbs- oder Lebenslage.

Hieraus kann geschlossen werden: Prekarisierungssängste (*Wahrnehmung*) können *nur bedingt* auf die Prekarität der objektiven Erwerbslage (*Position*) zurückgeführt werden. Selbst wenn die *Position* einer Erwerbslage nicht den weiter oben ausgeführten Kriterien von Prekarität entspricht, so kann die eigene Erwerbslage gleichwohl als gefährdet bewertet werden. D. h.: Es gibt keine einfache Kausalität zwischen Position (Erwerbslage) und Sichtweise (Wahrnehmung). Beruflich-soziale Unsicherheiten werden aufgrund einer spezifischen Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Umbrüche von Arbeit und Beschäftigung artikuliert, die sich im Umfeld des eigenen, bislang als sicher wahrgenommenen Arbeitsplatzes abspielen. Sie sind jedoch nicht zwingend kausale Folge der eigenen Erwerbslage.

1 Vgl. hierzu bereits grundsätzlich Simmel (1992: 548).

4. Sozialstruktur der Prekarität

Die Begriffe Prekarität und Armut werden immer wieder synonym verwendet. Bei genauerer Betrachtung werden jedoch erhebliche Differenzen sichtbar. Ein grundlegender Unterschied besteht darin, dass mit dem Begriff Prekarität soziale Schwebelagen *zwischen* Wohlstand und Armut in den Blick genommen werden können. Prekarität ist nicht mit Armut identisch. Zwar sind im Falle einer prekären Lage soziale Schutzmechanismen brüchig geworden. Von sozialer Ausgrenzung kann hingegen nicht gesprochen werden – wie dies etwa mit der Rede vom „abgehängten Prekariat“ unterstellt wird. Personen in prekären Lagen sind Armutslagen nicht schutzlos ausgeliefert. Sie befinden sich in einer *transitorischen Zwischenlage*, von der aus ein weiterer sozialer Abstieg zweifelsohne möglich sein kann. Zugleich ist aber auch in zahlreichen Fällen die – mühsame – Wiedererlangung einer schon einmal eingenommenen (relativen) Wohlstandslage durchaus möglich. Diese soziale Unentschiedenheit macht die Prekarität einer sozialen Lage aus – und damit ihren sozialen Abstand sowohl zu Wohlstand als auch zu Armut.

So wie das Verhältnis von Prekarität und Armut bislang kaum geklärt ist, so verhält es sich auch bei der Frage nach der Sozialstruktur der Prekarität. Zuweilen drängt sich in der öffentlichen Debatte der Eindruck auf, dass von Prekarisierung fast schon unterschiedslos alle Beschäftigtengruppen betroffen sein könnten. Die unzureichende sozialstrukturelle Erdung dieser Debatte hat damit zu tun, dass Prekarisierung bislang ein allgemeiner zeitdiagnostischer Begriff zur Charakterisierung der sozialen Umbrüche der Arbeitsgesellschaft geblieben ist. Wie weiter oben dargelegt, ist es demgegenüber hilfreich, den Prekarisierungsbegriff nicht nur für die Analyse der *Erwerbsarbeit*, sondern auch für die Analyse von *Erwerbsverläufen* und *Lebenslagen* fruchtbar zu machen und ihn damit für die Analyse sozialer Ungleichheiten zu erschließen. Drei Kriterien sind hierbei unverzichtbar: Erstens ist Prekarität mehrdimensional zu betrachten. Auf der Individualebene bildet die Erwerbslage einer Person sicherlich den Ausgangspunkt, während auf der Mesoebene der private Haushalt die zentrale Untersuchungsebene darstellt. Zweitens verweist bereits der Begriff „Prekarisierung“ auf die Notwendigkeit einer dynamischen Sichtweise, die sich nicht in einer einfachen Entgegensetzung nach dem Muster drinnen/draußen erschöpft, sondern die Aufmerksamkeit auf abgestufte Lagen, Übergänge, Bewegungen und „Flugbahnen“ im sozialen Raum richtet. Prekarisierung ist kein Zustand, sondern ein Prozess der Gefährdung stabiler Erwerbs- und Wohlfahrtslagen. Und drittens sind kaum zuverlässige Aussagen über die Prekarität

von Lebenslagen möglich, wenn der Haushaltskontext von prekär Beschäftigten nicht systematisch berücksichtigt wird.

Auch ist Prekarisierung im Sinne einer „objektiven“ Prekarität *nicht* überall, d. h. in allen sozialen Lagen anzutreffen und deswegen auch nicht unabhängig von den Strukturen sozialer Ungleichheit verteilt. Vielmehr ist eine signifikante Häufung von Prekarisierungsrisiken in bestimmten Berufs- und Bildungsgruppen, Alterskohorten sowie erwerbsbiografischen Phasen vorzufinden. Beispielsweise gelingt Gut- und Höherqualifizierten der Übergang von Befristung zu Unbefristung häufiger und rascher als Geringqualifizierten oder ethnischen Minderheiten. Auffallend ist auch, dass die Wahrscheinlichkeit befristeter Erwerbsstellen beim Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt (Berufseinsteiger) überdurchschnittlich hoch ist. Ähnlich verhält es sich nach längeren Phasen erzwungener Arbeitslosigkeit oder bei der Rückkehr in Erwerbsarbeit nach der Betreuungsphase von Kindern. Hieraus kann man folgern: Dauerhafte Prekarität ist armutsnah und häufiger in unterprivilegierten Arbeitsmarktlagen anzutreffen. Hingegen ist temporäre, transitorische Prekarität wohlstandsnah und besonders in Mittelklassenlagen verbreitet (vgl. Giesecke/Groß 2002; Groh-Samberg 2004).

Eingangs ist darauf hingewiesen worden, dass die Öffentlichkeit in jüngerer Zeit das Phänomen der Prekarität „entdeckt“ hat. Auch Politik und Medien scheinen der damit verbundenen sozialen Problematik inzwischen eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Zuweilen wird sogar auf die soziopolitische Brisanz von Prekarität hingewiesen. Um diese Brisanz in ihrer ganzen Breite sichtbar zu machen, ist es erforderlich, nicht nur die Zone prekärer Erwerbs- und Lebenslagen im engeren Sinne in den Blick zu nehmen. Zugleich ist die Frage aufzuwerfen, inwiefern Prekarität auf andere – nicht-prekäre – Zonen der Gesellschaft ausstrahlt und soziale Abstiegsängste begünstigt. In diesem Beitrag sind deswegen neben den „objektiven“ Merkmalen einer prekären Erwerbs- und Lebenslage zugleich „subjektive“ beruflich-soziale Verunsicherungen thematisiert worden. Diese gefühlte Prekarisierung ist nicht so sehr an den prekären Rändern der Arbeitsgesellschaft anzutreffen, sondern in ihrer Mitte.²

2 Vgl. hierzu ausführlicher Kraemer (2007).

Literatur:

- Andreß, Hans-Jürgen/Seeck, Till (2007): „Ist das Normalarbeitsverhältnis noch armutsvermeidend? Erwerbstätigkeit in Zeiten deregulierter Arbeitsmärkte und des Umbaus sozialer Sicherungssysteme“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59, S. 459-492.
- Bartelheimer, Peter (2006): „Die Zone unsicherer Erwerbsbeteiligung – ein Arbeitsprogramm für Arbeitsmarktforschung“. In: *Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur* 23/24, S. 229-267.
- Blossfeld, Hans-Peter/Klijzing, Erik/Mills, Melinda/Kurz, Karin (Hg.) (2005): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, London: Routledge.
- Blossfeld, Hans-Peter (2006): „Globalisierung, wachsende Unsicherheit und die Veränderung der Chancen der jungen Generationen in modernen Gesellschaften. Ausgewählte Ergebnisse des GLOBALIFE-Projekt“. In: *Arbeit – Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 15, S. 151-166.
- Bourdieu, Pierre (1998): „Prekarität ist überall“. In: Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz: UVK, S. 96-102.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): „Prekäre Beschäftigung und soziale (Des-)Integration. Ursprünge, Konsequenzen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung“. In: *Jahrbuch Arbeit Bildung Kultur* 23/24, S. 9-40.
- Groh-Samberg, Olaf (2004): „Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56, S. 653-682.
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2002): „Befristete Beschäftigung: Chance oder Risiko?“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, S. 85-108.
- Kraemer, Klaus (2007): „Prekäre Arbeit – Ein Problem sozialer Integration?“. In: Pascale Gazareth/Anne Juhasz/Chantal Magnin (Hg.), *Neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt*, Konstanz: UVK, S. 127-143.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen ‚Normalarbeitsverhältnis‘ zu prekärer Beschäftigung*, Berlin: Edition Sigma.

Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

TEIL III
REPRÄSENTATIONEN, INTERVENTIONEN,
SOZIALE PRAXEN:
RÄUME UND MÖGLICHKEITEN VON
REGIERUNG UND WIDERSTAND

VIRTUOSINNEN DER FREIHEIT – ZUR IMPLOSION VON POLITISCHER VIRTUOSITÄT UND PRODUKTIVER ARBEIT*

ISABELL LOREY

Die Ununterscheidbarkeit von kollektiver und individueller ebenso wie öffentlicher und privater Erfahrung sind aktuelle „postfordistische“ Produktionsweisen.

Der italienische Philosoph Paolo Virno formuliert in seiner 2005 auf Deutsch erschienenen Schrift „Grammatik der Multitude. Öffentlichkeit, Intellekt und Arbeit“¹ folgende These: „Ich bin überzeugt, dass in den Lebensformen wie auch in den Produktionsweisen der Gegenwart [...] direkt wahrgenommen wird, dass die Begriffspaare öffentlich/privat und kollektiv/individuell nicht mehr tragen, keinen Biss mehr haben, auseinander brechen“. (Virno 2005: 30) Das Phänomen, an dem Virno die Ununterscheidbarkeit von kollektiver und individueller ebenso wie öffentlicher und privater Erfahrung untersucht, sind aktuelle „postfordistische“ Produktionsweisen. Darunter versteht er mehr als Arbeit im traditionellen Sinne, also mehr als herstellende produktive Tätigkeit, sondern, wie

* Dieser Text erschien zuerst in: Grundrisse 23/2007, S. 4-10.

1 So lautet der Untertitel der Übersetzung von Klaus Neundlinger bei Turia + Kant, Wien 2005, der besser zu diesem Text passt, als der von Thomas Atzert beim ID-Verlag: „Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen“, Berlin 2005.

er sagt, „das Zusammenwirken verschiedener Lebensformen“ (ebd.: 61). Es geht ihm um das Hegemonial-Werden von Produktionsweisen, die auf kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten basieren, auf hoher Flexibilität beim Einsatz der Arbeitskraft, also dem permanenten Reagieren auf Unvorhergesehenes. Bei solchen Produktionsweisen wird die gesamte Person, besser: Persönlichkeit, ihr Intellekt, ihr Denken, ihr Sprachvermögen, ihre Affekte gefordert. Das führt Virno zufolge zu einem Ende von Arbeitsteilungen (im Sinne der Aufteilung der Arbeit) und zu erheblichen persönlichen Abhängigkeiten; nun allerdings weniger von Regeln und Vorschriften, sondern von einzelnen Personen im Arbeitsverhältnis (ebd.: 52f.), aber auch im Zusammenhang von Netzwerken, um gegebenenfalls an den nächsten Job zu kommen. Geben wir diesen Lebens- und Arbeitsverhältnissen den Namen „Prekarisierung“. Im Folgenden soll jedoch, im Unterschied zu Virno, der Begriff der „VirtuosInnen“ nicht für all die sehr unterschiedlichen prekären Verhältnisse eingesetzt werden, sondern nur für KulturproduzentInnen², deren Funktion allerdings weder Avantgarde noch Paradigma für alle Prekären ist.

Die Implosion der sozioökonomischen Sphären von privat und öffentlich, von Individuellem und Kollektivem beschreibt Virno in Relation zur Aristotelischen Dreiteilung menschlicher Erfahrung in Arbeit (poiesis), Denken/Intellekt (Leben des Geistes) und politisches Handeln (praxis) (vgl. ebd.: 61). Trotz gelegentlicher Überschneidungsmöglichkeiten würden die drei Bereiche bis heute meist voneinander getrennt vorgestellt: Arbeit bedeutet in diesem Schema die Produktion neuer Objekte in einem sich wiederholenden, vorhersehbaren Prozess. Dem entgegengesetzt ist der zweite Bereich, der des Intellekts, seinem Wesen nach vereinzelt und unsichtbar, da sich die Meditation der DenkerIn dem Blick der Anderen entzieht. Der dritte Bereich menschlicher Erfahrung schließlich, der des politischen Handelns, wirkt auf soziale Beziehungen ein und ist von der Sphäre der Arbeit, die durch Wiederholungsprozesse auf natürliche Materialien einwirkt, unterschieden. Bemerkenswert dabei ist, dass das politische Handeln in diesem Verständnis mit dem Möglichen und dem Unvorhergesehenen zu tun hat:

- 2 „KulturproduzentInnen“ wird hier als paradoxe Bezeichnung verstanden. Sie verweist auf eine Imagination der bezeichneten Subjekte, nämlich die des eigenen Produzierens und des Gestaltens des Eigenen. Gleichzeitig aber geht es darum, dass diese Subjektivierungsweisen Instrumente des Regierens, mithin funktionale Effekte biopolitisch gouvernementaler Gesellschaften der abendländischen Moderne sind. Deshalb hat „KulturproduzentInnen“ eine widersprüchliche, nicht kohärente Bedeutung. Bei „KulturproduzentInnen“ geht es nicht in erster Linie um KünstlerInnen. Siehe hierzu ausführlicher Lorey (2006: Fn. 1).

es produziert keine Objekte, sondern verändert durch Kommunikation (vgl. ebd.: 62f.). Nur das politische Handeln gilt in dieser Einteilung als öffentlich, denn es bedeutet, um mit Hannah Arendt zu sprechen, das „den Blicken der Anderen Ausgesetztsein“ (Arendt 1981: 164ff.).

Trotz vielfacher Kritik an der Unangemessenheit dieses aristotelischen Modells für die Gegenwart findet diese Dreiteilung von Arbeit, Intellekt und politischem Handeln bis heute weite Verbreitung. Dies ist Virno zufolge nicht zuletzt auf den großen Einfluss Hannah Arendts zurückzuführen. Doch auch Arendt spricht von Ununterscheidbarkeiten zwischen den drei Bereichen – interessanterweise ebenso wie Virno im Zusammenhang mit Virtuosität, das heißt mit Kreativität in einem bestimmten Sinn. In ihrem Buch *Zwischen Vergangenheit und Zukunft* vergleicht sie die ausführenden KünstlerInnen, die VirtuosInnen, mit denjenigen, die politisch aktiv sind, also in ihrem Verständnis politisch handeln, sich den Blicken der Anderen aussetzen (Virno 2005: 67). Denn bei diesen darstellenden KünstlerInnen liege, wie Arendt schreibt, „die Leistung im Vollzug selbst [...] und nicht in einem die Tätigkeit überdauernden und von ihr unabhängig bestehenden Endprodukt. [...] Genau so, wie das Musizieren oder das Tanzen oder das Theaterspielen für die Entfaltung ihrer Virtuosität auf ein Publikum angewiesen sind, das dem Vollzug beiwohnt, bedarf auch das Handeln der Präsenz anderer in einem [...] politisch organisierten Raum ...“ (Arendt 1994: 206/207). Für Arendt ist Politik demnach eine Kunst der Darstellung, eine performative Kunst. Wegen des notwendigen Publikums, des „sich den Blicken anderer Aussetzens“ brauchen sowohl Politik als auch Virtuosität einen so genannten „Erscheinungsraum“. Und, so Arendt, „[w]as immer in diesem Erscheinungsraum vor sich geht, ist politisch per definitionem, auch wenn es mit Handeln direkt nichts zu tun hat“ (ebd.: 207). Mit diesem Zusatz „auch wenn es mit Handeln direkt nichts zu tun hat“, so lässt sich folgern, ist „jede Virtuosität wesentlich politisch“ (Virno 2005: 67).³ Direkt nachdem sie die Verwobenheit von Virtuosität und Politik hervorgehoben hat, spricht Arendt in diesem Text in emphatischem Sinne von Freiheit. Darauf bezieht sich Virno allerdings nicht. Dieser Nexus von Virtuosität und Politik zur Freiheit scheint mir jedoch ein zentraler Punkt zu sein.

Der Erscheinungsraum nämlich, der politisch-öffentliche Bereich – und Arendt hat immer die griechische Polis vor Augen –, ist der Ort, „an dem Freiheit sich manifestieren [...] kann“ (Arendt 1994: 207). „Ohne einen solchen eigens für sie gegründeten und eingerichteten Raum kann

3 Um die darstellende künstlerische Tätigkeit als VirtuosIn zu entpolitisieren, muss man folglich bleibende, dauerhafte Produkte schaffen. Siehe das Glenn Gould-Beispiel von Virno.

Freiheit sich nicht verwirklichen. Freiheit ohne Politik gibt es eigentlich nicht, weil sie gar keinen Bestand hätte“ (ebd.: 207f.). Diesen Freiheitsbegriff unterscheidet Arendt von dem der Gedanken- und der Willensfreiheit. Vor allem letztere ist für sie eine egozentrische Last des Christentums. Ihr geht es dagegen um eine politische Freiheit, die sich vom Privaten, von der „Sorge um das Leben“ (ebd.: 208) gelöst hat und abgrenzt: um eine Freiheit im Öffentlichen, eine des Handelns-Könnens, nicht des Wollens und des Denkens (vgl. ebd.: 208 ff., 212ff.). Willensfreiheit ist in ihren Augen eine unpolitische Freiheit, weil sie „mit sich selbst erfahrbar“ und von „den Vielen unabhängig“ ist (ebd.: 212).

Kommen wir zurück zu Virno, der sich, um die aktuellen prekären Produktionsweisen und Lebensformen zu erklären, neben Arendt auch auf Marx bezieht. Der wiederum erkenne die Tätigkeit darstellender KünstlerInnen (worunter er Lehrer, Ärzte, Schauspieler, Redner und Pfarrer fasst) in seiner Perspektive nur als „Arbeit ohne Werk“ an, und stelle sie in eine Analogie zu Dienstbotentätigkeiten. Folglich produzierten in Marx' Verständnis weder solche VirtuosInnen noch das Dienstpersonal einen Mehrwert. Beide gehörten für ihn zum „Bereich der unproduktiven Tätigkeit“ (Virno 2005: 69). Doch ist Marx nicht der Vorwurf zu machen, er habe KulturproduzentInnen generell in den Bereich unproduktiver Arbeit verbannt. Denn er macht den Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit nicht am Inhalt einer Arbeit fest. Vielmehr sei „productive Arbeit zu sein eine Bestimmung der Arbeit, die absolut nichts zu thun hat mit dem bestimmten Inhalt der Arbeit, ihrer besondern Nützlichkeit oder dem eigenthümlichen Gebrauchswerth, worin sie sich darstellt“ (Marx 1988: 113).⁴ Produktive Arbeit definiert Marx vielmehr über ein Verhältnis: nicht jedoch eines zu Geld im Allgemeinen und der Frage, ob eine Tätigkeit entlohnt oder unentgeltlich verrichtet wird. Das Verhältnis, das produktive Arbeit konstituiert, ist für Marx allein das zum Kapital. „Productive Arbeit tauscht sich direkt mit Geld als Capital aus“ und ist folglich eine, die „die von ihr geschaffenen Werthe dem Arbeiter selbst als Capital gegenüber setzt“ (ebd.: 112). Die Dienstleistung eines Arztes wie die einer Köchin bedeutet dagegen einen Tausch von „Arbeit gegen Geld als Geld“ (ebd.: 116) und gilt deshalb nicht als produktiv. Den Unterschied zwischen beiden Tauschverhältnissen von Arbeit verdeutlicht auch Marx schließlich am Beispiel einer Virtuosin: „Eine Sängerin, die wie der Vogel singt, ist ein unproductiver Arbeiter. Wenn sie ihren Gesang für Geld verkauft, ist sie sofern Lohnarbeiter oder Waarenhändler. Aber dieselbe Sängerin, von einem entrepreneur engagiert, der sie singen lässt um

4 Ich danke Karl Reitter für diesen Hinweis.

Geld zu machen, ist ein productiver Arbeiter, denn sie produciert direkt Capital“ (ebd.: 113).

Was aber, wenn die Sängerin zur Unternehmerin ihrer selbst wird? Implodiert dann das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in ihr selbst? Ist sie in Marx' Denken als ‚unproduktiv‘ zu bezeichnen, wenn sie in ihrer künstlerischen Selbständigkeit, ihren zeitlichen begrenzten Projekten nicht mehr ihre Stimme allein zu Markte trägt, sondern sich ständig mit ihrer gesamten Persönlichkeit verkauft, wenn ein Singen „wie der Vogel“, der Akquise des nächsten Jobs dient? Stehen KulturproduzentInnen heute, als gleichzeitig Dienstleistende, ProduzentInnen und Entrepreneurs ihrer selbst, nicht in den von ihnen geschaffenen Werten immer auch sich selbst als kapitalisierte Lebensform gegenüber, ähnlich und zugleich vollkommen anders als das Verhältnis, das Marx als „productive Arbeit“ definiert hat?

Auch Virno schlussfolgert, dass im Postfordismus, in Zeiten des kognitiven Kapitalismus (vgl. Corsani 2004) weder die Zuordnungen von Arendt weiterhin zutreffend sind noch Marx' Instrumentarium offenkundig ausreichend erscheint um gegenwärtige Produktions- und damit verbundene Lebensweisen zu verstehen. Denn diese spitzen sich zu neuen Verhältnissen zu, in denen „die produktive Arbeit in ihrer Gesamtheit sich die besonderen Wesenszüge der künstlerischen, darstellenden Tätigkeit zueigen gemacht hat. Wer im Postfordismus Mehrwert produziert, verhält sich – von einem strukturellen Gesichtspunkt aus gesehen, versteht sich – wie eine PianistIn, eine TänzerIn usw.“ Virtuosität strukturiert, anders als Arendt es formulierte, heute somit nicht mehr nur das politische Handeln, sondern zunehmend neue immaterielle, auf einem weiten Begriff von Kreativität basierende Arbeitsverhältnisse, die keineswegs als „unproduktiv“ zu verstehen sind. Vor dem Hintergrund des dreigeteilten Modells von Aristoteles und Arendt bedeutet die zunehmende Ununterscheidbarkeit von produktiver Arbeit und immaterieller, kreativer Tätigkeit, dass solch eine VirtuosIn sich „infolgedessen wie ein politischer Mensch“ verhält (Virno 2005: 70). Das bedeutet, dass offenbar weder die Trennung in poesis, Intellekt und politische Praxis weiterhin aufrechtzuerhalten ist, noch Marx' Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit. Eine solche Feststellung von „Ununterscheidbarkeit“ ist jedoch weniger im Sinne Giorgio Agambens als Katastrophenszenario zu verstehen, denn als Notwendigkeit, zutreffendere analytische und politische Begrifflichkeiten zu entwickeln.

Bleiben wir bei Virnos These, dass die kreativ Arbeitenden die im klassischen Sinn politischen Menschen sind, da ihre Arbeit „die traditionellen Eigenschaften des politischen Handelns angenommen“ hat (ebd.: 64). Dies meint indes nicht, dass aufgrund zunehmender virtuoser

Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine gesteigerte Politisierung zu verzeichnen wäre. Im Gegenteil offenbart sich gegenwärtig eher eine „Krise der Politik“ (ebd.). Ist doch postfordistischen Arbeitsverhältnissen längst alles Reizvolle der Politik inhärent, und in Folge dessen die Subjekte darin nicht über-, sondern „entpolitisiert“ (ebd.: 65). In dem Maße wiederum, in dem sich die Subjekte entpolitisieren, wird die „zeitgenössische Produktion ‚virtuos‘ (und deshalb politisch)“ (ebd.: 73). Dann also, wenn Arbeit häufig zur Wissens- und Dienstleistungsarbeit und zugleich zum Mittel eines Selbst- UnternehmerInnentums transformiert, fällt der Intellekt verstärkt mit dem Bereich der Arbeit zusammen, der wiederum nicht mehr von dem der klassischen politischen Praxis zu unterscheiden ist. Wenn aber die Arbeit dergestalt politisch wird, dann verändert sich auch die klassische Sphäre des politischen Handelns: die Öffentlichkeit. Diese entsteht dann ständig als virtuose, mit anderen Worten: Es findet eine permanente Re-Kreation des öffentlichen Raums statt. Denn das für den Arendtschen Öffentlichkeitsbegriff grundlegende „sich den Blicken der anderen Aussetzen“ hat sich zu einem der entscheidenden Merkmale virtuoser Arbeits- und Lebensverhältnisse entwickelt. Die „Präsenz des Anderen“ ist sowohl Instrument als auch Objekt der Arbeit geworden. Überdies basieren, Virno zufolge, aktuelle Produktions- und Lebensweisen in ihrer politischen Virtuosität auf der Kunst des Möglichen und dem Umgang mit dem Unvorhersehbaren (vgl. Virno 2007).

Was dies wiederum für die immer unmöglicher werdenden Grenzziehungen zwischen öffentlich und privat wie zwischen Produktion und Reproduktion bedeuten kann, möchte ich im Folgenden am Beispiel von bestimmten KulturproduzentInnen erläutern, an jenen nämlich, denen prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse nicht nur aufgezwungen werden, sondern die sie durchaus begehren und vor allem als freie und autonome Entscheidung verstehen.⁵

Solche VirtuosInnen, die ich im Folgenden meine, sind in keiner Weise auf das künstlerische Feld beschränkt. Darunter fallen beispielsweise auch WissenschaftlerInnen oder Medienschaffende. Sie gehen äußerst unterschiedlichen, ungleich bezahlten Projektstätigkeiten und Honorarjobs nach und verstehen sich durchaus auch als gesellschaftskritisch. Manchmal wollen sie gar keinen festen Job, manchmal wissen sie, dass sie davon nur träumen können. Dennoch gehen diese KulturproduzentInnen davon aus, dass sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse selbst gewählt haben, gerade um relativ frei und autonom ihre größtmöglichen Entfaltungen zu gewährleisten. Bei solchen VirtuosInnen spreche ich von Selbst- Prekarisierung.

5 Siehe dazu ausführlicher Lorey (2007).

Die Anrufung zur Selbstgestaltung gehört zu einer elementaren Regierungstechnologie moderner Gesellschaften und ist kein gänzlich neues neoliberales oder postfordistisches Phänomen. Mit der Aufforderung, sich am Normalen zu orientieren, mussten schon im Zuge der Moderne alle ein Verhältnis zu sich entwickeln, den eigenen Körper, das eigene Leben kontrollieren, indem sie sich selbst regulierten und so selbst führten. Untrennbar von dieser Selbst-Führung sind Ideen der Eigentlichkeit, der Authentizität. So glauben wir bis heute beispielsweise, der Effekt von Machtverhältnissen sei das Wesen unseres Selbst, unsere Wahrheit, unser eigener, eigentlicher Kern. Diese normalisierende Selbst-Regierung basiert auf einer Imagination von Kohärenz, von Einheitlichkeit und Ganzheit, die auf die Konstruktion eines männlichen, weißen bürgerlichen Subjekts zurückgeht. Kohärenz wiederum ist eine der Voraussetzungen moderner souveräner Subjekte. Derart imaginierte, innere, ‚natürliche Wahrheiten‘, solche Konstruktionen von Eigentlichkeit nähren bis heute Vorstellungen davon, sich selbst und sein Leben frei, autonom und nach eigenen Entscheidungen gestalten zu können oder zu müssen. Solche Machtverhältnisse sind auch deshalb nicht leicht wahrzunehmen, da sie häufig als eigene, freie Entscheidung, als persönliche Einsicht daherkommen und bis heute das Begehren danach produzieren, zu fragen ‚Wer bin ich?‘ oder ‚Wie kann ich mich selbst verwirklichen?‘. Der im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen so häufig gebrauchte Begriff der „Eigenverantwortung“ funktioniert nur über diese alte liberale Technik der Selbstregierung.

Im Grunde findet gouvernementale Selbstregierung, diese Souveränität auf Subjektebene, in einem scheinbaren Paradox statt. Denn diese moderne Selbstregierung bedeutet gleichzeitig Unterwerfung und Freiheit. Nur in dieser ambivalenten Struktur von Subjektivierung, die – in aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen – sowohl im Privaten wie im Bereich des Öffentlichen grundlegend war, sowohl in der Familie wie in der Fabrik oder der Politik, nur in dieser paradoxen Subjektivierung findet die Regierbarkeit moderner Subjekte statt. Selbst-Gestaltbarkeit wiederum war konstituierend für dieses vermeintliche Paradox zwischen Regulierung und Ermächtigung.

Diese normalisierte, souveräne, männlich-weiße Subjektivierung brauchte im Liberalismus die Konstruktion des anormalen und devianten Anderen, das heißt des marginalisierten Prekären. Im Neoliberalismus verschiebt sich nun die Funktion der Prekären hin in die gesellschaftliche Mitte und wird normalisiert. Damit kann sich auch die Funktion der bürgerlichen Freiheit transformieren: weg von der Abgrenzung vom prekären Anderen, hin zur subjektivierenden Funktion in der normalisierten Prekarisierung.

Aktuelle Lebens- und Arbeitsverhältnisse verweisen nicht zuletzt auf eine Genealogie der sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren. Die durchaus dissidenten Praktiken alternativer Lebensweisen, die Wünsche nach anderen Körpern und Selbstverhältnissen (in feministischen, ökologischen, linksradikalen Kontexten) wollten sich immer auch vom Normalarbeitsverhältnis und den damit verbundenen Zwängen, Disziplinierungen und Kontrollen abgrenzen. Generell war die bewusste, die freiwillige Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch Ausdruck für ein Bedürfnis, die moderne, patriarchale Aufteilung in Reproduktion und Lohnarbeit zu überwinden.

In den vergangenen Jahren sind jedoch genau diese alternativen Lebens- und Arbeitsverhältnisse immer stärker ökonomisch verwertbar geworden, weil sie die Flexibilisierung begünstigten, die der Arbeitsmarkt forderte. So waren Praktiken und Diskurse sozialer Bewegungen in den vergangenen dreißig, vierzig Jahren nicht nur dissident und gegen Normalisierung gerichtet, sondern zugleich auch Teil der Transformation hin zu einer neoliberalen Ausformung von Gouvernamentalität.

Auf der Ebene von Subjektivierung wird gegenwärtig auf eine neue Weise offensichtlich, dass sich alternative Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Großen und Ganzen nicht von der Struktur einer traditionellen, bürgerlich-weiß-männlichen Subjektivierungsweise gelöst haben. Die Ambivalenz zwischen einer bestimmten bürgerlichen Idee von Freiheit auf der einen und der (Selbst-)Regulierung und Unterwerfung auf der anderen Seite ist alles andere als überwunden.

Die derzeitigen VirtuosInnen dieser Ambivalenz lassen sich mit ein paar Parametern weiter beschreiben: Sie gehen befristeten Tätigkeiten nach, leben von Projekten und Honorarjobs, von mehreren gleichzeitig und einem nach dem anderen, meist ohne Kranken-, Urlaubs- und Arbeitslosengeld, ohne Kündigungsschutz, also ohne oder mit minimalen sozialen Absicherungen. Meist sind sie kinderlos. Arbeit und Freizeit lassen sich nicht mehr trennen. In der nicht bezahlten Zeit findet eine Anhäufung von Wissen statt, welches wiederum nicht extra honoriert, aber selbstverständlich in die bezahlte Arbeit eingebracht und abgerufen wird. Das permanente Kommunizieren in Netzwerken ist überlebenswichtig. Nicht wenige von ihnen verstehen sich als links und kapitalismuskritisch.

Die Praktiken, um die es hier geht, sind jedoch sowohl mit Begehren als auch mit Anpassung verbunden. Denn diese Existenzweisen werden immer wieder auch in vorausseilendem Gehorsam antizipiert und mitproduziert. Die nicht existierenden oder geringen Bezahlungen, im Kultur- oder Wissenschaftsbetrieb zum Beispiel, werden allzu häufig als unveränderbare Tatsache hingenommen, anderes wird gar nicht erst einge-

fordert. Verhältnisse von Ungleichheit werden oft nicht wahrgenommen. Die Notwendigkeit, anderen, weniger kreativen, prekären Beschäftigten nachzugehen, um sich das eigene Produzieren finanzieren zu können, wird hingenommen. Diese erzwungene und gleichzeitig selbst gewählte Finanzierung des eigenen kreativen Schaffens stützt und reproduziert genau die Verhältnisse immer wieder, unter denen man leidet und deren Teil man zugleich sein will. Vielleicht sind die kreativ Arbeitenden, diese selbst gewählt prekarierten VirtuosInnen deshalb so gut ausbeutbare Subjekte, weil sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse wegen des Glaubens an die eigenen Freiheiten und Autonomien, wegen der Selbstverwirklichungsphantasien scheinbar unendlich ertragen. Sie sind in einem neoliberalen Kontext dermaßen ausbeutbar, dass sie mittlerweile nicht mehr nur von staatlicher Seite als Prototypen für neue Lebens- und Arbeitsweisen angeführt werden.

Mit dieser Selbst- Prekarisierung sind meist Erfahrungen von Angst und Kontrollverlust verbunden, Gefühle von Verunsicherung, sowie Angst vor und die Erfahrung von Scheitern, sozialem Abstieg und Armut. Auch deshalb sind ‚Loslassen‘ oder Formen des Ausstiegs und Abfallens vom hegemonialen Paradigma schwierig. Man muss ‚on speed‘ bleiben, sonst könnte man raus fallen. Die Bedrohung sitzt immer im Nacken. Klare Zeiten für Entspannung und Erholung gibt es nicht. Das Begehren nach Entspannung, danach, ‚zu sich selbst zu kommen‘ wird unstillbar. Derart reproduktive Praktiken müssen meist neu erlernt werden. Sie entbehren jeder Selbstverständlichkeit und müssen gegen sich und andere hart erkämpft werden. Das macht diese Sehnsucht nach Reproduktion, nach Regeneration wiederum so überaus vermarktbare.

Im gegenwärtigen Kontext von prekärer, weitgehend immaterieller, meist individualisierter Arbeit und ebensolchem ‚Leben‘ verändert sich folglich die Funktion von Reproduktion. Sie wird nicht mehr nur auf andere, vornehmlich Frauen, ausgelagert. Individuelle Reproduktion und Generativität, die Produktion des Lebens individualisiert und verlagert sich nun zum Teil „in“ die Subjekte selbst hinein. Es geht um Regeneration jenseits von Arbeit, auch durch Arbeit, aber immer noch sehr häufig jenseits von angemessen bezahlter Lohnarbeit. Es geht um (Selbst-)Erneuerung, um ein Aus-sich-selbst-Schöpfen, sich selbst aus eigener Kraft wieder herstellen: eigenverantwortlich. Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das Selbst. Arbeit soll die Reproduktion des Selbst gewährleisten.

Im Anschluss an Virno lässt sich daraus folgern, dass die Trennung von öffentlich und privat nicht nur in einer neuen entpolitisierten Öffentlichkeit, einem „Öffentlichsein ohne Öffentlichkeit“ implodiert. Diese Implosion wird verstärkt durch eine weitere: diejenige von Produktion

und Reproduktion in den beschriebenen Subjektivierungsweisen. Parallel dazu bestehen gleichzeitig die traditionellen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche mitsamt geschlechtsspezifischer Segmentierung weiter.

Diese Subjektivierung, die sich strukturell kaum nach Geschlecht unterscheiden lässt,⁶ findet durch die Impllosionen offensichtlich in einem Widerspruch statt: in der Gleichzeitigkeit von Prekarisierung auf der einen – verbunden mit Angst, dem Gefühl von Schutzlosigkeit und Fragmentierung – und von Kontinuität von Souveränität auf der anderen Seite. Diese Kontinuität moderner souveräner Subjektivierung findet durch die Stilisierung von Selbstverwirklichung, Autonomie und Freiheit, durch Selbstgestaltung, Selbstverantwortung und die Wiederholung der Idee von Eigentlichkeit statt. Generell scheint diese Souveränität in erster Linie auf der ‚freien‘ Entscheidung zur Selbst- Prekarisierung zu beruhen.

Das wiederum könnte ein zentraler Grund dafür sein, dass die strukturelle Prekarisierung als tendenziell gesamtgesellschaftliches, neoliberal gouvernementales Phänomen, dem kaum eine freie Entscheidung zugrunde liegt, derart schwer gesehen werden kann, Kritik daran noch kaum zu hören ist und Gegen-Verhalten weitgehend ausbleibt. In diesem Fall ist die neue Öffentlichkeit ein Raum des Opportunismus und der Konformität.

Sogar mit Hannah Arendt, deren Analysen für die aktuellen ökonomischen und sozialen Transformationsprozesse offenbar kaum noch Relevanz zu haben scheinen, lassen sich die hier angeführten Phantasien von selbst-gewählter Freiheit und Autonomie kritisieren. Diese kommen nämlich Arendts Begriff von „Willensfreiheit“ und dessen Gegensatz von „politischer Freiheit“ sehr nahe. Denn wenn sich „das Ideal des Freiseins [...] vom Handeln-Können auf das Wollen verschoben hat,“ kann es „nicht mehr die Virtuosität des Mit-einander-zusammen Handelns sein, das Ideal wurde vielmehr die Souveränität, die Unabhängigkeit von allen anderen und gegebenenfalls das Sich-Durchsetzen gegen sie“ (Arendt 1994: 213). Politische Freiheit funktioniert jedoch nur „unter der Bedingung der Nicht-Souveränität“ (ebd.: 214).

6 Dies liegt sicherlich zu einem erheblichen Teil an der Kinderlosigkeit der hier beschriebenen VirtuosInnen. Ein Grund dafür ist ihre Prekarisierung trotz Selbstausbeutung und Selbstverwirklichungsphantasien. Sozial strukturierende Trennlinien verlaufen hier nicht signifikant entlang der Gender-Linie. Wie sich dies bei der „Zusatzbedingung Mutterschaft“ oder „immer noch mit Weiblichkeit verbundenen Care-Verpflichtungen“ ändert, dazu Voß/Weiß (2005: 85). Zur neoliberalen Neufassung der Geschlechterverhältnisse zwischen „Re-Traditionalisierungstendenzen“ und „flexibilisierte[n] Geschlechterbilder[n]“ siehe Pühl/Sauer (2004: 175).

Statt die eigenen Involviertheiten im Kontext von Prekarisierung zu reflektieren, werden nicht selten gerade in linken Zusammenhängen Diskussionen darum geführt, wer noch dazu gehört und wer nicht mehr, wer luxus- und wer armutsprekär ist. Noch immer scheint es unabdingbar, zunächst das betroffene, zu politisierende Kollektiv festmachen zu müssen, welches meistens in irgendeiner Weise die anderen sind. Ich denke allerdings, solange die eigenen Selbst-Prekarisierungen, die Phantasien darüber, sich ohnehin jenseits des Mainstreams, Bürgertums oder wo auch immer zu bewegen, weil gerade in der jeweiligen Nische die eigenen Vorstellungen von Freiheit und Autonomie lebbar seien, unreflektiert bleiben, kann weder theoretisch noch politisch verstanden werden, wie durch die selbst-gewählten Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine strukturell optimal regierbare Subjektivierung entsteht, was nichts anderes bedeutet, als eine gewählte Unterwerfung unter neoliberal gouvernementale Regierungsformen.

Folgt man Virnos Implosionsthese der Aristotelisch-Arendtschen Dreiteilung, dann muss auch eine Krise linker Politik thematisiert werden. Stellt sich dann nicht die Frage, ob durch unreflektierte Selbst-Prekarisierung zwar unentwegt neue Öffentlichkeiten entstehen und sogar die Trennungen von privat und öffentlich, von Arbeit und Reproduktion in der eigenen Subjektivierung aufgelöst werden, aber gerade dadurch, wie Virno sagt, entpolitisierte Subjekte entstehen?

Literatur

- Arendt, Hannah (1981): *Vita Activa oder vom täglichen Leben*, München: Piper.
- Arendt, Hannah (1994): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken 1*, München/Zürich: Piper.
- Corsani, Antonella (2004): „Wissen und Arbeit im kognitiven Kapitalismus. Die Sackgassen der politischen Ökonomie“. In: Thomas Atzert/Jost Müller (Hg.), *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 156-174.
- Lorey, Isabell (2006): „Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung. Zur Normalisierung von KulturproduzentInnen“, <http://www.transform.eipcp.net/transversal/1106/lorey/de>, 15.09.2007.
- Lorey, Isabell (2007): „Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen“. In: Gerald Raunig/Ulf Wuggenig (Hg.), *Kritik der Kreativität*, Wien: Turia + Kant, S.121-136.

- Marx, Karl (1988): „Productive und Unproductive Arbeit“. In: Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1863-1867, MEGA II 4.1, Berlin: Dietz, S. 108-117.
- Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (2004): „Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus. Konstruktion, Transformation und feministisch-politische Perspektiven“. In: Urte Helduser et al. (Hg.), *under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis*, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 165-179.
- Virno, Paolo (2005): *Grammatik der Multitude*, Wien: Turia+Kant.
- Virno, Paolo (2003): „Virtuosity and Revolution“, <http://makeworlds.org/node/34>, 15.09.2007.
- Voß, Günter G./Weiß, Cornelia (2005): „Ist der Arbeitskraftunternehmer weiblich?“. In: Karin Lohr/Hildegard Maria Nickel (Hg.), *Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen*, Münster: Westfälische Dampfboot, S. 65-91.

PREKÄRE SUPERHELDEN: ZUR ENTWICKLUNG POLITISCHER HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN IN POSTFORDISTISCHEN VERHÄLTNISSEN¹

STEPHAN ADOLPHS/MARION HAMM

Die Radfahlerin, die am Nachmittag des 28. April 2006 vom Hamburger Hafen Richtung Schanzenviertel fährt, wundert sich: Vierzehn Polizeiwagen mit aufgedrehtem Martinshorn rasen durch die Straßen, ein Hubschrauber kreist über dem Viertel. Eine Bombendrohung? Ein Banküberfall? Ein terroristischer Anschlag?

Noch am gleichen Abend kann sie im Hamburger Abendblatt lesen, welchem Zwischenfall das Polizeiaufgebot geschuldet war: Als Superhelden verkleidete Männer und Frauen waren in den Gourmet-Supermarkt „Frischeparadies“ gestürmt, hatten sich blitzschnell „Champagner, Hirschkeulen, Edel-Konserven und Frischware im Wert von 1500 Euro“ gegriffen und „verschwanden in Sekundenschnelle.“ (Hamburger Abendblatt 2006) Am Eingang hatten sie einen Blumenstrauß und eine Nachricht hinterlassen. Auf der alternativen Nachrichtenwebseite Indy-media ist diese dokumentiert. Dort heißt es: „Ob als vollvernetzte Dauerpraktikantin, Callcenterangel, aufenthaltlose Putzfrau oder ausbildungsplatzloser Ein-Euro-Jobber: Ohne die Fähigkeiten von Superhel-

1 Dieser Beitrag ist im Rahmen des vom Schweizer Nationalfonds geförderten Projekts „Protest als Medium – Medien des Protests“ entstanden. Dank an AktivistInnen der EuroMayDay Netzwerke in Hamburg und Mailand für Anregung, Hinweise und Diskussion.

den ist ein Überleben in der Stadt der Millionäre nicht möglich.“² Die Delikatessen wurden an ErzieherInnen und Eltern einer Kita, an PraktikantInnen einer Werbeagentur, an Putzfrauen an der Universität und an Ein-Euro-Jobber des Beschäftigungsträgers Hamburger Arbeit verteilt. Die Geschenke waren mit dem Aufruf an die prekär Beschäftigten verbunden, sich an der EuroMayDay Parade zu beteiligen: „Bleibt nur noch eine Frage offen: Wo setzt du deine Superheldenkräfte ein? Komm doch einfach zur EuroMayDayparade am 1. Mai um 13 Uhr an der Wiese am Michel.“

Diese Kurzbeschreibung wirft ein Schlaglicht auf die Aktivität einer transnationalen Prekarisierungsbewegung, die sich 2004³ als „Euro-MayDay Netzwerk“ formiert. Am sichtbarsten wird diese Bewegung durch die alljährlich in vielen europäischen Städten stattfindenden „EuroMayDay Paraden“, bei denen Prozesse der Prekarisierung von Arbeit und Leben in vielfältigen medialen und performativen Ausdruckformen sichtbar gemacht werden.⁴ Die Durchführung dieser Veranstaltungen am traditionellen Datum des „Internationalen Kampftags der Arbeiterklasse“ macht deutlich, dass sich die Bewegung in der Traditionslinie der Arbeiterbewegung verortet. Gleichzeitig wird durch die Form des Protests, der sich von den geordneten, zentralistisch organisierten Umzügen der klassischen Arbeiterbewegung unterscheidet, eine Differenz markiert. In der Auswahl der EmpfängerInnen der angeeigneten Delikatessen und in der Selbstbeschreibung der Superhelden verweist deren Streifzug in das Hamburger „Frischeparadies“ auf die Vielgestaltigkeit prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen, die sich nicht leicht in eine einheitliche Form der Repräsentation fügen lassen, werden hier in einer

2 Indymedia vom 28.04.2006, <http://de.indymedia.org/2006/04/145010.shtml>, 29.01.2008.

3 Auf einem Treffen bei der als Gegenangebot zum Europäischen Sozialforum in London selbstorganisierten Veranstaltung „Beyond ESF“ verfassten mehrere europäische Gruppen die „Middlesex Declaration“, in der sie ihre Absicht erklären, in europäischen Städten für EuroMayDay Veranstaltungen gegen Prekarität und Ungleichheit zu mobilisieren, <http://www.euromayday.org/2005/middle.php>, 30.01.2008.

4 Die erste Mayday Parade wurde 2001 in Mailand veranstaltet, dort stieg die Zahl der Teilnehmenden von 5000 im ersten Jahr auf 100000 im Jahr 2006 (vgl. Mattoni 2006: 8f). Als erste Stadt schloss sich 2004 Barcelona an (vgl. Raunig 2005), 2005 folgten EuroMayDay Paraden in 17 weiteren Städten von Helsinki und Hamburg im Norden bis Neapel im Süden, von Amsterdam im Westen bis Wien im Osten. Seitdem haben weitere Städte das Format der prekären Mayday Paraden aufgegriffen, viele beteiligten sich aktiv am Prozess des EuroMayDay-Netzwerks.

Landschaft der Prekarisierung angeordnet. Schon 2002 formulierte die Madrider Gruppe „Precarias a la deriva“ das Problem: „Unsere Situationen sind so unterschiedlich, so singulär, dass es uns schwer fällt, den gemeinsamen Nenner zu finden, von dem wir ausgehen könnten, oder die eindeutigen Unterschiede, durch die wir einander bereichern könnten. Es ist schwierig für uns, uns auf der gemeinsamen Basis von Prekarität auszudrücken und zu definieren, einer Prekarität, die auf eine eindeutige kollektive Identität verzichtet, in der sie sich simplifiziert und verteidigt, die aber nach einer Form der gemeinsamen Verortung verlangt.“ (Precarias a la deriva 2004a)

Die Aneignungsaktion der Hamburger Superhelden im „Frische-paradies“ wurde nicht nur – die Erwartungen der Superhelden weit übertreffend – in internationalen und überregionalen Medien aufgegriffen, sondern auch vor Ort rezipiert.⁵ Die sozialen Gegensätze in Hamburg als „Stadt der Millionäre“ waren im Jahr 2006 Medienthema: Im Stern-Magazin vom 10. Mai wurde „Boomtown Hamburg“ gefeiert, nicht ohne in einem weiteren Artikel zu Steuerpolitik und Reichtumsverteilung festzustellen (vgl. Stern Magazin 2006): „Die Arbeitnehmer sind die Dummen“ (Stern 2006). In der in Hamburg ansässigen überregionalen Wochenzeitung Die Zeit war Anfang des Jahres explizit auf die Korrelation von Kinderarmut und Bildungsstand in Hamburg hingewiesen worden (vgl. Die Zeit 2006a). Im Juli und August wurden weitere Artikel nachgelegt, in denen „die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Hamburg“, mit der „einseitigen Ausrichtung der Stadtentwicklungskonzepte am Wirtschaftsstandort Hamburg“ in Zusammenhang gebracht wurde: „In Hamburg gibt es Armut nicht trotz, sondern wegen des Reichtums.“ (Zeit-Online 2006; Zeit 2006b)

Wie die Intervention der Superhelden, die versucht, eine widerständige Verknüpfung der fragmentierten sozialen Verhältnisse zu veranschaulichen, verweist die mediale Diskussion auf die veränderte Organisation der Produktion, der Arbeitskraft und des Sozialen gegenüber den von der Regulationstheorie unter dem Label Fordismus gefassten Gesellschaftsformationen. Deren regulative Elemente wurden seit Mitte der 70er Jahre ausgehöhlt und transformiert.⁶ Autoren wie Bob Jessop und

5 Vgl. die Dokumentation der Presseberichte auf der Hamburger EuroMay-Day-Webseite: <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/Euromayday-hh/de/2006/04/452.shtml>, 29.01.2008.

6 Zur Regulationstheorie vgl. Aglietta (1979) und Lipietz (1985, 1998). Ob die Veränderungen im Sinne einer neuen neoliberalen Regulationsweise verstanden werden müssen, wovon bspw. Candeias (2004) ausgeht, oder ob sich auch nach der Jahrtausendwende keine gefestigten neuen Strukturen herausgebildet haben, so dass weiterhin von Postfordismus gesprochen werden sollte (vgl. Raza/Brand 2003), ist umstritten. Beide Positionen

Marco Revelli haben unterschiedliche Elemente der postfordistischen Regime herausgearbeitet, die im Folgenden zur Erkundung des Terrains der Prekarisierungsbewegung genutzt werden sollen.

Das Terrain der Prekarisierung

Der aktuelle globale Kapitalismus ist durch mehrere entscheidende Tendenzen gekennzeichnet (vgl. Jessop 2007a: 219f.). Neue wissens- und kapitalintensive Technologien wie Mikroelektronik, Telekommunikation, Datenverarbeitung und Biotechnologie werden zu zentralen Elementen der wirtschaftlichen Expansion. Zugleich umfasst die Internationalisierung bzw. Transnationalisierung der finanziellen und industriellen Bewegungen immer mehr Unternehmen, Länder und Märkte: „Der nationale Wirtschaftsraum ist nicht länger der augenfälligste Ansatzpunkt zur Förderung ökonomischen Wachstums, technologischer Innovation oder struktureller Konkurrenzfähigkeit. Dies zeigt sich mehr und mehr in den transnationalen Strategien von Unternehmen wie Staaten.“ (ebd.: 220) Schließlich findet ein paradigmatischer Wechsel hin zu einem an flexibler Produktion, „economies of scope“ und differenzierten Konsummustern ausgerichteten Wachstumsmodell statt. Aus dem rigide strukturierten Rationalitätssystem des Fordismus entwickelt sich ein unbeständiges und mobiles System, das aus dem Fehlen einer stabilen Form, aus dem schnellen und reibungslosen Wechsel zwischen „innovativen“ Produkten und Prozessen, sein Leitprinzip gemacht hat.

Die aktuellen Methoden der Produktionsorganisation – Stichworte sind hier „lean production“ und „just in time“ – streben ein Höchstmass an Einsparung interner Ressourcen durch systematische Reduzierung jeder organisatorischen Redundanz an. Über das Organisationswerkzeug des „just in time“ wird nicht nur Produktion in „Echtzeit“ bei gleichzeitigem Abbau zahlreicher Zwischen- und Endlager und der dafür benötigten Arbeitskraft möglich. Es dient zudem als Analysewerkzeug, mit dem jede systematische Ineffizienz in der Produktion sichtbar gemacht werden kann. Durch den so gestalteten Einsatz IT-basierter Kommunikations- und Transporttechnik können sowohl die Flexibilität der einzelnen Arbeitseinheiten vergrößert, als auch logistische Aufgaben eliminiert werden. Die Arbeitskräfte sollen nun direkt Verantwortung für die operative Effizienz und die Qualität des Produkts übernehmen (vgl. Revelli 1999: 48). Damit wird die Produktion in Form einer „linguistischen

gehen jedoch von der Unterminierung und Transformation der Institutionen und Logiken der fordistischen Regulation aus.

Maschine“ organisiert, als „kommunikatives System, das in der Lage ist, die eigene Morphologie in jedem Augenblick den ‚außerproduktiven‘ Bedürfnissen anzupassen; mit relativer Bewegungsfreiheit, auf die von außen kommenden Stimulationen zu reagieren“ (ebd.: 50). Diese Form der Organisation macht es tendenziell notwendig, die tayloristische Trennung zwischen Planung und Ausführung zu überwinden und die ‚Selbstaktivierung‘ der Arbeitskraft zu fördern, um eine flexible Anpassung der Produktionsbedingungen an die veränderbaren äußeren Umstände zu gewährleisten. Die stärkere Einbeziehung von kommunikativen Prozessen und der Subjektivität der Arbeitskraft in die Produktion sind von postoperaistischen Theoretikern unter dem Begriff der „immateriellen Arbeit“ (vgl. Hardt/Negri 2002; Virno 2005; Marazzi 1998) und in der Industriesoziologie als „Subjektivierung der Arbeit“ (vgl. Rau 2005; Moldaschel/Voß 2002) diskutiert worden.

Mit der netzwerkartigen Produktions- und Raumorganisation verändern sich die Form des Arbeitsmarktes und weitergehend das gesamte soziale System der Regulierung der Arbeitskraft, wie es für den Fordismus kennzeichnend war. Robert Castel hat in „Die Metamorphosen der sozialen Frage“ die wichtigsten institutionellen Merkmale der Regulierung des fordistischen Lohnverhältnisses im „national-sozialen Staat“ (É. Balibar) herausgearbeitet. Hier wurden die Lohnarbeitenden als öffentlich wahrnehmbares und mit Rechten ausgestattetes Kollektiv angesehen, also als eine soziale Gruppe, die nicht durch rein individuelle Merkmale gekennzeichnet ist. Dieser Gruppenstatus ging mit dem Zugang zu gesellschaftlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Pflichtversicherung und Rentensystem) einher, die als gesellschaftliche Rechte anerkannt waren. Die Formierung dieses Kollektivs beruhte einerseits auf einer klaren Trennung von gesellschaftlichen Räumen der Arbeit und Nicht-Arbeit verbunden mit einer Rationalisierung des Arbeitsprozesses im Rahmen einer präzisen, parzellierten und reglementierten Zeitverwaltung – Stichworte sind hier „wissenschaftliche Arbeitsorganisation“ und „Arbeitskraft als Anhängsel der Maschine“. Andererseits basierte sie auf der an die Produktion angelehnten Rationalisierung und Homogenisierung der Milieus und Lebensweisen (z. B. als Kleinfamilie), die über ihren normierten Konsum selbst zu Kunden der Massenproduktion wurden und damit zur Reproduktion des Marktes nicht nur durch die eigene Produktivität, sondern auch durch den eigenen Lohn beitrugen (vgl. Castel 2000: 287-297).

Arbeit wurde im fordistischen Kompromiss als kollektive und soziale Eigenschaft gefasst, die nicht individuell zu regulieren ist, sondern als soziale Gesamtheit. Dies garantierte der Arbeitskraft einen „Sicherheitsrahmen für die Arbeit und in der Arbeit“ und dem Unternehmer die

Behandlung der Arbeit im Sinne einer „homogenen Materie“ [...] die relativ austauschbar ist“, so dass er „ihren Nutzen planen und mit Leichtigkeit und mit einheitlichen Kriterien ihre Kosten kalkulieren [kann]“ (Revelli 1999: 79).

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des postfordistischen Regimes unterscheidet sich davon grundlegend. Deren sozial- und wirtschaftspolitische Dispositive zielen nun darauf ab, permanente „Innovation“ und „Flexibilität“ zu befördern – einerseits, indem versucht wird, durch Intervention auf der Angebotsseite die strukturelle und systemische Konkurrenzfähigkeit zu stärken, und andererseits, indem spezifische ökonomische und außerökonomische Bedingungen re-artikuliert werden, denn in den neuen Ökonomien kommt es zu einer wachsenden Interdependenz zwischen ökonomischen und außerökonomischen Faktoren (vgl. Jessop 2007b: 272f.). Neben dem Interesse an der „Flexibilisierung sozialer und ökonomischer Faktoren und am Unternehmertum“, wird zunehmend versucht „mikrosoziale Verhältnisse im Sinne ihrer Inwertsetzung zu durchdringen“ (ebd.: 270). Konkurrenzfähigkeit soll nun auch außerhalb des Unternehmens durch unternehmerisch tätige Städte, Unternehmenskultur und unternehmerische Subjekte gewährleistet werden. Die sozialpolitischen Maßnahmen und Steuerungsinstrumente werden der Flexibilität des Arbeitsmarktes und den angenommenen Imperativen der Konkurrenzfähigkeit untergeordnet. Diese Politik sieht soziale Transfers als Kostenfaktor in der internationalen Produktion an und versucht sie entsprechend zu minimieren (vgl. Jessop 2007b: 273). Tendenziell wird die gesamte Gesellschaft in Arbeit gesetzt, „und zwar all ihre [...] Komponenten, all ihre [...] Subjekte und gesellschaftlichen Gestalten, die auf diesem Weg in einen sehr verbreiteten, fokussierten und durchdringenden Prozess kapitalistischer Verwertung zurückgeführt werden. Zurückgeführt auf eine Art undifferenzierte und mobile Verfügbarkeit für das Kapital, eine Pluralität heterogener Arbeitsressourcen, [...] in dem diese in jedem Augenblick, gemäß dem jeweils vom Standpunkt der Kosten und der Arbeitsgeschwindigkeit für am effizientesten gehaltenen mix beliebig neu zusammengesetzt werden können“ (Revelli 1999: 81).

So wird es zunehmend schwieriger, den Bereich der Arbeit von dem der Nicht-Arbeit zu trennen. Stattdessen nehmen Mischzustände zwischen fester und völlig abwesender Arbeit zu: unregelmäßige, vorläufige, zeitlich begrenzte Arbeiten, saisonale Tätigkeiten, Hausarbeit, Leiharbeit, die alle als atypisch bezeichnet werden, weil sie nicht der fordistischen Festlegung der Arbeit entsprechen. Mit der zunehmenden Diversifizierung der Arbeit schwindet auch ihre stabile Form(alisierung). Weder können Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit in je-

dem Fall klar voneinander unterschieden werden, noch lässt sich eine eindeutige und klare Strukturierung und Klassifizierung der Arbeit nach feststehenden Kategorien vornehmen. In den postfordistischen Regimen bildet sich aber kein eindeutig durch Technologie oder Ökonomie definiertes arbeitsorganisatorisches Paradigma heraus, die Produktions- und Tauschnormen sind selbst instabil und umkämpft. Insofern ist es politisch und theoretisch produktiv, die Untersuchung der „vielfältigen politischen und sozialen Dynamiken und Widersprüche [...], die im Kontext der neuen Formen der vernetzten Produktion heute entstehen“ (Boy Lühje 2003: 147), als Ausgangspunkt zu nehmen.

In der Bewegung rund um die EuroMayDays bildet die Untersuchung der eigenen prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse den Ausgangspunkt der politischen Arbeit. Prekarisierung wird dabei nicht als partielles Abweichen von den „Standards“ des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses verstanden, die zur Benachteiligung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen führen. Im Gegenteil ist sie eine wirkmächtige gesellschaftliche Tendenz, die zur Senkung des Niveaus der sozialen Rechte und zur Etablierung neuer Formen von Arbeit und Subjektivität führt und die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hat.⁷

Aus einer hegemonietheoretischen Sichtweise, aber auch vor dem Hintergrund von Foucaults Überlegungen zur Gouvernamentalität, ist das diskursive Wissen der gesellschaftlichen Akteure ein „integraler Faktor ihrer gesellschaftlichen Praxis und der die Gesellschaft konstituierenden sozialen Tendenzen des kollektiven Lebens“ (Demirovic 1992: 149). Die Teilnehmer von Bewegungsnetzwerken sind als „gramscianische“ Intellektuelle tätig, die neue diskursive Raster, Denkmuster und Perzeptionsweisen ausarbeiten, Problemkonstellationen öffentlich machen und organisierend wirken. Intellektuelle tragen zur Erhaltung oder Transformation bestehender Lebensweisen bei, je nachdem, ob die von ihnen „erarbeiteten Konzeptualisierungsstrategien von kognitiven, emotionalen, ästhetischen und normativen Verhaltensmustern den [...] common sense in seiner bestehenden amorphen und ungleichzeitigen Form belassen oder bearbeiten und transformieren“ (ebd.: 152). Im Unterschied zu Gramsci an der fordistischen Konstellation entwickelten Konzept des organischen Intellektuellen, dem eine klare Trennung von Intellektuellengruppen und Funktionen zugrunde liegt, wird in der Bewegung um den EuroMayDay angestrebt, verschiedene Funktionen aufeinander zu beziehen und flexibel miteinander zu verbinden. Ausgehend von der prekären Organisation des eigenen Lebens, die durch

7 Zur Entwicklung eines solchen Verständnisses von Prekarisierung in Mailand vgl. Raunig (2007).

diskontinuierliche Lebensläufe, unterschiedliche Arbeitsinhalte, Projektarbeit mit kürzeren oder längeren Beschäftigungsphasen gekennzeichnet ist, sollen politische, wissenschaftliche, künstlerische etc. Praktiken und Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure miteinander kombiniert werden.

Demirovic geht davon aus, dass vor diesem Hintergrund „eine neue epistemische Form entsteht, für die wie für viele andere gesellschaftliche Konstellationen vielleicht das Netzwerk relevant zu werden scheint (vgl. Boltanski/Chiapello 2003), also eine zu einem guten Teil inter- und transnationale Vernetzung von intellektuellen Debatten und postdisziplinärer theoretischer und politischer Arbeit, die begriffliche Reflexion, empirische Forschung, Erfahrungsbericht und neue Formen künstlerischer Praxis umfasst, die einzelne WissenschaftlerInnen an den Hochschulen ebenso wie Journalisten und Zeitschriftenredaktionen, freie Forschungsgruppen und -institute, militante Forschungszusammenhänge, Nichtregierungsorganisationen oder Think Tanks umschließt“ (Demirovic 2006: 18).

Diese neue Form des Aktivismus, die vielleicht am ehesten mit dem Begriff der „Massenintellektualität“ (Müller 2004) bezeichnet werden kann, gruppiert sich um (mindestens) drei große thematische Blöcke:

Die Widersprüche, die sich aus dem Einbezug von Alltagspraktiken und „affektiven“ Potentialen der Subjekte und der Nutzung von „reproduktiven“ Ressourcen in der Ökonomie ergeben⁸, werden von der Prekarisierungsbewegung als Ansatzpunkte zur Entwicklung widerständiger Praktiken verstanden und auf Möglichkeiten zur Erweiterung des politischen Handlungsraums abgeklopft: Wie die im Hamburger EuroMay-Day Netzwerk aktive Soziologin Eptimia Panagiotidis erklärt, trat die EuroMayDay-Bewegung „in Hamburg mit dem Versprechen an, mittels Vernetzung heterogene Begehren zu erregen und aktuelle Konflikte in der Prekarisierung zu artikulieren – durch das Aufwerfen von Fragen, die vom geheimen und unwahrnehmbaren Alltag herrühren“ (vgl. Panagiotidis 2007). Unsichtbare Alltagspraktiken, wie das endlose Jon-

8 Die derzeitigen neoliberalen Projekte zeichnen sich durch die ökonomische Nutzung solcher Ressourcen aus, ohne dass Wissen über oder eine Strategie für deren Produktion oder Reproduktion vorhanden ist (vgl. Jessop 2007b: 268). Insofern ist das Sichtbarmachen dieser gesellschaftlichen Zusammenhänge ein wichtiger Ausgangspunkt für eine post-neoliberale Organisation des Sozialen. Auch Boltanski und Chiapello (2003: 415) weisen darauf hin, dass zur Formulierung einer der neuen Verhältnissen angemessenen „Ausbeutungsgrammtik“ alle Beiträge zum Netzwerk der Produktion zu erfassen seinen, so wie ein Filmabspann alle am Zustandekommen des Films beteiligten (also neben Regie und Schauspielern auch Cutter, Maskenbildner bis hin zum Catering etc.) erfasst.

glieren mit mehreren bezahlten oder unbezahlten Jobs, die affektive Arbeit, die nötig ist, um mit der geforderten Flexibilität funktionieren zu können, die Nutzung sämtlicher Kontakte und Fähigkeiten und die darin eingebauten „widerständigen Details“⁹ – werden von den Akteuren der Prekarisierungsbewegung als produktive Tätigkeiten gedeutet, aus denen sich soziale Forderungen ableiten.¹⁰ Neben den Zwängen und Zumutungen sollen auch die Fähigkeiten und ermöglichenden Praktiken, die in prekären Arbeits- und Lebensweisen bereits entstanden sind, herausgearbeitet werden.¹¹ Entsprechend wurden die Hamburger Superhelden ein Jahr nach ihrer ersten Intervention zu „Superhelden des Alltags“.¹²

Die komplexer werdenden raum-zeitlichen Bezüge der postfordistischen Konstellation bilden einen weiteren Ausgangspunkt für EuroMayDay-Bewegung. Der zunehmenden Bedeutung der lokalen und regionalen Ebene stehen die Herausbildung einer supranationalen Ebene (EU) und die zunehmende Bedeutung transnationaler Netzwerke gegenüber.¹³ Das EuroMayDay Netzwerk versteht sich selbst als transnationales Projekt, das lokale Bewegungen und Gruppen im europäischen Raum verknüpft. Dieses Selbstverständnis materialisiert sich in zahlreichen Aspekten der Bewegungspraxis, angefangen von der zeitlichen Synchronisierung des Protestereignisses EuroMayDay und dem fortlaufenden

9 Vgl. Webseite des Hamburger EuroMayDay Netzwerks: <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/Euromayday-hh/de/2007/03/544.shtml>, 27.03.2008.

10 Einen wichtigen theoretischen Bezugspunkt für diese Sichtweise stellen die theoretischen Konzepte des Post-Operaismus dar. So nutzen beispielsweise Tsianos/Papadopoulos (2006), Neilson/Rossiter (2005) und Pieper (2007) Begriffe wie „immaterielle Arbeit“ und „Biopolitik“ zur Reflexion der Prekarisierungsproblematik.

11 Diese Perspektive auf Arbeit knüpft ebenfalls an feministische Debatten und Erkenntnisse aus der Queertheorie an. Vgl. hierzu im deutschen Sprachraum bspw. Boudry/Kuster/Lorenz (1999), kpD (2005), von Osten (2007), Gutiérrez Rodríguez (2007) und weitere Beiträge in Pieper et al. (2007).

12 Vgl. die Webseite des Hamburger EuroMayDay Netzwerks: <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/Euromayday-hh/de/2007/03/544.shtml>, 27.03.2008.

13 An die Stelle der vormals (national)staatlich-politischen Regulierung ist ein neues, scheinbar unpolitisches, durch rein marktvermittelte Sachzwänge bestimmtes Regime getreten. Dieses ist zwar weiterhin durch politische Aktivierung gekennzeichnet, welche aber durch ökonomische Zwänge beschnitten wird. Diese ökonomischen Zwänge sind über die regionalen politischen Räume (Nationalstaat, Kommune etc.) nicht mehr zu erreichen, sodass politisches Handeln sich auf eine Art Wettbewerbshandeln reduziert (vgl. Adolphs/Karakayali 2007: 136).

Diskussionsprozess bei Veranstaltungen, Treffen und online¹⁴, über die kollektive Entwicklung politischer Subjektivitäten und gemeinsamer Bilder des Prekären bis hin zur Entwicklung von Methoden des Kartographierens, mit denen die sich entwickelnde Logik globalisierter Raum-Zeit Verhältnisse nicht nur abgebildet wird, sondern mit denen auch Ansatzpunkte für politisches Handeln herausgearbeitet werden können. Einen wichtigen Bezugspunkt bilden in diesem Zusammenhang die Diskussionen der europäischen Migrations- und Anti-Rassismusbewegung (bspw. bezüglich kultureller Diversifizierung nationaler Bevölkerungen, ausstehende Bürgerrechte für MigrantInnen etc.), die auf die Prekarisierungsproblematik bezogen werden.¹⁵ Europa wird als Raum globaler Migration gefasst. Denn die EuropäerInnen kommen „von den fünf Kontinenten und – am bedeutsamsten – von den sieben Meeren“, wie Alex Foti (2005) in seinem programmatischen Text zur EuroMayDay-Bewegung unterstreicht.

Aus dem Widerspruch zwischen der kollektiven und polyzentrischen Produktion von Kommunikation, Wissen, Information, Affekt und Begehren und ihrer privaten Aneignung, ergibt sich ein dritter Schwerpunkt der Bewegung. Vor allem in Mailand werden die in den oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen der „reproduktiven und distributiven Bereichen des Dienstleistungssektors, sowie in den Wissens-, Kultur- und Medienindustrien“ angeeigneten Fähigkeiten und Wissensbestände als Ausgangspunkt zur subversiven (Wieder-)Aneignung von Popkultur und Werbetechniken angesehen. Unter Nutzung von visueller und materieller Kultur werden in der Bewegung Bilder für neue, kollektive politische Imaginationen entwickelt und mit innovativen Praktiken verbunden (Vanni 2007). Hier wird an Überlegungen aus den Cultural studies und Konzepte aus dem Bereich der alternativen Öffentlichkeits- und Medientheorie angeknüpft, die seit Mitte der 90er Jahren in einem Teil der

14 Wichtige Verständigungsorgane über Sprach- und Landesgrenzen hinweg waren oder sind englischsprachige Web-Magazine wie Greenpepper (vgl. <http://process.greenpeppermagazine.org/tikiindex.php?page=Precarity+%3A+Contents+Page>), das in London produzierte Journal Mute (vgl. die in der Sonderausgabe Mute II (2005) zusammengefassten Artikel zu Prekari-tät) und „multilinguale Webjournale“ wie Transversal und Republicart (vgl. <http://www.republicart.net/disc/precariat/index.htm>), deren Beiträge jeweils in zwei bis drei Sprachen übersetzt werden.

15 Vgl. die während des Borderline Academy/Fadaiat-Projektes im südspanischen Europa-Grenzort Tarifa vom Frassanito Netzwerk für die Euro-MayDay-Bewegung im Juni 2005 verfasste Erklärung: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/frassanito2.html>, 15.01.2008.

sozialen Bewegungen auf ihre Brauchbarkeit für die politische Praxis befragt wurden (vgl. Oy 2001).¹⁶

Mapping, Medien und Markieren

Im Streifzug der Superhelden in das Hamburger „FrischeParadies“ werden Elemente kombiniert, die für die Praktiken und Ausdrucksformen der Prekarisierungsbewegung in vielen europäischen Städten charakteristisch sind: Ein genauer, reflektierender Blick auf prekäre Alltagspraktiken; Methoden des Markierens, die Forschung mit Intervention verbinden und schließlich die aktive Nutzung medialer Ausdrucksformen. In der Kombination dieser Elemente werden anhand von Bildern wie der Figur des prekären Superhelden Subjektivierungsangebote und diskursive Raster entwickelt, die es ermöglichen, „die Prekären“ als soziale Akteure zu denken.

Bei den Mayday Paraden in Mailand, Hamburg, Malaga und anderswo fällt ein überbordender Einsatz von medialen Ausdrucksmitteln auf: Stickers, Posters, Graffiti „tauchen die Stadt in ein Zeichenmeer“ (Raunig 2004). Das zeichenhafte „Markieren“ städtischer Räume vollzieht sich im Kontext der Prekarisierungsbewegung in unzähligen Varianten. Beim „derive piquetera“ ziehen mobile Streikpostenkette am ersten Mai durch großstädtische Einkaufsstrassen, wie etwa beim Mayday 2004 in Mailand, wo Filialen von Bekleidungs-, Fast-Food-, Buchhandels- und anderen Ketten zu „prekären Zonen“ erklärt wurden; die meisten blieben für den Rest des Tages geschlossen.¹⁷ Die Precarias a la deriva“, eine „feministische Initiative zwischen Forschungsprojekt und Aktivismus“ führten, ausgestattet mit Videokameras, eine systematische Serie von „derives“ durch die Alltage prekär arbeitender Frauen in ihrer Stadt Madrid durch (vgl. 2004a und 2004b). In Mailand mündete die Zusammenarbeit der Gruppe „Chainworkers“ mit Prekarisierten in der

16 Auch die im spanischen Kontext rund um das Label „yomango“ entwickelten Praktiken wurden von den PrekarisierungsaktivistInnen rezipiert, <http://www.yomango.net/> und für die Diskussion im dt. Kontext, <http://maydayberlin.blogspot.de/2007/11/03/211107-yomangoumverteilung-leicht-gemacht/>, 15.01.2008.

17 Zu sehen ist dies auf der DVD "Precarity", die von einem transnationalen Netzwerk von MedienaktivistInnen, TechnikerInnen und ÜbersetzerInnen als dritte Ausgabe des DVD-Zines "P2P Fightsharing" herausgegeben wurde, <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/Euromaydayhh/de/2005/04/149.shtml>, 30.01.2008. Vgl. auch das Interview mit Alex Foti: Precarity and (N)European Identity, <http://www.wombles.org.uk/article200610240.php>. Dieses Format wurde auch beim Mayday Sur 2007 in Malaga eingesetzt.

Modebranche in das vielbeachtete Projekt „Serpica Naro“.¹⁸ Das Hamburger EuroMayDay Netzwerk experimentiert aktuell in seiner Kampagne „mir reicht's – nicht!“¹⁹ mit interaktiven Untersuchungen im Raum der Kulturarbeit, wobei sie diese forschenden Untersuchungen mit Interventionen verbinden.²⁰

Die Methoden des Umherschweifens und Kartographierens werden flexibel und experimentell eingesetzt und unterscheiden sich je nach den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort. „Mapping“ kann, wie bei den Derives Piqueteras, eng an die Verbindung prekärer Alltage und Warenzirkulation mit dem städtischen Raum gebunden sein. Es kann sich an bestimmten Themen orientieren, wie bei den „Precarias a la deriva“. Auch bestimmte Branchen können in der „Landschaft des Prekären“ durch Erkundungen oder Interventionen markiert werden, wie etwa die Modebranche in Mailand oder der Kulturbereich in Kassel und Berlin.

Durch die Markierung werden Orte in der vertrauten Architektur der Stadt zu Symbolen von Situationen der Prekarisierung: Die Zeitarbeitsfirma steht für flexibilisierte und ungesicherte Arbeit, die Filiale des Bekleidungskonzerns für die Produktion in so genannten Sweatshops, Vodafone für die Kontrolle, Kommerzialisierung und Beschneidung kommunikativer Infrastruktur, das teure Hamburger Delikatessengeschäft für die ungleiche Verteilung des Reichtums der Stadt.

An vielen Knotenpunkten des EuroMayDay Netzwerks setzt man sich mit „Mapping“ bzw. Kartographieren“ als Methode des „untersuchend Militant-Werdens“²¹ auseinander. In einem Netzwerk sozialer Bewegungen in der südspanischen Region Andalusien, aus dem der spanische Mayday Sur hervorgeht, wird das Kartographieren verstanden als „Fähigkeit der Bewegungen, die Wirklichkeit zu untersuchen und nachzuzeichnen; eine Handwerkskunst, um das Aufkommen von Störungen in Konsensgesellschaften aufzuspüren und diese widerhallen zu lassen“ (Toret/Sguiglia 2006).

18 Die Webseite findet sich unter: <http://www.serpicanaro.com/>, vgl. auch Mattoni 2007.

19 Die Webseite der Kampagne: <http://www.mirreicht-nicht.org/>.

20 Ein Resümee dieser Aktivitäten ist in der Zeitschrift „Analyse und Kritik“ (ak) 526 vom 21.03.2008 unter dem Titel „Zwischen Glamour und Prekarität“ erschienen.

21 Für eine Diskussion militanter Untersuchungsmethoden vgl. die kollektive Publikation: Marta Malo de Molina (Hg.) (2004): *Nociones comunes. Experiencias y ensayos entre investigación y militancia*, Traficantes de sueños, Madrid. Für die deutsche Übersetzung des ersten Abschnitts der Einleitung vgl. <http://transform.eicpc.net/transversal/0406/malo/de>, 30.01.2008.

In einer Radiosendung im Vorfeld des Hamburger EuroMayDay 2006 wurde es definiert als „eine Methode, um die interaktive, sich permanent fortsetzende Entwicklung von Netzwerkstrukturen und deren Knotenpunkten darzustellen und damit neue Räume der Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.“ Ergänzend wird festgestellt: „Die ersten Karten, die waren immer Karten von Monstern. Es war nicht nur die Abbildung von einem geographischen Raum und von Routen, sondern auch von damit verbundenen Gefahren und Projektionen. Es gab [...] immer eine zusätzliche Ebene, das ist die Ebene der politischen Imagination.“²² In der Hamburger Intervention im „Frischeparadies“ wurde etwa einem geheimen, doch weit verbreiteten Wunsch Ausdruck verliehen, sich die luxuriösen Güter, die man sich nicht leisten kann, einfach anzueignen.²³

Die Markierung im städtischen Raum bestand hier in der Auswahl des Orts und der Beschenkten. Die Figur der prekären Superhelden selbst treibt eine Kartographie der in postfordistischen Verhältnissen zu entwickelnden Fähigkeiten voran: Sich Kontrollen entziehen, der Langeweile entkommen, Multitasking und das Jonglieren verschiedenster Jobs. Bei ihrer ersten Inkarnation als Imbattibili in Mailand war das kartographische Element noch deutlicher. Dort wurde jede Figur von einer politischen Initiative vor Ort entsprechend ihres Tätigkeitsfelds konzipiert, und nicht nur mit Kurzbiographien, sondern auch mit Kontaktadressen ausgestattet. Diese Figuren wurden als „Social Media“ (Mattoni 2006: S.10ff) mediatisiert: Bei der EuroMayDay Parade in Mailand 2005 waren sie im Format von Sammelkärtchen präsent, mit denen ein mitgelieferter Sammelbogen vervollständigt werden konnte. Ein Feld blieb leer: Es war für die Sammlerin vorgesehen – denn, so die Anrufung, Superheldenkräfte entwickeln alle. Die Kunsthistorikerin Ilaria Vanni analysiert die Funktionsweise des Superheldenbildes, indem sie die Austin'sche Sprechakttheorie auf die Performativität von Bildern bezieht. Performative politische Bilder, so Vanni, funktionieren nicht, indem sie eine Idee repräsentieren, reflektieren, illustrieren oder beschreiben, sondern „sie agieren, sie machen politisch etwas“ (Vanni 2007:14). Die Figur der prekären Superhelden lädt ein zur Subjektivierung: Durch Narrationen, durch Sprache oder Praktiken, einen Umhang, eine knallbunte Superhelden-Sturmmaske, die einem etwa bei einer MayDay Parade gereicht wird.

Diese Subjektivierung hat wenig gemein mit dem, was in der öffentlichen Diskussion, in Politik und Sozialwissenschaften als „abgehängtes

22 Die Aufnahmen sind online verlinkt: <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/Euromayday-hh/de/2006/04/400.shtml>, 20.01.2008.

23 Vgl. auch Stern Heft 25/2006: „Die Leute haben sich irre gefreut“, erklären einige Superhelden im Interview.

Prekariat“ bezeichnet wird. In einem Interview anlässlich der EuroMay Day Parade 2006 in Hamburg fasst eine Organisatorin des Hamburger EuroMayDay zusammen:

„Wir grenzen uns von einer Debatte ab, in der Prekarisierung als Armut definiert wird; man steht mit dem Rücken zur Wand und verliert alle Sicherheiten, die man mal hatte. Gegen diese Aufzählung des Elends hebt der Aufruf die positiven Aspekte hervor. Die Welt der Arbeits- und der Lebensverhältnisse verändert sich und wir können nicht auf schon errungene soziale Absicherungen zurückgreifen. Es bedarf dringend neuer Konzepte, jenseits von sozialem Klientelismus, jenseits der Formen, die es mal gab in den noch existierenden oder derzeit wegfallenden Arbeitsverhältnissen. Die ganzen Streiks, die nun stattfinden, zeigen deutlich, dass diese alten Modelle von Arbeit und sozialer Absicherung vorbei sind.“ (Frank/Panagiotidis/Bergmann 2006)

Prekarisierung lässt sich nicht auf negative Erscheinungen (Verletzlichkeit, Unsicherheit, Armut, soziale Gefährdung) reduzieren. Als positive Erscheinung nennen die Precarias a la Deriva „die Akkumulierung unterschiedlichen Wissens und von verschiedenen Fähigkeiten und Kompetenzen durch eine sich ständig neu konstituierende Arbeit und Lebenserfahrung“ (Precarias a la Deriva 2004). Diese Deutung von Prekarisierung wird bildhaft in die Figuren der prekären Superhelden übersetzt: Die Kräfte, die sie zur Verbesserung ihrer Situation einsetzen, konnten sie eben durch ihr Leben in der Prekarisierung entwickeln. Die prekären Superhelden beinhalten ein Versprechen: den unterschiedlichen prekären Subjektpositionen entsprechen ebenso vielfältige Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten.

Literatur

- Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2007): „Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution“. In: Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hg.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos.
- Aglietta, Michel (1979): *Theory of Capitalist Regulation*, London: NLB.
- Bourdry, Pauline/Kuster, Brigitta/Lorenz, Renate (Hg.) (1999), *Reproduktionskonten fälschen. Heterosexualität. Arbeit & Zuhause*, Berlin: b_books.

- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus – Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg: Argument.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK.
- Demirovic, Alex (1992): „Regulation und Hegemonie“. In: Alex Demirovic/Hans-Peter Krebs/Thomas Sablowski (Hg.), Hegemonie und Staat, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 128–157.
- Demirovic, Alex (2006): „Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus“. In: Alex Demirovic/Joachim Bischoff/Christop Lieber, Intellektuelle zwischen Fordismus und Postfordismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8 (2006), S. 1-22.
- Die Zeit (2006a): vom 26.01.2006, http://www.zeit.de/2006/05/Bildung_Spezial_, 30.01.2008.
- Die Zeit (2006b): vom 03.08.2006, <http://www.zeit.de/2006/32/kinderarmut>, 30.01.2008.
- Foti, Alex (2005): „MAYDAY, MAYDAY! Flex Workers, PreCogs und das europäische Prekariat“. In: republicart 04, http://republicart.net/disc/precariat/foti01_de.htm, 15.01.2008.
- Frank, John/Panagiotidis, Eftimia/Bergmann, Meike (2006): „Die Putzfrau war präsent, aber wie sieht sie aus? Interview mit den OrganisatorInnen des Hamburger EuroMayDays 2006“. In: ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis 504, http://www.akweb.de/ak_s/ak504/18.htm, 20.01.2008.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2007): „„Sexuelle Multitude‘ und prekäre Subjektivitäten – Queers, Prekarisierung und transnationaler Feminismus“. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 125-142.
- Hamburger Abendblatt vom 29.04.2006, <http://www.abendblatt.de/daten/2006/04/29/557874.html>, 29.01.2008.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M./New York: Campus.
- Jessop, Bob (2007a): „Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat“. In: Bob Jessop, Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften, Hamburg: Argument, S. 208-233.

- Jessop, Bob (2007b): „Was folgt dem Fordismus? Zur Periodisierung von Kapitalismus und seiner Regulation“. In: Bob Jessop, Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften, Hamburg: Argument, S. 255-274.
- kpD (2005): „Prekarisierung von KulturproduzentInnen und das ausbleibende ‚gute Leben‘“. In: translate 06, <http://eipcp.net/transversal/0406/kpd/de>, 15.01.2008.
- Lipietz, Alain (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff ‚Regulation‘“. In: PROKLA 58, S. 109-136.
- Lipiez, Alain (1998): „Drei Krisen. Die Metamorphosen des Kapitalismus und die Arbeiterbewegung“. In: Alain Lipiez, Nach dem Ende des ‚Goldenen Zeitalters‘. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Ausgewählte Schriften, Hg. von Hans-Peter Krebs, Berlin/Hamburg: Argument, S. 24-58.
- Lüthje, Boy (2003): „Fred Pollock in Silicon Valley. Automatisierung und Industriearbeit in der vernetzten Massenproduktion“. In: Alex Demirovic (Hg.), Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie, Stuttgart: Metzler.
- Marazzi, Robert (1998): Der Stamplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen in der Politik, Zürich: Seismo.
- Mattoni, Alice (2006): „Multiple Mediation Processes in Contemporary Social Movements: Six Years of EuroMayDay Parade in Italy“. Konferenzvortrag: International Conference „Identifier, s’identifier – Faire avec, faire contre“, Université de Lausanne, 30/11 – 1/12/2006, http://www.unil.ch/webdav/site/iepi/users/cplatel/public/atelier_3/Mattoni.pdf, 30.01.2008.
- Mattoni, Alice (2007): „Serpica Naro and the Others. The Social Media Experience in the Italian Precarious Workers Struggles“. Konferenzvortrag: OURMedia 6 „Sustainable Futures: Roles and Challenges for Community, Alternative and Citizens’ Media in the 21st Century“. University of Western Sydney, 9-13 April 2007.
- Moldaschl, Manfred/ Voß, Günter G. (2002) (Hg.): Subjektivierung von Arbeit, München/Mering: Hampp.
- Müller, Jost (2004): „Die kritischen Intellektuellen und die Vergesellschaftung der Intelligenz. Einige Hinweise auf die Geschichte und Theorie der Massenintellektualität“. In: Thomas Atzert/Jost Müller (Hg.), Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 117-146.

- Mute (2005): *Precarious Reader. Texts on the Politics of Precarious Labour*, Vol. II #0, London.
- Neilson, Brett / Rossiter, Ned (2005): „From precarity to precariousness and back again: Labour, life and unstable networks“. In: *Fibreculture* 5, http://journal.fibreculture.org/issue5/neilson_rossiter.html, 15.01.2008.
- Oy, Gottfried (2001): *Die Gemeinschaft der Lüge, Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Panagiotidis, Ephtimia (2007): „Die ‚gute Botschaft‘ der Prekarisierung. Zur Symbolik von SuperheldInnen in Zeiten der postfordistischen Zeichenflut“. In: *Translate* 02, <http://translate.eicpc.net/transversal/0307/panagiotidis/de>, 30.01.2008.
- Pieper, Marianne (2007): „Biopolitik – Die Umwendung eines Machtparadigmas. Immaterielle Arbeit und Prekarisierung. Konzeptionelle Überlegungen zu Subjektivierungsprozessen und widerständigen Praktiken der Gegenwart“. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 215-244.
- Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hg.) (2007): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt/M./New York: Campus.
- Precarias a la deriva (2004a): *Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit*. Webmagazin republicart.net, http://republicart.net/disc/precariat/precarias01_de.htm, 30.01.2008.
- Precarias a la deriva (2004b): *a la deriva por los circuitos de la precariedad femenina*, Madrid.
- Rau, Alexandra (2005): „Psychopolitik als Regierungsweise. Zur Subjektivierung von Arbeit“. In: *Widerspruch* 49, S. 49-60.
- Raunig, Gerald (2004): „La inseguridad vencerá. Antiprekaritärer Aktivismus und Mayday Parades“. In: eicpc.net 06, <http://eicpc.net/transversal/0704/raunig/de>, 30.01.2008.
- Raunig, Gerald (2007): „Das Monster Prekariat“. In: *Translate* 03, <http://translate.eicpc.net/strands/02/raunig-strands02en/?lid=raunig-strands02de>, 30.01.2008.
- Revelli (1999): *Die gesellschaftliche Linke jenseits der Zivilisation der Arbeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Stern Magazin vom 10.5.2006, <http://www.stern.de/magazin/heft/560917.html>, 27.03.2008.

- Stern 20/2006, http://www.stern.de/wirtschaft/finanzenversicherung/finanzen/Steuern-Die-Arbeitnehmer-Dummen/562425.html?nv=ct_cb, 30.01.2008.
- Toret, Javier/Sguiglia, Nicolas (2006): „Kartographie und Kriegsmaschine. Herausforderungen und Erfahrungen mit der militanten Untersuchung im Süden Europas“. In: Transform 04, <http://transform.eipcp.net/transversal/0406/tsg/de>, 30.01.2008.
- Vanni, Ilaria (2007): „How to do things with words and images: Gli Imbattibili“. In: Johanna Sumiala-Seppänen/Matteo Stocchetti (Hg.), Images and Communities. The Visual Construction of the Social, Kirjastoluokka: Gaudeamus Kirja.
- Von Osten, Marion (2007): „Irene ist Viele! Oder was die Produktivkräfte genannt wird“. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 109-124.
- Tsianos, Vassilis/Papadopoulos, Dimitris (2006): „Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus. Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?“ In: transversal 10, <http://eipcp.net/transversal/1106/tsianospapadopoulos/de>, 15.01.2008.
- Zeit-Online vom 27.07.2006, <http://www.zeit.de/online/2006/31/kinderarmut>, 30.01.2008.

„MIT 13 MARK 20 DIE WOCHE IST DIE FREIHEIT NEN DRECK WERT...“ – FILM, THEORIE UND PREKARISIERUNG * 1

KATRIN EBELL/FREDERIKE HEINITZ/ANNA LOENENBACH/
FABIAN TIETKE**

Das titelgebende Zitat findet sich gegen Ende von Slatan Dudows Klassiker *Kuhle Wampe – oder Wem gehört die Welt*. Der Film zeigt die Politisierung einer jungen Arbeiterin vor dem Hintergrund zunehmender Verelendung ihrer Familie und ihrer stärkeren Einbindung in die Freizeitorganisationen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik.

* Dieser Text ist der erste Teil eines Zwischenstandsberichtes nach einer Reihe von Vorträgen, die wir zwischen Mai 2007 und Februar 2008 mit verschiedenen Schwerpunkten gehalten haben. Ein zweiter Teil, der sich auf Migration, Arbeitskämpfe und Film konzentriert, ist im Entstehen. Für fruchtbare Diskussionen bei diesen Vorträgen danken wir unseren jeweiligen Zuhörer_innen. Besonderer Dank geht an Ingo Stützle, Janek Niggemann, Kathrin Ottovay, Kevin Stützel und Martin Ecklebe.

** Die AutorInnen führen als AG FilmArbeit seit eineinhalb Jahren Workshops, Veranstaltungen und Vorträge zu diversen (film)politischen Themen durch. Der thematische Schwerpunkt liegt dabei auf der Geschichte von Arbeitskämpfen und wie sich diese mit (linken) Prekarisierungsdebatten zusammen denken lässt. Dabei geht es der Arbeitsgruppe insbesondere darum, das Medium Film auf aktivistische Kontexte (zurück) zu beziehen.

1 *Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?* (Regie: Slatan Dudow; Drehbuch: Bertold Brecht/Ernst Ottwald) Deutschland 1931/32, Länge der vorliegenden Fassung 1:08:03; Szene ab 0:57:50.

Der Grundgedanke des Filmes, dass die Solidarität der politisch bewussten ArbeiterInnen² mit der Zeit zu einer Auflehnung gegen die Zustände führen werde, überzeugt nicht mehr. Zu viel Zeit ist seit dem Film verflossen, zu wenig Aufstand hat stattgefunden. Auch wenn Dudows Film einen tiefen Griff in die politische Mottenkiste darstellt, so ist er dennoch in einigen Aspekten auch heute so sehenswert, wie es gut gealterte ‚Klassiker‘ sind. Daher wird *Kuhle Wampe* eines der Beispiele sein, an dem wir unsere Überlegungen zum Verhältnis von Film und politischer Theorie entwerfen wollen. Gerade die Spannung zwischen jenen Bildern/Inhalten, in denen die Entstehungszeit klar sichtbar wird und solchen, deren zeitlose Aktualität verblüffen, faszinierte uns.

Eine solche Arbeit kann dazu dienen, sich vor Augen zu führen, wie (Film-)Bilder unausgesprochen theoretische Überlegungen beeinflussen. Indem diese Imaginationen greifbar werden, werden sie und die politische Relevanz von Repräsentationsweisen diskutierbar. Zudem können auch Filme, deren Argumentation man aus heutiger Sicht nicht oder nicht vollständig teilt, gerade in ihrer Spannung zwischen Anachronismus und Aktualität charmant sein und darüber hinaus Anknüpfungspunkte für heutige Debatten bieten.

Prekär, prekärer, am prekärsten?

Was Film als Medium einer Theoretisierung politischer Vorgänge bieten kann, wollen wir an drei ausgewählten Filmbeispielen³ in den Blick nehmen. Da alle drei Filme in unterschiedlichen historischen Kontexten die Arbeits- und Lebensbedingungen von Protagonist_innen an den ‚Rändern‘ des Normalarbeitsverhältnisses thematisieren, lassen sich Schnittmengen zwischen den dargestellten Verhältnissen und derzeitigen Debatten um Prekarisierung⁴ erkennen.

2 Im Text wird im Folgenden in der Schreibweise zwischen (z. B.) ArbeiterInnen und Arbeiter_innen unterschieden. Während ersteres im Sinne einer Abkürzung als beschreibende Kategorie für die in den Filmen dargestellten Arbeiter und Arbeiterinnen gemeint ist, handelt es sich bei letzterem um eine analytische Kategorie, die Positionsbestimmungen in und jenseits von normativer Zweigeschlechtlichkeit repräsentieren soll.

3 Außer *Kuhle Wampe* sind dies: *Eine Prämie für Irene* (Regie: Helke Sander) Deutschland 1971, 0:49:00 min und *Waldmeister* (Regie: Markus Mischkowski/Kai-Maria Steinkühler) Deutschland 2007, 0:09:00 min.

4 Zu unterschiedlichen Positionen und Konzepten in der Debatte um Prekarisierung siehe Hauer (2005); Karakayali (2006); Candeias (2006); *Precarias a la Deriva* (2007); Dörre et al. (2004).

Die prekären Zustände, unter denen Arbeitsmigrant_innen, Leiharbeiter_innen und andere Arbeiter_innen in der Nachkriegszeit lebten und arbeiteten, schienen lange Zeit die Ausnahme zu sein. Eine Ausnahme, die das Normalarbeitsverhältnis erst ermöglichte. Umgekehrt machten die gesicherten Arbeitsverhältnisse der Mehrheitsgesellschaft die prekäre ‚Ausnahme‘ skandalisierbar (vgl. Castro Varela 2005: 16). Durch den Zuwachs schlecht abgesicherter Arbeitsverhältnisse betrifft Prekarität heute nicht länger ausschließlich die als Leiharbeiterin malochende Arbeitsmigrantin, sondern auch den Jurastudenten. Dessen unbezahltes Praktikum und seine graduell schlechteren Berufschancen werden als Skandal dargestellt. Dabei bleiben gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse – wie zum Beispiel die rassistische und geschlechtsspezifische Strukturierung von Arbeit – außen vor.

Die Möglichkeiten eines Mediums

Film lässt sich nie auf die bloße Abbildung einer Sichtweise von Wirklichkeit reduzieren, sondern beeinflusst die Wahrnehmung von Wirklichkeit. Schon die Konzeption eines Films bringt die von theoretischen Versatzstücken geprägte Wahl aus der Menge möglicher Bilder mit sich.

Dabei ist Film ein ‚langsames‘ Medium: Von der Vorbereitung bis zur Fertigstellung und Verbreitung eines Films vergeht üblicherweise mindestens ein Jahr. In dieser Verzögerung liegt die Chance, dass Film mehr ist als eine Momentaufnahme eines Diskussionsprozesses. Die während der Entstehungszeit immer wieder notwendige Umarbeitung eines Films (vom Drehbuch zu Szenen, vom gedrehten Material zur Endfassung) befragt stets aufs Neue sein Wirkungspotential.⁵

Diese Wirkung erzielt Film nicht zuletzt durch die Gleichzeitigkeit von Bild, Ton und Erzählung. Er erhält so eine Plastizität und Vielschichtigkeit, die mit keinem anderen Medium in solchem Maße erzielt wird. Filme werden nicht nur von vergleichsweise vielen Menschen konsumiert, sie schaffen auch eine Art reflexiven und emotionalen Resonanzraum. Dass diese Resonanz unabhängig von der Intention der Filmschaffenden vollkommen unterschiedliche Reaktionen auslösen kann, bleibt dabei unbestritten.⁶

5 Auch dass Film nahezu ausnahmslos von mehreren Menschen gemeinsam hergestellt wird, trägt zum vielstimmigen Charakter dieses Mediums bei.

6 Die Probleme einer rückblickenden Rezeptionsforschung sind für die politische Gewichtung von Film besonders gravierend. Die Methoden einer klassischen Zuschauer_innenforschung, die sich weitgehend auf Filmpresse und Statistik stützen, sind dabei kaum anwendbar. Große Teile jener

Klassenbewusstsein oder Dosenbier? – Bilder des Prekären

Mit deutlich didaktischer Intention, die jedoch nicht ohne satirische Untertöne umgesetzt wird, ist *Kuhle Wampe* ein klassischer Agitationsfilm. Am Ende der Weimarer Republik entstanden, thematisiert der einzige Tonfilm, der aus der kommunistischen Bewegung vor 1933 hervorging, das Elend der Massenarbeitslosigkeit. Am Beispiel der persönlichen Entwicklung einer jungen Arbeiterin zeigt er, wie die Arbeiterjugend sich als Klasse wahrzunehmen ‚lernt‘. Der Film propagiert die Notwendigkeit einer kollektiven Klassenidentität, die als zentrale Voraussetzung für den Kampf und somit für einen Ausweg aus dem Elend dargestellt wird.

Im Gegensatz zur ‚großen Erzählung‘ von Klassenbewusstsein und Klassenkampf in *Kuhle Wampe*, in der die ProtagonistInnen zugleich soziale Typen repräsentieren⁷, spielt sich Helke Sanders *Eine Prämie für Irene* im Mikrokosmos des Lebens einer sich selbst ermächtigenden Protagonistin ab: Irene, eine allein erziehende Mutter, arbeitet in einer Fabrik für Haushaltsgeräte. Die Arbeit ist so eintönig wie Fabrikarbeit nur sein kann und auch in den 1970er Jahren war. Gleichzeitig bietet sie ihr aber eine gewisse – zumindest finanzielle – Unabhängigkeit. In dokumentarisch anmutender Weise zeigt der Film, wie Irene sich durchs Leben kämpft. Dieser permanente persönliche Kampf an den verschiedenen Schauplätzen – Wohnung, Fabrik, Neubauviertel – kulminiert schließlich in der Weigerung Irenes und ihrer KollegInnen, an ihre Arbeit zurückzukehren.

Mit keinem offensiven Kampf, sondern mit stillem Boykott begegnen Mike und Alfred im Kurzfilm *Waldmeister* den Auflagen des Arbeitsamtes. Im Rahmen eines Ein-Euro-Jobs sammeln die beiden Müll in einem Waldstück. Da sie nicht genug Müll finden und zudem noch beim Dosenbierfrühstück erwischt werden, werden sie zu einem Termin bei ihrer ‚individuellen Fallpsychologin‘ verdonnert. *Waldmeister* thematisiert das individuelle ‚Durchwurschteln‘ und den Versuch, einen Umgang mit der Absurdität von Arbeitsamtsmaßnahmen zu finden. Auch wenn es nicht genug Müll gibt, wird in einem ‚Wiedereingliede-

Rezeptionsformen, die für uns relevant wären, spielen sich außerhalb des klassischen Kinos ab – im Rahmen von Schulungen, Seminaren und neuerdings Beamerkinos. Der erforderliche Aufwand einer historischen Rezeptionsforschung überstieg somit die Möglichkeiten dieses Artikels. Als Beispiel klassischer Zuschauer_innenforschung vgl. Pommer 1999.

7 Vgl. die zeitgenössische Kritik von Herzberg 1932; einsehbar unter www.filmportal.de, Stand: 18.01.2008.

rungsplan in die Maßnahme‘ an die persönliche Verantwortung der Protagonisten appelliert, ihren ‚Müllwert zu erhöhen‘.⁸ „Die Müllsituation ist diffizil, geradezu prekär“⁹ – Arbeit wird zum Selbstzweck.

Prekärer Wohnen

„Es ist nicht genug Arbeit da.“ sagt Tochter Anni in *Kuhle Wampe*.¹⁰ Die Verelendung der Familie Bönicke, die exemplarisch für die Situation der Massenarbeitslosigkeit am Ende der Weimarer Republik steht, wird besonders deutlich durch den Umzug der Familie in die Zeltkolonie ‚Kuhle Wampe‘.¹¹ Verelendung ist hier einerseits materiell das Fehlen eines – im Winter beheizbaren – ‚festen‘ Wohnraumes, andererseits das offensichtliche Fehlen einer Lebensperspektive vor allem für die älteren BewohnerInnen der Kolonie. Das Leben spielt sich zwischen resigniertem Zeittotschlagen und dem Versuch, eine bürgerliche Gemütlichkeit zu schaffen, ab. Für Anni, die als einzige noch Arbeit hat, wird die Situation noch schwieriger; die schlecht bezahlte Fabrikarbeit reicht nicht aus, um die Familie zu finanzieren.

Für Irene reicht das tägliche Malochen geradeso, um eine schlecht gebaute Neubauwohnung für sich und ihre Kinder zu finanzieren. Sie, die Haushaltsgeräte produziert, hat nicht einmal eine Waschmaschine. Und als ‚allein stehende Frau‘ wird sie tagtäglich von Männern ange-macht. Gleichzeitig bedeutet die Fabrikarbeit für Irene eine Emanzipation aus traditionellen Geschlechterrollen.¹²

Eine Prämie für Irene thematisiert nicht die Notwendigkeit von Lohnarbeit per se, stellt aber die konkretere und damit aus heutiger Sicht

8 Waldmeister, 0:03:31 bis 0:04:54.

9 Waldmeister, 0:02:15.

10 *Kuhle Wampe*, Szene ab 0:09:00. Dass sich unsere Zitation von Dudows Klassiker, der zugleich der wichtigste Tonfilm zum Thema ArbeiterInnenkultur am Vorabend des Nationalsozialismus ist, auf eine Videoedition des British Film Institute von 1998 bezieht, ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Defizite deutscher Filmpflege.

11 Zur Geschichte der Kolonie *Kuhle Wampe* siehe Henrichs 2004; Sprink 2001.

12 Als Irene im Supermarkt beobachtet, wie ein Mann seiner Frau verbietet, Likör zu kaufen (er sei zu teuer, und sie würde schließlich kein Geld verdienen), greift Irene spontan zu. Als es ans Bezahlen geht, stellt sie fest, dass sie sich den Likör eigentlich nicht leisten kann. Wütend über diese Tatsache, kauft sie ihn dann trotzdem. So wird der Schnaps zum hart erkämpften Symbol ihrer Emanzipation: im Sinne der Aneignung eines bürgerlichen Luxusgutes und der Betonung der eigenen Unabhängigkeit als Frau. *Eine Prämie für Irene*, 0:20:00.

anknüpfungsfähigere Frage nach deren Organisierung – insbesondere als Kritik an der Trennung zwischen Produktion und Reproduktion.¹³ Der Film beginnt mit einer Szene, die – als Film im Film – die Erzählung vorwegnimmt: zu Bildern von Frauen und Männern auf ihrem Weg in die Fabrik, unterlegt mit immer lauter werdender Musik von *Ton Steine Scherben*, spricht eine Stimme aus dem Off folgenden Text:

"Drei Dinge spielen eine wesentliche Rolle: das Geld, die Liebe und die Kinder. Geld hat sie nicht, Liebe hat sie nicht, aber Kinder hat sie. Irene dachte, und denkt das noch immer, dass sie soviel nun nicht verlangt, wenn sie Geld haben will und richtige Arbeit und Liebe und die Kinder. Und dass man nicht alles haben kann, scheint ihr kein richtiges Argument. Sie meint, das sei alles eine Frage der Organisation. [...]"¹⁴

Was hat die Arbeit in unserem Leben zu suchen?

Mit der Kritik an der Arbeitsorganisation problematisiert *Eine Prämie für Irene* gleichzeitig die Lebensbedingungen und den Alltag in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die kritische Thematisierung des Verhältnisses von Produktions- und Reproduktionssphäre ist eine Stärke des feministischen Ansatzes von Sanders Film.¹⁵ Aufgrund der Arbeitsbedingungen nicht die nötige Grundlage für ein gesichertes Leben schaffen zu können, bedeutet in diesem Zusammenhang nämlich auch, den gesellschaftlichen Normvorstellungen nicht zu entsprechen.

13 Sanders Filme bis einschließlich Redupers aus dem Jahr 1977 sind getragen von der feministischen Kritik an der Nichtberücksichtigung der Reproduktionsarbeit in den zeitgenössischen Debatten. Vgl. dazu den Redebeitrag den Sander als Sprecherin des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen auf der Delegiertenkonferenz des SDS am 13.9.1968 vorgetragen hat. Zu Sander in den 60er Jahren vgl. Schulz 2007, S. 249. Der Text der Rede Sanders ist abgedruckt in Anders 1988, S. 39ff.

14 Eine Prämie für Irene, 0:00:00 - 0:02:05.

15 Auch wenn Sander sich mit der feministischen Position ihres Films von klassischer Ökonomiekritik abhebt, bewegt sie sich dennoch in einer kapitalismuskritischen Tradition. Deutlich wird dies, wenn sie in einer Szene die ‚industrielle Reservearmee‘ der ArbeitsmigrantInnen beschwört: „Es ist keiner gezwungen, hier zu arbeiten, meine Damen. Aber so viele scheinen sich darum zu reißen, dass in Belgrad schon wieder ein ganzer Transport auf dem Bahnhof steht.“ (Eine Prämie für Irene, 0:17:55.) So die Worte eines Vorarbeiters, die als Druckmittel eingesetzt werden, um Überstunden zu erzwingen. Gleichzeitig ist der Versuch der Betriebsleitung angedeutet, eine Solidarisierung von deutschen und migrantischen Arbeiterinnen innerhalb der Fabrik zu verhindern.

Das spannungsgeladene Verhältnis der ProtagonistInnen zu den Idealen und Rollenvorstellungen der Mittelschicht und die damit einhergehende Frage nach der eigenen Emanzipation spielt in allen drei Filmen eine wesentliche Rolle.

So führt *Waldmeister* die Assoziation von Arbeit mit einem erfüllten Leben ad absurdum. Der zwanghafte Versuch, Arbeitslose in ein Lohnarbeit imitierendes Verhältnis zu pressen, kann als ein grundsätzliches Infragestellen von Lohnarbeit interpretiert werden. Die Protagonist_innen versuchen, sich bürgerlichen Idealen von Verwertbarkeit und ‚sinnvoller Integration in die Gesellschaft‘ zu entziehen.

Kuhle Wampe dagegen verknüpft das Lossagen von den Idealen des Bürgertums mit der Entwicklung des Klassenbewusstseins junger ArbeiterInnen. Während die Mittelschicht als bloße Karikatur erscheint, gilt die Kritik jenen ArbeiterInnen, die sich bürgerliche Ideale zu Eigen gemacht haben. Diese werden verkörpert durch Annis Eltern, die selbst in der Zeltkolonie noch versuchen, einen Schein bürgerlicher Normalität und Gemütlichkeit zu wahren.¹⁶ Während die Männer Karten spielen und den Kaisermarsch hören, schmücken die Frauen die Küche mit moralinen Sinnsprüchen. Diese Bilder bestärken den Eindruck, dass Annis politischer Emanzipation als Arbeiterin die individuelle Emanzipation von den bürgerlichen Idealen ihrer Eltern vorausgeht.¹⁷ In *Kuhle Wampe* verknüpft sich ein aus heutiger Sicht irritierendes Vertrauen auf die ‚Befreiung‘ durch Revolution, die alle Fragen beantworten soll mit einer noch immer faszinierenden Schilderung der kleinen Nöte prekärer Existenz gegen Ende der Weimarer Republik. Eine Antwort auf die ‚kleinere‘, alltäglichen Fragen wird nicht versucht.

16 Kuhle Wampe, 0:06:24, 0:27:00. Brecht selbst sprach in diesem Zusammenhang vom „müde[n] und untätige[n] Sicheinrichten gewissen Arbeiterkreise im Sumpf.“ Die Darstellung einer ‚verbürgerlichten‘ Arbeiterklasse wurde als Angriff auf die SPD verstanden und war einer der Hauptangriffspunkte gegen den Film (vgl. Kühn/Tümmler/Wimmer 1978, Band 2, u. a. S. 130).

17 Die Verschränkung von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation wird auch deutlich, wenn die schwangere Anni ihren Freund noch auf der Verlobungsfeier verlässt – zum Entsetzen ihrer Eltern. Anni löst sich von den Erwartungen der Familie und den traditionellen Geschlechterbildern und nutzt ihre dadurch neugewonnene Freiheit, um sich in die Organisation eines Arbeitersportfestes einzubringen. Kuhle Wampe, 0:38:20.

Individuelle Geschichten oder große Erzählungen?

Gerade hier setzt *Eine Prämie für Irene* an und zeigt am Leben einer Frau beispielhaft, wie sich alltäglicher Kampf und Arbeitskampf unter den Bedingungen prekärer Existenz wechselseitig durchdringen. Die Kämpfe werfen somit Fragen auf, die sich nicht so leicht beantworten lassen. Sowohl *Eine Prämie für Irene* als auch *Waldmeister* messen den für die Individuen zentralen sozialen Fragen eine große Bedeutung bei. Während Sanders Film die Verdichtung des Kampfes innerhalb des Mikrokosmos eines persönlichen Lebens darstellt, schildert *Waldmeister* das alltägliche Sich-Zurechtfinden in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Beide Filme enden mit einer spontanen Solidarisierung der ProtagonistInnen miteinander.

Demgegenüber schaltet *Kuhle Wampe* dem Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einen Prozess der Bewusstwerdung vor. Jener Kampf, der bei Brecht und Dudow wohl zur Revolution führen soll, wird nicht mehr filmisch thematisiert, scheint sich jedoch mit dem ‚richtigen Bewusstsein‘ von alleine zu regeln. Dudows Film stellt den Prozess der Konstituierung einer Art ‚Massensubjekt‘ in einer starken symbolhaften Kontrastierung von Stadt und Land dar.

Der modernen Stadt gehört die Montage: Industriegebiete, Hinterhöfe, die rastlose Suche nach Arbeit. Das Elend der Massenarbeitslosigkeit wird gleich zu Beginn des Films in einer kurzen Sequenz durch Überblendung verschiedener Zeitungsschlagzeilen verdichtet dargestellt. Darauf folgt eine Szene, in der Arbeitslose immer hastiger auf der Suche nach einer Anstellung durch Berlin radeln. Schließlich sind nur noch die Räder und die Füße, die in die Pedale treten zu sehen – es geht hier nicht um ein individuelles Schicksal, sondern um das Schicksal der Arbeiter in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft in einer akuten Krisensituation.¹⁸

Erst außerhalb der Stadt finden die ArbeiterInnen die Gelegenheit, zu einer Klasse zu erstarken. Mit dem Verlassen der Stadt ändert sich auch die Bildsprache des Filmes, die Schnittgeschwindigkeit verlangsamt sich. Die Natur wird zum ‚Außerhalb‘, zum Ort der Erholung und des kollektiven Lebens. Bei den Szenen eines Arbeitersportfestes im Berliner Umland werden Motorrad fahrende und schwimmende ArbeiterInnen zum Symbol einer kraftvollen, proletarischen Modernität. Die Schnittgeschwindigkeit passt sich wieder den Stadtszenen an.¹⁹

18 Kuhle Wampe, 0:00:00 bis 0:07:20.

19 Wie im gesamten Film ist auch hier die Musik tragendes Element der Handlung. So werden die Bilder des Sportfestes mit dem von Ernst Busch

„Modernität“ und „Natur“ laufen zusammen, gestärkt können die ArbeiterInnen sich wieder in die Stadt – und damit in den Kampf – begeben.²⁰

Was ist ein Arbeitskampf?

Voraussetzung für einen wie auch immer gearteten Arbeitskampf ist Solidarisierung – ob durch Klassenbewusstsein wie in *Kuhle Wampe*, als Ergebnis gemeinsamer Erfahrungen wie in *Irene* oder als spontaner Versuch, der Prekarität gemeinsam zu begegnen wie in *Waldmeister*. Keine der ProtagonistInnen des letztgenannten Filmes ist in einem geregelten Arbeitsverhältnis. Deshalb können die Figuren in *Waldmeister* ihren Arbeitskampf nicht in Form eines Streikes artikulieren; mit Bummel und stillem Boykott setzen sie sich gegen beschäftigungstherapeutische Arbeitsamtsmaßnahmen zur Wehr.

Auch Irene beginnt nicht erst am Schluss des Filmes zu kämpfen. Sie kämpft permanent: gegen die schlecht gebaute Neubauwohnung²¹, gegen die Unmöglichkeit, als Frau abends alleine Spazieren gehen zu können²², gegen die miesen Verhältnisse in der Fabrik. Dennoch kulminiert ihr ständiger Kampf schließlich in der Fabrik als Kristallisationspunkt dieser Verhältnisse.

Eine Kollegin – kurz vor dem Zusammenbruch aufgrund der schlechten Fabrikluft – spielt eine Ohnmacht vor, um krankgeschrieben zu werden. Dies ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Irene und ihre KollegInnen weigern sich, an die Arbeit zurückzukehren. Dabei werden sie von einer Überwachungskamera gefilmt. Als sie dies realisieren, beschließen sie, die Kamera „auszuschalten“: Aus der Sicht des grauhaarigen Mannes, der in einem Raum voller Monitore das Geschehen in der Fabrik überwacht, sehen die Zuschauenden die ArbeiterInnen ihre Tassen auf die Kamera werfen. Schließlich kleben sie die Kamera mit einem firmeneigenen Aufkleber zu, versperren den Chefs den Blick.²³

gesungenen Sportlied unterlegt: Kommend aus den vollen Hinterhäusern / Finstern Straßen der umkämpften Städte / Findet ihr auch zusammen / Um gemeinsam zu kämpfen / und lernt zu siegen. *Kuhle Wampe*, 0:48:45 bis 0:52:00.

20 Zur Kritik an der „Vereinsmeierei“ dieses Arbeitersportfestes siehe Herzberg 1932.

21 Eine Prämie für Irene, Szene ab 0:36:00.

22 Eine Prämie für Irene, Szene ab 0:25:00.

23 Der Aufkleber hat insofern eine hohe symbolische Bedeutung, als dass den Arbeiterinnen mit der WAM-Werbung immer wieder zynisch vor Augen geführt wird, dass es gesellschaftlich zwei Kategorien von Frauen

Der Kampf gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, der Kampf gegen die Geschlechterungleichheit in- und außerhalb der Fabrik und damit auch der Kampf gegen die schlechten Lebensbedingungen laufen in dieser letzten Szene symbolisch verdichtet zusammen. Die Rebellion gegen die Kamera ist eine Rebellion gegen die paternalistischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb der Fabrik. Das Ausschalten der Überwachungsmechanismen dient der Selbstermächtigung der ArbeiterInnen. Gleichzeitig steht die Kamera als Symbol für die Frage nach Sichtbarkeit. Helke Sander zeigt in ihrem Film die Entwicklung hin zum Arbeitskampf – einen Prozess, an dem normalerweise nur die repressiv eingesetzten Überwachungskameras die Geschehnisse dokumentieren. Mit deren Zerstörung nehmen die ProtagonistInnen ihre Geschichte in die Hand. Die Kamera der Filmemacherin steht jetzt ohne ‚Konkurrentin‘ da. Es ist die Perspektive der ArbeiterInnen, die bleibt.

Mit laufenden Bildern die Gedanken zum Tanzen bringen

Film bietet also die Möglichkeit, auch Beispiele von Arbeitskämpfen und Widerstandsformen jenseits von Streiks sichtbar zu machen. Gerade in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, in denen (kollektive) Organisation schwierig ist, kann Film ein wichtiges Medium des Protests und der Sichtbarmachung sein. Das ‚Outsourcing‘ von Arbeit in den Alltag und der Niedergang der Fabrik als klassischem Ort des Arbeitskampfes etwa lassen das individuelle ‚Durchwurschteln‘ oftmals als die einzige Option erscheinen. Die je eigene Situation im Spiegel der Filmbilder zu sehen, kann Ausgangspunkt einer Organisation der Individualisierten werden. Die kritische Sichtbarmachung hat jedoch (auch medienbedingte) Grenzen: die ökonomischen Folgen eines Streiks werden sich alleine mit filmischer Thematisierung nicht erzielen lassen.

Politisch irrelevant ist Film deshalb jedoch nicht. Gerade Filme, die – wie die drei behandelten – ihre individuellen Erzählungen mit einem größeren Kontext verbinden, bleiben nicht ohne Wirkung. Im Falle von *Kuhle Wampe* führte dies zum Verbot des Films mit der Begründung, er stelle eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und

gibt: diejenigen, die sich die Haushaltsgeräte, die mit dem Slogan „WAM – Schont unsere Frauen“ beworben werden, leisten können, und diejenigen, die diese Geräte unter denkbar schlechten Bedingungen produzieren müssen, sie sich jedoch nicht leisten können. Vgl. Eine Prämie für Irene, 0:39:52.

lebenswichtiger Interessen des Staates“²⁴ dar. Das Schicksal der Familie Bönicke wurde offensichtlich nicht als Einzelschicksal, sondern als typisch für die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgefasst. Dies veranlasste Brecht zu dem lakonischen Kommentar, der Zensor sei einer der wenigen gewesen, die den Film wirklich verstanden hätten (vgl. Henrichs 2004).

In der Thematisierung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Filmen wird deutlich, dass Gefährdung und Unsicherheit, die heute als symptomatisch für Prekarisierung gelten, eine lange Tradition haben. Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche der 75 Jahre, die seit *Kuhle Wampe* vergangen sind, erstaunt die Aktualität der Fragen, die sich an die hier diskutierten Filme stellen lassen.

Filmografie

Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt? (Regie: Slatan Dudow; Drehbuch: Bertold Brecht/Ernst Ottwald) Deutschland 1931/32. 68 min.
Waldmeister (Regie/Drehbuch: Markus Mischkowski/Kai-Maria Steinkühler) Deutschland 2007. Kurzspielfilm, 9 min.
Eine Prämie für Irene (Regie/Drehbuch: Helke Sander) Deutschland 1971. 47 min.

Literatur

Anders, Ann (Hg.) (1988): *Autonome Frauen. Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*. Frankfurt/M.: Athenäum.
Candeias, Mario (2006): *Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung. Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung*, <http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=2790>, 04.05.2007.
Castro Varela, Maria do Mar (2005): „Die Wiederkehr der ‚Klasse‘ – Deklassierung und Migration“. In: *Diskus* 2.05, S.14–20.
Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2004): „Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung“. In: *Das Argument* 256, S. 378-397.
Hauer, Dirk (2005): „Strategische Verunsicherung. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit“. In: *ak, Analyse & Kritik* 494.

24 Zum Ringen um die Zensur des Films und die schließliche Freigabe einer gekürzten Fassung vgl. Kühn/Tümmler/Wimmer 1978, Band 2, ab S. 130.

- Henrichs, Ina (2004): *Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?*, <http://www.kiez-ev.de/film/kuhle-wampe>, 18.01.2007.
- Herzberg, Georg (1932): „Kuhle Wampe“. In: *Film-Kurier* 126, 31.05.1932. <http://www.filmportal.de/df/0d/Artikel,,,,,,,,,EBC11D2D72279110E03053D50B37185D,,,,,,,,,,,,,html>, 18.01.2008.
- Karakayali, Serhat (2006): „Mobilität und Prekarität als Ressource in den Kämpfen um Migration“. In: *Prekäre Perspektiven. Informationen aus der Tiefe des unsichtbaren Raumes. Neue Gesellschaft für Bildende Kunst – NGBK* (Hg.), Berlin: Vice Versa.
- Kühn, Gertraude/Tümmler, Karl/Wimmer, Walter (1978): *Film und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1932*, Berlin (Ost): Henschelverlag.
- Prommer, Elizabeth (1999): *Kinobesuch im Lebenslauf – Eine historische und medienbiographische Studie*, Konstanz: UVK-Medien.
- Precarias a la Deriva (2007): „Projekt und Methode einer ‚militanten Untersuchung‘. Das Reflektieren der Multitude in actu“. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Die Internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt/M.: Campus.
- Schulz, Kristina (2007): „Frauen in Bewegung – Mit der neuen Linken über die Linke(n) hinaus“. In: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.), *1968 – Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart: Metzler.
- Sprink, Claus-Dieter (2001): „Wir waren alles einfache Leute“ – die Geschichte der Arbeiterzeltstadt Kuhle Wampe Teil 1 und 2“. In: *Der Müggelheimer Bote* 7 (6) (Teil 1) und 7 (Teil 2), www.mueggelheimer-bote.de/0106/seite6.htm (Teil 1) und www.mueggelheimer-bote.de/0107/seite8.htm (Teil 2), 18.01.2008.
- Töteberg, Michael (2003): *Helke Sander – Mit den Füßen auf der Erde, mit dem Kopf in den Wolken (= Kinemathek 97)*, Berlin: Freunde der deutschen Kinemathek.

ZU DUMM UM SICH ZU WEHREN?

DIE „GEMEINEN MENSCHEN“, DIE POLITIK UND DER WIDERSTAND

NIKLAS REESE

Einleitung

„Auflehnung ist nicht in Sicht“, konstatiert der Politikwissenschaftler Franz Walter im SPIEGEL vom 07.05.2006: „Wenig spricht [...] dafür, dass die in ihrer Würde verletzten, aber eben atomisierten, netzwerklosen und selbstbewusstseinsfreien Unterschichten sich gegen ihre Marginalisierung mit langem Atem und festem Willen auflehnen werden. [...] Die neuen Unterschichten der Überflüssigen haben [...] keine kollektive Zusammengehörigkeit, kein Selbstbewusstsein, keine Idee von sich selbst, keine Potentiale für Organisation, für politische Projekte und für disziplinierte, langfristige Aktionen.“

Während die „gemeinen Menschen“ (Ivan Illich)¹ für das Bürgertum

-
- 1 Ivan Illich nennt diejenigen „gemeine Menschen“, die in der (entwicklungs-) politischen bzw. -soziologischen Terminologie „Unterschicht“, „Unterklasse“, „Arme“, „Marginalisierte“ (an den Rand Gedrängte), „Subalterne“ (Unterlegene und Unterdrückte) etc. genannt werden – mit einem Wort diejenigen, die am wenigsten über Einkommen, Macht und Lebenschancen verfügen bzw. am meisten benachteiligt und marginalisiert sind. Ich halte mit Illich den Begriff „marginalisiert“ u. ä. gerade im Hinblick auf Gesellschaften des globalen Südens jedoch für unangemessen, geht er doch von Rändern gesellschaftlicher Normalität aus. Die „gemeinen Menschen“ sind jedoch dort die Normalität (vgl. Illich 1982). Da der Terminus „gemeine Menschen“ jedoch für die meisten Leser/innen ungewohnt sein

seit jeher als passiv und unpolitisch gelten, wurden sie von der Linken oft als potentiell revolutionäres Subjekt idealisiert. In der Beschreibung der Marginalisierten im „globalen Süden“ verkommt diese Dichotomie vollends zum Klischee. Als völlig handlungsunfähig konstruierte Menschen in Flüchtlingslagern oder auf Müllkippen stehen unvermittelt neben revolutionären Ikonen wie Che Guevara oder den lange idealisierten Befreiungsbewegungen.

Beide Klischees sind meines Erachtens höchstens halbe Wahrheiten. Menschen, deren Leben von sozialer Unsicherheit geprägt ist, sind in der Regel weder bloß „fatalistisch“ noch latent revolutionär.

1. Warum gilt die Unterschicht als unpolitisch?

Es lassen sich fünf Gründe skizzieren, die häufig angeführt werden, warum „einfache Menschen“ als unpolitisch gelten.

a) Ihnen fehle es an politischem Bewusstsein; sie bringen ihre persönliche Situation nicht mit den allgemeinen sozialen Strukturen in Verbindung, die ihre Lebenschancen einengen. Ökonomische Probleme würden daher als individuelle Probleme begriffen und darum individuelle Überlebensstrategien verfolgt. (vgl. Rescher o. J.: 35, Happe/Schmitt 2003)

b) Wo die Unterklassen ein Bewusstsein von Gesellschaft entwickelt haben, sei dies ein „falsches Bewusstsein“, der Status Quo gelte ihnen als „natürlich“, „alternativlos“, gar „gottgewollt“. Das sie ‚objektiv‘ unterdrückende System beherrsche ihre Köpfe und oft auch ihre Herzen. Die meisten akzeptieren die ‚Wirklichkeit‘ wie sie der herrschende Diskurs definiert und überschreiten die Grenzen des Denk- und Sagbaren nicht. Die „Regierung“ (Foucault) scheint fest im Sattel zu sitzen. Denn Ungerechtigkeit funktioniert am besten, wenn die Benachteiligten sie für „natürlich“ halten, so eine der zentralen Hypothesen der Theorien von Antonio Gramsci oder Paolo Freire.

c) Selbst wenn sie die gesellschaftlichen Strukturen für ungerecht halten, glauben Marginalisierte nicht, dass es in ihrer Macht liegt, sie zu verändern: die da oben machen sowieso was sie wollen. Ihnen bleibe

dürfte, verwende ich im Folgenden abwechselnd auch die gängigeren Termini. Diese Termini werden weitgehend synonym verwendet; dies halte ich für zulässig, da Deprivation in der Regel kumulativ ist, also geringes Einkommen meist mit Machtlosigkeit und schlechteren Lebenschancen einhergeht.

nichts anderes übrig, als für sich das Beste aus den Verhältnissen zu machen (*work the system*).²

Filipin@s etwa gelten als pragmatisch, flexibel und anpassungsbereit, als Meister im „Organisieren“ und „Sich-Durchschlagen“ (*Diskarte*). Wenn sich Erfolg beeinflussen lässt, dann auf individuellem Wege – beispielsweise durch die Investition in Bildung, die in allen Schichten auf den Philippinen großes Ansehen genießt (vgl. Reese 2007).

d) Die politischen Verhältnisse können nur „die besser gestellten Klassen“ verändern. „Gemeine Menschen“ scheinen sich daran gewöhnt zu haben, dass andere für sie entscheiden und „warten lieber auf einen Messias, als ihre Stärke in einer kollektiven Aktion zu suchen“, so der philippinische Soziologe Randy David (David 2004a; Rescher o. J.: 30).

Diese Ansicht zieht sich auch wie ein roter Faden durch linke Revolutionstheorie. Immer wieder hat sich die linke Avantgarde wie ein Prinz verhalten, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Unterklasse politisch wach küssen und von ihrer Gegenwartsorientierung, ihrem Pragmatismus, ihrer Anspruchslosigkeit befreien zu müssen (vgl. Jung 1982: 85ff.). Gleichzeitig hielt sie die Unterklasse selten für kompetent genug, „Politik in der ersten Person“ zu machen. „Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden“ so Marx (Marx 1869: 199). Lenin war der Meinung, dass die Arbeiterklasse im „Trade-Unionismus“ verharren und von sich aus keine Umwälzung der herrschenden Verhältnisse anstreben würde. Bourdieu schließlich geht davon aus, dass Arme zwar von besseren Zeiten träumen, dennoch aber die Risiken der Veränderung fürchten, weil sie (bzw. ihr Habitus) mit neuen Situationen nicht umzugehen wissen und sich an ungewohnte Bedingungen nur langsam gewöhnen können. Er nennt dies „Hysteresis-Effekt“ (Bourdieu 1982: 238).

e) Wo all diese Gründe nicht mehr greifen und Menschen daran denken, sich zu wehren, drohen die Herrschenden mit Repression. Dies wiederum schrecke gerade diejenigen davon ab, politisch aktiv zu werden, deren täglich Brot nicht gesichert ist. *Safety-first!*

Zu der Sorge um den Lebensunterhalt gesellt sich auf den Philippinen die Angst vor der gewaltsamen Repression – durch die Schläger und die Privatarmeen der Großgrundbesitzer oder Polizei und Militär. Seit 2001 sind über 800 Menschen – Gewerkschafter/innen, Journalist/

2 Diese Haltung nennt man auf den Philippinen „Bahala na“ (Gott will es so). Sie wird häufig zu Unrecht ausschließlich mit „Schicksalsergebenheit“ übersetzt. Dabei spielt auch eine Menge „Unbekümmertheit“ eine Rolle, die sich nicht mit für aussichtslos gehaltenen Strategien wie politischer Mobilisierung aufhält, sondern sich ganz auf das trickreiche Durchschlagen (in Filipino: *Diskarte*) konzentriert.

innen, Landreformaktivist/innen – aufgrund ihrer politischen Betätigung ermordet worden.

2. Wann protestieren „die Armen“?

Viele Erfahrungen sprechen dafür, dass diese fünf Erklärungsversuche gute Gründe haben. Dennoch halte ich es für voreilig, aus einer mangelnden Sichtbarkeit von als „politisch“ anerkannten Verhaltensweisen Fatalismus oder gar Zustimmung der „gemeinen Menschen“ abzuleiten. Dies wäre eine doppelte Viktimisierung. Die Marginalisierten werden so auch noch zu Schuldigen und Mittäter/innen ihrer Benachteiligung gemacht.

James Scott (1990: 74ff.) hingegen zweifelt nicht nur daran, dass es die Regel sei, dass die hegemoniale Wirklichkeitsdefinition („thick version of false consciousness“) akzeptiert werde, sondern er bezweifelt sogar die „thin version“, d. h. den Glauben an die Alternativlosigkeit des Systems. Den Status Quo (erst einmal) hinzunehmen, bedeutet noch nicht die Verhältnisse zu akzeptieren.

Veränderungswille und Aktivwerden entstehen nicht aus einer „objektiv“ miserablen Situation, aus Ausbeutung, Ungleichheit und Armut, wie es die Verelendungstheorie nahe legt. So kommt eine Reihe von Studien über Brotunruhen, die vor allem in Folge von IWF –Strukturanpassungsprogrammen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts stattgefunden haben, zu dem Ergebnis, dass „keine enge Wechselbeziehung zwischen dem Auftreten von Aufständen und dem Auftreten von Mangel und Elend zu verzeichnen ist. Wiederholt haben Untersuchungen gezeigt, dass Aufstände nicht in den Gegenden auftreten, wo das Leiden am größten, die wirtschaftlichen Einbrüche am schlimmsten oder das Preisniveau am höchsten ist“ (Walton/Seddon 1994: 31).

Auch fehlende Zustimmung zum Status Quo (weit verbreiteter als purer Fatalismus) ist kein ausreichender Auslöser für das Aktivwerden. So stellt Niels Mulder für die Philippinen fest, dass „die Verachtung der gegenwärtigen politischen Situation weit verbreitet [ist]. Das ist aber nicht notwendigerweise ein Anreiz, nach positiver Veränderung zu streben. Solche Ansichten können auch Zynismus, Weltflüchtigkeit, Gleichgültigkeit, Konsumismus oder einen verbissenen Individualismus und eine bloße Überlebensorientierung fördern“ (Mulder 2004: 91; vgl. Reese 2007).

In seinem Klassiker „The Making of the English Working Class“ zeigt Edward Thompson anhand der Hungerunruhen des 18. Jahrhunderts in England, dass die damaligen Proteste nicht bloß „Rebellionen

des Bauches“ gewesen sind. Sie bewegten sich vielmehr „im Rahmen eines volkstümlichen Konsenses darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usf. legitim und was illegitim sei“ (Thompson 1987: 16). Die Menschen handelten „in dem Bewusstsein [...] traditionelle Rechte und Gebräuche zu verteidigen“ (ebd.: 15). Dieses Bewusstsein nennt Thompson „moralische Ökonomie“. Man könnte auch von *entitlement* oder von „Anspruchsmentalität“ sprechen.

James Scott hat eine ähnliche moralische Ökonomie für Bauern (und andere Gruppen) konstatiert (vgl. Scott 1976). Ähnlich äußern sich auch Piven und Cloward in ihrem Klassiker „Aufstand der Armen“ (Piven/Cloward 1986: 33). Und Barrington Moore (1982) zufolge entstehen Veränderungswille und politische Aktivität gerade dann, wenn Ungleichheit als willkürlich und ungerecht erscheint. Proteste entstehen bei gefühlter Ungerechtigkeit, wenn die Mächtigen „zu weit gehen“ und sich nicht an den impliziten Sozialvertrag halten (s. u.). Das lässt sich für Lateinamerika (*Ya basta!*), die Philippinen (*Sobra na!*), aber auch Deutschland feststellen: Jetzt reicht's!³

2.1 Der (traditionelle) Sozialvertrag

Werden solche Legitimitätsvorstellungen kollektiv geteilt, sind sie besonders wirkungsvoll. Ein solcher *common sense* etabliert sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte und bekommt somit einen faktischen Vertragscharakter – vergleichbar den Sozialverträgen, wie sie seit Hobbes, Locke und Rousseau bis hin zu John Rawls die politische Philosophie bevölkern. In Deutschland dürfte dieser Sozialvertrag aus dem bestehen, was das Allensbach Institut als „gesellschaftliche Mitte“ ausgemacht hat (FAZ 22.02.2008), u. a. der Einsatz für gleiche Bildungschancen, die Eingrenzung sozialer Unterschiede, aber auch die Unterstützung junger Familien und eine Steuerpolitik, die Leistung lohnend macht. „Soziale Gerechtigkeit“ ist – allen neoliberalen Delegitimierungsattacken zum Trotz – ein Ziel, das in Umfragen von den Menschen in Deutschland regelmäßig für sehr wichtig erachtet wird. Daneben wird vom Staat in besonderem Maße erwartet, für die Schaffung von (würdigen) Arbeitsplätzen zu sorgen.

3 In diesem Sinne geht der philippinische Politologe Joel Rocamora davon aus, dass „sich in der philippinischen Kultur [...] soziale Gerechtigkeit nicht in ‚Klassenkampf‘ nieder(schlägt), sondern in einer Begrenzung dessen, was die oberen Klassen aus den Armen rauspressen dürfen. Bereicherung gilt da als ‚zu viel‘, wenn man nicht mehr bloß ‚für sich selbst sorgt‘ (ein positiver Akt), sondern als ‚korrupt‘ gilt, ein negativer Akt“ (Rocamora 1998: 24; Scott 1976: 7).

Damit buchstabiert dieser „deutsche Sozialvertrag“ für eine Arbeitsgesellschaft das aus, was in traditionellen Sozialverträgen (die in der Regel in Agrargesellschaften verwurzelt sind) „das erste und primäre Kriterium von Gerechtigkeit“ (Scott 1976: 33) ist: das Recht auf genügend „Mittel, die zum Leben reichen“ (Subsistenz). Scott unterscheidet dabei zwischen zwei Ausformulierungen: „The minimal formulation was that elites must not invade the subsistence reserve of poor people; its maximal formulation was that elites had a positive moral obligation to provide for the maintenance needs of their subjects in time of dearth.“ (ebd.)⁴

Scott zufolge gehört zum traditionellen Sozialvertrag zweitens die soziale Verpflichtung des Eigentums: „When we look closely at the charges the poor make against the rich, they are almost without exception arguments for the social use of property.“ (Scott 1985: 308)⁵

Drittens verlangt der Sozialvertrag auch den Respekt der Menschenwürde; *amor proprio*, wie man auf den Philippinen sagen würde. So meint Scott „resistance originates not simply from material appropriation but from the pattern of personal humiliation that characterize that exploitation“ (Scott 1990: 111f.). Laut Beverly Silver lassen sich Arbeiterunruhen zu einem großen Teil darauf zurückführen, dass „die Auffassung, dass Arbeitskraft eine „fiktive Ware“ sei und jeder Versuch, Menschen als Waren „wie jede andere“ zu behandeln, zwangsläufig zu tiefempfundenem Groll“ führe (Silver 2005: 34f). Gerade das Bewusstsein der eigenen Würde dürfte der entscheidende Grund dafür sein, dass Unterdrückte nicht erst aktiv werden, wenn sie wissen, für welche Alternative sie kämpfen und ihr Kampf eine realistische Erfolgsaussicht hat – wofür der Warschauer Ghettoaufstand 1943 ein prägnantes Beispiel ist.⁶

4 Der Sozialvertrag sieht also eine Art Protosozialstaat vor, der allerdings in seiner Minimalversion nicht viel mehr als eine Basisversorgung bietet – das Verhindern des Verhungerns, das auch die Weltbank propagiert (vgl. Gsänger 2001).

5 Die ungleiche Verteilung der Ressourcen und Produktionsmittel wird dabei nicht von vorneherein für ungerecht gehalten (vgl. FN 14); dass der Reichtum der Einen mit der Armut bzw. dem geringeren Reichtum der Anderen in Verbindung gebracht wird, ist in Europa Folge der Arbeiterbewegung und ihrer Bewusstmachung der kollektiven Dimension von Reichtumsproduktion in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. (Wobei eben diese Arbeiterbewegung nur selten problematisiert hat, dass sich Arbeiter/innen im globalen Norden in einer (neo)kolonialen Weltwirtschaft wiederum viel Mehrwert aus dem globalen Süden angeeignet haben.)

6 Das Unrechtsgefühl wird noch verstärkt, wenn man meint, eine Gruppe oder Person für die eigene Situation verantwortlich machen zu können, „a clear perception of responsible agents“ (Walton/Seddon 1994: 53) – ein Faktum, das im europäischen Antisemitismus (bzw. in den Pogromen ge-

Soziale Unruhe kommt besonders dann auf, wenn in Umbruchssituationen die traditionell gewordenen Produktionsverhältnisse verändert werden, weil gerade dann der Sozialvertrag angegriffen und unterhöhlt wird. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Entrechtung und verschärfte Ausbeutung dann viele „gemeine Menschen“ gleichzeitig und zudem plötzlich trifft (vgl. Scott 1976: 193).⁷

2.2 „Windows of opportunity“

Sich im Recht zu fühlen reicht in der Regel aber nicht; die Entscheidung zum Aufstand folgt meist einer Abwägung der Chancen und Gefahren. Die materiellen Verhältnisse machen es im Großen wie im Kleinen oft vernünftiger, sich anzupassen und diejenigen, die die Ressourcen kontrollieren, nicht zu verärgern bzw. sich mit ihnen gut zu stellen. Klientelismus – ein ungleiches Tauschgeschäft – ist etwa in den Philippinen für viele aus einer Ethik des Überlebens und in einer Kultur von Angst und Schweigen tatsächlich die „rationalste“ aller Optionen und hat sich als Handlungsweise über Jahrhunderte verfestigt.

Zum Unrechtsbewusstsein muss eine Öffnung des politischen Raums hinzukommen, die subjektiv als Zunahme der eigenen politischen Möglichkeiten wahrgenommen wird. „Damit aus [den] Traumata des Alltagslebens heraus eine Protestbewegung entstehen kann“, so Piven und Cloward, „müssen die von den Menschen erfahrene Benachteiligung und Zerrüttung sowohl als ungerecht wie auch als veränderbar angesehen werden“ (Piven/Cloward 1986: 36). Ein solcher, subjektiv wahrgenommener Wandel der politischen Möglichkeiten kann sich durch den Zusammenbruch gesellschaftlicher Institutionen einstellen (wie im Vorfeld der russischen Revolution 1917) oder durch eine Neukonstituierung des politischen Kräftefeldes (wie 1988 durch die Verabschiedung des Landreformgesetzes CARP auf den Philippinen

gen Chinesen in Asien) eine mörderische Wendung genommen hat. Grund für diesen Rückgriff auf einen Sündenbock dürfte sein, dass „people experience deprivation and oppression within a concrete setting, not as the end product of large and abstract processes, and it is the concrete experience that molds their discontent into specific grievances against specific targets“ (Piven/Cloward 1986: 20). So wurden „die Juden“ bzw. „die Chinesen“ für den Kapitalismus und die Modernisierung „persönlich“ verantwortlich gemacht. „The enemies are not impersonal historical forces but real people.“ (Scott 1985: 347)

- 7 Piven und Cloward gehen zudem davon aus, dass „in Zeiten schneller ökonomischer und sozialer Veränderungen [...] es den Politikern weit schwerer (fällt), Unruhen zu ignorieren oder Strafmaßnahmen zu ergreifen“ (Piven/Cloward 1986: 51).

[vgl. Reese 2006a]). Auch Widersprüche und Konflikte innerhalb der Eliten wirken in diesem Sinne.

Wenn Subalterne Aussicht auf überzeugende Problemlösungen haben (bzw. geboten bekommen), wird es wahrscheinlicher, dass sie politisch aktiv werden. Die Vorstellung von Macht ist stets eine wichtige Quelle von realer Arbeitermacht gewesen (vgl. Silver 2005: 34). Erfolgreiche Kämpfe lösen wie im Fall des Landkampfes von Catulin einen Schneeballeffekt aus (vgl. Reese 2006a). In Folge gewonnener Landkämpfe wie dem von Catulin entstand zudem das Gefühl der eigenen Stärke; Menschen, die sich immer für schwach gehalten hatten, entwickelten die Überzeugung, dass sie ihr Schicksal auch in die eigenen Hände nehmen können (vgl. Reese 2006a).

Neben diesem Gefühl der eigenen Stärke bedarf es zur Führung eines sozialen und politischen Kampfes aber auch materieller Ressourcen: Geld zum Überleben während des Kampfes, den Zugang zu Entscheidungsstrukturen und vor allem: Zeit!⁸ Außerdem spielen u. a. Faktoren wie Bevölkerungskonzentration (Ballungsgebiete) sowie der Grad an Organisierung, auf den neue Bewegungen zurückgreifen können, für das Entstehen von Protestbewegungen eine Rolle (vgl. Walton/Seddon 1994).

Arme organisieren sich jedenfalls nicht nur dann, wenn sie dazu von „community organizers“ aufgefordert und angeleitet werden. „Poverty is not a hindrance to building a community“, fasst die philippinische Politologin Djorina Velasco (Velasco 2006: 110) ihre Erfahrungen mit Organisationen von städtischen Armen in der philippinischen Hauptstadtregion Metro Manila zusammen. Und die Politologin Jennifer Franco stellt im Zuge ihrer jahrelangen Zusammenarbeit mit Landlosenbewegungen in den Philippinen fest: „In the peripheries of the periphery, people are also articulating fragile new orders of difference and possibility.“ (Franco/Borras 2006: 4)

8 Zeit, darauf weisen Erhard Berner und Benedict Philipps hin, ist eines der knappsten und kostbarsten Güter für viele Arme, insbesondere für Frauen. Der größte Teil ihrer Lebenszeit sei davon geprägt, an die Beschaffung eines Jobs, an die Organisation der Zeit zu denken und daran, wo noch etwas zu sparen, wo noch etwas hinzuzuverdienen wäre (vgl. Berner/Philipps 2004). Ähnliches lässt sich generell über Leben unter den Bedingungen sozialer Verunsicherung sagen. Die Jobs sind oft anstrengend, überstrapazieren Körper und Psyche und berauben die Subjekte so ihrer Energien.

3. Wann wird Handeln „politisch“ und „widerständig“?

3.1 Ab wann ist etwas „politisch“?

Es gibt viele Möglichkeiten, auf Armut und soziale Verunsicherung zu reagieren. Viele davon sind individualistisch (sich auf eigene Faust durchschlagen) oder gruppenegoistisch (auf Familie und andere Netzwerke begrenzt). Mit diesen Überlebenstechniken habe ich mich an anderer Stelle ausführlich beschäftigt (vgl. Reese 2007). Im Folgenden möchte ich mich auf die Frage konzentrieren: unter welchen Umständen kommt es zu gemeinsamen, politisch widerständigen und die Gesellschaft verändernden Aktionen von Subalternen?

Dazu stellt sich erst einmal die Frage: Ab wann gilt etwas als politisch und ab wann als widerständig? Normalerweise wird erst dann von Protest, Widerstand und politischer Aktivität gesprochen, wenn diese sichtbar und kollektiv ausgeübt werden: in Demonstrationen, Streiks, Aufständen oder Revolutionen. Das Private gilt den meisten (immer noch) nicht als politisch. James Scott arbeitet in seinen drei grundlegenden Werken (Scott 1976; 1985; 1990) jedoch mit einem Begriff von „Politisch sein“ und „Widerstand“, der weit vor den oben angeführten Aktionsweisen beginnt: „Much of the active political life of subordinate groups has been ignored because it takes place at a level we rarely recognize as political.“ (Scott 1990: 198)

Oft wird selbst im linken Diskurs „politisch“ mit der Intention gleichgesetzt, politische Institutionen und Kultur(en) zu beeinflussen und gegebenenfalls Strukturen zu verändern. Muss dies auch noch aus ‚uneigennützigen‘ Gründen geschehen, disqualifiziert das de facto die Kämpfe der „Armen“ als vor- bzw. unpolitisch. Diese sind nämlich oft materielle Kämpfe um Subsistenzmittel und Verbrauchsgüter, Kämpfe, die Velasco „Subsistenzmobilisierungen“ (Velasco 2006: 110) nennt. Sie werden oft nur als Bewältigungsstrategien (*coping strategies*) klassifiziert, die „bloß“ Grundbedürfnisse sicherstellen wollen. „Uneigennützig“ für das Wohl der Allgemeinheit zu kämpfen – das ist das Selbstkonzept des liberalen Bürgertums. Wo politisches Handeln so definiert wird, kann dies als eine Distinktionsstrategie der Mittelschicht betrachtet werden. Politische (gar kosmopolitische) Aktivität wird hier zum kulturellen Kapital und zum Distinktionsgewinn gegenüber den „Locals“ der Welt, die auf ihren Horizont begrenzt bleiben. Der Subalterne wird zur Negativfolie, vor der sich der Bürger profilieren kann.

Zudem stellen Daines und Seddon fest: „The sharp distinction between ‚defensive‘ survival struggles, which focus on ‚adaptation‘ and

„coping“ [...] and „offensive“ strategies, which aim at extending the room for maneuver and enhance livelihood security through development of social networks and mutual empowerment, is somewhat misleading.“ (Daines/Seddon 1994: 63f.) So ist das Anzapfen von Wasser und Strom sowohl Bewältigung als auch Protest und Widerstand, weil man sich das nimmt, wovon man glaubt, dass es einem zusteht und damit den absoluten Eigentumsbegriff der bürgerlichen Gesellschaft nicht anerkennt. Dieses Ignorieren von rechtlichen Eigentumsansprüchen wird nicht als Diebstahl betrachtet. Die philippinische Politologin Frances Lo (2007) spricht hier von „pockets of resistance“.⁹

Werden individuelle Strategien auch dann nicht als politisch wahrgenommen, wenn sie massenhaft geschehen, so wird übersehen, dass oft individuelle und gar heimliche Initiativen erfolgreicher – und damit rationaler – sind als kollektiver Widerstand. Statt etwa offen durch eine Landbesetzung zu provozieren, kann es erfolgreicher sein, nach und nach Hütten zu errichten. Scott nennt dieses Verhalten „piecemeal squatting“ (Scott 1990: 199).

3.2 Und der Widerstand?

Trägt erst „jener Widerstand zu einer Erneuerung und zu einem Übergang bei“, der „weit verbreitet [ist und] kollektiv und absichtlich angewandt wird“, wie Silver (2005: 230) dies für eine Klassifikation als „Arbeiterunruhe“ voraussetzt? Oder untergräbt die „Macht des Desertierens und des Exodus“ bereits das Empire, wie Hardt und Negri meinen? Ist Migration bereits eine widerständige soziale, gar politische Bewegung, wie Römhild (2007) meint? Sind am Ende alle Praxen „politisch widerständig“, die als Sand im Getriebe der herrschenden Gouvernamentalität wirken, ganz gleich, ob sie auch so beabsichtigt sind? Sind Ladendiebstahl oder das Abhängen in *shopping malls* der (unausgesprochene) Widerstand von heute (vgl. Hartmann/Schlaak 2006: 169ff.)?

Im Konzept des Alltagswiderstands, den Scott für die „Waffe der Schwachen“ hält, beginnt „Widerstand“ schon auf sehr niedriger Schwelle. Bereits das Streuen von Gerüchten, aber auch Witze und Schadenfreude – gerade auch wenn sie im Verborgenen geschehen – bezeichnet Scott als „everyday resistance“ (Scott 1985). Groves und Chang halten sie für „small, seemingly trivial daily acts through which subordinate individuals or groups undermine – rather than overthrow – oppressive relations of power“ (Groves/Chang 2002: 316). Scott spricht von

9 So hat auch Marx den Holzdiebstahl für eine Form des Klassenkampfes gehalten (vgl. Scott 1990: 195).

„Infrapolitik“ (Scott 1990: 19), die in einem „versteckten Protokoll“ (hidden transcript) hinter den Kulissen geschieht, welches Scott vom „offenen Protokoll“ (open transcript) unterscheidet. Mir scheint, dass das Bürgertum in der Regel nur letzteres als politisch gelten lässt. Die Maxime lautet hier: nur wer offen redet (Demonstrationen, Petitionen, Streiks, Parteipolitik), darf sich auch als politisch bezeichnen, wobei darüber hinweggesehen wird, dass das offene Wort ein Privileg derer ist, die nicht viel zu befürchten haben (vgl. Scott 1990: 92). Man muss es sich erst einmal leisten können, zu sagen „Verpiss dich, Kapital! Wir haben dich satt!“¹⁰ Doch mit dem „everyday discourse“ verhält es sich wie mit Blogs: je weniger ihre Inhalte öffentlich (etwa in den Massenmedien) aufgegriffen werden, desto privater und damit unwirksamer bleiben sie.

Tausende solcher „kleinen Widerstandsakte“, so Scott, haben „dramatische ökonomische und politische Auswirkungen“ (Scott 1990: 192).¹¹ Massenhafte Steuerverweigerung gefährdet den Staat, Dienst nach Vorschrift die Produktivität. Doch so sympathisch es auch ist, die Betroffenen nicht nur als Opfer von Beherrschung, sondern auch als findige Akteure bzw. als „Survivors“ in den Blick zu nehmen: Offener Widerstand ist meist wirkungsvoller und die dadurch ausgelöste Veränderung nachhaltiger. Aber es ist für die Subalternen auch gefährlicher, den „politischen *cordon sanitaire* zwischen dem *hidden-* und dem *public transcript* einzureißen“ (ebd.: 18).¹² Denn „public refusal constitutes a

10 Dies verlangt John Holloway (vgl. Holloway 2002: 9). Zugleich kennt er aber auch den Alltagswiderstand. „Die Menschen verfügen über eine Unzahl von Formen um ‚Nein‘ zu sagen. Die Triebkraft dafür ist nicht bloß die Insubordination, die offene und kämpferische Ablehnung des Kapitals, sondern auch die Nicht-Unterordnung, die schwerer wahrnehmbare und konfusere Zurückhaltung sich anzupassen. Häufig wird das Nein in einer derart persönlichen Form ausgedrückt (sich die Haare grün färben, Selbstmord begehen, verrückt werden), dass es so scheint, als hätte es keinerlei politische Auswirkungen.“ (ebd.: 236)

11 Scott spricht dabei gar von einer „sozialen Bewegung“: „Being a diverse class [...], scattered across the countryside, often lacking the discipline and leadership that would encourage opposition of a more organized sort, the peasantry is best suited to extended guerrilla-style campaigns of attrition that require little or no coordination. [...] Seen in the light of a supportive subculture and the knowledge that the risk to any single resister is generally reduced to the extent that the whole community is involved, it becomes plausible to speak of a social movement. Curiously, however, this is a social movement with no formal organization, no formal leaders, no manifestoes, no dues, no name, and no banner.“ (Scott 1985: 35)

12 Scott unterscheidet vier Varianten des politischen Diskurses unter dominierten Gruppen: a) den Mächtigen ihre eigenen Worte vorhalten, b) den hidden transcript, c) Politiken der Verstellung und der Anonymität und

symbolic declaration of war“ (ebd.: 203), so dass es vernünftig sein kann, die „Weigerung zu gehorchen“ als „Unvermögen zu gehorchen“ erscheinen zu lassen (ebd.). „Many forms of authority can tolerate a remarkably high level of practical nonconformity, so long as it does not actually tear the public fabric of hegemony.“ (ebd.: 204)

Zugleich besteht aber bei einer ausschweifenden Definition von Widerstand die Gefahr einer „Romantisierung des Widerstands“ (Groves/Chang 2002). Wo offener Widerstand selten(er) geworden ist, neigen manche Linke dazu, nahezu alles zum Widerstand zu verklären (vgl. Hartmann/Schlaak 2006: 169ff.), weil die Existenz von Widerstand für sie scheinbar so wichtig ist wie Wasser zum Leben. Widerstand ist Teil des Lifestyles des Bürgertums (Weidner 2007).¹³ Wer täglich um das (Über-)Leben kämpfen muss, ist des Kämpfens aber müde. „Wir interessieren uns oft mehr für die Gewalt der Armen als für ihren Frieden“, kritisiert Illich (1982: 116).

4. Kämpfe für eine bessere Lage

Silver unterscheidet zwei Formen von „Arbeiterunruhen“. Diejenigen, die „höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und umfassendere Arbeiterrechte durchsetzten“ (Silver 2005: 212) und solche, die als „Selbstschutzbewegungen“ eine Reaktion sind auf „Transformationen, die [...] Gewohnheiten und Lebensgrundlagen untergraben“ (Silver 2006: 167). Beide protestieren gegen Proletarisierung und Kommodifizierung. Doch während sich die Selbstschutzbewegungen, die von Bauern, aber auch Handwerkern oder anderen *professionals* aller Art gebildet werden können, gegen ihre Freisetzung (bzw. Prekarisierung) wehren, sind *workers* bereits freigesetzt.

So steht bei „Selbstschutzbewegungen“ auch weniger der Kampf für einen angemessenen Anteil am Mehrwert im Mittelpunkt – wie bei den meist in den Blick genommenen Arbeiterunruhen. Sie kämpfen in erster Linie gegen soziale Verunsicherung. Ihr zentrales Problem ist Unsicherheit bzw. das Recht auf das zum Leben Notwendige, aber weder Gleichheit noch Unabhängigkeit. „The test for the peasant is more likely to be

schließlich d) das Zerreißen des politischen cordon sanitaire zwischen dem hidden- und dem public transcript (vgl. Scott 1990: 18).

- 13 Anselm Weidner berichtet über die neuen mittelschichtslastigen Demokratiebewegungen in Osteuropa: „Für Farbrevolutionäre ist „Revolution“ lockerer und trendiger Lifestyle, wie der Otpor-Veteran Iwan Marowi erklärte. [...] Widerstand lebt man; das ist ein Lebensstil! [...] Warum sollte man dabei nicht auch Spaß haben und hübsche T-Shirts tragen?“ (Marowi 2007: 1101)

„What is left?“ than „How much is taken?““ (Scott 1976: 7).¹⁴ Ich gehe davon aus, dass sich eine ähnliche „Genügsamkeit“ im „Habitus der Notwendigkeit“ wiederfindet, den Pierre Bourdieu (1979) als typisch für die französische Unterschicht beschrieben hat.

Scott geht davon aus, dass „the stabilization of real income for those close to subsistence may be a more powerful goal than achieving a higher average income; it indicates that we may learn more about the politics of peasants by asking not merely how poor they are but how precarious their livelihood is“ (Scott 1976: 34). Man will (erst einmal) nicht „den ganzen Kuchen“ oder gar „the whole fucking bakery“, und oft tauscht man (unsichere) „Unabhängigkeit“ gegen (abhängig machende) „Absicherung“ ein (vgl. Scott 1976: 40; Mollat 1984: 184). Selbstschutzbewegungen äußern sich daher auch weit eher als Verbraucherproteste, die sich etwa gegen Vertreibung und für den erschwinglichen Zugang zur Wasserversorgung wenden, und nicht wie Kämpfe von Lohnabhängigen als Produzentenproteste, die für höhere Löhne und Arbeitsrechte streiken (vgl. Karaos 2006: 94).¹⁵

Velasco hält solche „Subsistenzmobilisierungen“ für die typische Form politischen Aktivwerdens von „Armen“. Diese Mobilisierungen streben kurzfristige Lösungen für drängende Probleme der *communities* an, gehen aber über die lokale Ebene nicht hinaus und stellen auch keinen qualitativen Bruch in der Art dar, wie staatliche Stellen mit den Marginalisierten umgehen.

Gehen aus diesen Mobilisierungen Organisationen hervor, haben diese praktische Interessen wie z. B. die Zerstörung illegalisierter Siedlungen zu verhindern oder andere konkrete Forderungen durchzusetzen. Diese Kämpfe sind Ausdruck kurzfristig ausgerichteter Überlebensstrategien, die meist eingestellt werden, sobald das konkrete Ziel erreicht ist. Da es sich um existentielle Kämpfe und Anliegen handelt, sind diese

14 So ist in einem Land wie den Philippinen soziale Gleichheit weit weniger ein Wert als im Westen. Soziale Ungleichheit ist Alltag und hat Tradition. Das Ziel der Armen ist es weniger, gesellschaftlich und wirtschaftlich aufzusteigen (was in einer Klassengesellschaft aber auch weit weniger realistisch ist), sondern vorrangig ihre unmittelbare Armut zu mindern bzw. die eigenen Bedürfnisse möglichst zeitnah zu befriedigen.

15 Zudem relativieren Subsistenzmobilisierungen das klassische Paradigma betrieblicher Klassenkämpfe, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist für Menschen in prekären Beschäftigungen ist eine in der Community verwurzelte Organisation vielversprechender als ein Modell, das sich der Stellungsmacht der Arbeiter im Produktionsprozess bedient (Silver 2005: 140). Und zweitens sind Mobilisierungen nicht alleine auf die soziale Lage bzw. die Klassenlage zurückzuführen. Auch spielen dabei Verwandtschafts- und Freundesnetzwerke, kulturelle Zugehörigkeiten wie gemeinsame Ethnie und Sprache oder Religion eine Rolle (vgl. Scott 1985: 43).

„pragmatisch“, also situations- und gegenwartsbezogen und erst einmal wenig visionär. „The struggles of these local organizations cannot be characterized as a ‚rage against the system‘“, so Velasco (2006: 115). „Their struggle is not a push for a radical alternative, but an effort at taking part in the mainstream. ‚Becoming legal‘ is a widespread aspiration“ (ebd.) – wohl auch, weil es als probates Mittel gegen (soziale) Unsicherheit gilt. Zugleich sind diese Kämpfe aber auch kein bloßes „Nein“, sondern zugleich ein positives Projekt, das etwas anderes schafft.

Diese Hinweise haben nicht die Absicht, Kämpfe um eine gleiche Verteilung des „ganzen Kuchens“ zu diskreditieren. Manchmal gerät jedoch aus dem Blick, dass der ganze Kuchen nicht das Ziel ist, auf das Kämpfe anfangs ausgerichtet sind, obwohl einige im Verlauf immer radikaler und umfassender werden und schließlich den ganzen Kuchen in den Blick nehmen. Kämpfe um „das Ganze“ sind für „gemeine Menschen“ jedenfalls kein Selbstzweck und Teil ihrer Identität. Die „little tradition“, die sich durch Pragmatismus und Konkretheit auszeichnet und die hinter vielen Subsistenzmobilisierungen steht, wird schnell lächerlich gemacht und als unpolitisch abgetan.

5. Revolution?

Der Wunsch nach Legalisierung darf nicht mit einer Zustimmung zum Status Quo verwechselt werden. „Dieser Legalismus“, so Eric Hobsbawm, „[hält] Bauern [...] nicht davon ab, eine Revolution anzufangen. Denn sie neigen dazu, auch verfassungskonforme Gesetze als unsittlich und „unnatürlich“ abzulehnen, wenn sie ihnen Allmenden wegnehmen“ (Hobsbawm 1998: 217).

Pragmatismus und begrenzte Ziele, also der Reformismus der „gemeinen Menschen“, schließen nicht aus, dass sie gelegentlich zu revolutionären Mitteln greifen. Alleine in der spanischen Kolonialzeit hat es auf den Philippinen über 400 Aufstände gegeben. Der „nationale“ Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier war stark mit der sozialreformistischen *Katipunan*-Bewegung verbunden. Auch im 20. Jahrhundert gab es mehrere revolutionäre Bewegungen – etwa die antiimperiale *Hukbalahap* (kurz *Huk*) gegen die Japaner in den 1930er bis 1950er Jahren. Und seit 1969 kämpft die *New Peoples Army* (NPA) ihren Kampf gegen „Semifeudalismus“ und „Semikapitalismus“.

All diese bewaffneten Kämpfe waren und sind in der Regel mit Landkämpfen verbunden – Landkämpfe, die sich anderweitig nicht gewinnen ließen. Im bewaffneten Kampf sah die Bevölkerung schließlich

die einzige echte Option, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, Ausbeutung und die Verletzung ihrer Rechte durch Entwicklungsprogramme zu beenden. Also: Revolution, wenn die anderen Optionen ausgeschöpft sind. „Long before they rebelled, peasants tried variety of ways to cope with the drastically changing agrarian condition and to demand reforms. Rebellion was a last resort after other efforts had failed.“ (Kerkvliet 1979: 256)

So ist die *Huk* als Bauernbewegung gegen die Einführung der kapitalistischen Logik in der Agrarwirtschaft entstanden. Dass bei der Einführung des Kapitalismus viele Großgrundbesitzer in ihren abhängigen LandarbeiterInnen nichts anderes mehr sahen als einen puren Produktionsfaktor, den es so billig als möglich zu nutzen gelte, war einer der wesentlichen Gründe für die Entstehung der *Huk*. Ähnliches gilt für die heutige Bereitschaft, sich der *NPA* oder der islamistischen *MILF* auf der südlichen Insel Mindanao anzuschließen. Es kommt der Zeitpunkt, an dem die Geduld ein Ende findet, weil „wir unsere Tortillas nicht mit Geduld, sondern mit Mais backen“, wie der mexikanische Revolutionär Emilio Zapata im Film „Viva Zapata“ den Präsidenten Diaz wissen lässt.

Aufstände sind jedenfalls bei weitem nicht die erste Wahl, denn zu viel steht für die Unterklasse auf dem Spiel – sie sind kein Selbstzweck und auch kein Teil des eigenen Selbstkonzepts. Im Gegenteil: In der Regel waren die Armen am Ende immer die Dummen. Auch im Mittelalter wurden „die Armen als Manövriermasse für Bestrebungen benutzt, die sie nach den Aussagen der Demagogen für ihre eigenen hielten“ (Mollat 1984: 170f.). Es war die „Mittelschicht“, die die Proteste ausgelöst und initiiert hatte und es waren die Armen, die schließlich dafür büßen mussten. Nach den gescheiterten Aufständen trafen sie neben der Repression auch noch die Verachtung ihrer „mittelklassigen“ Anführer (vgl. ebd.: 172f.; Scott 1985: 29).

Anders als die Mittelklasse können die „Armen“ auch kaum die Hoffnung hegen, nach dem Aufstand bzw. der Revolution Teil der neuen Elite zu sein. Diese Erfahrungen dürften ein wichtiger Grund dafür sein, warum mittelschichtige Leute eher nach der Revolution rufen und das kollektive Bewusstsein der „Armen“ diese eher zögerlich macht.

Ergeben sich neue Chancen, wie etwa durch das Landreformprogramm in den Philippinen (vgl. Reese 2006a), wissen die Armen zu schätzen, dass sie möglicherweise zu ihrem Recht (auf Subsistenz) kommen können, ohne alles aufs Spiel setzen zu müssen. Denn auch wenige Hektar verteilten Landes können viel bedeuten. Wo die Landreform umgesetzt wurde und die neuen Eigentümer/innen vom Staat oder durch Entwicklungsprogramme unterstützt wurden, verändert sich das Gesicht der Gegend. Die Produktivität des Landes wird erheblich gesteigert (bis

zu 80 Prozent), der meiste Gewinn verbleibt nun bei denen, die das Land bebauen. Bauern können Kinder zur weiterführenden Schule schicken, drei Mal am Tag ausgewogen essen, die Gesundheitskosten und auch das Geld für den Volkssport Hahnenkampf aufbringen. Um Agrarreformen aber einen Erfolg werden zu lassen, bedarf es fördernder Maßnahmen wie Kreditlinien, Marktzugänge oder Fortbildungen (*support services*). Die wenigen Versuche einer revolutionären, d. h. entschädigungslosen Landreform, die von der NPA landesweit in „befreiten Gebieten“ versucht wurde, sind u. a. daran gescheitert, dass meist keine *support services* bereitgestellt werden konnten – und weil sie stets zu vermehrter Militarisierung und Repression geführt haben.

Meist erweiterte sich erst im Lauf des Landkampfes der subjektive Rechtsanspruch über das konkrete Recht auf „genug“ hinaus hin zum abstrakten und kodifizierten Recht, dass diejenigen, die das Land bebauen, es auch besitzen sollen (*land to the tiller*). „Typically what is crucial for peasants the right to subsistence living from the produce of the land, not a legal itself. [...] Landlords should pay a fair share of the agricultural expenses, landlords should provide tenants with minimum subsistence, and so on. But nothing in their tradition justified taking land for themselves.“ (Kerkvliet 1979: 255)¹⁶

6. Führen Subsistenzmobilisierungen zu sozialen und politischen Bewegungen?

„Immer sind es zunächst unmittelbare Kämpfe gegen jene Machtinstanzen und -auswirkungen, die am nächsten sind“, meinen Hartmann und Schlaak (Hartmann/Schlaak 2005: 169). Unmittelbare Kämpfe alleine ändern die Strukturen jedoch nicht, welche die gemeinen Menschen arm und unterdrückt halten. Diese Einsicht entsteht oft durch eine Politisierung, die während der Subsistenzmobilisierungen vonstatten geht. Wenn soziale Bewegungen, die politische (also auf die Strukturen ausgerichtete) Ziele vertreten und erkämpfen, von Subalternen getragen werden sollen, müssen sich diese aus ihrem unmittelbaren Leben, Leiden und Hoffen entwickeln. Dann besteht die Chance, Gesellschaft von der Basis aus zu verändern.

Was für den *hidden transcript* gilt, gilt auch für Subsistenzmobilisierungen. Sie sind dem Politischen vorgelagert, d. h. noch nicht politisch, aber oft eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein Anliegen

16 So Kerkvliet über Bauern in den Nordphilippinen in den 1930ern (vgl. Kerkvliet 1979: 255).

öffentlich vertreten wird. Sie sind dem Politischen aber nicht entgegengesetzt, wie dies der Begriff „unpolitisch“ suggeriert. Während der Substanzmobilisierungen werden Rechte entdeckt, politische Spielräume erkannt, Widerständigkeiten ausprobiert und damit Konfliktbereitschaft geschaffen. Möglichkeitsfelder entstehen, die Denk- und Sagbarkeitsbegrenzungen überwinden und eine Anspruchsinflation auslösen.¹⁷ „Gemeine Menschen“ sind nicht per se nur an kurzfristigen Zielen interessiert, sondern halten begrenzte, konkrete Ziele für realistischer – mehr als das muss erst denkbar werden. Unmittelbare Kämpfe können durch ihre praktische Ausrichtung zur Erlangung von Konfliktfähigkeit beitragen. Überlebensregime, so resümieren Denyse Harari und Jorge Garcia-Bouza vier Studien zu Überleben und sozialem Konflikt, können zu einer „Wurzel zukünftiger politischer Aktivitäten“ (Harari/Garcia-Bouza 1982: 80) werden.¹⁸

-
- 17 So schreibt Michel-Rolph Trouillot über die haitianische Revolution: „Die Revolution [ist] durch einen expliziten intellektuellen Diskurs weder vorbereitet noch begleitet worden. [...] Die Forderungen der Revolution [waren] zu radikal, als dass sie schon im Vorfeld der Tat hätten formuliert werden können. Erst die siegreiche Praxis schuf den Raum, sie post factum zu reklamieren. In diesem Sinn vollzog sich die Revolution [...] an der Grenze des Denkbaren.“ (Trouillot 2002: 95; vgl. Scott 1990: 225)
- 18 „Organisationen“ sind aber keine Allheilmittel. Davon abgesehen, dass individuelle Initiativen oft erfolgreicher – und damit rationaler – sind als kollektiver Widerstand (s. o.), stellen auch massenhafte Ausschreitungen (riots) gerade für Menschen, die ohne Markt-, Organisations- oder Produktionsmacht sind, oft eine besonders erfolgreiche Form anonymen, direkter und kollektiver Aktion dar (vgl. Silver 2005: 30). Hobsbawn spricht gar vom „Zerstören von Maschinen [als] Tarifverhandlungen mittels Ausschreitungen“ (Hobsbawn 1998: 28). Piven und Cloward (1977) halten das Stiften von Revolte und Chaos für eine erfolgreiche Waffe sozio-ökonomisch marginalisierter Gruppen. Oft ist es die Angst vor dem Chaos und dem Umsturz, die die Herrschenden dazu bewegt, Zugeständnisse zu machen (vgl. Piven/Cloward 1982: 80). Politischer Einfluss der Armen entstehe durch Mobilisierung und nicht durch Organisation. Letztere, so argumentieren sie, lenke von der Mobilisierung ab und habe sogar oft zur Kooptierung und zur Dämpfung von Aufständigkeit geführt (vgl. das Vorwort von Stephan Leibfried und Wolf-Dieter Narr zur deutschen Übersetzung von Piven/Cloward).

7. Erfolgreiche Kämpfe

Für den Erfolg der Kämpfe ist allerdings auch die Vernetzung mit anderen Basisorganisationen und -bewegungen wichtig. Denn Vernetzung führt meist zu einer Perspektiverweiterung, die einen über instrumentelle Verhandlungsstrategien hinausgehenden Ansatz ermöglicht. Durch die Beteiligung an solchen Netzwerken können Basisorganisationen erkennen, dass ihr lokales Problem ein weit verbreitetes ist und ihr lokal begrenztes Anliegen mit nationalen und sogar globalen Entwicklungen in Verbindung bringen (Daines/Seddon 1994: 61). So kann auch eine gängige Personalisierung von Unrecht (der böse Boss oder der gierige Chinese/Jude) transzendiert und damit verhindert werden, dass politischer Protest bloß nach dem Sankt-Florians-Prinzip funktioniert.

Zudem braucht es die Stärke und den Mut, um Repression und der „Partizipationserschleichung“ (Reese 2006b) widerstehen zu können. Denn wo „Arme“ versucht haben, sich zu organisieren, sind in der Regel Polizei, Militär und Privatarmeen auf den Plan getreten oder von Seiten der etablierten Politik und des Unternehmertums wurde versucht, durch ‚Teile-und-herrsche-Strategien‘ bzw. Bestechung (*carrot politics*) die Organisationen zu spalten (vgl. Reese 2006b).¹⁹

So (selbst)kritisch das Engagement der Mittelschichten auch hinterfragt werden sollte: nicht jegliche Solidarität mit den Subalternen durch die Bessergestellten (etwa durch NGOs) ist bloßer Philanthropismus. Sie können durchaus unterstützend in diesen Kämpfen tätig werden, etwa indem sie Zugang zu materiellen und intellektuellen Ressourcen oder Kontakte verschaffen und als „Bedeutungsmakler“ (Hilhorst 2003) zu den politischen Entscheidungszentren fungieren.

In einer solchen Solidarität erkennt eines der zivilgesellschaftlichen Spektren auf den Philippinen seine Aufgabe. Vereinfachend können sie als „RadikaldemokratInnen“ bezeichnet werden. Diese Gruppen wollen konkrete soziale Kämpfe im Jetzt und Heute unterstützen und in der Hoffnung auf einen Schneeballeffekt zugleich einen Beitrag zur Demokratisierung und einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation

19 Karaos gibt allerdings zu bedenken, dass “Divide et Impera“ zuweilen auch im Sinne von “Armenorganisationen“ stattfindet: “The fragmentary character of urban poor formations has not necessarily been disadvantageous to the urban poor, since it has allowed them to gain concessions from the state. Although there have been number of cases of collective action staged by the urban poor around supra-local concerns and numerous attempts at coalition-building, these have not led to greater unity. In fact, urban poor communities have been competing with or even fighting against each other in trying to maneuver within the spaces provided by political conjunctures.” (Karaos 2006: 50)

der Philippinen leisten. Zu Zeiten der Marcos-Diktatur (1972-1986) auch Teil der maoistischen Befreiungsbewegung, die d(ies)en Staat beseitigen wollte, scheint ihnen heutzutage die Subversion der bestehenden und die Schaffung neuer, autonomer, dezentraler, basisdemokratischer Machtverhältnisse eine tragfähigere Option für gesellschaftliche Veränderung zu sein (vgl. Reese 2006a).

Literatur

- Berner, Erhard/Philipps, Benedict (2004): „Selbsthilfe oder unterlassene Hilfeleistung? – Die Flucht des Entwicklungsstaats aus der Fürsorgepflicht“. In: *Peripherie* 24 (96), S. 500-514.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Daines, Victoria/Seddon, David (1994): „Fighting for Survival: Women's responses to Austerity“. In: John Walton/David Seddon, *Free Markets and Food Riots*, Oxford: Blackwell, S. 57-96.
- David, Randy (2004a): The middle class and the poor, *Philippine Daily Inquirer*, 10.01.2004, www.inq7.net/opi/2004/jan/11/text/opi_rsdavid-1-p.htm, 12.01.2004.
- David, Randy (2004b): Interview mit Niklas Reese, Quezon City, 12.12.2004.
- Franco, Jennifer/Borras Jr., Saturnino (Hg.) (2005): *On just grounds: struggling for agrarian justice and citizenship in the rural Philippines*, Quezon City: IPD.
- Gsänger, Hans (2001): „Wie fördert man die soziale Sicherung im Süden?“ In: *Der Überblick* 1.
- Hartmann, Detlef/Schlaak, Oskar (2006): „Abrichtung und Revolte: Widerstand in der Epoche der Unterwerfung zu Humankapital“. In: Autorengemeinschaft, *Schwarzbuch Hartz IV – sozialer Angriff und Widerstand. Eine Zwischenbilanz*, Berlin: Assoziation A, S. 157-172.
- Happe, Barbara/Schmitt, Sylvia (2003): „Political Culture“. In: Dirk Berg-Schlosser/Wolfgang Kersting, *Poverty and democracy: self-help and political participation in Third World cities*, London: ZED Books.
- Harari, Denyse/Garcia-Bouza, Jorge (1982): *Social conflict and development: basic needs and survival strategies in four national settings*, Paris: OECD.
- Hilhorst, Dorothea (2003): *The Real World of NGOs*, London: Zed Books.

- Hobsbawm, Eric (1998): *Ungewöhnliche Menschen*, München: Hanser.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Illich, Ivan (1982): *Vom Recht auf Gemeinheit*, Reinbek: Rowohlt.
- Jung, Dirk (1982): *Vom Kleinbürgertum zur deutschen Mittelschicht: Analyse einer Sozialmentalität*, Saarbrücken: Die Mitte.
- Karaos, Anna (2006): „Populist Mobilization and Manila’s Urban Poor“. In: Aya Fabros et al., *Social Movements*, Quezon City: IPD, S.46 – 102.
- Kerkvliet, Benedict (1979): *The Huk Rebellion: A Study of Peasant Revolt in the Philippines*, Quezon City: New Day Press.
- Lo, Frances (2007): Interview mit Niklas Reese, 12.01.2007.
- Groves, Julian McAllister/Chang, Kimberly A. (2002): „Romancing Resistance and Resisting Romance: Ethnography and the Construction of Power in the Filipina Domestic Worker Community in Hong Kong“. In: Filimeno Aguilar, *Filipinos in Global Migrations*, Quezon City: PSSC, S. 316-343.
- Marx, Karl (1869/1972): „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon“. In: MEW 8, Berlin: Dietz, S. 115 –207.
- Moore, Barrington (1982): *Ungerechtigkeit – die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mollat, Michel (1984): *Die Armen im Mittelalter*, München: Beck.
- Mulder, Niels (2004): *Inside Philippine Society*, Quezon City: New Day Press.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Reese, Niklas (1998): *Menschenwürde unter die Räder gekommen – Entwicklungs-aggression als neue Herausforderung für die Menschenrechte*, südostasien 3, Essen, S. 63-67.
- Reese, Niklas (2006a): „Betrug oder Chance? – politische Strategien am Beispiel der Landreform“. In: Niklas Reese/Rainer Werning (Hg.), *Handbuch Philippinen*, Bad Honnef: Horlemann, S. 273-277.
- Reese, Niklas (2006b): *Kann Partizipation Berge versetzen? Großbergbau, Indigenous Peoples Rights Act und die Anti-Bergbau-Bewegung*. In: Niklas Reese/Rainer Werning (Hg.), *Handbuch Philippinen*, Bad Honnef: Horlemann, S. 196-204.
- Reese, Niklas (2007): „Stehaufmenschen – Umgang mit sozialer Unsicherheit in den Philippinen“. In: Karl Husa et al., *Ost und Südostasien zwischen Wohlfahrtsstaat und Eigeninitiative. Aktuelle Entwicklungstendenzen von Armut und sozialer Unsicherheit*, Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung, S. 217-232.

- Rescher, Gilberto (o. J.): Zuckerplantagenarbeiter in Nord-Negros – Überlebensstrategien und politische Organisation unter Bedingungen des Neoliberalismus, Bielefeld, [www.uni-bielefeld.de/\(de\)//teaching/lehrforschungen/rescher.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/(de)//teaching/lehrforschungen/rescher.pdf), 02.05.2008.
- Rocamora, Joel (1998): „Corruption in the Philippines“. In: Sheila S. Coronel (Hg.), *Pork and other Perks*, Quezon City: PCIJ, S. 8-31.
- Römhild, Regina (2007): „Migranten als neue Avantgarde“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5, S.618 – 624.
- Scott, James (1976): *The Moral Economy of the Peasant*, New Haven: Yale University Press.
- Scott, James (1985): *Weapons of the Weak*, New Haven: Yale University Press.
- Scott, James (1990): *Domination and the Arts of Resistance*, New Haven: Yale University Press.
- Silver, Beverly (2005): *Forces of Labor*, Berlin: Assoziation A.
- Thompson, Edward (1987): *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Trouillot, Michel-Rolph (2002): „Undenkbare Geschichte – Zur Bagatelisierung der haitischen Revolution“. In: Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus*, Frankfurt/M.: Campus, S. 84-115.
- Velasco, Djorina (2006): „Life on the Fast Track: Mobilizing the Urban Poor for Change“. In: Aya Fabros u. a.: *Social Movements*, Quezon City: IPD, S. 103-128.
- Walton, John/Seddon, David (Hg.) (1994): *Free Markets and Food Riots*, Oxford: Blackwell.
- Weidner, Anselm (2007): „Diktatorensturz und Demokratieexport“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, S. 1088-1098.

EINE PREKÄRE KETTE, IN DER JEDE PERLE EIN TAG MEINES ALLTÄGLICHEN LEBENS IST*

AZUL BLASEOTTO

1. Die Sprache

Am Anfang war (die Verwirrung mit dem) das Wort.

Ich habe festgestellt, dass viele Leute im deutschsprachigen Raum das Wort „prekär“ gar nicht kennen oder gehört haben. Ich bestätigte nun auch, dass es in bestimmten (eher intellektuellen) Zirkeln durchaus Usus ist. AutorInnen, AktivistInnen, JournalistInnen, Lehrbeauftragte, Politik-studierende und links orientierte KünstlerInnen benutzen es oft. In der spezifischen Literatur wird der Begriff der „Prekarisierung“, als Nomen, überwiegend für die Thematisierung der Unterschreitung von Standards des Normalarbeitsverhältnisses benutzt, in der Alltagssprachlichen Debatte nicht selten mit „arm“ oder „Armut“ verwechselt. Das Bestreiten dieser vorschnellen Annahme soll das Thema dieses Textes sein.

Im Kontext Argentiniens, meines Mutterlandes, gehört dieses Wort, „prekär“, zum öffentlichen und alltäglichen Wortschatz. Es beschreibt dort eher eine Situation, die instabil ist, weil sie aus ihrem normalen Gleichgewicht geraten ist. Das Unsichere wächst im Bauch des Prekären, ebenso wie eine gewisse Bedrohung. Prekär mag ich für Dinge benutzen, die in ihrer Konsistenz ärmer, aber deswegen nicht unbedingt

* Die Autorin bedankt sich bei Isabell Lorey, Claudio Altenhain und Lars Stadthagen für die sprachliche Beratung.

arm im ökonomischen Sinne geworden sind. Mit der Perspektive einer aus Buenos Aires stammenden und in Berlin handelnden Künstlerin möchte ich hier ein Bild der Prekarität skizzieren. Anlass dafür sind kleine konkrete Situationen, die an diesem Text-Faden aufgereiht werden.

Donnerstag, der 16.8.2007 um 11:30 Uhr / Nachdem ich mich telefonisch bei der SKB, der Sprach- und Kulturbörse der TU Berlin, nach der Möglichkeit informiert hatte, dort Spanisch zu unterrichten, ging ich voller Hoffnung und mit Bewerbungsschreiben, Lebenslauf und Empfehlungsbriefen unter dem Arm dort hin.

Donnerstag heißt im Spanischen „jueves“ und wurde von dem römischen Gott Jupiter abgeleitet. In der Esoterik wird die Energie des Gottes Jupiter mit Entschiedenheit und erfolgreichem Tun assoziiert. Ich hab mich also dem Gott Jupiter anvertraut, er möge mich dabei unterstützen, dass ich meine Miete weiter bezahlen kann. Eine Frau in meinem Alter lud mich höflich ein, Platz zu nehmen. Ich kam schnell zum Punkt: „Mich interessiert, hier zu arbeiten.“ Rasch bemerkte ich, wie sich ihr Mund nach unten verzog. Nicht mehr so höflich schlug sie mir vor, im nächsten Sommersemester noch einmal zu kommen, um vielleicht zunächst für ein sechsmonatiges Praktikum angenommen zu werden. Voll motiviert erwiderte ich, dass in meinem Fall kein Praktikum nötig sei, denn ich bin nicht nur postgraduierte Kunststudentin, sondern auch diplomierte Spanisch- und Deutschlehrerin mit 10 Jahren Erfahrung. Ihr Kopf bewegte sich nervös zu beiden Seiten und ein bisschen aufgeregt machte sie zuerst den gepressten Mund auf, um dann laut zu sagen: „Das finde ich aber sehr frech von dir!“. Ich war mir aber nicht sicher, was sie überhaupt „frech“ fand, meine Art zu reagieren oder den Inhalt der Aussage. Ich entschied mich dafür, ab dahin den „Weg der Frage“ einzuschlagen. Ich hatte schon eine Theorie, statistisch zwar noch nicht genug abgestützt, um als wissenschaftlich exakt zu gelten, doch aber ausreichend erlebt, dass in Deutschland Gehorsam wichtiger ist als Direktheit. Letztere wird sehr leicht als „Frechheit“ interpretiert. Und obwohl ich sie am liebsten gleich zurück gefragt hätte, ob es nicht viel frecher wäre, den sechsmonatigen Lohn der ArbeiterInnen zu stehlen, spielte ich also eine harmlose Ausländerin, die die Gewohnheiten ihres neuen Landes nicht so sehr gut kennt und der man sie daher mittels gesunden Menschenverstandes erklären muss. Die Frage: „Wie wären dann die Arbeitszeiten?“ war sehr aufschlussreich. Dadurch kamen wir zum Kern des Missverständnisses, nämlich, dass in der SKB zu unterrichten auf keinen Fall eine *Arbeit* sei, wie sie mich belehrte. Laut ihrer Theorie, welche auch nicht als wissenschaftlich exakt gilt, doch von den alltäg-

lichen Statistiken des aktuellen Arbeitsmarkts abgestützt wird, geht man zu einer Arbeit ohne besonderes Engagement, erfüllt die Aufgabe und geht dann nach Hause. Bei der SKB aber ginge es um eine *Aktivität*, welche Spaß bereite und bei der alle voneinander lernten. Stichwort sei *Zusammensein*. Der Unterricht bilde auf diese Weise einen *Raum der Begegnung*. Als solcher würde die Zeit des Unterrichtens *erweitert*, man hätte danach auch die Möglichkeit, gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden an verschiedenen Extra-Aktivitäten teilzunehmen. Dementsprechend bekäme man kein *Gehalt*, man werde in der SKB nicht *angestellt*. Ich hätte allerdings das alles auf der Internetseite nachlesen sollen. Es mache keinen guten Eindruck, an einem Ort zu landen, ohne sich vorher genau informiert zu haben. Ich musste, weil ich es einfach nicht fassen konnte, sie erneut fragen: „Wieso bekommt man hier kein Gehalt? Ist das eine Schwarzarbeit?!“ Die Frau blieb hilflos, ich arbeitslos.

Dieses persönliche, alltägliche Erlebnis, fast banal, aber deswegen nicht schmerzlos, kann die Bedeutungen der Worte „prekär“ und „Prekarität“ verdeutlichen.

Prekär sind meiner Meinung nach nicht nur die aktuellen Arbeitsbedingungen, sondern der Diskurs über Arbeit überhaupt. In der verschönernden Begriffspalette des neoliberalisierten Vokabulars bleibt hinter dem Term „Aktivität“ die Tatsache verborgen, dass „Arbeit“ eine verkäufliche Leistung ist. Eben jene Art von Arbeit, die genau nach der benötigten Zeit für ihre Realisierung gemessen wird, in der etwas produziert wird – sei es ein Schuh oder die Vermittlung von Sprachwissen. Gratis arbeiten ist sowohl eine völlig falsche Anwendung des Begriffs „Arbeit“ als auch eine antisolidarische Einstellung. Die Debatte über „Prekarisierung“ muss gleichzeitig die Reflexion über die Sprache mit einbeziehen.

In dieser Hinsicht wage ich eine erste Einschränkung der Termini. Die Prekarität schlüpft aus der Ambivalenz. Prekär zu sein bedeutet, den delikaten Zustand dessen bewohnen, was an einem Rande liegt. Vorher sagte ich auch, dass „prekär“ den Zustand von Dingen betrifft, die in ihrer Konsistenz ärmer, aber deswegen nicht unbedingt arm im ökonomischen Sinne geworden sind. Daraus folgt, dass „prekär“ erst arm im ökonomischen Sinne heißen könnte, wenn es keine Zweideutigkeit mehr gäbe, und das Ding nicht mehr am Rande, sondern außerhalb des Systems wäre. Noch schlimmer sogar: ohne irgendeine Möglichkeit, zurück nach drinnen zu kommen. Unter prekären Arbeitsbedingungen zu leben ist sicherlich keine nette Erfahrung, aber arm zu sein ist ein anderer Zustand, den die prekär Beschäftigten noch nicht kennen. (Die Erklärung, warum z. B. die Lage eines Studenten in Deutschland, der ein Praktikum macht, nicht arm ist, wie die von einem gleichaltrigen Jungen in Argentinien)

tinien, der „cartonero“, „Kartonsammler“, ist, ist nicht das Thema dieses Artikels. Dass es aber so ist, wird hier als Tatsache angenommen). Um es direkt zu sagen: Prekarisierung ist auf keinen Fall ein Synonym für Armut. Dass das eine mit dem anderen a priori verbunden wird, ist nur ein böser Traum romantischer Mittelschichten, die in den Privilegien ihres nationalen Wohlfahrtsstaates hängen bleiben. (Die Erzählung, wieso der Wohlstand der europäischen Staaten aus der historischen Kolonialisierung stammt, und dank der Globalisierung im Zaun gehalten wird, ist ebenfalls nicht Thema dieses Artikels. Sollte aber im Hinterkopf bleiben, denn die Spur führt zur verschiedenen Haltungen und Strategien gegen Prekarisierungsprozesse)

2. Das bloße Leben

Donnerstag, den 23.11.2006 im Ausländeramt Berlin / Ich bin seit einem Monat und einer Woche in der Europäischen Union und mir wird gesagt, mein dreimonatiges Visum gelte nicht mehr. Obwohl ich ein viersemestriges Studium an der Universität der Künste Berlin beabsichtige, bekam ich vor der Einreise in der deutschen Botschaft in Buenos Aires nur ein dreimonatiges Visum, das dann vor Ort und unter bestimmten Umständen geändert werden sollte. Ich bekomme also an diesem Morgen ein anderes extra Blatt mit einem silbernen, irisierenden Stempel. Gültig bis Mitte Februar nächstes Jahres, umrahmen die langen Federn des Adlers folgende Kategorie: „Fiktionsbescheinigung“. Ich protestiere heftig: „Wieso ‚Fiktion‘? Ich bin doch keine Fiktion, ich existiere und mein Körper steht hier vor Ihnen!“. Die starre Beamtin scheint sich für eine Sekunde zu amüsieren: „Das sind nicht Sie. So heißt Ihre provisorische Aufenthaltsgenehmigung, bis Sie die endgültige bekommen, wenn überhaupt. Das muss noch geprüft werden.“

Heute verstehe ich es immer noch nicht. Entweder haben die Ausländerbehörden einen raffinierten schwarzen Humor, oder sie beherrschen die Sprache nicht. Sollte dieses Blättchen eine Fiktion beweisen, etwa die Unwirklichkeit meiner Person? Oder war das Blättchen selbst eine Fantasie und konnte daher nichts Reales beweisen, nämlich die Erlaubnis, in der Europäischen Union zu weilen? Wenn die Ideologen der Migrationsrechte letzteres meinen, würde es dann bedeuten, dass ich fast vier Monate lang weder ein Visum, noch eine richtige Aufenthaltserlaubnis hatte. Ich durfte zwar auf dem Territorium bleiben, mein Status war jedoch unentschieden. Dieser schwer zu definierenden Platz, am Rande der gewöhnlichen Ordnung, spricht selbst für eine Grenze und eröffnet eine andere Temporalität. Ich bewohnte einen legalen Limbus.

Als im April 2007 Papst Ratzinger den Limbus als eine theologische Hypothese erklärte, war ich längst draußen, in einem normalisierten System: ich hatte eine begrenzte und reale Aufenthaltserlaubnis, eine angemeldete Wohnung, eine Krankenversicherung und ein Konto auf der Bank. Statt nach der Unterstützung Gottes zu suchen, beabsichtigte ich von da an, die des Staates zu gewinnen. Ich bewarb mich um ein „Arbeitsstipendium für Künstler“ des Kultursenats Berlin.

Februar 2007 in einem Büro des Kultursenats Berlin /

Beamtin: - Sie dürfen sich hier nicht bewerben.

Ich: - Wieso?

B: - In Ihrem Pass steht, Sie haben eine begrenzte Arbeitserlaubnis.

I: - Na ja, und was ist damit?

B: - Sie können eben bei uns nicht arbeiten!

I: - Ich will aber nicht arbeiten, deswegen möchte ich ja das Stipendium.

B: - Wenn Sie nicht arbeiten wollen, dann können wir Ihnen kein Geld anbieten.

I: - Ich glaube schon! Und zwar in Form von einem Stipendium, ich bin nämlich Künstlerin, wissen Sie? Deswegen bewerbe ich mich hier, Sie bieten Stipendien für Künstler an, oder?

B: - Entsprechend Ihres Passes dürfen Sie in Deutschland nicht als Künstlerin arbeiten.

I: - Wieso „als Künstlerin arbeiten“? Kunst zu schaffen ist doch keine Arbeit!

B: - Bei uns schon und Sie dürfen hier Ihren Beruf nicht ausüben.

I: - Die Kunst ist nicht nur mein Beruf, die Kunst ist mein Leben! Und ich kann Kunst machen, wo ich will. Ich brauch keine Erlaubnis, um Künstlerin zu sein!

B: - Wenn Sie keine Erlaubnis brauchen, dann können Sie doch ohne ein staatliches Stipendium auch Kunst zu Hause schaffen und brauchen sich nicht darum zu bewerben.

I: - Doch! Ich habe kein Geld, ich *muss* mich darum bewerben.

B: - Wenn Sie kein Geld haben, wieso dürfen Sie dann überhaupt hier studieren?

I: - Ja, schon gut, ich habe genug Geld, weil ich nebenbei arbeite.

B: - Wenn Sie genug Geld haben, dann brauchen Sie doch kein Stipendium!

3. Die Falle

„[...] ohne eine dauerhafte Struktur zu verfolgen,
verurteilt sich die Kunst selbst zum
gemeinsamen Schicksal mit allen Produkten der
Konsumgesellschaft. Einmal verbraucht, die
Erwartung gedeckt und den Kunden vorläufig
gestillt, verschwindet sie.“

Marta Traba, Ü. d. A.

In anderen Ländern ist künstlerisches Schaffen keine gesetzlich reglementierte Arbeit. Das bedeutet, dass es kein Gehalt und wenig staatliche Stipendien für die künstlerische Praxis gibt, sowie keine „Künstlersozialkasse“. Nur von einem idealisierenden Standpunkt aus gesehen, kann dies für die „Freiheit“ und „Autonomie“ der KünstlerInnen sprechen und nicht für ihre soziale und gesellschaftliche Bodenlosigkeit. Die strukturelle Prekarität in anderen Regionen der Welt ist nur eine Seite der Medaille. Die Variante der „Selbst-Prekarisierung“ unter KünstlerInnen und KulturproduzentInnen in den „reichen“ Gesellschaften sollte kritisch betrachtet werden. Man kann sich fragen: „Inwiefern werden durch ‚selbst gewählte‘ Prekarisierung die Voraussetzungen dafür mitproduziert, aktiver Teil neoliberaler politischer und ökonomischer Verhältnisse werden zu können?“ (Lorey 2007)

Die aktuellen Arbeitsweisen auf den Feldern der Kunst und der Kulturbranche stellen die hegemonialen Produktions- und Arbeitsbedingungen des so genannten „kognitiven Kapitalismus“ dar, deren unschlagbare Motoren des Wissens und der subjektiven Kräfte eine intensive und zugleich irreguläre Ausbeutung ermöglichen. Die irreguläre Einstellung in einer kulturellen Institution bietet den Vorteil, über viel Freizeit zu verfügen. Wie wir alle wissen, entsteht in der Tat eine Kluft aus Ungewissheit und Beklemmung zwischen einem Projekt und dem nächsten, die man durch unsichtbare und unbezahlte Arbeit (Selbstbildung, Forschung, Training, Probe usw.), zu durchqueren versucht. Die Tüchtigen erreichen die andere Seite und können die Ergebnisse ihrer Arbeit im Leben der Kulturszene umsetzen. Was da nun gewürdigt wird sind nicht die investierte Arbeit und Zeit, sondern allein eine Spur davon, in einer Ware kristallisiert (Projekt-Ware, Bild-Ware).

Da passiert es, dass, wenn man befreundete KünstlerInnen treffen möchte, sie nie Zeit haben, denn sie sind immer dabei, ihr eigenes Unternehmen, also die schizophrene Version der eigenen Person, vorwärts

zu bringen. Ich habe den Eindruck, Selbstprekarisierung macht nicht nur autonom, sondern isoliert auch.

Die weit akzeptierte kulturelle Ausbeutung basiert auf dem symbolischen Gewinn, gesehen bzw. bekannt zu werden, ein Praktikum in einer bestimmten Institution machen zu können, Kontakte für die Zukunft zu pflegen. Diese Arbeit, die wir leisten, indem wir glauben, dass es nur um unsere private Investition geht, ist ein Samen, den wir in den privaten Gärten anderer pflanzen. Dass man an den physischen Preis der Tomaten und an den symbolischen der Kultur glaubt, kommt von der Erziehung in den Kunstakademien, in den Universitäten und vom Kunstmarkt, wo überall das künstlerische Schaffen als Fetischerzeugung und die Institution als Garant für deren Legitimität vorgestellt werden.

Eine blinde und taube Wahrnehmung bei den KünstlerInnen bzw. KulturproduzentInnen zeigt sich meiner Meinung nach daran, die Prekarisierung auf eine rein finanzielle Situation reduzieren zu wollen. Der Prozess der Prekarisierung ist immer Symptom einer bestimmten Politik, die sich alle vitalen Reserven einverleibt, um die „Hypermachine der kapitalistischen Produktion“ (Guattari/Rolnik 2006, Ü. d. A.) am Laufen zu halten. Ach ja, und das alles ließe sich durch die inhärente Belohnung der künstlerischen Aufgabe und die Selbstverwirklichung rechtfertigen. Eine unkritische, isolierte und durch fast unbezahlte, permanente Kreativität erreichte Selbstverwirklichung. Das ist doch alles Käse.

4. Noch ein Bisschen Käse

„Und dein Kopf ist voll Ratten/ du hast die
Aktien dieser Farce gekauft/ und die Zeit bleibt
nicht stehen/ ich sehe, wie die Zukunft die
Vergangenheit wiederholt/ ich sehe ein Museum
von großen Neuigkeiten/ und die Zeit bleibt nicht
stehen/ nie“

La Bersuit, Ü. d. A.

„Die Menschen müssen sich identifizieren mit ihrer Arbeit, mit dem, was sie tun. Sie müssen frei sein, das zu tun, was sie für sinnvoll erachten und womit sie sich identifizieren können. Identifizieren können sie sich eigentlich in erster Linie mit ihrem Arbeitsergebnis, weil das Arbeitsergebnis ja immer für einen anderen Menschen ist.“ „Wir machen mit jedem eine Vereinbarung. Jeder hat bei uns ein Festeinkommen. Aber die Motivation, die kommt ja aus der Arbeit. Und die Motivation kommt daher, dass man die Arbeit weiterführen kann, dass man Sinn in

der Arbeit hat.“ „Die Frage ist, ob ich in dieser normalen Tätigkeit einen Sinn sehe oder ob ich es nur zum Gelderwerb tue, also zum Einkommenserwerb, oder weil ich sage: ‚Nein, meine Kunden kommen nachher und die sollen ein präsenes Regal haben.‘“¹

Diese Meinung vertritt Götz Werner, Firmengründer und langjähriger Geschäftsführer von „dm-drogerie markt“. Das Verführerische an einem solchen Argument mag ich sehr. Das groteske Element auch.

Die Art von Arbeiten, wie ein Regal betreuen, an der Kasse sitzen oder alle vier Jahreszeiten unter einem am Rücken befestigten Sonnenschirm stehend Würstchen verkaufen, erfordern nicht die Kreativität der ausübenden Person, sondern die monotone Wiederholung einer bestimmten Tätigkeit. Es geht hier um eine nicht selbstdeterminierte Arbeit, die nicht qualitativ, sondern quantitativ geschätzt wird. Dann ist ja hier die Rede von „Arbeit“, und zwar von abstrakter Arbeit (Erzeugung von Kapital und Mehrwert), und nicht von „Tun“.

An diesem Punkt scheint mir interessant, die Differenzierung von John Holloway einzubeziehen. In seiner kritischen Marxlektüre und im Bezug auf den doppelten Charakter der Arbeit (abstrakte Arbeit – konkrete Arbeit) zieht er es vor, von „nützlichem Tun“ statt „konkreter Arbeit“ zu sprechen. Damit bezeichnet er die Entwicklung der gesellschaftlich determinierbaren Kreativität, in der die Organisationsformen antihierarchisch und auf die aktive Partizipation aller ausgerichtet sind. „Das ist die Tradition des Rates oder der Versammlung, welche innerhalb der antikapitalistischen Bewegung immer der Tradition des Staates entgegengesetzt war“.²

Die sprachliche Nuance zwischen Arbeit und Tun finde ich insofern wichtig, da sie die Nacktheit eines Argumentes, wie dem oben zitierten, zeigt. Den Mund aufmachen und dieses oder jenes Wortes zu benutzen, bedeutet, dem Tun eine Form zu geben. Meine eigene Stimme fließt, indem ich meinen Mund aufmache. Mit der eigenen Stimme neue Formen bilden.

-
- 1 Aus: dradio.de, dm-Chef Werner lehnt Einführung von Investivlöhnen ab. „Tacheles“, 30.12.2006. vgl. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/578125/>. dm hat jeden Tag fast eine Million Kunden, europaweit hat der Konzern rund 25.000 Mitarbeiter in über 1700 Filialen. Der Umsatz liegt bei 3.6 Milliarden Euro. Das Privatvermögen von Götz Werner wird auf über eine Milliarde Euro geschätzt.
 - 2 <http://lavaca.org/seccion/actualidad/1/1633.shtml>, 16.06.2008.

5. Der Klang der Esstöpfe

Alle müssen gehen! Keiner darf bleiben!

Argentinische kollektive Stimme



Die Frau in dieser Schwarzweißaufnahme trägt einen männlichen, bequemen Arbeitsanzug und Stiefel. Sie scheint Arbeiterin zu sein, jedoch kann man nicht erkennen aus welchem Bereich. In der linken Tasche auf der Brust sind Stifte zu sehen. Ihre gelassene Haltung spricht für Sorglosigkeit. Das linke Bein hat sie ein bisschen nach vorne gestreckt, den Fuß zur Seite geneigt. Es kann sein, dass sie gleich in der nächsten Sekunde einen Schritt nach vorne macht. Auf der Rückseite wird diese Frau von hinten abgelichtet. Sie hat uns den Rücken zugekehrt, ihr Blick richtet sich jetzt zur Wand. Die Intention ihres Körpers, nach vorne zu gehen, ist paradoxerweise stärker zu spüren. Die leicht zu erkennende Rhetorik der Arbeit bildet den Hintergrund für eine verblüffende Aussage. Dieses Bild ist in der Tat ein Flyer, wodurch die Frau jedem und allen bekundet, dass sie nicht mehr arbeiten will.³

3 Im Jahr 2002 machte ich oft die Performance „ich will nicht mehr arbeiten“ im öffentlichen Raum. Ich reichte den Passanten den Flyer, auf dem ich selber abgebildet bin, in die Hand. Da die Arbeitslosigkeitsquote damals rund 40% betrug, war die Reaktion der Leute anders als gleichgültig.

19. Dezember 2001 in Buenos Aires / An diesem Tag hatte die Regierung von Fernando De la Rúa den Ausnahmezustand verhängt. An der Arbeit wurde uns erlaubt, früher nach Hause zu gehen. Ich wollte sowieso nichts mehr machen, es war heiß und schwül und ich hatte den ganzen Tag Examen abgehalten und korrigiert. Wer hat schon Lust, fünf Tage die Woche, das ganze Jahr über, arbeiten zu gehen und das auch noch kurz vor Weihnachten? Seit Tagen schon erreichten die sozialen Unruhen, die sich im ganzen Lande entzündet hatten, die Hauptstadt. Unbezügliche Wut, Straßenblockaden, Streitereien mit der Polizei, Plünderungen in Supermärkten. Es war sehr heiß. Einmal auf der Straße, sah ich kaum mehr Privatautos und Busse. Die Läden hatten ihre metallenen Rollläden heruntergelassen, verschlossen und verbarrikadiert. Zugänge in öffentliche Gebäude waren versiegelt. Fest zugesperrt und unzugänglich wie "el corralito"⁴. Die wenigen Menschen eilten nach Hause. Eine entleerte Stadt.

Anderthalb Stunden später saß ich vor dem Fernseher in unserem Zuhause außerhalb der Hauptstadt. Die Nachrichten berichteten von einem merkwürdigen Ereignis: Plötzlich füllten sich die Straßen von Buenos Aires mit Menschen, die auf Esstöpfe und Topfdeckel schlugen. Sie wurden mehr und mehr. In jedem Stadtteil. Das Schweigen war zer schlagen und die alltäglich zurückgehaltene Empörung strömte dick und ungehorsam durch alle Venen der befreiten Stadt. Immer lauter. Der See der lächelnden und singenden Multitude: "Que se vayan todos! Que no quede ni uno solo!"⁵. Ausgerüstet mit Esstöpfen und Esslöffeln eilten

Viele haben sich über die Botschaft geärgert, manche haben sich auf einen spontanen Dialog eingelassen.

- 4 Zahlungsunfähigkeit der Banken und Sperrung der Sparkonten durch Finanzminister Domingo Cavallo unter der Regierung De la Rúa, um den Bankrott der Staatsfinanzen zu verhindern. Während dieser Zeit konnten die Bürger Argentinien nicht über ihre Sparguthaben verfügen, die danach durch die Aufhebung der Peso-Dollarbindung um zwei Drittel entwertet wurden. Das Auszahlungsverbot galt ebenfalls für Arbeitgeber, sodass die in bar bezahlten SchwarzarbeiterInnen ihre Gehälter nicht mehr ausbezahlt bekamen. Die Enteignung führte schließlich zur völligen Eskalation der sowieso heiklen Gesamtsituation und zu einer generellen politischen Krise des Landes. Die Mutterkonzerne der privaten Banken, wie z.B. Deutsche Bank, AMRO Bank, Banca del Lavoro, London Bank, usw. mussten dann ankündigen, dass die lokalen Filialen keine Zweigstellen dieser Banken waren, denn die Banken wurden ausgelagert. Bis heute haben sie ihren Klienten nichts zurückbezahlt.
- 5 Auf Deutsch: Alle müssen gehen, keiner darf bleiben. Die Forderung nach dem Verschwinden der korrupten herrschenden (Politiker-)Klasse und direkter Demokratie tauchte während der Revolte der argentinischen Bevölkerung im Dezember 2001 auf und wurde von Tausenden skandiert. Der Gedanke einer dezentral agierenden und horizontal organisierten

wir auch aus dem Haus, liefen aufgeregt drei Kilometer zu Fuß und fuhren dann weiter mit dem Zug ins Zentrum der Stadt, um vor dem Regierungsgebäude zu protestieren. Vom Bahnhof aus marschierten wir noch eine Weile gemeinsam mit Leuten jeden Alters und Esstöpfen in allen Größen. Wir begegneten dabei Freunden, KollegInnen, Bekannten, Familienangehörigen. Es war eine festliche Nacht, voll von Sternen und klingenden Umarmungen.

Diese Zeit gab einen verändernden Takt an, in der schlimmsten Krise eines Landes, das bis dahin Musterland des „Washingtoner Konsenses“ war, weil es alle seine Rezepte anwendete. So hatte sich Argentinien in ein Land im permanenten Ausnahmezustand verwandelt, in dem große, vom System für überflüssig erklärte Teile der Bevölkerung von der politischen Repräsentation ausgeschlossen wurden, was schließlich zur totalen Zerstörung des sozialen Netzes führte.

In der Zeit nach Dezember 2001 wurden alle wohlbekannten Räume neu definiert: vergessene leere Läden wurden in kommunale Esshöfe transformiert, grüne unbenutzte Flächen in Gemüsegärten umgewandelt, KünstlerInnen erreichten neue Aktionssphären, es gab Tauschmärkte überall, immer mehr in die Pleite geleitete Fabriken wurden von ehemaligen ArbeiterInnen okkupiert und weiter bewirtschaftet.

Die Morphologie der Stadt veränderte sich zusammen mit der der Arbeit. Es ging überall darum, neue vitale Territorien und Temporalitäten gemeinsam und solidarisch zu beleben, um von der instrumentalisierten Kreativität und von der in Arbeitsplätzen organisierten Ausbeutungsform wegzukommen. Man hatte den glücklichen Eindruck, dass alles und besser möglich ist.

Seit diesen Tagen gefällt mir das Wort „Tun“ besser. „Arbeiten“ trägt immer einen Geschmack von Anstrengung, das Echo von Pflicht, den Makel von nicht-autonom in sich. „Tun“ könnte die Form eines Kreises annehmen, der eher eine Mate-Teerunde andeutet, anstatt eines Fließbandes.

Ich weiß, dass das Ungeheuer Prekarisierung biegsam ist. Ich kann immer noch den Klang der Esstöpfe hören.

Anti-Macht (in Form von Nachbarschaftsversammlungen, Arbeitslosenbewegungen etc.) ist für viele soziale Bewegungen in Argentinien bestimmend.

Literatur

- Vergarabat, Bersuit (2002): „El tiempo no para“. In: Vergarabat, Bersuit, *De la cabeza con Bersuit*, Buenos Aires: Polydor.
- Guattari, Félix/Rolnik, Suely (2006): *Micropolítica. Cartografías del deseo*, Buenos Aires: Tinta Limón.
- Lorey, Isabell (2007): „Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen“. In: Gerald Raunig, Ulf Wuggenig (Hg.), *Kritik der Kreativität. Vorbemerkungen zur erfolgreichen Wiederaufnahme des Stücks Kreativität*, Wien: Turia & Kant, S. 121 – 136.
- Traba, Marta (1973): *Dos décadas vulnerables en las artes plásticas latinoamericanas, 1950-1970*, Mexico-City: Siglo Veintiuno Editores.

DIE AUTORINNEN UND HERAUSGEBERINNEN

Stephan Adolphi, Dipl. Pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SNF-Projekt „Medien des Protests – Protest als Medium“, Universität Luzern. Studium der Politologie (Nebenfächer Soziologie, Philosophie und Pädagogik) an der Gerhard Mercator Universität Duisburg und der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Letzte Veröffentlichung: Materialistische Staatstheorie und Geschichte der Gouvernamentalität. Nicos Poulantzas und Michel Foucault im Vergleich, in: Hirsch, Joachim/John Kanankulam/Jens Wissel (2008) (Hg.), Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Nomos: Baden-Baden.

Claudio Altenhain, geb. 1984 in Kassel, studiert Politikwissenschaft und Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig. Seine fachlichen Hauptinteressen liegen in den Bereichen politische Theorie, Kulturphilosophie und -soziologie. Mitarbeit bei „Engagierte Wissenschaft“ e. V. seit 2007. Kontakt: claudioa@gmx.net

Azul Blaseotto, geb. 1974 in Buenos Aires, lebt derzeit in Berlin, wo sie das Postgraduiertenstudium „Kunst im Kontext“ an der Universität der Künste absolviert. 2007 leitete sie dort den Workshop „bezüglich d12“, welcher im Rahmen der documenta 12 präsentiert wurde. In ihrem Werk versucht sie Beziehungen zwischen den aktuellen hegemonialen Reichtumsproduktionsmethoden, dem zeitgenössischen Kunstkreislauf und dem alltäglichen Leben sichtbar zu machen. Ihre künstlerische Forschungsarbeit zeigt sich in Comics, Installationen, Filmen und Aktionen im öffentlichen Raum, die die Privatisierung öffentlichen Raums, politi-

tische und Genderidentitäten sowie Arbeitswelten thematisieren. www.azulblaseotto.blogspot.com

Mario Candeias, Dr., Politologe und Referent für Kapitalismuskritik bei der Rosa Luxemburg Stiftung, Redakteur der Zeitschrift „Das Argument“ sowie des „Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus“, seit 20 Jahren aktiv in unterschiedlichen Bewegungskontexten. Arbeitsschwerpunkte: Hegemonietheorie und Kritik der politischen Ökonomie, Neoliberalismus und Transnationalisierung, Prekarisierung und Organisation. Mitglied des InkriT, der AKG, bei Ver.di sowie medico-International. Kontakt: candeias@rosalux.de.

Anna (Anja) Danilina, geb. 1985 in Moskau, UdSSR, studiert in Leipzig Politikwissenschaft, Philosophie und Religionswissenschaften. Ihre Schwerpunkte liegen in der Politischen Theorie, genauer bei Rassismusforschung, Ausgrenzungsdiskursen sowie Gender- und Queer-Theorie. Sie ist seit 2007 Mitglied im Verein „Engagierte Wissenschaft“ e. V. Kontakt: anja.danilina@gmx.net

Katrin Ebell, geb. 1978, studiert Gender Studies und Europäische Ethnologie in Berlin und arbeitet vor allem zu Medizinanthropologie und -geschichte und Antisemitismus. Finanziert wird sie von ihren Eltern und einer studentischen Hilfskraftstelle.

Sebastian Göschel, studierte Theaterwissenschaft, Germanistik und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Projekt „Der andere Ihering“ und am Tanzarchiv Leipzig. Außerdem lehrt er am Institut für Theaterwissenschaften der Universität Leipzig. Er betreut die Projektseminarreihe „Arbeit und Rhythmus“, ist Mitveranstalter der Ausstellung „mitArbeit. Lebenrhythmen im Wandel“ im Herbst 2007 in Leipzig und Redakteur beim Forschungsportal www.theaterforschung.de. Augenblicklich promoviert er zu Wissenskulturen und Wissensordnungen. Publikationen (u. a.): Vielfältige Feindbildforschung. Vom Nutzen und Nachteil der Wissenschaft für die Kunst. In: Deutschlandarchiv 4/2005. Und: Das große Massakerspiel. Ein Angriff, in Elend und Noblesse. Leipzigs Magazin für TheaterKultur, März/April 2006.

Friederike Habermann, geb. 1967, ist Volkswirtin und Historikerin. Zur Dr. phil. der Politischen Wissenschaft wurde sie durch ihre Dissertation „Der Homo Oeconomicus und ‚das Andere‘“. Hegemonie, Identität und Emanzipation, erschienen im Nomos-Verlag. Zurzeit arbeitet sie

mit einem Stipendium der Stiftung Fraueninitiative (Köln) an dem Projekt „Halbinseln gegen den Strom“. Chancen zur Emanzipation durch gegenhegemoniale (Diskurs-)Räume.

Marion Hamm, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Medien des Protests – Protest als Medium, Universität Luzern. Studium der neueren Geschichte und Empirischen Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen, sowie am Center for Contemporary Cultural Studies in Birmingham. Ausgewählte Publikationen: „A r/c tivismus in physikalischen und virtuellen Räumen“. In: Gerald Raunig (Hg.), *Bildräume und Raumbilder. Repräsentationskritik in Film und Aktivismus*, Wien 2004, S. 34-44. Und: „Proteste im hybriden Kommunikationsraum: Zur Mediennutzung sozialer Bewegungen“. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (2), 2006, S. 77-90.

Frederike Heinitz, geb. 1982, studiert Neuere und Neuste Geschichte und Europäische Ethnologie in Berlin und arbeitet schwerpunktmäßig zu Reproduktionstechnologien und der Geschichte des NS. Finanziell getragen wird sie dabei von ihren Eltern, einem Bücherstipendium und prekären Babysitten.

Erik Hildebrandt, M.A., geb. 1978, studierte in Leipzig und Lyon Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit den Schwerpunkten Entwicklungsökonomie und Politische Theorie. Aktiv ist er in der politischen und antirassistischen Bildungsarbeit sowie im Verein „Engagierte Wissenschaft“ e.V. Er verbrachte einige Zeit in Lateinamerika und fährt gern mit dem Fahrrad Berge rauf und (noch viel lieber) wieder runter. Kontakt: erik.hildebrandt@gmx.de

Stefan Kausch, Dipl.-Pol.; promoviert am Institut für Politikwissenschaft der Univ. Leipzig zum Thema „Moderne Staaten, Aktive Gesellschaften, Neue Regierungen“. Arbeitet u. a. in der politischen Bildungsarbeit und an der Schnittstelle von ‚Wissenschaft‘ und ‚Gesellschaft‘. Mitbegründer des Vereins „Engagierte Wissenschaft“ e. V. und des „Forums für kritische Rechtsextremismusforschung“. Veröffentlichung u. a.: „Ordnungen des Rechtsextremismus. Von neuen Kleidern der Rechten zum ‚Extremismus der Mitte‘. Programmatische Überlegungen zur Entwicklung einer kritischen Gesellschafts- und Forschungsperspektive“ (gem. mit Elena Buck u. Mathias Rodatz). In: *Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung/Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung* (Hg.) (2007), *Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen*, Dresden; „Das ist [k]eine Gesellschaft. Das ist

[k]eine Demokratie“. In: Bertram Haude et al. (2005) (Hg.), Die Entenrepublik Gamsenteich. Über Demokratie und Gemeinschaft, Leipzig. Kontakt: ska.enwi@gmx.net.

Hermann Kocyba, geb. 1949, Studium der Philosophie und Soziologie in Frankfurt. 1977 Promotion zum Dr. phil., 1978-1985 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dekanat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M. zuständig für Studienreform und Curriculumentwicklung. 1986-1989 Übersetzer, hauptsächlich im Bereich Philosophie und Sozialtheorie. 1989-1992 Mitarbeiter der „Interdisziplinären Arbeitsgruppe Technikforschung“ (IATF) der Johann Wolfgang Goethe-Universität. 1992-1994 in Kooperation mit dem Sonderforschungsbereich „Risikolagen und Statuspassagen im Lebensverlauf“. Mitarbeiter eines Projekts zum Zusammenhang von Arbeit und gesundheitlichen Belastungen. Seit 1995 Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Industriesoziologie; Wissenschafts- und Technikforschung; Wissens- und Kulturosoziologie; Geschichte und Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften; interpretative Methoden der Sozialforschung.

Klaus Kraemer, geb. 1962, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Münster, seit 1991 Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Universität Münster, 1995 Promotion im Fach Soziologie, 1995 bis 2001 Geschäftsführer der gesellschaftswissenschaftlichen Sektion des Zentrum für Umweltforschung, Universität Münster, 10/2001 bis 7/2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter des TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien, Rheine, seit 7.2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter des FIAB, 2007 Habilitation im Fach Soziologie. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Arbeitssoziologie, Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse, Umweltsoziologie/Nachhaltigkeitsforschung, Soziologische Theorie und Gesellschaftstheorie

Anna Dorothea Loenenbach, geb. 1981, studiert Gender Studies und Ethnologie in Berlin. Schwerpunktmäßig arbeitet sie am liebsten gar nicht und finanziert ihr Dolce Vita durch ihre Eltern.

Isabell Lorey, Politikwissenschaftlerin, 2001–2007 Assistenzprofessur für Gender & Postcolonial Studies an der Universität der Künste in Berlin sowie Lehrbeauftragte am Zentrum für Transdisziplinäre Genderstudien an der Humboldt Universität Berlin. Publikationen zu: feministischer und politischer Theorie, im Speziellen zu Michel Foucault, außerdem zu biopolitischer Gouvernementalität und kritischen Whiteness Studien. Derzeit arbeitet sie an einem Buch über römische Ordnungskämpfe, Gemeinschaftskonzepte und Immunisierung.

Letzte Veröffentlichungen: „Als das Leben in die Politik eintrat. Die biopolitisch-gouvernementale Moderne, Foucault und Agamben“ in Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Empire. Die biopolitische Wende*, Frankfurt/M., New York: Campus und „Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen“ in Gerald Raunig/Ulf Wuggenig (Hg.), *Kritik der Kreativität*. Wien: Turia+Kant.

Annekathrin Müller, geb. 1980 in Heidelberg, M.A. der Politikwissenschaft, der Volkswirtschaft und der Literaturwissenschaft, studierte an den Universitäten in Freiburg, Granada (Spanien) und Leipzig. Ihre Masterarbeit schrieb sie zum Projekt der ‚Digitalen Bohème‘. Seit der Gründung 2007 ist sie aktives Mitglied im Verein „Engagierte Wissenschaft“ e. V.

Niklas Reese, lehrt an den Universitäten Bonn und Passau Südostasienkunde mit Schwerpunkt Philippinen. Reese ist Mitarbeiter des Philippinenbüros, eines politischen Informationszentrums zu den Philippinen für den deutschsprachigen Raum. Er koordiniert das Projekt „Überleben hoch drei – soziale Unsicherheit in Lateinamerika, Südostasien und Mitteleuropa im Vergleich“ (nähere Infos: www.preka.org). Von Haus aus ist er Sozialwissenschaftler. Er ist in Hongkong und den Philippinen aufgewachsen.

Tobias Roscher, geb. 1983, studiert(e) in Halle, Lyon und Leipzig Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaftslehre und ist seit 2007 ehrenamtlich im Verein „Engagierte Wissenschaft“ e. V. in verschiedenen Positionen aktiv. Er plant die Verfassung seiner Masterarbeit zum Thema staatliche Ordnung von Gesellschaft im postkolonialen Äquatorialafrika (Bénin) für Anfang 2009. Kontakt: tobiasroscher@web.de.

Karin Scherschel, Dr. rer. soc., Dipl.-Soziologin, studierte in Saarbrücken und Bielefeld. Nach Vertretungen einer Assistenz und der Junior-Professur für Europastudien und Soziologie am Institut für Soziologie in Magdeburg ist sie derzeit wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie in Jena. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Arbeitsmarkt- und Prekarisierungsforschung, Rassismus, Ethnizität und Migration. Veröffentlichungen u. a.: „Migration, ethnic conflicts, and racism“, in: Ritzer, G. (Hg.) (2007): *The Blackwell Encyclopedia of Sociology*, Vol.VI, Malden/MA (USA), S. 3011-3014; „Aufgeklärtes Denken und Abwertung ethnisch Anderer – historische und aktuelle Aspekte“ in: *Zeitschrift für Genozidforschung* 7 (1/2006), S. 49-71; „Rassismus als flexible symbolische Ressource. Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren“, Bielefeld.

Daniela Schiek, geb. 1979, studierte 1999-2004 Soziologie an der FU Berlin, war danach wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag. Seit 2006 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen, wo sie zur subjektiven Bearbeitung prekärer Erwerbslagen promoviert.

Fabian Tietke, geb. 1981, studiert Neuere und Neueste Geschichte in Berlin und versucht den Arbeitsaufwand seines Studiums zu minimieren, um sich in prekären Verhältnissen zu Filmjournalismus und Filmpolitik herumtreiben zu können. Das Geld dazu kommt von seiner Mutter und einem Job als studentische Hilfskraft.

Eske Wollrad, ist evangelische feministische Theologin und arbeitet als Lehrbeauftragte und Mitarbeiterin der „Ombudsstelle Antirassismus“ an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Sie promovierte zu afrikanisch-amerikanischer feministischer Theorie und Theologie, forscht zu Rassismus, den *Critical Whiteness Studies*, Weißsein und Postkolonialismus und hielt zahlreiche Vorträge in Europa und den Amerikas. Ihr Buch „Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion“ erschien im Frühjahr 2005. Ihr derzeitiges Forschungsprojekt behandelt Rassismus und Konstruktionen von Weißsein in Kinderbüchern.

Sozialtheorie

Beate Fietze

Historische Generationen

Über einen sozialen
Mechanismus kulturellen
Wandels und kollektiver
Kreativität

Oktober 2008, ca. 270 Seiten,
kart., ca. 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-942-8

Thomas Kirchhoff,

Ludwig Trepl (Hg.)

Vieldeutige Natur

Landschaft, Wildnis und
Ökosystem als kultur-
geschichtliche Phänomene

Oktober 2008, ca. 280 Seiten,
kart., zahlr. z.T. farb. Abb.,
ca. 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-944-2

Andrea D. Bührmann,

Werner Schneider

Vom Diskurs zum Dispositiv

Eine Einführung in
die Dispositivanalyse

Oktober 2008, ca. 140 Seiten,
kart., ca. 13,80 €,
ISBN: 978-3-89942-818-6

Gregor Bongaerts

Verdrängungen des Ökonomischen

Bourdieu's Theorie
der Moderne

September 2008, 380 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-934-3

Arlena Jung

Identität und Differenz

Sinnprobleme der
differenzlogischen
Systemtheorie

September 2008, ca. 200 Seiten,
kart., ca. 24,80 €,
ISBN: 978-3-8376-1002-4

Dirk Baecker, Matthias Kettner,
Dirk Rustemeyer (Hg.)

Zwischen Identität und Kontingenz

Theorie und Praxis
der Kulturreflexion

September 2008, ca. 260 Seiten,
kart., ca. 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-965-7

Claudio Altenhain,

Anja Danilina,

Erik Hildebrandt,

Stefan Kausch,

Annekathrin Müller,

Tobias Roscher (Hg.)

Von »Neuer Unterschicht« und Prekariat

Gesellschaftliche Verhältnisse
und Kategorien im Umbruch.
Kritische Perspektiven auf
aktuelle Debatten

August 2008, 236 Seiten,
kart., 24,80 €,
ISBN: 978-3-8376-1000-0

Andreas Reckwitz

Unscharfe Grenzen

Perspektiven der
Kultursoziologie

August 2008, 358 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-917-6

Kay Junge, Daniel Suber,

Gerold Gerber (Hg.)

Erleben, Erleiden, Erfahren

Die Konstitution sozialen Sinns
jenseits instrumenteller
Vernunft

Juli 2008, 514 Seiten,
kart., 33,80 €,
ISBN: 978-3-89942-829-2

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie

Shahrsad Amiri

Narzißmus im Zivilisationsprozeß

Zum gesellschaftlichen Wandel der Affektivität

Juli 2008, 434 Seiten,
kart., 36,80 €,

ISBN: 978-3-89942-978-7

René John

Die Modernität der Gemeinschaft

Soziologische Beobachtungen zur Oderflut 1997

März 2008, 308 Seiten,
kart., 29,80 €,

ISBN: 978-3-89942-886-5

Torsten Junge

Gouvernementalität der Wissensgesellschaft

Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens

Juli 2008, 406 Seiten,
kart., 36,80 €,

ISBN: 978-3-89942-957-2

Manfred Füllsack (Hg.)

Verwerfungen moderner Arbeit

Zum Formwandel des Produktiven

März 2008, 192 Seiten,
kart., 20,80 €,

ISBN: 978-3-89942-874-2

Patricia Purtschert,

Katrin Meyer,

Yves Winter (Hg.)

Gouvernementalität und Sicherheit

Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault

Juni 2008, 260 Seiten,
kart., 25,80 €,

ISBN: 978-3-89942-631-1

Daniel Hechler,

Axel Philipps (Hg.)

Widerstand denken

Michel Foucault und die Grenzen der Macht

März 2008, 282 Seiten,
kart., 26,80 €,

ISBN: 978-3-89942-830-8

Julia M. Eckert (ed.)

The Social Life of Anti-Terrorism Laws

The War on Terror and the Classifications of the »Dangerous Other«

Mai 2008, 196 Seiten,
kart., 24,80 €,

ISBN: 978-3-89942-964-0

Jörg Döring,

Tristan Thielmann (Hg.)

Spatial Turn

Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften

März 2008, 460 Seiten,
kart., 29,80 €,

ISBN: 978-3-89942-683-0

Janine Böckelmann,
Claas Morgenroth (Hg.)

Politik der Gemeinschaft

Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart

Mai 2008, 222 Seiten,
kart., 26,80 €,

ISBN: 978-3-89942-787-5

Ekaterina Svetlova

Sinnstiftung in der Ökonomik

Wirtschaftliches Handeln aus sozialphilosophischer Sicht

Februar 2008, 220 Seiten,
kart., 23,80 €,

ISBN: 978-3-89942-869-8

**Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de**

Sozialtheorie

Jens Warburg
Das Militär und seine Subjekte
Zur Soziologie des Krieges
Februar 2008, 378 Seiten,
kart., 32,80 €,
ISBN: 978-3-89942-852-0

Franz Kasper Krönig
Die Ökonomisierung der Gesellschaft
Systemtheoretische Perspektiven
2007, 164 Seiten,
kart., 20,80 €,
ISBN: 978-3-89942-841-4

Johannes Angermüller
Nach dem Strukturalismus
Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich
2007, 290 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 978-3-89942-810-0

Andreas Pott
Orte des Tourismus
Eine raum- und gesellschaftstheoretische Untersuchung
2007, 328 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 978-3-89942-763-9

Tanja Bogusz
Institution und Utopie
Ost-West-Transformationen an der Berliner Volksbühne
2007, 354 Seiten,
kart., 32,80 €,
ISBN: 978-3-89942-782-0

Anette Dietrich
Weißer Weiblichkeiten
Konstruktionen von »Rasse« und Geschlecht im deutschen Kolonialismus
2007, 430 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-807-0

Susanne Krasmann,
Jürgen Martschukat (Hg.)
Rationalitäten der Gewalt
Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert
2007, 294 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-680-9

Markus Holzinger
Kontingenz in der Gegenwartsgesellschaft
Dimensionen eines Leitbegriffs moderner Sozialtheorie
2007, 370 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-543-7

Daniel Suber
Die soziologische Kritik der philosophischen Vernunft
Zum Verhältnis von Soziologie und Philosophie um 1900
2007, 524 Seiten,
kart., 39,80 €,
ISBN: 978-3-89942-727-1

Sandra Petermann
Rituale machen Räume
Zum kollektiven Gedenken der Schlacht von Verdun und der Landung in der Normandie
2007, 364 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 33,80 €,
ISBN: 978-3-89942-750-9

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie

Jochen Dreher,
Peter Stegmaier (Hg.)
**Zur Unüberwindbarkeit
kultureller Differenz**
Grundlagentheoretische
Reflexionen

2007, 302 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 978-3-89942-477-5

Benjamin Jörissen
Beobachtungen der Realität
Die Frage nach der Wirklichkeit
im Zeitalter der Neuen Medien

2007, 282 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-586-4

Susanne Krasmann,
Michael Volkmer (Hg.)
**Michel Foucaults »Geschichte
der Gouvernementalität« in
den Sozialwissenschaften**
Internationale Beiträge

2007, 314 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 978-3-89942-488-1

Hans-Joachim Lincke
Doing Time
Die zeitliche Ästhetik
von Essen, Trinken
und Lebensstilen

2007, 296 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 978-3-89942-685-4

Anne Peters
Politikverlust?
Eine Fahndung mit
Peirce und Žižek

2007, 326 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-655-7

Nina Oelkers
**Aktivierung von
Elternverantwortung**
Zur Aufgabenwahrnehmung
in Jugendämtern nach dem
neuen Kindschaftsrecht

2007, 466 Seiten,
kart., 34,80 €,
ISBN: 978-3-89942-632-8

Thomas Jung
**Die Seinsgebundenheit
des Denkens**
Karl Mannheim und
die Grundlegung
einer Denksoziologie

2007, 324 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-636-6

Ingrid Jungwirth
**Zum Identitätsdiskurs in
den Sozialwissenschaften**
Eine postkolonial und
queer informierte Kritik an
George H. Mead, Erik H. Erikson
und Erving Goffman

2007, 410 Seiten,
kart., 33,80 €,
ISBN: 978-3-89942-571-0

Christine Matter
»New World Horizon«
Religion, Moderne und
amerikanische Individualität

2007, 260 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 978-3-89942-625-0

Petra Jacoby
**Kollektivierung
der Phantasie?**
Künstlergruppen in der DDR
zwischen Vereinnahmung und
Erfindungsgabe

2007, 276 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-627-4

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de